

# **Die Großmächte und die Erhaltung des europäischen Friedens zu Beginn der Kreta-Krise von 1897**

Von BERTHOLD SUTTER (Graz)

„Wie die Dinge heute liegen, wird eine hohe Weisheit der europäischen Mächte nötig sein, um aus diesen Schwierigkeiten ohne Konflikte sehr ernster Natur herauszukommen.“

(Frankreichs Außenminister Gabriel Hanotaux am 25. November 1896 zum k. u. k. Botschafter Anton Graf von Wolkenstein.)

## I.

Seit dem Berliner Kongreß waren die sechs europäischen Mächte mit der steten Sorge belastet, den Frieden auf der Balkanhalbinsel zu erhalten. Diese den Mächten zufallende Aufgabe war höchst undankbar, denn jede Veränderung am Balkan drohte sich sogleich zu einem Weltkrieg auszuweiten. Dabei aber wurde es im Zeitalter des Nationalismus immer schwieriger, den nationalen Forderungen der Balkanvölker entgegenzutreten. Jene geistigen und politischen Strömungen, die in Italien zur gänzlichen, in Deutschland wenigstens zur teilweisen Einigung der Nation geführt hatten, sollten auf dem Balkan unterbunden bleiben<sup>1)</sup>. Aber was für Mitteleuropa recht war, das mußte auch für die Balkanvölker, das mußte für Griechenland, Bulgarien, Serbien und Montenegro billig sein. Und in der Tat: es erwies sich als unmöglich, den vom Berliner Kongreß geschaffenen Zustand zu erhalten, trotz aller Versicherungen der Mächte, daß die Integrität des bis zur Adria reichenden europäischen Besitzstandes der Türkei nicht angetastet werden dürfe. Serbien mußte, abgesehen von nationalen, aus wirtschaftlichen Gründen nach einer Ausdeh-

---

<sup>1)</sup> A. Novotny: Der Berliner Kongreß und das Problem einer europäischen Politik. HZ 186, 1958 S. 289: „Im allgemeinen läßt sich sagen, daß auf dem Berliner Kongreß durchaus Neigung bestand, auf die Stimmen der kleineren Völker zu hören, daß man aber entschlossen war, sie von den Verhandlungen selbst auszuschließen. Insgesamt hat man den Schutz der religiösen Minderheiten ernster genommen als die Erfüllung nationaler Wünsche.“

nung trachten, Griechenland die Vereinigung Kretas mit dem Mutterlande und die nationale Abrundung nach Norden erstreben und das tributpflichtige Fürstentum Bulgarien aus dem natürlichen Drange nach restloser staatlicher Selbständigkeit seine völlige Unabhängigkeit begehren. Dazu kam, daß sich am Balkan die Interessensphären Österreich-Ungarns und Rußlands in bedrohlicher Weise überschneiden<sup>2)</sup>, Italien begehrt nach Albanien, England nach Ägypten und Rußland ebenso verlangend nach Konstantinopel blickten. Der Balkan war ein gefährlicher Unruheherd für Europa geworden, der nicht befriedigt werden konnte, da die Mächte aus gegenseitigem Mißtrauen den status quo unbedingt zu erhalten wünschten und einer in die Zukunft weisenden Lösung so lange auswichen, bis die beiden Balkankriege jene Wendung brachten, bei der allerdings das Konzert der europäischen Mächte nicht mehr Pate stand und bei der zu Gunsten Rußlands eine Angriffsbasis gegen Österreich-Ungarn geschaffen wurde, also gegen jene Macht, von der wenige Jahrzehnte zuvor noch die Befreiung der christlichen Balkanvölker vom türkischen Joche voll Vertrauen und Hoffnung erwartet worden war.

Die übernommene Verpflichtung der Friedenswahrung im Orient hatte jedoch noch eine andere Seite. Die sechs Mächte hatten eine gemeinsame Aufgabe, zu der sie sich, wenn auch widerstrebend und mit Hintergedanken, zusammenfinden mußten. Sie versuchten, gegenseitig geschoben und gedrängt, einzeln oder in Bündnissen vereinigt, letztlich doch immer aufs neue eine Regelung in der Orientfrage zu finden, um den europäischen Frieden zu erhalten, so schwer dies ihnen auch meistens fiel. Durch diese gemeinsame Aufgabe kam es zu schärfsten Gegensätzen, aber doch auch zu Verständigungen, die sich als fruchtbar erweisen sollten. Daher bedeutet, trotz der seit Bismarck traditionellen Zurückhaltung Deutschlands in der orientalischen Frage, jene im Zusammenhang mit der Kreta-Krise gehaltene, berühmte „Flötenrede“ des deutschen Staatssekretärs von Bülow am 8. Februar 1898, mit welcher er ankündete, daß Deutschland, wenn Differenzen laut würden, die Flöte still auf den Tisch legen und den Konzertsaal verlassen werde, einen schweren Verstoß gegen die Einmütigkeit der europäischen Mächte. Diese war gerade zu Beginn der

---

<sup>2)</sup> A. Redlich: Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Stuttgart 1915<sup>2</sup> S. 12—49. — Es ist „den russischen Bestrebungen auf dem Balkan von österreich-ungarischer Seite ein viel wirksamerer Widerstand entgegengesetzt worden als von Seiten Englands. Allerdings war dieser Widerstand eines der schwersten Opfer, die ein Staat jemals gebracht hat.“ (Ebda S. 14.)

Kreta-Krise von 1897 einer so harten Probe ausgesetzt gewesen, daß die Gefahr eines Weltkrieges unmittelbar als gegeben angesehen worden war. Rußland und Deutschland argwöhnten, England beabsichtige einen Balkankrieg zu entzünden, um in Ostasien und Südafrika freie Hand zu gewinnen. England wiederum glaubte, daß Rußland die Unruhe am Balkan schüre, um die Aufmerksamkeit von Ostasien abzulenken. Im französischen und im russischen Auswärtigen Amt herrschte anfänglich die Meinung, Österreich-Ungarn wolle die Gelegenheit benützen, um auf dem Balkan eigene Wege zu gehen, und ernsthafte Verstimmungen zwischen Wien und Berlin waren eine schwere Belastung für das enge Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, das sich schließlich mit Rußland über das Balkanproblem ohne Deutschland einigte.

Die Kreta-Krise allein hätte genau so wenig wie die gleichzeitige, Spanien schwer belastende Kuba-Krise ausgereicht, Anlaß zu Erschütterungen des europäischen Konzertes zu werden, ja die Gefahr eines europäischen Krieges in greifbare Nähe zu rücken. In Europa aber hatte sich, insbesondere durch die unglückselige Orientfrage, schon zu viel Zündstoff angehäuft. Die allgemeine politische Lage und die Verhältnisse der sechs europäischen Mächte zueinander waren teilweise so gespannt, daß ein kleiner Funke genügen konnte, um einen Kriegsbrand zu entzünden. Dabei war die politische Situation im Orient 1896/97 in keiner Weise erfreulich. Die fast fiebrige Reisetätigkeit des Prinzen Ferdinand und seine Anerkennung als Fürst von Bulgarien am 11. Februar 1896 durch den Sultan, der Übertritt des bulgarischen Thronfolgers zur griechisch-orthodoxen Kirche unter der Patenschaft des russischen Zaren wenige Tage hernach, das im Juni 1896 publizierte Programm des mazedonischen Zentralkomitees zur Einführung von Reformen in Mazedonien, die von Juni 1896 bis zum Jahresende dauernden Kämpfe griechischer und bulgarischer Banden in Mazedonien mit regulären osmanischen Truppen, die neuerliche Aufrollung der Ägyptischen Frage durch England und dessen Dongola-Expedition, der Pfingstaufrastand auf Kreta und das schauerliche Gemetzel unter den Armeniern in Konstantinopel, dem 4 000 Menschen zum Opfer fielen, gaben genug Anlaß zu Unruhe, Verdächtigungen, Mißtrauen und Gereiztheit. In Konstantinopel versuchte Rußland die Rolle eines privilegierten Ratgebers und einzigen Freundes des Sultans zu spielen, was freilich im Widerspruch zu dem so oft beteuerten Akkord der europäischen Mächte und dessen Interessen stand. Die Beziehungen zwischen dem

Palais und dem russischen Botschafter Nelidow wurden mit solcher Sorgfalt gepflegt, daß der englische Botschafter seine Verstimmung und sein Mißtrauen nicht mehr verbergen konnte. Dieser ging schließlich so weit, daß er die Russen gegenüber dem k. u. k. Botschafter Freiherrn von Calice geradezu beschuldigte, die Metzeleien in Armenien zu encouragieren und es in eigennütziger Weise auf den Zerfall der Türkei abgesehen zu haben. Politische Kannegießereien und tendenziöse Erfindungen, wie beispielsweise, der Sultan habe an Rußland das Ansinnen gestellt, dieses möge Armenien für zehn Jahre okkupieren und dafür dort Ordnung schaffen, beschäftigten tagelang die europäischen Kabinette. Dabei verbreitete das Palais vielfach selbst derartige Nachrichten um in seiner altgewohnten Methode Mißtrauen unter den Signatarmächten des Berliner Vertrages zu erzeugen und den ohnehin oft nur mehr sehr oberflächlichen Akkord der Mächte noch mehr zu lockern. Dadurch aber, daß Rußland in Bezug auf Armenien 1895 der beabsichtigten Pressionsaktion der englischen Flotte zumindest Schranken, wenn nicht sogar ein entschiedenes Veto entgegengesetzt und späterhin auch gegen eine Kollektivaktion Einwendungen erhoben hatte, konnte es daraus jedesmal für sich beim Sultan Kapital schlagen. Gleichzeitig aber gab Rußland dem Sultan ein Gefühl der Sicherheit, ohne das die armenischen Greuel nicht jenen furchtbaren Umfang angenommen hätten. Das Vertrauen des Sultans in die Absichten Rußlands aber wurden durch die Aufstellung von starken Militäreinheiten in Russisch-Armenien und die Bewegung der russischen Schwarzen-Meer-Flotte geschwächt. Nichts charakterisiert die verworrene Situation besser, als der Umstand, daß der Sultan ein russisch-englisches, England aber gleichzeitig ein russisch-türkisches Einvernehmen annahm und fürchtete. England, ebenso aber auch Österreich-Ungarn durchschauten sehr wohl, daß Rußland keineswegs im Interesse des Sultans, sondern nur in seinem eigensten weder eine englische noch eine europäische Intervention in Armenien gewünscht hatte. England sollte in Konstantinopel kein Ascendant gewinnen, der europäische Gesamteinfluß hier nicht Wurzel fassen und aus innerpolitischen Gründen das Armeniertum nicht gestärkt werden<sup>3)</sup>. Rußland wollte

---

<sup>3)</sup> „Der Armenier, namentlich im Kaukasus, wo er in kompakten Massen auftritt, ist dem Russen ein Dorn im Auge, da der Russe in vieler Hinsicht dem Armenier inferior ist. Man hört häufig die Klage: Tiflis sei eine armenische Stadt, der Russe könne dort gegen den Armenier nicht aufkommen usw. Die ... im Kaukasus in Folge der Wirren in der Türkei hervorgerufene Gährung macht es daher

auch keine solchen Reformen der türkischen Mißwirtschaft, die auf die Dauer die Türkei gekräftigt hätten. Es wünschte lediglich unmittelbare europäische Komplikationen zu vermeiden, um das morsche Gebäude nicht einstürzen zu lassen, zumindest so lange nicht, bis es die Voraussetzungen geschaffen hatte, daß die Lösung der orientalischen Frage in seinem Sinne erfolgreich vollzogen werden könne. England dagegen war bereit, unter der Voraussetzung, daß ihm Rußland freie Hand in Ägypten lasse, eine russische Okkupation Armeniens anzuerkennen<sup>4</sup>). Die in diesem Sinne gesponnenen Fäden wurden durch die Furcht gegenseitiger Übervorteilung jedoch wieder zerrissen.

Auch Österreich-Ungarn hatte am Balkan lebenswichtige Inter-

---

erklärlich, daß hier die Massacres in Constantinopel nicht das geringste Mitgefühl hervorgerufen haben. Mit Ausnahme der Börsenzeitung, welche stets türkenfeindlich ist, nimmt eigentlich die ganze russische Presse Partei gegen die Armenier und entschuldigt das Vorgehen der Türken. Man gewinnt sogar den Eindruck, als ob es den Russen eigentlich willkommen wäre, wenn möglichst viel Armenier zu Grunde gehen. Bis zu einem gewissen Grade, um nicht ganz den Nimbus bei den christlichen Völkern des Orients zu verlieren, muß man zwar den Schein wahren, aber trotzdem sieht man auch wieder bei diesem Anlaß, wie groß die Lüge war, unter deren Deckmantel man früher seine politischen Zwecke verfolgte. Heute sind die Zwecke dieselben, nur der Weg, der zum Ziele führen soll, ist ein anderer. Was vor 20 Jahren durch den Krieg nicht erreicht werden konnte, will man jetzt auf friedlichem und stufenweisem Wege erreichen. Früher waren es die Christen, die man unter seinen Schutz nahm, heute sind es die Türken. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Erhaltung des status quo in der Türkei ein eminent russisches Interesse geworden ist und daß Rußland jede Weiterentwicklung der christlichen Balkanstaaten perhorrescieren muß. Die freie Durchfahrt durch die Meerengen ausschließlich für russische Kriegsschiffe wird immer eines der Hauptziele der russischen Politik bleiben. Dieses Ziel hofft man jetzt, nicht wie früher gegen die Türken, sondern mit den Türken erreichen zu können.“ Bericht des k. u. k. Legationsrates in St. Petersburg Johann Markgraf von Pallavicini vom 24./12. September 1896 (H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schuber 107 No 66 B).

<sup>4</sup>) Vgl. dazu Privatbrief des k. u. k. Botschafters in Konstantinopel an Außenminister Graf Goluchowski vom 4. Jänner 1896 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 166) über ein Gespräch mit dem russischen Botschafter Nelidow: Lord Salisbury habe in St. Petersburg vertrauliche Winke gegeben, daß Rußland in der Lage wäre, in Armenien Ordnung zu machen, worauf aber aus verschiedenen Gründen nicht eingegangen werden könnte. Diese Anträge hätten in Rußland das höchste Mißtrauen gegen England hervorgerufen. Es sei England nur darum zu tun, „Rußland in eine kostspielige und nicht ungefährliche Aktion in Armenien zu engagieren, es gleichzeitig mit dem Sultan schlecht zu stellen“, um selbst „an anderer Stelle — wo war nicht gesagt — ebenfalls Ordnung zu schaffen und das Gesetz zu diktieren.“

essen zu wahren, die es schließlich durch Abmachungen mit Rußland am besten gesichert sah. Zu dieser Verständigung mit Rußland ist Österreich-Ungarn durch den Zwang der durch das Verhalten Englands entstandenen politischen Situation gedrängt worden. Es geht ihr — und das darf nicht übersehen werden — im Jänner 1897 der Versuch bindender Abmachungen mit England voraus, der jedoch scheiterte, da Englands Premier- und Außenminister Lord Salisbury eine präzise Zusage, gemeinsam mit Österreich-Ungarn die Gefahr einer russischen Okkupation Konstantinopels mit aller Kraft abzuwehren, unter Hinweis auf die innerpolitischen Strömungen in England verweigerte. Da also London zu keinem energischen Widerstand bereit war, Frankreich sich im russischen Schlepptau befand und auch auf die Unterstützung durch Deutschland in dieser Frage nicht zu rechnen war, Österreich-Ungarn sich aber nicht in der Lage befand, Konstantinopel allein zu schützen, mußte es zur Wahrung der eigenen Interessen am Balkan den friedlichen Vergleich mit Rußland suchen.

Es ist bemerkenswert, wie auffallend oft 1896/97 von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen wurde. Durch die überreizte öffentliche Meinung in England und Frankreich konnten neue Greuel in der Türkei trotz des besten Willens der Regierungen unabsehbare Folgen haben. Die Beunruhigung in den Außenministerien wuchs von Tag zu Tag. Seit dem Besuch König Georgs von Griechenland in Wien stand Österreich-Ungarn im Verdacht ein warmer Anwalt der griechischen nationalen Wünsche zu sein, obwohl gerade Graf Goluchowski in Athen zu mäßigen und zu beruhigen versuchte<sup>5)</sup>. Die

---

<sup>5)</sup> Vgl. Anhang 1. — Vgl. weiters die Weisung an den k. u. k. Gesandten in Athen vom 5. und 28. Jänner 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XVI Griechenland, Schubert 50). Graf Goluchowski warnte hier vor der sich über das ganze griechische Königreich erstreckenden Tätigkeit des griechischen Nationalvereines, die befürchten lasse, daß Unternehmungen vorbereitet würden, „durch welche im nächsten Frühjahr neuerlich aufständische Bewegungen in Mazedonien und zwar in größerer Ausdehnung hervorgerufen werden sollen.“ Die griechische Regierung könne sich über die Gefahren nicht täuschen, die sich daraus für sie selbst ergeben werden. „Eine griechische Aktion in Mazedonien würde nicht nur eine militärische Repression seitens der Türkei zur Folge haben, sie würde alsbald auch die aktionslustigen Elemente Serbiens und Bulgariens in die Arena bringen und so das Signal zu blutigen Kämpfen geben, aus welchen Griechenland, das bei solcher Friedensstörung von keiner Seite eine Unterstützung zu erwarten hätte, nicht ohne schwere Schädigung seiner Interessen hervorgehen könnte. Der König sei darauf aufmerksam zu machen, wie nötig es sei, daß seine Regierung die Tätigkeit des Nationalvereines sorgsamst überwache und bei Zeiten mit aller Entschiedenheit Umtrieben

offiziellen Besuche des Grafen Murawiew, der am 28. und 29. Jänner 1897 in Paris, anschließend in Berlin und Kiel weilte, sowie der Routinebesuch des Grafen Gołuchowski in Berlin Mitte Jänner 1897 gaben zu neuen Verdächtigungen und Spekulationen hinreichend Anlaß. Schon seit der Dongolafrage machten sich beim französischen Außenminister Hanotaux gegenüber der Politik Österreich-Ungarns in regelmäßigen Abständen Zeichen des Mißtrauens und aufkeimender Verstimmung bemerkbar und die Gegensätzlichkeiten der Auffassungen in Paris und Wien traten gerade in der Frage der Notwendigkeit durchgreifender Reformen in der Türkei deutlich hervor, da sich Graf Gołuchowski im November 1896 für ein energisches Vorwärtsschreiten, Hanotaux sich für genügsames Sichzufriedengeben und für zauderndes Zuwarten aussprach. Auch sprach Hanotaux davon, daß Österreich-Ungarn den Fürsten von Bulgarien härter behandle als notwendig, zumal er denn doch für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung in den Balkanstaaten ein immerhin wertvolles Element sei; er sprach davon, daß die Militärreform des griechischen Königs in Zusammenhang mit dessen Reise nach Wien gebracht werde und die von Graf Gołuchowski betriebenen Coërcitiv-Maßregeln gegen die Türkei die Gefahr ernster Konflikte in der Türkei und schließlich auch den Krieg in Europa von einem Ende zum anderen heraufbeschwöre. Die Reise des Grafen Gołuchowski nach Berlin vom 16. bis zum 19. Jänner 1897 hat Hanotaux endgültig „beruhigt“<sup>6)</sup>, indem er offensichtlich annahm, Graf Gołuchowski habe sich in Berlin die Rückendeckung für den Marsch Österreich-Ungarns

---

entgegentrete, durch welche Griechenland in gefährliche Abenteuer verwickelt werden könnte. — Zur mazedonischen Frage vgl. Dj. Slijepčević: *The Macedonian Question*. Chicago 1958 (vom serb. Standpunkt). — B. Saria: *Die wechselvollen Schicksale Mazedoniens*. Südostdeutsche Vierteljahresblätter, München 1961 S. 34—38. — Sehr aufschlußreich die Arbeit von A. Philippson: *Griechenland und seine Stellung im Orient*. Geographische Zeitschr. 3, Leipzig 1897 S. 185—228, insbesondere sind zu beachten die Abschnitte „3. Die Grenzen Griechenlands“, „6. Der heutige Zustand des Königreichs Griechenland“ und „7. Die Griechen außerhalb Griechenlands und die großgriechischen Bestrebungen.“

<sup>6)</sup> Vgl. Anhang 2. — Zur steigenden Nervosität der Herren am Quai d'Orsay gegenüber dem Ballhausplatz vgl. die Berichte des k. u. k. Botschafters in Paris H.H.St.A. Wien, PA IX Frankreich, Schubert 136 Privatbrief vom 15. November 1896, 27. November 1896; Schubert 138 Bericht vom 22. Jänner 1897 No 2 und Privatbrief des Grafen Gołuchowski vom 27. Februar 1897. In diesem betont Graf Gołuchowski, daß das Gefühl Hanotaux' einer plötzlichen Gereiztheit Wiens gegen Frankreich ungerechtfertigt sei, da dieses „so abfällig man auch über die französische Politik urteilen mag — tatsächlich doch nicht besteht.“

nach Saloniki verschafft, obwohl er sich hätte sagen müssen, daß die innerpolitische Situation in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgischen Doppelmonarchie und die Gefahr einer Störung des Gewichtsverhältnisses zwischen Cis- und Transleithanien eine Erwerbung der Balkangebiete bis Saloniki geradezu ausschlossen. Am 26. Jänner 1897 eröffnete Hanotaux dem k. u. k. Botschafter Grafen Wolkenstein, er bedauere, daß sich seine Beziehungen zum Grafen Gołuchowski, die doch befriedigend gewesen wären, nach und nach wenig gut gestalteten. Dieses Gefühl bestimmte Hanotaux bis zu seinem Zusammentreffen mit dem Grafen Gołuchowski, der am 24. Juli 1897, also wenige Wochen nach den mit Rußland getroffenen Vereinbarungen in der Orientfrage, nach Paris reiste, um einerseits zu dem Bundespartner Rußlands in nähere Beziehungen zu treten, um andererseits aber, bedingt durch die innerpolitische Lage in der österreichischen Reichshälfte<sup>7)</sup>, Berlin zu beweisen, daß Österreich-Ungarn auch außerhalb des Dreibundes Verbündete finden könne.

Die Botschafter der europäischen Großmächte in Konstantinopel waren die einzigen, die trotz manigfacher Gegensätze und sich widersprechender Tendenzen durch ihr einmütiges Vorgehen in den kritischen Monaten des Jahres 1897 das europäische Konzert wirklich verkörperten. Von ihren Regierungen nach langem Tauziehen im Oktober 1896 mit der Ausarbeitung von Reformen beauftragt, welche eine dauernde Sanierung der Türkei finanziell und verwaltungsmäßig herbeiführen, die durch die türkische Mißwirtschaft und die blutigen Vorgänge in Armenien, in Mazedonien und auf Kreta immer währende Beunruhigung Europas beenden, die für das Frühjahr 1897 allgemein vorausgesagte Erhebung in der europäischen Türkei unterbinden und so den status quo im Orient erhalten sollten, haben sie ein umfassendes Reformwerk geschaffen, das allerdings durch die Kreta-Krise von 1897 und den griechisch-türkischen Krieg nicht einmal der Pforte vorgelegt, geschweige denn verwirklicht werden konnte. Die Konstantinopler Botschafterkonferenz aber war bezeichnenderweise selbst wieder ein Zankapfel zwischen den europäischen Mächten, vor allem deshalb, weil Österreich-Ungarn die vorherige Festsetzung von Zwangsmaßnahmen gegen den Sultan verlangte, für den Fall, daß dieser die Annahme des Reformwerkes und zwar in seiner Gesamtheit verweigere. Österreich-Ungarn hat die Reform der Türkei wirklich gewollt, weil es sehr genau wußte,

<sup>7)</sup> B. Sutter: Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Bd. 1, 2 Graz-Köln 1960—1963. (Veröffentl. Kommission Neuere Geschichte Österreichs. 46, 47.)

welche vitalen Interessen am Balkan auf dem Spiele standen. Eine Darstellung und Beurteilung der Konstantinopler Botschafterkonferenz von 1896 auf 1897<sup>8)</sup> und ihres Elaborates wird demnächst gesondert vorgelegt werden. Hier sei nur erwähnt, daß die Urteile ebenso günstig wie vernichtend waren. Der deutsche Botschafter in Paris, Georg Graf zu Münster, bezeichnete am 7. April 1897 die Botschafterkonferenzen „als das größte Fiasko der neueren Diplomatie, als den Niedergang derselben“ und Kaiser Wilhelm II. vermerkte am Rande dazu: „Mir aus der Seele gesprochen! Sie sind eine wahre Schande für uns Europäer.“ Sie hatten, nach der Meinung des Grafen Münster, „eine Aufgabe übernommen, der sie nicht gewachsen sind“<sup>9)</sup>. Dieses harte Urteil wird der Botschafterkonferenz und ihrer Leistung nicht gerecht. „Der orientalische Stein“ war gewiß im Rollen, aber daß die Botschafterkonferenzen ihn nicht aufhalten konnten, daran waren schließlich nicht diese, sondern die europäischen Mächte selbst schuld<sup>10)</sup>. Der schroffe Gegensatz des deutschen Auswärtigen Amtes zu London hat wesentlich dazu beigetragen und die Lawine, von der Graf Münster sprach, hat, trotz seiner Warnung, ihr aus dem Wege zu gehen, das Deutsche Reich doch schließlich mitgerissen. Aber auch Rußlands Finanzminister von Witte nannte die Reformen „leere Phrasen“. Man könne den Sultan nicht zur Annahme von Projekten zwingen, die er dann doch nicht durchzuführen in der Lage sei. Es werde hiedurch nur Unzufriedenheit unter den Muselmanen erzeugt und die Autorität des Sultans untergraben. Das Benehmen der Botschafter in Konstantinopel sei ihm unverständlich. Durch ihre Forderungen brächten sie den Sultan zwischen den Christen und den zwölfmal so zahlreichen Mohammedanern seines Reiches in eine un-

<sup>8)</sup> Zu ihrem Verlauf vgl. H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 165, 166 und 167.

<sup>9)</sup> Große Politik XII/1 Nr. 3111 S. 269 f. — B. Schwertfeger: Die dipl. Akten des Ausw. Amtes 1871—1914 II S. 163 schließt sich diesem einseitigen Urteil an.

<sup>10)</sup> Vgl. dazu die scharfe Kritik des k. u. k. Botschafters vom 3. September 1896: „Die gemachten Erfahrungen über die Europäische Langmut und Aktionsunfähigkeit, über die gelegentlich aufbrausende, aber durch venale Zeitungen immer wieder mit Erfolg bekämpfte öffentliche Meinung der Christlichen Welt, vor welcher man sich nicht mehr fürchtet, haben zu einer Erneuerung des blutigen Dramas geführt, sozusagen unter den Augen von Europa selbst ermutigt und dieses gewissermaßen herausgefordert zu zeigen, was es kann“. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 165 Bericht vom 3. September 1896 No 39 B. — Vgl. dazu auch die Berichte No 39 C vom gleichen Tag, No 40 A—F vom 10. September 1896, No 41 F vom 17. September 1896.)

mögliche Lage. „Il est temps de rappeler ces gens“. Auch der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Fürst Radolin, war von der „Zwecklosigkeit“ der Konferenzen überzeugt. Er verurteilte das Vorgehen aller Botschafter in Konstantinopel, auch das des Barons Calice, aufs schärfste, was, wie Prinz Liechtenstein hinzufügte, nach dessen Auffassung der Dinge in der Türkei selbstverständlich sei<sup>11)</sup>. Aber es gab doch auch im Rußland von 1897 Diplomaten und Staatsmänner, welche die Bedeutung des Reformwerkes der Konstantinopler Botschafterkonferenz ebenso würdigten, wie Frankreichs Außenminister Hanotaux oder der k. u. k. Außenminister Graf Goluchowski. Die Botschafterkonferenz war es schließlich, die Ende Jänner 1897 erkannte, daß die nächste Gefahr unzweifelhaft von der Balkanhalbinsel drohe, da die Stimmung unter der Bevölkerung der europäisch-türkischen Provinzen keinen Zweifel darüber ließ, daß diese den Augenblick für gekommen hielt, um gewaltsame Änderungen zu versuchen. So haben die Botschafter über Antrag des Freiherrn von Calice von sich aus einhellig und gemeinsam eine sehr eindringliche „Meinungsäußerung über die Notwendigkeit einer einvernehmlichen Einflußnahme der Mächte auf die Balkanstaaten zum Zwecke der Hintanhaltung von Unordnungen auf der Balkanhalbinsel“ formuliert und hier tatsächlich wertvolle Dienste zur Erhaltung des Friedens geleistet<sup>12)</sup>. Die Spannungen zwischen den Mächten wegen der Konstantinopler Botschafterkonferenz und der Kreta-Frage greifen vielfach ineinander, allerdings nicht zum Vorteil der beiden Probleme.

Der unsicherste Faktor im europäischen Konzert war nach dem characterschwachen Sultan ohne Zweifel Rußland. Zar Nikolaus II., der unter dem bedingungslosen Einfluß der Zarin-Mutter Maria Feodorowna stand, die geradezu eine Nebenregierung etabliert hatte, war jung, unerfahren und unentschlossen. Dabei stand er vor ungeheuren Aufgaben. „Das schreiendste Bedürfnis Rußlands“ — berichtete am 31. Oktober 1898 Graf Széchényi aus St. Petersburg — „ist und bleibt Geld, — Mißernten und Hungersnot im Inneren, finanzielle Erfordernisse für die Mandschurei, welche alle menschlichen Begriffe übersteigen, die gebietende Notwendigkeit der Artillerie-

<sup>11)</sup> H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schubert 108 Bericht vom 13. (1). Jänner 1897 No 1 C und 1 D und Bericht vom 10. Februar (29. Jänner) 1897 No 5 A—D.

<sup>12)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 168 Weisung vom 3. Februar 1897 No 16; Schubert 167 Bericht vom 4. Februar 1897 No 5 A—C, vom 11. Februar 1897 No 6 B.

Reorganisation, des Baues neuer Kriegsschiffe in Folge der im äußersten Orient inaugurierten Politik — und das Geld fehlt!“<sup>13)</sup> Daß der Zar damals den Frieden in Europa wollte, steht außer Zweifel. Aber neben der offiziellen russischen Außenpolitik stand die einzelner, sehr mächtiger, beim Zaren einflußreicher panslawistischer und deutschfeindlicher Gruppen, welche der Politik an der Sängerbücke geradezu entgegenarbeiteten. Doch auch diese verfolgte die großen russischen Ziele in der europäischen Orientfrage, im Augenblick zwar nicht unmittelbar davon tangiert, wenn auch langsam so doch in eigenartiger, bewunderungswürdiger Konsequenz. Vor allem sah das offizielle Rußland das inoffizielle russische Spiel am Balkan gar nicht so ungern, ja es unterstützte dieses sogar, wenn es auch befürchtete, daß dieses Spiel im ungebetenen und ungünstigsten Augenblick Früchte tragen könnte<sup>14)</sup>.

<sup>13)</sup> H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schuber 110 Bericht vom 31. (19.) Oktober 1898 No 99 A—D. — Vom deutschen Botschafter in St. Petersburg direkt befragt, erklärte beispielsweise der russische Finanzminister von Witte, er sei ein Gegner eines Krieges, „da er denselben im jetzigen Augenblick für ein unnützes überflüssiges Opfer halten müsse. Falls aber ein Krieg einmal sich als unvermeidlich erweisen würde, so wären die finanziellen Bedenken kein Hindernis, denn Rußland verfüge über die nötigen Mittel und würde auch noch Geld in genügender Menge erhalten können.“ (H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schuber 108 Bericht vom 13. (1.) Jänner 1897 No 1 C).

<sup>14)</sup> A. Fischel: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart 1919. Dieses grundlegende Werk ist nicht überholt durch H. Kohn: Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panslawismus. Wien 1956. — Am 31. (19.) Oktober 1898 berichtete Graf Mano Széchényi aus St. Petersburg (H.H.St.A. Wien PA X Rußland, Schuber 110): „Diese panslawistische Bewegung und deren Tätigkeit am Balkan hat sich derart in jedem Russen verkörpert, daß dies die einzige Aktion ist, deren die russische Regierung mit bestem Willen, so sehr sie es auch stellenweise selbst lästig empfinden mag, in diesem autokratischen Reiche nicht mehr Herr wird und dies ist die einzige ‚öffentliche Meinung‘, mit der man hier rechnen muß und welche Fürst Ferdinand gelegentlich seines jüngsten Aufenthaltes im Czarenreiche verständlich auszunützen wußte. Seine Erfolge in dieser Richtung können ihn zufriedengestellt haben, — mehr als der seitens des Hofes ihm bereitete Empfang.“

Ich hatte in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit zu konstatieren, sowohl als ich mit Graf Murawiew, als auch mit Graf Lamsdorff über die schädliche Wirkung gehässiger Artikel Rücksprache hielt, wie deren heute noch ununterbrochen in den ‚Peterburgskie Wjedomosti‘, im ‚Swjet‘, den ‚Nowoje Wremja‘ etc. etc. Tag für Tag erscheinen, daß beide Staatsmänner dieselben vollkommen mißbilligen, stets die Abhilfe zusagen, sich niemals aber ernstlich an die Sache wagen und trotz aller Versicherungen auch niemals wagen werden, weil sie das panslawistische Gefühl nicht verletzen wollen, während andere Vertreter in anderen Fragen,

Ein weiteres unruhiges Element in die russische Politik brachte der Tod des russischen Außenministers Fürst Lobanow auf der Reise von Wien nach Kiew am 30. August 1896, also drei Monate nach der feierlichen Krönung und Salbung Zar Nikolaus II. Um die Nachfolge des Fürsten Lobanow setzte ein großes Rätselraten ein, bis unter dem Einfluß der Zarin-Mutter endlich am 13. Jänner 1897 bezeichnenderweise der russische Gesandte am dänischen Hofe, der 51-jährige Graf Murawiew, als Verweser des Ministeriums des Äußeren ernannt wurde<sup>15)</sup>. Graf Murawiew galt als „Germanophobe“, ein Vorwurf, der beispielsweise auch vom „Pester Lloyd“ nach seiner Berufung erhoben wurde, den er allerdings gegenüber dem k. u. k. Botschafter Prinzen Liechtenstein als Albernheit zurückwies<sup>16)</sup>. Die Situation in der Türkei beurteilte Graf Murawiew sehr kühl. Nach seiner Meinung setzten die Großmächte dem Sultan — Murawiew sah in ihm „un ‚bon homme‘ qui veut vivre tranquillement au fond de son harem“ — das Messer an die Kehle, und da verspreche er dann alle Reformen zu Gunsten der Christen seines Reiches. Lasse der Hochdruck nach, so verschiebe er die Reformen aus Angst vor dem Fanatismus der Muselmanen. Das „latente Gift revolutionärer Bewegung“, das in Europa existiere, manifestiere sich am liebsten in dem kranken türkischen Reiche. Er lehnte die mesures coërcitives gegen-

---

welche dasselbe nicht tangieren, stets und rasch die gewünschte Satisfaktion der Presse erlangen.

Die gegenwärtigen Verhältnisse des Landes, die zielbewußte Verfolgung seiner politischen Ambitionen in Ostasien, welche keine Ablenkung oder Störung dulden und andere Absichten finanziell unmöglich machen, haben hier wesentlich, ohne die hohen Eigenschaften Seiner Majestät Kaiser Nikolaus' bestreiten zu wollen, die Friedensliebe gezeitigt, ...“

<sup>15)</sup> Der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte in St. Petersburg, Generalmajor Eduard Klepsch, mit Murawiew seit vielen Jahren befreundet, hatte nach dessen Ernennung nur Worte des Lobes für ihn, während der k. u. k. Legationssekretär in St. Petersburg Graf Széchényi ihn nach seinen Berliner Erinnerungen „als falsch, verlogen, hochmütig und Deutschland feindlich gesinnt“ charakterisierte. (H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schuber 108 Bericht vom 13. (1.) Jänner 1897 No 1 B.)

<sup>16)</sup> Er verstehe überhaupt nicht, erklärte Graf Murawiew weiters, wie man bei einem erwachsenen Manne von „Phobie“ und „Philie“ sprechen könne. Ein Jüngling möge unbewußt sich durch Sympathien leiten lassen. Dem gereiften Staatsdiener stehe es zu, allein in der Rücksicht auf den Dienst seines Monarchen und seines Vaterlandes seine Marschroute zu finden. Man könne doch auch nicht voraussetzen, daß er die Interessen eines anderen Staates vertrete, als dessen, dem er angehöre.“ (H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schuber 108 Bericht vom 20. (8.) Jänner 1897 No 2 B.)

über dem Sultan ab, er wollte im Orient temporisieren, von Fall zu Fall den dringenden Gefahren begegnen, den status quo erhalten, ohne die Rekonstruktion des türkischen Reiches auf moderner Basis anzustreben. Er stand damit im harten Widerspruch zum russischen Botschafter in Konstantinopel, Nelidow, der den baldigen Zusammenbruch der Türkei für unabwendbar und in dessen Folge eine bewaffnete Intervention Rußlands zur Besetzung der Südküste des Schwarzen Meeres und Konstantinopels für eine bevorstehende Notwendigkeit hielt<sup>17)</sup>. Für die russische Balkan- und Orientpolitik aber war es entscheidend, daß an Stelle Iswolskys, der vielseitig genannt worden war, Graf Lamsdorff zum Adjunkten des Ministers des Äußeren ernannt wurde, dem bei der Unfähigkeit des Grafen Murawiew, ein größeres Aktenstück zu redigieren, eine erhöhte Bedeutung zukam. Graf Lamsdorff war zwar niemals vom Argwohn gänzlich frei, daß Österreich-Ungarn den Marsch nach Saloniki vorbereite, wurde aber ein nachhaltiger Verfechter der Zusammenarbeit mit der Habsburgischen Doppelmonarchie. „Der schrankenlose Ehrgeiz und die Rücksichtslosigkeit“ des „tätig hervorragend begabten Iswolsky“ — wie Prinz Liechtenstein ihn im Jänner 1897 charakterisierte<sup>18)</sup> — hatte Graf Murawiew veranlaßt, Lamsdorff einem gefährlichen Rivalen vorzuziehen.

Anläßlich seines Besuches in Berlin am 31. Jänner 1897 stellte Graf Murawiew dem k. u. k. Botschafter Ladislaus von Szögyény-Marich gegenüber fest, daß es keine Konfliktpunkte zwischen der k. u. k. und der russischen Monarchie gebe und daß etwaige Mißverständnisse gelöst werden könnten, wenn man sich offen ausspreche.

<sup>17)</sup> G. Frantz: Die Meerengenfrage in der Vorkriegspolitik Rußlands. Deutsche Rundschau 210, Berlin 1927 S. 142—160. — Zu den Gegnern dieses Planes gehörte Finanzminister von Witte. Er mißbilligte in einem Gespräch mit dem Fürsten Radolin Anfang Jänner 1897 entschieden „die chauvinistischen Ideen, welche eine Besetzung der Südküste des Schwarzen Meeres und dessen Verwandlung in einen russischen Binnensee wünschten“, da dies, nach seiner Ansicht, Rußland wegen der Donaumündungen in einen sofortigen Konflikt mit Österreich-Ungarn, aber auch mit Rumänien bringen müßte. (H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schuber 108 Bericht vom 13. (1.) Jänner 1897 No 1 C.)

<sup>18)</sup> H.H.St.A. Wien PA X Rußland, Schuber 108 Bericht vom 20. (8.) Jänner 1897 No 2 B. — Prinz Liechtenstein bedauert wenige Wochen später die „Ernennung des intriganten Iswolsky auf den Belgrader Posten“. Der russische Gesandte am dänischen Hofe, Benckendorff, erwiderte dem Prinzen Liechtenstein, Iswolsky sei „ein Streber und parvenu“, „der seinerzeit Pan Slavist gewesen, jetzt aber eben aus Ehrgeiz sich gewiß korrekt halten werde.“ (Ebda Bericht vom 13. (1.) März 1897 No 15 B.)

Damit kam Murawiew, der die Meinung vertrat, daß Österreich-Ungarn und Rußland am besten und weisesten täten, in allen sie interessierenden Fragen sich direkt mit einander zu verständigen ohne Rücksicht auf Berlin und womöglich England zum Trotze, dem Auswärtigen Amt am Ballhausplatz auf halbem Wege entgegen. Murawiew wollte die Orientfrage aufs Eis legen, ohne allerdings damit die russische Balkanpolitik etwa einfrieren zu lassen. Da auch er von der Vorstellung nicht frei war, England werde bei Wiederausbruch von Greueln seine Schiffe in die Dardanellen beordern und den Bosphorus besetzen lassen, um den Eingang ins Schwarze Meer abzuschließen, mußte er danach trachten, daß durch ein Einvernehmen zwischen den Außenministerien an der Sängerbücke und am Ballhausplatz England in seiner Orientpolitik isoliert werde, während Graf Goluchowski, weil er umgekehrt bei England keine Unterstützung zur Verteidigung Konstantinopels fand, nach einer Entente mit Rußland streben mußte. Eine Besetzung Konstantinopels durch England oder die vereinigten Großmächte, um den Sultan zur Annahme der Reformen zu zwingen, konnte ja Rußland niemals zugeben, weshalb Graf Murawiew so sehr drängte, daß der Sultan das Reformwerk annehme. Ein Krieg konnte nach Murawiews Standpunkt für England durch seine damalige Unangreifbarkeit und die Überlegenheit seiner Flotte keine Gefahr, für den englischen Handel aber den größten Vorteil und der glückliche Ausgang des Krieges die dauernde Erwerbung Ägyptens für England bedeuten. Im Gegensatz dazu wogen unter den gegebenen Verhältnissen für Rußland die Nachteile eines Krieges im Orient die allfällige Erwerbung der Meerengen nicht auf, da es sich seit 1887, bedingt durch die veränderte Lage in Bulgarien, dem Fernen Osten zugewandt hatte, wo es leichter schien, Erfolge und Erwerbungen einzuheimen als bei den „undankbaren“ christlichen Glaubensbrüdern am Balkan. Als in der ersten Hälfte des Februars 1897 die Botschafter von Rußland, Deutschland und Frankreich in Konstantinopel „die Lage in der Türkei für höchst kritisch, eine bevorstehende Katastrophe für sehr möglich hielten“, schrieb er diese Auffassung „vorzüglich den überreizten Nerven der Herren“ zu<sup>19)</sup>, nur um von sich aus den Ernst der Lage nicht auch noch zu unterstreichen. Seine ganze Hoffnung setzte Murawiew in diesem Augenblick auf das Reformwerk der Konstan-

---

<sup>19)</sup> H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schubert 108 Bericht vom 10. Februar (29. Jänner) 1897 No 5 A—D.)

tinopler Botschafterkonferenz. Bei seinem offiziellen Besuch in Paris am 28. und 29. Jänner 1897 erklärte Graf Murawiew dem türkischen Vertreter in Paris, Munir Bey, in Anwesenheit des französischen Außenministers Gabriel Hanotaux, daß der Sultan nicht mehr auf die Zwietracht der Mächte rechnen dürfe und daß die türkische Regierung ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten habe, jedwede Unordnung in Konstantinopel hintanzuhalten und nicht erst zu warten, bis eine solche ausbreche, um sie dann blutig zu unterdrücken. Er rate dem Sultan das Reformprogramm der Botschafter, sobald es von den Großmächten gutgeheißen sei, ganz und unverändert zu akzeptieren. Wenn die Türkei sich daran gewöhnt habe, Rußland und Frankreich wie Mann und Frau zu betrachten, müsse sie einsehen, daß die anderen Großmächte Brüder und Schwestern des Paares seien und daß sie zusammen eine geschlossene einige Familie bildeten<sup>20</sup>). Zwar war auch Graf Murawiew, wie die meisten europäischen Kabinette, der Ansicht, daß das Reformwerk zu weit ausgreife, zu viel umfasse und die aktuelle Lage nicht mit praktischen Mitteln zu behandeln wisse, „die Botschafter mehr als Theoretiker denn als Staatsmänner gearbeitet hätten und einen Neunzigjährigen einer Kur unterwerfen wollten, die für einen Jüngling passe“ und dies schon vor zwei Monaten hätte ins Auge gefaßt werden müssen, doch hielt er nunmehr daran fest, daß der Sultan das Programm, so wie es sei, annehmen müsse.

Trotz dieser tiefgreifenden Gegensätze haben die Mächte die Belastungsprobe der Kreta-Krise bestanden. Wir müssen Johannes Bühler zustimmen, daß die Art und Weise, wie damals trotz der schwankenden Haltung und mannigfacher Interessengegensätze ein europäischer Krieg verhütet wurde, ein Vorbild hätte dafür sein können, „wie ein allgemeiner Friedenswille etwa auch den Weltbrand von 1914 hätte vermeiden lassen“<sup>21</sup>). Hier liegt die Berechtigung, sich mit der Kreta-Krise näher zu befassen, deren Einzelheiten gerade deswegen bisher nicht herausgearbeitet erscheinen, weil sie friedlich verlief, weil die nachfolgenden großen Spannungen die schleppende, aber doch vorhandene Zusammenarbeit der Mächte von 1897 vergessen ließen und weil schließlich die Neugruppierung der Mächte und ihre Ententebildung das rückschauende Bild des Historikers in dieser Richtung beeinflussten. Die Kreta-Krise ist aber

<sup>20</sup>) Ebda.

<sup>21</sup>) J. Bühler: Vom Bismarck-Reich zum geteilten Deutschland. Berlin 1960 S. 229. (= Deutsche Geschichte. VI.)

gerade als Beispiel einer friedlichen Lösung interessant. Allerdings war es nicht so sehr „das freundschaftliche Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus“, das verhinderte, „daß diese abermalige Einschaltung der alten Reibungsfläche unliebsame Folgen hatte“<sup>22)</sup>, als vielmehr einerseits das bisher kaum gewürdigte Bemühen des Wiener Auswärtigen Amtes, die Gegensätze vor allem zwischen Deutschland und England auszugleichen, und andererseits die Verständigung und Einigung zwischen den beiden am Balkan rivalisierenden Mächten, zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die zwar nicht, wie Bismarck einst gewünscht hatte, ihre Interessensphären scharf abgrenzten, sich aber gegenseitig verpflichteten, auf die Ausdehnung des eigenen Gebietes zu verzichten und keinen Schritt ohne Einvernehmen mit der anderen Macht am Balkan und gegenüber der Türkei zu unternehmen<sup>23)</sup>. Gewiß — Rußland war in Ostasien so stark engagiert, daß es einen Krieg in Europa nach Möglichkeit vermeiden mußte. Die Zusammenziehung starker russischer Truppenmassen am Schwarzen Meer lehrt allerdings, daß es bereit war, trotz der Inanspruchnahme in China und in der Mandschurei, hier seine Lebensinteressen mit Gewalt durchzusetzen, und wenn sich die Gelegenheit böte, Konstantinopel zu besetzen. Die Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die zwar hinsichtlich Italiens nicht geeignet war, den Dreibund zu festigen, hätte zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit führen können, wenn nicht die Annexionskrise von 1908 und die Innenpolitik der cisleithanischen Reichshälfte der Habsburgischen Doppelmonarchie verhindert hätten, diesen Weg zielbewußt weiter zu beschreiten. Aber nicht nur

---

<sup>22)</sup> W. Windelband: Die ausw. Politik der Großmächte. Essen 1942<sup>5</sup> S. 291.

<sup>23)</sup> H. Wendel: Der Kampf der Südslaven um Freiheit und Einheit. Frankfurt a. M. 1925 S. 574 f. verkennt in seiner blinden, österreichfeindlichen Einstellung vollkommen die Bedeutung dieses Übereinkommens, wenn er schreibt: „Schloß die Verpflichtung, den status quo in der europäischen Türkei zu erhalten, seit 1897 Österreich-Ungarn und Rußland aneinander, so galt diese Formel auch noch im zwanzigsten Jahrhundert. Im Schlamm des fernen Osten festgefahren, war die Petersburger Politik heilfroh, sich um den Balkan etliche Zeit nicht kümmern zu müssen, und Gołuchowski ahnte, daß in den Auswärtigen Angelegenheiten nur die Etikette: Nicht stürzen! die Porzellankiste der Habsburger Monarchie vor Scherben schützte. Da mit der Gärung in Mazedonien der Einfluß zu schwinden drohte und die balkanischen Sorgen Rußland im Fell zu jucken anfangen, vereinbarten Gołuchowski und Lamsdorff im September 1902 ein Reformprogramm, um Öl auf die Wogen zu gießen.“ Nur wenige Seiten später (S. 589) wirft er dem Grafen Gołuchowski vor, daß dieser 1902 aktiv gegen Serbien vorgehen wollte, um dort, wie Wendel höhnisch bemerkt „k. u. k. Ordnung!“ zu machen.

bei Österreich-Ungarn, sondern auch bei England, bei Frankreich und Italien zeigte sich gerade während der Kreta-Krise, wie stark die Außenpolitik von den innenpolitischen und oppositionellen Strömungen bestimmt wurde, wie besonders die konservativen Kabinette in der Außenpolitik auf die liberalen Gefühle und Forderungen entsprechende Rücksicht zu nehmen gezwungen waren<sup>24</sup>).

Eine Rolle spielten — ohne Zweifel — auch die dynastischen Verbindungen, aber diese waren letztlich doch nicht entscheidend. Wohl war König Georg I. von Griechenland, Sohn König Christians IX. von Dänemark, ein Bruder der Zarin-Witwe Maria Feodorowna, der Mutter Zar Nikolaus' II. von Rußland, seine Gemahlin Olga, eine Enkelin Zar Nikolaus' I., die Gemahlin des Prince of Wales eine Schwester Georgs I. und wohl war der griechische Kronprinz mit Prinzessin Sophie von Preußen, einer Schwester Kaiser Wilhelms II. und Enkelin der Königin Viktoria von England verheiratet, aber die Interessen der einzelnen Mächte waren stärker als diese verwandtschaftlichen Beziehungen, die zwar bei England und Rußland anfänglich als willkommener Vorwand für ein weicheres Vorgehen gegenüber Griechenland dienten, die aber in Deutschland überhaupt nicht wogen, zumal Kaiser Wilhelm II. seiner Schwester niemals den Übertritt zur griechisch-orthodoxen Kirche verziehen hatte<sup>25</sup>).

## II.

Eines sei hier noch voraus erwähnt. Es muß bei den Kretensern von Christen und Mohammedanern gesprochen werden, denn die 1897 gebräuchliche Trennung in „Griechen“ und „Türken“ gäbe heute

---

<sup>24</sup>) Der Frage nach der Rückwirkung der außenpolitischen Bestrebungen und Bedürfnisse auf die Innenpolitik muß die Frage nach der Rückwirkung innerpolitischer Vorgänge auf die Außenpolitik gegenüber gestellt werden, denn nur so könnte eine tiefgreifende Revision des Satzes vom Primat der Außenpolitik erlangt werden, der „seit Ranke ein Kerngedanke der deutschen Geschichtswissenschaft gewesen und bis in die jüngste Zeit geblieben“ ist. (H. Heffter: Vom Primat der Außenpolitik HZ 171, 1951 S. 1.)

<sup>25</sup>) Zu den Versuchen dynastischer Einflußnahme vgl. den Brief der Kaiserin Friedrich an Wilhelm II. vom 17. Februar 1897, der Kronprinzessin Sophie von Griechenland an ihre Mutter Kaiserin Friedrich aus Athen vom 12. Februar und der Königin Viktoria von England an Kaiser Wilhelm II. ebenfalls vom 17. Februar in Angelegenheit Kreta bei Ch. zu Hohenlohe-Schillingfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Hrsg. von K. A. v. Müller. Stuttgart 1931 S. 299—304.

ein völlig falsches Bild. Die auf der Insel einheimischen „Türken“ waren nämlich völkisch gesehen überwiegend des gleichen Stammes wie die „griechische“ Bevölkerung der Insel. Bereits in den ersten Dezennien nach der türkischen Eroberung der Insel war ein großer Teil der in den fruchtbaren Ebenen wohnenden einheimischen Christen um den Quälereien und Erpressungen der neuen Herren wenigstens einigermaßen zu entgehen, zum Islam übergetreten. Wirkliche Osmanen waren höchstens als türkische Beamte ins Land gekommen und haben so nur in ganz untergeordnetem Ausmaß an der völkischen Zusammensetzung dieser Bevölkerungsgruppe Anteil gehabt. Die zeitweise als Kolonisten eingewanderten oder als Soldaten zurückgebliebenen Türken waren so isoliert und so darauf angewiesen, ihre Frauen aus der einheimischen Bevölkerung zu nehmen, daß sie und ihre Nachkommen im Laufe der Zeit die griechische Sprache angenommen haben. Reine Osmanli gab es, wie überhaupt wohl nirgends im türkischen Reiche, so am wenigsten auf Kreta. Sämtliche Kretenser, Mohammedaner wie Christen, aber sprachen im 19. Jahrhundert als Muttersprache ausschließlich griechisch. Die Glaubensverschiedenheit war es, die bei gleicher volksmäßiger Abstammung die scharfe, unüberbrückbare Trennung bedeutete, indem sich kulturell und staatlich die Christen zu Griechenland, die Mohammedaner der Insel zur Türkei bekannten.

Nach der ersten brauchbaren Volkszählung von 1881 gab es auf Kreta bei einer Gesamtbevölkerung von 279 165 Einwohnern insgesamt 205 010 oder 73,7 Prozent Griechisch-Orthodoxe, 73 234 oder 26,3 Prozent Mohammedaner und nur 253 Römisch-Katholische, 13 Protestanten, 8 Armenier und 647 Israeliten<sup>26)</sup>. Die Angaben für 1897, die rund 106 000 Mohammedaner ausweisen<sup>27)</sup>, sind insofern

<sup>26)</sup> E. Fabricius: Die Insel Kreta. Geographische Zeitschr. 3, Leipzig 1897 S.361—380, 425—442, 489—507; hier S. 496 f. Diese, obwohl nunmehr mehr als ein halbes Jahrhundert alte Arbeit ist heute noch immer unersetzt und daher unentbehrlich. An landeskundlichen Darstellungen vgl. N. Creutzburg: Die Landschaften der Insel Kreta. Verhandl. u. Wissenschaftl. Abhandlungen des 22. Deutschen Geographentages Karlsruhe 1927, Breslau 1928 S. 155—163. — Ders.: Kreta. Leben u. Landschaft. Zeitschr. Gesellschaft Erdkunde zu Berlin 63, 1928 S. 16—38. — E. Kirsten-W. Kraiker: Griechenlandkunde. Heidelberg 1962<sup>4</sup> S. 440—488 (Literaturverzeichnis S. 840—843). — Dagegen wurde Kreta von A. Philippson: Die griechischen Landschaften. Hrsg. v. E. Kirsten, Frankfurt a. M. 1959 „völlig ausgelassen“, da „eine den heutigen Anforderungen einigermaßen entsprechende landeskundliche Darstellung noch immer nicht vorliegt“. (Bemerkung IV S. 353.)

<sup>27)</sup> H. Bothmer: Kreta in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1899 S. 12.

verfälscht, als die auf der Insel stationierten, zumeist aus Syrien und Anatolien rekrutierten türkischen Truppen mitgezählt wurden.

Die Mohammedaner waren in den Festungen und hauptsächlich in den fruchtbaren Neogentiefländern um Canea, um Rethymo, vor allem aber südlich Candia, dann aber auch in Sitia ansässig, während die Hochgebirge und die abgelegenen Gebirgsgegenden der Insel ausschließlich von Christen bewohnt waren. In Canea, Rethymo und Candia kamen 1881 auf 12 282 Christen 30 757 Mohammedaner, auf dem Lande war das Verhältnis geradezu umgekehrt, denn dort kamen auf 192 728 Christen nur 42 477 Mohammedaner oder 81,5 auf 18,5 Prozent. Von den 85 Dimen oder Gemeindebezirken waren 77 überwiegend christlich, von den 1089 Ortschaften waren 830 ganz oder überwiegend christlich und nur 259 ganz oder überwiegend mohammedanisch.

Nach 1922 wurde auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Lausanne der noch ziemlich beträchtliche Rest der mohammedanischen Kretenser — ein großer Teil war schon seit 1897 mehr oder weniger freiwillig nach der Türkei ausgewandert — nach Kleinasien verpflanzt, dafür auf Kreta kleinasiatische Griechen angesiedelt. Das mohammedanische Element ist heute auf der Insel vollkommen verschwunden<sup>28)</sup>.

Als Ursache der zahlreichen Aufstände in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Kreta dürfen jedoch nicht, wie es damals von griechischer Seite geschah, erdrückende Steuern — diese waren in Griechenland wesentlich höher —, Aussaugung und Mißhandlung der Christen durch ihre mohammedanischen Landsleute, willkürliche Eingriffe der Regierung in die Rechte der Bevölkerung und mangelnde Fürsorge der Pforte für die Bedürfnisse des Landes angesehen werden. Nur in der Zeit von 1770 bis 1830 war die Lage der kretensischen Christen eine äußerst gedrückte. Die Unruhen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die gerade von dem Teil der Bevölkerung ausgingen, der unter der türkischen Mißwirtschaft am allerwenigsten direkt zu leiden hatte, trugen rein nationalen Charakter mit dem Ziel einer staatlichen Vereinigung mit Griechenland.

---

<sup>28)</sup> Zur gegenwärtigen Lage L. B. Allbaugh: Crete. A case study of an underdeveloped area. Princeton, New Jersey 1953.

## III.

Kreta war ein ständiges Sorgenkind der Pforte und der europäischen Mächte<sup>29)</sup>. Nach der Erhebung von 1878 waren den christlichen Bewohnern der Insel, die seit 1821 nach einer Union mit Griechenland strebten, von der Pforte erhebliche Zugeständnisse gemacht worden, so durch die Anerkennung der finanziellen Selbständigkeit der Insel und der Bewilligung einer aus christlichen und mohammedanischen Deputierten zusammengesetzten Provinzialversammlung. Aber das Erreichte genügte den Christen nicht. 1885 kam es zu einer neuen Erhebung, doch ohne nennenswerten Erfolg, da der Zuzug von Griechenland ausblieb, das zwar am 12. Oktober 1885 seine Landarmee mobilisiert hatte, das aber von den vereinigten Eskadren der europäischen Großmächte blockiert worden war. An den Pfingsttagen des J. 1896 brachen neuerdings blutige Wirren aus, bei denen Hunderte unzufriedener Christen durch fanatisierte Mohammedaner niedergemetzelt wurden. An der Spitze der aufständischen Bewegung stand Griechenlands späterer Diktator Venizelos, damals ein außerhalb von Kreta kaum bekannter Advokat, der den Zeitpunkt der Erhebung klug gewählt hatte, da gleichzeitig Aufstände in Armenien und Arabien die Aufmerksam-

<sup>29)</sup> Gedrängte historische Überblicke bieten R. Matton: *La Crète au cours des siècles*. Athènes 1957 (= Collection de l'institut français d'Athènes. 88.) S. 182—194; 2. Aufl. Paris 1960. — E. Kirsten: *Die Insel Kreta in vier Jahrtausenden*. Die Antike 14, Berlin 1938 S. 295—346. — Sehr ausführlich der Artikel „Creta“ in der *Enciclopedia Italiana* XI, Rom 1949 S. 847—859. — Dagegen zwar nützlich, aber unausgeglichen der Artikel *Κρήτη* der *Μεγάλη Ἑλληνικὴ Ἐγκυκλοπαιδεία* XV, Athen 1931. — P. K. Kriaris: *Ἱστορία τῆς Κρήτης*, Athen 1930 f. — B. Psilakis: *Ἱστορία τῆς Κρήτης*. Canea 1909. — C. v. Sax: *Geschichte des Machtverfalls der Türkei*. Wien 1913<sup>2</sup> S. 516—524, 545, 565 f., 582—584. — H. v. Bülow: *Rußland und die Staaten des Wetterwinkels*. Wien 1905 S. 96—104. — Die beste Darstellung der diplomatischen Verhandlungen in der Kretafrage 1896 und 1897 bei W. L. Langer: *The Diplomacy of Imperialism 1890—1902* II<sup>2</sup>. New York 1951 S. 315—320 und S. 355—384. — Vgl. dazu auch E. Driault: *La question d'orient*. Paris 1927. — A. Débidour: *Histoire diplomatique de l'Europa depuis le congrès de Berlin jusqu'à nos jours*. Bd. 1, 2, Paris 1919—1926. — E. Driault-M. Lhéritier: *Histoire diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours* IV, Paris 1928. — V. Bérard: *Les affaires de Crète*. Paris 1898. — H. Strobl: *Kreta. Eine geographisch-histor. Skizze*. Programm des Wilhelms-Gymnasiums zu München 1874/75—1876/77. München 1875—1877. — Ch. Laroche: *La Crète ancienne et moderne*. Paris 1898. — H. Turot: *L'insurrection crétoise et la guerre gréco-turque*. Paris 1898. — A. de Stieglitz: *L'île de Crète*. Paris 1899. — A. J. Reinach: *La question crétoise vue de Crète*. Paris 1910. — Papantonakis: *Κρητικά*. (Dokumente zum Aufstand 1897/98). Canea 1901.

keit der Türkei in Anspruch nahmen und ihre militärischen Kräfte banden. Wieder griffen die Großmächte beruhigend ein, indem sie eine offene Unterstützung der kretensischen Insurgenten durch Griechenland verhinderten und von der türkischen Regierung die Zusage durchgreifender, von den Botschaftern der Großmächte auszuarbeitender Reformen, die Formierung einer internationalen Gendarmerie und die Einführung neuer Justiznormen verlangten.

Zu Ende des J. 1896 schien Kreta auf dem Wege der Befriedigung. Die Gendarmerie-Reorganisationskommission hatte an Ort und Stelle am „Projekt für das Gendarmeriegesetz Kretas“ einvernehmlich wichtige Änderungen vorgenommen, um — das Konsularkorps auf Kreta hatte gegen einzelne Artikel seine warnende Stimme erhoben — die Selbständigkeit des neuen Gendarmeriekorps nicht vollständig in Frage zu stellen<sup>30)</sup>. Weniger erfolgreich war die Justizkommission, die schon über die Frage, ob die Präsidenten der Gerichtshöfe unter allen Umständen Fremde zu sein hätten oder Männer, welche Volk, Sprache und Land genau kannten, stolperte, zumal der französische und der englische Konsul auf Kreta<sup>31)</sup> für die Ernennung von Grecolevantinern eintraten, die jedoch von den Griechen Kretas als allzu fügsame und willige Instrumente der osmanischen Zentralregierung abgelehnt wurden<sup>32)</sup>.

Die Ruhe auf Kreta war aber nur scheinbar wieder hergestellt.

<sup>30)</sup> Das „Projet de loi pour la gendarmerie de Crète“ vollinhaltlich im französischen Gelbbuch (Ministère des Affaires Étrangères: Documents diplomatiques. Affaires d'Orient: Affaire de Crète. Juin 1894 — Février 1897. Paris 1897 No. 506 p. 307—318). — Das Gendarmeriekorps sollte 1307 Mann umfassen. Nach Artikel 13 sollten zwei Drittel des gesamten Bestandes aus nicht-ottomanischen Elementen bestehen. — Über Betreiben des italienischen Militärattachés in Konstantinopel wurden in allen Abteilungen des Korps der Carabinieri für die künftige Gendarmerie auf Kreta geworben und den sich Meldenden ihr Rang und Dienstalter im Falle ihres Rücktrittes gesichert.

<sup>31)</sup> Dem französischen und dem englischen Generalkonsul auf Kreta warf der k. u. k. Generalkonsul Pinter „griechenfeindliche Bestrebungen“ vor. Pinter selbst stand auf Seite der griechischen Bevölkerung der Insel. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 4 v.)

<sup>32)</sup> Erst gegen Ende Jänner 1897 vollendete die Justizkommission ihre Arbeit. Das von ihr ausgearbeitete Projet de réorganisation judiciaire (Gelbbuch: Affaire de Crète: a.a.O. Nr. 542 p. 335—350) wurde von der Pforte in allen jenen Punkten beanstandet, in welchen sie eine Verkürzung der Souveränitätsrechte des Sultans erblickte. — Vgl. dazu auch die Berichte des k. u. k. Botschafters in Konstantinopel H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 165 No. 46 F vom 22. Oktober 1896 und 47 F vom 29. Oktober 1896.

Seit dem 3. Jänner 1897 kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen, die nach einigen Tagen wieder abklangen, da über direkte Bitte des Vali der griechische Generalkonsul im Namen seiner Regierung beruhigend eingewirkt hatte. Die Schuld wurde einerseits den Christen, andererseits den Mohammedanern zugeschoben<sup>33)</sup>, sie lag aber in erster Linie bei den geradezu unvorstellbaren Verhältnissen auf der Insel. So war am 3. Jänner ein angesehener Christ in der Nähe von Canea<sup>34)</sup> mit seinem Begleiter auf der Straße von Mohammedanern überfallen worden, von denen bei diesem Zusammenstoß zwei verwundet wurden, wofür in einem benachbarten Ort die beiden nächstbesten Christen von den mohammedanischen Einwohnern erschossen wurden. Daraufhin zogen von Apokorona 500 Christen bewaffnet gegen ein größtenteils von Mohammedanern bewohntes Dorf, um an diesem Rache zu üben. Diese und andere Zwischenfälle gaben das Signal zur Mobilisierung der Christen. In wenigen Stunden standen rund zweieinhalbtausend Mann unter Waffen. Aber nicht der osmanische, christliche Generalgouverneur Berovich Pascha, eine ziemlich charakterlose Persönlichkeit, der sich Ende 1896 in Halepa niedergelassen hatte, sondern der griechische Generalkonsul Genadis war der Herr der Situation<sup>35)</sup>, da einzig und

<sup>33)</sup> Der k. u. k. Generalkonsul Pinter führte die Vorfälle auf den Versuch der Mohammedaner zurück, „durch Überfälle Unruhe zu provozieren, um die Anwendung der Reformen unmöglich zu machen“. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 16. Ähnlich f. 18 und f. 26 v, wo Pinter von einer „Provokation“ der mohammedanischen Partei spricht.)

<sup>34)</sup> Die kretensischen Ortsnamen von 1897 wurden bewußt beibehalten. Zur leichteren Orientierung sind jedoch hier die alten den neuen Namensformen zusammengefaßt gegenübergestellt:

Candia	=	Herákleion
Canea	=	Chaniá
Halepa	=	Chaleppa
Rethymo	=	Rethymnon
Selino	=	Selynon oder Palaiochora

<sup>35)</sup> Der damalige k. u. k. Militär-Attaché in Konstantinopel, Major Wladimir Freiherr v. Giesl, der spätere General d. K. und 1914 k. u. k. Gesandter in Serbien, berichtet in seinen Lebenserinnerungen von seinem Aufenthalt auf Kreta 1896/97: „Alle Konsuln führten ein gastliches Haus. Die charmante Familie des griechischen Generalkonsuls vereinigte die Notabilitäten und fremden Gäste am Abende bei Musik und Whist; in diesem Salon wurden interessante Bekanntschaften mit führenden Politikern gemacht. Dadurch, daß der Aufstand bald wieder losbrach, ergaben sich pikante Zwischenfälle. Wie im tiefsten Frieden und inmitten geordneter Zustände saßen wir im Smoking oft bis Mitternacht bei einer Whistpartie. Am Schlusse eines Robber stahlen sich dann unversehens Venizelos, Fumis

allein er imstande war, die christlichen Kretenser zu beeinflussen. Diese Vorfälle hatten die Kriegsbereitschaft der Christen, den Antagonismus der beiden Religionsparteien, ihren nur mit Mühe niedergehaltenen Haß und die Schwäche der Regierung, deren Autorität schon längst aufgehört hatte, ein maßgebender Faktor zu sein, deutlich erkennen lassen. Ja — am 5. Jänner sah sich der osmanische Minister des Äußeren veranlaßt, beim österreichischen Botschafter in Konstantinopel, Heinrich Freiherrn von Calice, vorzusprechen und zu ersuchen, es möchten die Konsuln der Mächte in Canea angewiesen werden, „durch Ratschläge beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken“. Unter solchen Voraussetzungen sollten Ende Februar die Wahlen in die Nationalversammlung stattfinden, weshalb der Generalgouverneur die Aufstellung der Gendarmerie urgierte. Der türkische Ministerrat hatte sich zwar am 30. Dezember 1896 einstimmig für die Zulassung von Nicht-Osmanen ausgesprochen, allein vom Palais wurde dieser Beschluß umgestoßen und über dessen Weisung an die Botschafter in Konstantinopel am 1. Jänner 1897 eine ablehnende Verbalnote gerichtet, die von diesem am 5. Jänner mit einer Kollektiv-Verbalnote beantwortet wurde, trotz deren Insistenz das Palais mit allem Aufwande seiner Erfindungsgabe auf seinem Widerstand beharrte, so daß die Botschafter drohten, sie würden durch weitere Hartnäckigkeit sich vor die Alternative gesetzt sehen, „daß entweder die Militärattachés von Kreta abberufen würden, worin die Kretenser den Beweis für das Scheitern ihrer Mission und das Signal zu einer neuen Insurrektion erblicken würden, welche zu einem für den Besitz der Pforte verhängnisvollen Ausgang führen dürfte, — oder aber, daß über die Einwendungen der Pforte hinweggegangen werde und die Aufstellung der drei Kompanien ohne ihre Zustimmung erfolge“<sup>36</sup>). Allerdings bestand

---

oder andere aus dem Zimmer, schnallten den Patronengürtel um und bewaffneten sich mit Gewehren. Im Hause des griechischen Generalkonsulates lungerten scharenweise Insurgenten umher. Mit diesen Leuten brachen die Führer auf, um die türkischen Vorposten vor Tagesanbruch zu überfallen.“ (W. Giesl: Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient. Hrsg. v. E. v. Steinitz, Berlin 1927 S. 78 f. Sperrung hier.)

<sup>36</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 66. — Text der Noten s. Französisches Gelbbuch: a.a.O. No. 495 p. 301; 497 p. 302; 499 p. 303 und 506 p. 307. — Die Pforte verlangte, daß Hellenen ausgeschlossen zu bleiben hätten, weshalb vor allem an die Slawen der Balkanstaaten gedacht wurde. Die Kommission hoffte in Albanien, Bosnien und der Herzegowina, Dalmatien, Montenegro und unter den in Konstantinopel lebenden Bocchesen eine genügend große

keine Bedeckung für die 6 532 194 Piaster<sup>37)</sup>, mit welchen jährlich das Gendarmeriebudget veranschlagt war, da die finanzielle Lage der Insel so erschüttert war, daß auch eine Auslandsanleihe keine dauernde Sanierung zu bringen versprach. Eine Anleihe bei der „Banque de Paris et des Pays-Bas“ kam erst Ende Jänner in letzter Stunde und unerwartet zustande und zwar gerade deshalb, weil Griechenland sie mit allen Mitteln zu hintertreiben versucht hatte, während der französische Generalkonsul auf Kreta über höhere Weisung alle Hebel in Bewegung setzte, um dem französischen Bankinstitut das gewinnbringende Geschäft und seinem Staate den Einfluß auf Kreta zu sichern. Aus dem gleichen Grunde hatte die griechische Regierung von Anbeginn an das Contre-Project der „Dette publique“ in welchem selbst die christlichen Mitglieder des Conseils administrativ allein die Möglichkeit der Sanierung der zerrütteten Finanzen der Insel erblickten, mißtrauisch verfolgt und schließlich durch ihren allmächtigen Einfluß zu unterbinden verstanden, indem sie vom griechischen Generalkonsul auf Kreta in ihrem Namen bei den kretensischen Christen die Parole ausgeben ließ, Bemühungen um das Zustandekommen dieses Finanzprojektes nicht zu unterstützen. Auch in der mit der Banque de Paris abgeschlossenen Landesanleihe sah Griechenland nur eine temporäre Aufbesserung der Finanzen der Insel und es rechnete damit, daß bei Zusammentritt der kretensischen Nationalversammlung die Regierung wiederum zu einer neuen Anleihe ihre Zuflucht werde nehmen müssen. Diese Anleihe sollte dann eine griechische sein, wodurch die führende Position Griechenlands und sein Einfluß auf die Geschicke der Insel in noch stärkerem Maße hätte hervortreten können.

Die Situation war für die Pforte nicht leicht. Sie hatte versucht, um die Insel nicht zu verlieren, von allem, was sie dieser 1896 in der Not des Augenblicks konzidiert hatte, um durch die Vermittlung der Mächte die Insurrektion zu dämpfen und zu ersticken, möglichst viel wieder zurückzunehmen und ihre Machtposition durch den Militärkommandanten Saadeddin Pascha zu stärken, der bei den Mohammedanern einen starken Rückhalt hatte, jedoch über nachdrückliches Zahl für die Gendarmerie rekrutieren zu können. Die Montenegriner wurden jedoch von der Pforte als auf Kreta unpopulär bezeichnet. Das Projekt für das Gendarmeriegesetz war von der Lokalregierung, der kretensischen Nationalversammlung, den Garantiemächten und von der Pforte zu sanktionieren.

<sup>37)</sup> Bericht des k. u. k. Militärattachés Baron Giesl an den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel, Heinrich Freiherrn von Calice, vom 25. Dezember 1896 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 32).

Verlangen der Botschafter wieder abberufen werden mußte, da diese erklärt hatten, er versuche die Mohammedaner gegen die tatsächliche Ausführung des Arrangements aufzuhetzen. Andererseits entging es der Pforte nicht, daß die „Ethnike Hetairia“ auf Kreta unablässig weiterwühlte, den König von Griechenland zum Krieg gegen das osmanische Reich zu treiben versuchte und Tausende Gewehre französischer Provenienz gekauft und auf die Insel gebracht hatte. Der Pforte kamen nur die Bestrebungen der Bey-Partei entgegen, deren politische Leidenschaft seit 1896 nichts an ihrer Heftigkeit eingebüßt hatte, und die durch ihren Rückhalt im Yildiz-Palais entschlossen waren, im entscheidenden Augenblick offensiv vorzugehen. Auf der Insel aber kam zum gegenseitigen Haß die Furcht der Mohammedaner vor den Christen, die unbarmherzig die altherwürdigen Olivenbäume, den Hauptreichtum der muselmanischen Landbevölkerung, in Brand steckten. 1898 war über die Hälfte aller Olivenkulturen Kretas vernichtet. Wer weiß, wie langsam der Olivenbaum wächst und wie spät er Früchte trägt, wird den ungeheuren Schaden ermessen, der durch diesen Vandalismus dem türkischen Bevölkerungsteil zugefügt worden war. Dazu kam noch die Zerstörung der Wohnsitze, die im großen Stile betrieben wurde.

Nach den Ereignissen in den ersten Jännertagen des J. 1897 strömte die mohammedanische Landbevölkerung, da sie Repressalien befürchtete, in die von osmanischen Garnisonen geschützten Hafenstädte, wo sie sich sicher fühlte, wo sie aber zusammengepfercht von Liebesgaben ihrer Glaubensgenossen notdürftig ihr Leben fristete<sup>38</sup>). Die Grundstücke der Mohammedaner lagen brach darnieder. In den

---

<sup>38</sup>) E. Fabricius: Die Insel Kreta, a.a.O. S. 503: „Denn, wie der typische Verlauf aller Aufstände lehrt, das mohammedanische Landvolk muß, wo es in der Minderheit ist, bei dem Ausbruch von Unruhen Haus und Hof, Ernte und Vieh im Stiche lassen und sich so rasch als möglich in die Festungen retten, um nicht, wie jüngst bei Kantanos in Selynon, in Gefahr zu kommen, von den Aufständischen umzingelt und massakriert zu werden. In den Festungen umgekehrt und in den Gegenden des Binnenlandes, in denen die Christen die Minderzahl bilden, pflegen alsbald die Mohammedaner für die Verluste ihrer Glaubensgenossen Vergeltung zu üben. Daher ist die Flucht der christlichen Bewohner aus den Städten und deren Nachbarschaft nach Griechenland regelmäßig die andere Folge der Erhebung ihrer Glaubensgenossen im Gebirge. Von der Zerstörung mohammedanischer Dörfer durch die Christen im Binnenland dringt aber natürlich die Kunde nicht so leicht nach außen, als von den Plünderungen der Christenquartiere und anderen Schandtaten der Mohammedaner in und um die Hafenplätze.“ (Sperrung im Original.)

meisten Fällen waren nur die Familienväter wieder in die verbrannten Dörfer hinausgezogen, um in aller Eile die Ernte einzubringen, sofern nicht die Griechen diese schon eingeheimst hatten, um sie dann um teures Geld in den Städten zu verkaufen. Am 16. Jänner 1897 meldete der österreichische Generalkonsul in Canea nach Wien, die griechische Partei sei „besser organisiert als je; Waffensendungen werden bereits avisiert und es ist kaum mehr zweifelhaft, daß das ganze christliche Kreta wie ein Mann aufstehen wird, wenn es sich in seinen durch das Arrangement gewährten Erwartungen abermals durch die Pforte getäuscht sieht, und mit den Waffen in der Hand diesmal aber seinen Anschluß an das griechische Mutterland zu erringen trachten wird“.

Die Situation auf der Insel war Mitte Jänner 1897 auf einen sehr einfachen Nenner zu bringen: ohne Geld keine Gendarmerie<sup>39)</sup>, ohne Gendarmerie keine Wahlen, ohne Wahlen keine Generalversammlung und ohne Generalversammlung keine Befriedigung der Insel. Der Vali selbst, Berovich Pascha, bat in Konstantinopel — wohl um sich die Gunst im Yildiz-Kiosk zu erhalten — lediglich um drei Gendarmeriekompanien „von auswärts kommend“, worauf ein kaiserliches Iradé dem Gouverneur die Bildung der Gendarmeriekompanie auferlegte und zwar aus Montenegrinern, Rumänen und Bulgaren, die ausdrücklich auf dem unmittelbaren osmanischen Territorium bisher gelebt haben sollten und osmanische Untertanen zu sein hatten. Da die Botschafter erklärten, diese Aufstellung berühre sie und das Arrangement nicht, nahm die Pforte endlich am 22. Jänner das Gendarmeriegesetz an, worauf fieberhaft die Zusammenstellung des Korps versucht wurde<sup>40)</sup>. Die Botschafter der Mächte in Kon-

---

<sup>39)</sup> Um die neuaufgestellte Gendarmerie bezahlen zu können, war der Vali Berovich Pascha entschlossen, die Bezüge der Beamten einzustellen, ebenso sollte die vorhandene einheimische Gendarmerie ohne Sold bleiben. Doch war zu befürchten, daß es zu Massenaustritten käme, zumal die Regierung für Gendarmerie und Polizei ohnehin schon die ansehnliche Summe von 3,8 Millionen Piaster schuldete. Bei Verminderung der einheimischen Gendarmerie kamen die drei neu aufgestellten Kompanien erst wieder nur zum Schutze der drei Hauptorte in Betracht, so daß sich letzten Endes die Sicherheitsverhältnisse der Insel kaum gebessert hätten.

<sup>40)</sup> Fürst Ferdinand von Bulgarien stimmte der Anwerbung von 30 Bulgaren sogleich zu. Für Österreich-Ungarn, das 90 Mann, darunter 40 Bosnier (30 Christen und 10 Muselmanen), stellen sollte, war die Rechtslage, vor allem hinsichtlich der Konsular-Jurisdiktion recht schwierig, da die Bosnier ottomanische Untertanen waren, weshalb das Präsidium des k. u. k. gemeinsamen Ministeriums in An-

stantinopel aber waren selbst uneins. Während die Pforte, trotz ihrer Zustimmung zum Gendarmeriegesetz zögerte, den Vali und ihre Kommissionsdelegierten von der Sanktionierung des Reglements zu verständigen, suchte der russische Militärattaché, Oberst Peschkoff, gemeinsam mit dem russischen und französischen Botschafter in Konstantinopel jeden nur irgendwie gearteten Einfluß Englands auf Kreta zu verhindern. Als die Militärattachés von Osterreich-Ungarn, England, Frankreich und Italien sich für den als Gendarmeriekommandanten auf Cypem durch Jahre bereits erprobten, unnachsichtlich strengen und gefürchteten englischen Major Bor als Gendarmeriekommandanten auf Kreta aussprachen, legte Peschkoff heftigen Protest ein und erreichte den Beschluß der Botschafter, daß kein Engländer, noch sonst ein Angehöriger der Großmächte, sondern nach Möglichkeit ein Belgier oder Holländer für diesen Posten auszusuchen sei. Da aber das unmittelbare Eintreffen des Gendarmeriekommandanten im Hinblick auf die Wahlen von allen Seiten gefordert wurde, erklärte sich politisch weit vorausschauend Lord Salisbury bereit, Major Bor für eine provisorische Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, wozu die Botschafter denn auch ihre Zustimmung gaben.

In der Zwischenzeit hatte eine verstärkte griechische Agitation auf Kreta eingesetzt. Der griechische Deputierte der Opposition, Athos Romanos, früher griechischer Geschäftsführer in London, und

---

gelegentlich Bosniens und der Herzegowina am 27. Jänner verlangte, daß auch andere fremde, nicht ottomanische Untertanen in die kretensische Gendarmerie aufgenommen zu werden hätten. „Sollte dies nicht der Fall sein“, erklärte Kállay, „sollte man also nur Bosnier in die kretensische Gendarmerie-Mannschaft als Fremde aufnehmen wollen, so könnte ich in der in Rede stehenden Anwerbung aus dem Grunde nicht zustimmen, weil durch dieselbe dann dokumentiert würde, daß die Bosnier im ottomanischen Reiche nicht als Fremde, sondern als Reichsangehörige behandelt werden“. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 132.) Als bekannt wurde, daß sich für die kretensische Gendarmerie vor allem Montenegriner und zwar auch als Offiziere in größerer Zahl gemeldet hatten, zog das k. u. k. Außenministerium auf Grund der vom gemeinsamen k. u. k. Finanzminister Kállay erhobenen Bedenken am 29. Jänner telegraphisch die Genehmigung zur Anwerbung von Bosniern und Herzegowinern zurück, da ihre Unterstellung unter montenegrinische Kommandanten zu unliebsamen Reibungen führen könnte. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 166.) An der starken Beteiligung von Montenegrinern hatte Rußland seine Hand im Spiel. Die russische Legation in Cetinje forderte am 22. Jänner den Fürsten auf, eine Abteilung Montenegriner nach Kreta zu senden, was dessen Selbstvertrauen nicht wenig schmeichelte.

bekannte griechische Freischärler, die schon 1896 auf Kreta ihre Hand im Spiel gehabt hatten, waren auf die Insel abgereist, um alle Vorbereitungen für eine Erhebung zu treffen<sup>41)</sup>. Athos Romanos, Kandidat der Tricupisten für das griechische Auswärtige Portefeuille, war durch seine Stellung und durch sein Vermögen wohl in der Lage, der eigenen, zögernden Regierung manche Verlegenheit zu bereiten und gleichzeitig in Canea die Union tatkräftig zu fördern. Am 28. Jänner machte der österreichische Gesandte in Athen, Gustav Freiherr von Kosjek, den griechischen Ministerpräsidenten Delyannis „auf die Gefährlichkeit der griechischen Umtriebe bezüglich Kretas und Mazedoniens aufmerksam“ und teilte überdies vertraulich mit, daß die Pforte, in voller Kenntnis der Agitation, fest entschlossen sei, mit scharfen Gewaltmaßregeln eine durch griechische Invasionen in Mazedonien hervorgerufene Insurrektion zu verhindern. Die treibende Kraft in Griechenland, war die ausweichende Antwort Delyannis, wären die Oppositionsparteien, die den Sturz des griechischen Kabinettes wollten, das ohnehin kalmierend zu wirken versuche, jedoch zu schwach wäre, um sich der starken Volksströmung entgegenzustellen. Auf Kreta aber verschlimmerte sich die Lage von Tag zu Tag. Die der Pforte von den Botschaftern abgerungene Zustimmung zu dem neuen Gendarmerie-Reglement wurde bei den Griechen der Insel mit dankbarem Enthusiasmus, bei den durch unkontrollierbare Alarmgerüchte beunruhigten Türken mit Furcht und Angst aufgenommen. Am Stadttore von Candia und in unmittelbarer Nähe der Stadt kam es am 26. und 27. Jänner zu grausamen Morden, in ihr selbst — die Zahl der Mohammedaner war hier auf über 30 000 gestiegen — konnte die Ruhe nur durch das energische Eingreifen des österreichischen Militärattachés, Baron Wladimir Giesl, erhalten werden, der die Separation des griechischen vom türkischen Stadtviertel durch Aufstellung eines Militärkordons versuchte. Über Ersuchen des Vali bereiste er mit General Schereffedin Pascha alle vier Kaza des Sandzak Candia, um die Bevölkerung aller wichtigen Orte zu versammeln und von ihr das Versprechen, Ruhe zu halten, abzuverlangen. Aber die Autorität der Behörde war im Inneren der Insel einfach Null. Die Führer der christlichen Bevöl-

---

<sup>41)</sup> Am 29. Jänner bat Generalkonsul Pinter dringend Außenminister Graf Goluchowski ein k. u. k. Kriegsschiff in der Sudabay, in der fast alle Flaggen der Großmächte bereits vertreten waren, vor Anker gehen zu lassen. Da das Panzerschiff „Maria Theresia“ ohnehin im Mittelmeer kreuzte, möge dieses nach Kreta abkommandiert werden.

kerung zeigten sich völlig von Athen abhängig und verlangten vom griechischen Generalkonsul Instruktionen für ihr Verhalten. Alle Versuche, die Insel zu befriedigen, mußten demnach scheitern. Am 28. Jänner brach in Candia der offene Kampf zwischen Christen und Mohammedanern aus. In der Umgebung von Canea zündeten sich Mohammedaner und Christen gegenseitig die Dörfer an und innerhalb von 48 Stunden standen in diesem Bereich alle Ortschaften in Flammen. Die Christen zogen bewaffnet in die Ebene herab, besetzten die Anhöhen um Canea<sup>42)</sup> und eröffneten hier, um den Lauf der Ereignisse zu beschleunigen, von sich aus am 4. Februar bei Beginn des Ramazanfestes ohne äußeren Anlaß im Calicuttenviertel den Kampf, worauf die Muselmanen ein im Christenviertel von einem Türken bewohntes Haus opferten und anzündeten. Begünstigt durch den Wind fiel dieses ganze Stadtviertel mit dem Bischofssitz den Flammen zum Opfer. Da die christlichen Bewohner der Stadt, die nur ein Drittel ausmachten, weitere Vergeltungsmaßnahmen fürchteten, flüchteten sie unter Hinterlassung ihrer Habseligkeiten auf die italienischen und russischen Kriegsschiffe, welche zu Beginn der Unruhen in die kretensischen Gewässer dirigiert worden waren<sup>43)</sup>. Um Griechenland, das keinerlei Anspruch auf Teilnahme an den Reformarbeiten auf Kreta erheben konnte, da diese ausschließlich den Signatarmächten des Berliner Vertrages zustand, die Möglichkeit zum Eingreifen auf Kreta zu geben, bat der griechische Generalkonsul telegraphisch in Athen um Absendung von Truppen und Kriegsschiffen „car tout et perdu“ und zwar unter Hinweis darauf, „que les consuls refusent de faire débarquer les matelots pour sauver ceux qui restent dans la ville et qui vont être massacrés ou brûlés“. Dieses Telegramm, in welchem der griechische Generalkonsul in drastischen Farben die Greuelthaten und drohenden Ge-

<sup>42)</sup> Am 1. Februar forderte Pinter nunmehr energisch zum Schutze der k. u. k. Staatsangehörigen und jener des Deutschen Reiches die Entsendung eines k. u. k. Kriegsschiffes nach Canea. Kaiser Franz Joseph vermerkte zu diesem Telegramm eigenhändig: „bitte, wenn nöthig, zu veranlassen.“

<sup>43)</sup> Bericht des k. u. k. Generalkonsuls vom 11. Februar (1897 H.H.St.A Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 345—356). — Am 11. Februar war Canea und Halepa von allen christlichen Familien verlassen. Die Haltung des türkischen Militärs war tadellos, so daß sogar Mohammedaner auf dieses schossen, um es zu provozieren, an den Ereignissen teilzunehmen. Durch den Brand in Canea wurden 94 mohammedanische, 124 christliche und 8 israelitische Häuser und Magazine zerstört. Der Schaden wurde mit 250 000 türkische Pfund beziffert. (Ebda. Schuber 282 fol. 835.)

fahren schilderte, verfehlte nicht seine beabsichtigte Wirkung. Das griechische Ministerium, durch die starke aggressive nationalistische Opposition, die ein Eingreifen auf Kreta forderte, in seiner Existenz bedroht, sah nun in den Worten „les consuls refusent“ die moralische Pflicht Griechenlands, für die Sicherheit seiner Konnationalen einzutreten. Der österreichische Geschäftsträger in Athen, Graf Manó Széchényi, der im griechischen Auswärtigen Amt vorstellig wurde, riet dringend, von einer Absendung von Truppen und Schiffen abzusehen, „da dieselben bei loyalen Absichten der Regierung doch keinesfalls aus der Aktion der übrigen dort anwesenden Kriegsschiffe heraustreten könnten und ihre Gegenwart nur neue Komplikationen heraufbeschwören würde, deren Verantwortung die griechischen Machthaber allein träfe“<sup>44</sup>). Aber durch die innerpolitische Situation war die griechische Regierung gezwungen, dem Volkswillen nachzugeben. Ministerpräsident Delyannis war der Ansicht, „daß die Regierung die Verantwortung nicht auf sich nehmen könne, länger untätig zu bleiben“, und daß sie auch den König „gefährlichen Demonstrationen aussetzen würde, für den Fall, daß die im erwähnten Telegramm geschilderte Lage hier zur allgemeinen Kenntnis gelangen würde, ohne daß die Regierung aus eigener Initiative Schutzmaßregeln getroffen hätte“<sup>45</sup>). Am 5. Februar abends brachte Delyannis den Beschluß des Ministerrates, ein Kriegsschiff und ein Transportschiff nach Canea abgehen zu lassen, zur Kenntnis der Kammer. Diese nahm die Botschaft mit stürmischem Applaus entgegen, worauf die Sitzung aufgehoben wurde. Nun aber begannen die Außenministerien der europäischen Mächte einzugreifen. Der britische Gesandte in Athen E. H. Egerton ließ noch am gleichen Abend dem griechischen Könige eine Message zukommen, worin er namens seiner Regierung „vor einem unüberlegten Schritt und vor der für Griechenland eventuell beschämenden Konsequenz desselben“ warnte. Der König jedoch erwiderte tags darauf, daß er bedauere, nicht anders handeln zu können<sup>46</sup>). Der türkische Gesandte

---

<sup>44</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 226 v und f. 255—260. — Auch der italienische Minister des Äußeren sprach dem k. u. k. Botschafter Pasetti gegenüber die Besorgnis aus, daß die griechischen Kriegsschiffe die Erregung steigern würden.

<sup>45</sup>) Bericht des k. u. k. Botschafters Graf Manó Széchényi vom 8. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 256 v).

<sup>46</sup>) Gegenüber einer Anfrage der Opposition legte Delyannis den Standpunkt der griechischen Regierung dahingehend fest, daß sie keinerlei Pflicht der Ein-

Assim Bey protestierte vorerst im eigenen Namen, kurz hernach im Auftrage seiner Regierung. Er verlangte die Rückberufung der griechischen Schiffe, doch wurde ihm vom griechischen Minister des Äußeren Skousés erwidert, daß keinerlei feindliche Absicht vorliege und die griechische Regierung bloß für die Sicherheit ihrer Untertanen, gleich den übrigen Mächten, vorgesorgt habe<sup>47)</sup>. Um jedoch Stimmung gegen die Türken zu machen, wurden die abenteuerlichsten Nachrichten über Massaker auf Kreta, denen 1500 Christen zum Opfer gefallen seien, erfunden und in alle Welt hinausgegeben. Selbst von bekannt seriösen englischen Zeitungen wurden diese gefälschten Berichte übernommen. In Athen aber wurde die Bevölkerung durch phantastische Gerüchte und durch zahlreiche Extrablätter fortgesetzt in Aufregung gehalten. Obwohl Griechenland seine Kriegsschiffe mit Waffen und Munition belud und selbst das Feuer des Aufstandes auf Kreta und der nationalen Erregung im Innern schürte, befürchtete Delyannis das Eintreffen der Nachricht, daß die Pforte türkische Truppen nach Kreta entsende, weil dies unweigerlich Krieg bedeuten mußte, dem es — nach seiner ganz persönlichen Meinung — jedoch nicht gewachsen war. Aber auch die Mächte wollten jenen vermeiden. Vorerst vermehrten sie allerdings lediglich — zum Schutze ihrer Untertanen — die Zahl der vor Kreta kreuzenden Kriegsschiffe. Die Pforte dagegen suchte bei den Botschaftern der Mächte Rat, vor allem hinsichtlich einer Verstärkung ihrer Truppen auf Kreta. Die Botschafter aber wichen jeder Verantwortung unter Hinweis auf das Doppelspiel der Pforte aus, da sie befürchten mußten, daß die Unterdrückung des Aufstandes mit Militärgewalt zu neuem Greuel führen würde, für welche die Mächte die Verantwortung nicht übernehmen konnten<sup>48)</sup>.

---

mischung auf Kreta, noch die Absicht habe, gar nach Kreta selbst zu gehen, um die Beschlüsse der Mächte zu durchkreuzen. Sollten aber die Reformarbeiten nicht zur Durchführung kommen, „dann müßte die Regierung ihren Standpunkt ändern — sich aber heute schon über diese Eventualität zu äußern, hieße den Ereignissen vorgreifen.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 261—264.)

<sup>47)</sup> Das nach Kreta abgegangene Transportschiff „Michael“ stand unter dem Kommando des Adjutanten des Königs, Fregattenkapitän Coundouriotis, während das Kriegsschiff „Hydra“ vom Linienschiffskapitän von Reineck befehligt wurde. Am Morgen des 8. Februar lief dann noch das Transportschiff „Alphios“ nach Kreta aus, während die „Sfakteria“ nach Milos beordert wurde, um flüchtige Kretenser aufzunehmen.

<sup>48)</sup> Außenminister Graf Goltuchowski hat die Reserve der Botschafter in diesem Punkte ausdrücklich genehmigt.

Am Morgen des 7. Februar 1897 wurde von Insurgenten vor Halepa<sup>49)</sup> die griechische Flagge gehißt. Nun konnte an der Doppelseichtigkeit der Unruhen kein Zweifel mehr bestehen: auf der einen Seite wirkte die osmanische Minierarbeit unter den Mohammedanern, die gegen die Reformen aufgebracht wurden, um diese zu verhindern, auf der anderen Seite die nationale griechische Agitation, welche die Opportunität des Augenblicks auszunützen trachtete. Einen Tag später wurde von den christlichen Kretensern in einer schriftlichen Proklamation die Souveränität des Sultans für abgeschafft erklärt, der König von Griechenland angerufen, die Insel zu okkupieren<sup>50)</sup> und gleichzeitig vom Nationalkomitee in Athen ein Aufruf an die Kretenser erlassen<sup>51)</sup>:

Der Nationalverein an die Bevölkerung Kretas.  
Kretensische Brüder!

Glück auf! Die Stunde ist gekommen! Nach Leiden und Tränen von Jahrhunderten hat die Verblendung des Eroberers doch jede Versöhnung mit seiner tyrannischen Herrschaft, jeden Versuch eines verträglichen Zusammenlebens immer wieder unmöglich gemacht.

Der letzte Versuch des zivilisierten Europa, welcher darauf gerichtet war, aus dem Schiffbruch der bestehenden Zustände so viel als möglich zu retten, um den Schein eines falschen Friedens zu vergolden, ist mißlungen.

Vergebens habt Ihr unzählige Male den Siegeslorbeer, welcher die Waffen Kretas gekrönt hat — eine unschätzbare Frucht von so vielen Opfern und so reichlich geflossenen Blutes — den Interessen Europas geopfert. Vor kurzem noch Beherrscher der Insel, Besieger des langjährigen Feindes habt Ihr das Haupt vor dem Befehle der Mächtigen der Erde gebeugt und eine scheinbare Unabhängigkeit angenommen, unter zweifelhaften Garantien

---

<sup>49)</sup> Aus Canea waren fast alle Christen geflüchtet und mit russischen und italienischen Kriegsschiffen nach Milo transportiert worden. In Candia erbrachen am 7. Februar die Mohammedaner das ärarische Magazin, um zu Waffen und zu Munition zu gelangen. Da die Zufuhr von Munition und das Eintreffen von Verstärkung aus Griechenland stockte, schränkten die Aufständischen vorerst ihre Tätigkeit ein.

<sup>50)</sup> FZM Baron Beck sah die Lage so gespannt an, daß er über Außenminister Graf Gołuchowski an den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel die Anfrage richtete, ob dieser die Rückkehr des Militärattachés Major Giesl nach Konstantinopel nicht für dringend geboten halte. Graf Gołuchowski sprach sich jedoch sowohl dem Generalstabschef als auch in einem vertraulichen Telegramm gegenüber dem Botschafter dahin aus, daß Major Giesl nur dann nach Konstantinopel zurückzukehren habe, wenn sehr dringende Gründe vorhanden seien. Kaiser Franz Joseph vermerkte dazu eigenhändig: „sehr richtig. Ich halte Major Giesl in Creta jetzt viel nothwendiger, wie in Constantinopel.“

<sup>51)</sup> Nach der Übersetzung der k. u. k. Gesandtschaft zu Athen (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 278—280).

dafür, daß Euch für die Zukunft wenigstens das Recht der Existenz gesichert werde, aber das Werk der Diplomatie hat Euch diese Sicherheit nicht zu verleihen vermocht.

Auf die leidvollen Opfer des kretensischen Volkes und der griechischen Nation hat das Schwert und die Brandfackel des Muselmanen geantwortet und die Flammen der Städte und Dörfer beleuchten noch röter die Ströme von Blut.

Die Barbarei kann nicht in Zivilisation umgewandelt werden durch diplomatische Künste. Es gibt nur eine Lösung: Die Lösung, welche das kretensische Volk schon seit Jahrhunderten herbeisehnt, nachdem es dieselbe durch das Blut von Tausenden von Märtyrern herbeizuführen bemüht war. Der Wunsch der Lebenden und die Ströme der Toten vereinigen sich zu einem achtungsgebietenden Streben, zu einem einzigen Beschluß, unabweislich und beglückend zugleich:

Proklamiert die Union mit dem griechischen Vaterlande!

Ihr werdet an seinem Busen die Ruhe der Liebe, in seinem Anblick das Lächeln der Mutter finden, in der Vereinigung mit ihm die Erleichterung von unzähligen Leiden, die Freude der Freiheit, die Stütze der Glückseligkeit.

Proklamiert die Union

und fasset Mut!

Auf Euren Ruf wird die tausendfältige Stimme der Nation von einem Ende des Griechentums bis zum anderen Antwort geben, werdet Ihr den Herzschlag Eurer Brüder vernehmen, welcher für Euch schlägt, und hilfreiche Arme werden Euch unterstützen.

Unter solchen Auspizien empfiehlt die oberste Leitung des Nationalvereins allen Kretensern, die Union mit dem Mutterlande zu proklamieren.

Athen, 25. Jänner (A. St.) 1897

Die versprochene Hilfe zeigte sich darin, daß von einem der griechischen Schiffe Waffen ans Land gebracht<sup>52)</sup> und auf Kreta die Erklärung fallengelassen wurde, daß die griechischen Kriegsschiffe die Eventualität ins Auge faßten, gegebenen Falles aktiv einzugreifen. Die Sprache der Offiziere auf den griechischen Schiffen war selbst nach dem Urteil Lord Salisburys nicht geeignet, kalmierend zu wirken. Am 9. Februar besprach sich die Botschafterkonferenz in Konstantinopel und formulierte als gemeinsamen Gesichtspunkt:

„La Porte nous a à plusieurs reprises demandé notre avis sur l'envoi des troupes en Crète. Comme c'est sur notre conseil qu'elle les en a retirées, nous ne pouvons déconseiller l'envoi que si les gouvernements enjoignent au gouvernement hellénique qu'il donne aux commandants de ses bâtiments

<sup>52)</sup> Am 11. Februar 1897 ging das Transportschiff „Laurion“ mit 700 kretensischen Insurgenten, Kanonen, sonstigen Waffen, Munition und Dynamit nach Canea ab. Im allgemeinen war der englische Vertreter in Athen über diese griechischen Transporte besser und genauer als der k. u. k. Vertreter informiert.

de guerre l'ordre de revenir et de ne rien entreprendre qui pourrait être considéré par les insurgés comme un encouragement et par les Turcs comme une provocation."

Trotz aller Beruhigungsversuche griff auf der Insel die Erregung immer weiter um sich. In der Umgebung der drei großen Städte hatten sich Mohammedaner und Christen gegenseitig zu blockieren begonnen. Die mohammedanische Bevölkerung wurde gehindert, in die festen Städte zu ziehen, während in den Städten wiederum den christlichen Flüchtlingen durch Regierungsvertreter die Abfahrt verweigert wurde. Nur durch Ausschiffung von fremden Truppen konnte in Rethymo, wo es bereits am 8. Februar zu Plünderungen kam, höchste Gefahr abgewendet werden. Auf die Kunde von der wechselseitigen Blockade der griechischen und mohammedanischen Dörfer begaben sich die Konsularvertreter von Rethymo in Begleitung des Mutessarif und des Bischofs Denis in die Umgebung der Stadt, um die Kommunikation wieder herzustellen. In Azipopulos erklärte die christliche Bevölkerung, die Konsularkommission so lange festzuhalten, bis der Mutessarif die vom türkischen Pöbel in Rethymo zernierten Christen befreit hätte. Nachdem ihm dies nicht gelang, mußte das k. u. k. Kriegsschiff „Sebenico“, das schon am 3. Februar im Piräus den Befehl erhalten hatte, sich unverzüglich nach Kreta zu begeben, zur Befreiung der zernierten Konsularkommission auslaufen. In seinem Bericht vom 12. Februar an Graf Gołuchowski erklärte der k. u. k. Generalkonsul Pinter, der ein warmer Freund der Griechen war: „Die bisherigen Vorfälle sind ausschließlich dem terroristischen Vorgehen der Apocoronioten zuzuschreiben, die unter der direkten Leitung des griechischen Generalkonsulates stehen, und durch das besonders in den letzten Tagen wahrnehmbare provokatorische Auftreten der griechischen Kriegsschiffe, die erwiesenermaßen Munition und Waffen ausschifften, auch moralisch unterstützt werden.“ Am 10. Februar wurden in Sitia 300, in Selinos 22 Mohammedaner ermordet, in Candia am Tage hernach 82 Lagermagazine geplündert<sup>53)</sup>, während in der Nähe von Halepa nachts 300 Freiwillige und 800 Kisten Munition aus Griechenland gelandet wurden.

<sup>53)</sup> Zu den einzelnen Kämpfen, Plünderungen, Proklamationen der Aufständischen, Truppenbewegungen vgl. die sehr ausführlichen Telegramm-Nachrichten in der Wiener Tageszeitung „Neue Freie Presse“ vom Februar 1897, die erstaunlich gut informiert war.

## IV.

In der Zwischenzeit hatten die europäischen Mächte mit ungeheurem gegenseitigem Mißtrauen begonnen, die Lage zu sondieren. Die französische Presse, die für die Aufrechterhaltung des territorialen status quo auf Kreta eintrat, hetzte gegen Österreich-Ungarn mit der Beschuldigung, daß sich das k. u. k. Kabinett offensichtlich von der Politik des Festhaltens lossagen wolle. Auch der russische Botschafter in Berlin sprach im dortigen Auswärtigen Amt gleichartige Befürchtungen über eine Schwenkung der Politik Österreich-Ungarns aus, und das britische Auswärtige Amt zeigte sich über die nächste Zukunft stark „beunruhigt“. Unterstaatssekretär Sir Thomas Sanderson gab dem k. u. k. Botschafter in London, Franz Grafen Deym, zu verstehen, daß Lord Salisbury sehr besorgt sei. Der Verdacht, daß Österreich-Ungarn eine Änderung seiner Machtpositionen am Balkan anstrebe, war allerdings völlig ungerechtfertigt. Ein gewaltsames Eingreifen war nur und zwar unmittelbar von Rußland her zu befürchten, das getreu seiner Orientpolitik wiederum einmal ganz offensichtlich nach dem Besitz von Konstantinopel und der Meerengen strebte. Der Vorwand zu einer Besetzung bot sich direkt an. Lehnte die Pforte das Reformprogramm der Botschafterkonferenz ab, bestand für Rußland die Möglichkeit, falls zwischen den Mächten bei der Diskussion über die eventuell anzuwendenden Zwangsmaßnahmen große Meinungsverschiedenheiten sich ergeben sollten, dies zum Anlaß zu nehmen, um unter dem Vorwand, die Ordnung im türkischen Reiche herzustellen, allein mit Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei vorzugehen. In diesem Sinne äußerte Lord Salisbury seine Besorgnis dem k. u. k. Botschafter Grafen Deym, ohne allerdings von sich aus die Haltung des englischen Kabinettes einer solchen Eventualität gegenüber darzulegen. Auch der neue englische Botschafter in Wien Sir Horace Rumbold betonte bei der Besprechung der Orientfrage mit dem Grafen Gołuchowski lediglich abermals den aufrichtigen Wunsch seiner Regierung, das engste Einvernehmen mit Österreich-Ungarn zu pflegen. Graf Gołuchowski, der allerdings nicht den Verdacht geheimer Abmachungen des englischen Premierministers mit der russischen Regierung, der vom deutschen Botschafter in London, Grafen Hatzfeld, gehegt wurde, teilte, konnte jedoch nicht auf vage Andeutungen seitens Englands seine Orientpolitik aufbauen. Seine Antwort, die er dem englischen Botschafter gab, kennen wir aus seiner Weisung vom 13. Jänner 1897 an den Grafen Deym:

„Ich machte darauf aufmerksam, daß ein solches Einvernehmen vor allem eine offene Aussprache des Londoner Kabinettes über seine Stellungnahme in der Frage der Verteidigung des vertragsmäßigen status quo in Konstantinopel und in den Meerengen erheische. Ich erklärte Sir Horace auf das bestimmteste, daß Lord Salisbury in einem großen Irrtum befangen sei, wenn er, wie es den Anschein habe, voraussetze, daß Österreich-Ungarn in erster Linie für die Verteidigung jener Positionen eintreten werde. Wir hielten an der stets ausgesprochenen Ansicht fest, daß Englands Interessen vor allem die Erhaltung der bisherigen Machtverhältnisse im Mittelmeer fordern und daß es daher zunächst auch Englands Aufgabe sei, etwaigen Absichten Rußlands auf Konstantinopel und die Meerengen entgegenzutreten. Dabei wollen wir nicht leugnen, daß eine solche Stellungnahme Englands auch den Interessen Österreich-Ungarns am besten entsprechen würde und wenn uns die Sicherheit gegeben wird, daß das Londoner Kabinett an der bisherigen traditionellen Politik Englands im Oriente festhalten und im Falle einer Bedrohung Konstantinopels oder der Meerengen den Kampf für die Verteidigung dieser Positionen aufnehmen werde, sind wir unsererseits gerne bereit uns mit dem Londoner Kabinett über die Art und Weise zu verständigen, wie wir England in diesem Unternehmen am besten unterstützen können. Gänzlich ausgeschlossen aber ist es, daß wir ohne eine klare Entschließung Englands in dieser Richtung allein für die Aufrechterhaltung des status quo am Bosphorus ins Treffen ziehen. Dies wäre ein Wagnis, für welches keine Regierung in Österreich-Ungarn die Verantwortung übernehmen könnte und daß wir unter solchen Verhältnissen auch auf die Unterstützung Deutschlands nicht zählen dürften, ist wohl selbstverständlich.

Die Rücksicht auf die Sicherheit des Reiches macht es uns daher zur Pflicht, daß wir uns, wenn wir über die künftige Haltung Englands in den vorerwähnten Fragen nicht zur Klarheit gelangen können, auch unsererseits für die fernere Orientierung unserer Politik vollkommen freie Hand bewahren.

Es ist mir sehr daran gelegen, daß Lord Salisbury über diesen unseren Standpunkt jeder Zweifel benommen werde und ich ersuche Ew. denselben bei passender Gelegenheit bei Sr. Lordschaft in unverhohlener Weise zum Ausdruck zu bringen.“

Vom Grafen Deym im Sinne dieser Weisung am 20. Jänner 1897 befragt, entwickelte Lord Salisbury dem k. u. k. Botschafter die schwierige Lage, in welcher er sich angesichts der öffentlichen Meinung in England befinde. Er versicherte den Grafen Deym, daß er selbst die traditionelle englische Politik im Orient nicht aufgegeben habe, daß er noch immer auf dem Standpunkt stehe, daß es mit Englands Interessen unvereinbar sei, Rußland die Beherrschung Konstantinopels und der Meerengen zu überlassen, daß sich aber in der öffentlichen Meinung Englands ein bedeutender Umschwung vollzogen habe und daß es ihm so fraglich erscheinen müsse, ob er noch

die Macht hätte, wegen der Frage Konstantinopels und der Meerengen England mit Rußland in einen Krieg zu verwickeln. Die öffentliche Meinung habe sich hinsichtlich der armenischen Greuelthaten zwar kalmiert, aber der Abscheu und die Entrüstung gegen die Urheber dieser Verfolgungen habe an Intensivität nichts verloren. Obwohl die große Majorität in England, die für die britische Machtstellung im Mittelmeer noch nicht gleichgültig geworden sei, vollkommen einsehe, daß ein Festsetzen Rußlands in Konstantinopel diese Stellung gefährden würde, fürchte er, es würde die Abneigung gegen jede Aktion, welche auch nur den Anschein hätte, als diene sie zur Erhaltung der türkischen Herrschaft, einen so lauten Ausdruck finden, daß ihm die Hände gebunden wären. Er wolle übrigens damit gar nicht gesagt haben, daß England, falls die russische Flotte vor Konstantinopel erscheine, ruhig zuschauen werde. Auch möge es keineswegs als ausgeschlossen betrachtet werden, daß er versuchen werde, den Russen zuvorzukommen und die englische Flotte in den Dardanellen einfahren zu lassen, ehe die russische Flotte vor Konstantinopel eingetroffen sei. Ob er aber in der Lage sein werde dieses zu tun, hänge von verschiedenen Umständen ab. Wenn Rußland die Rolle des Beschützers der Christen in der Türkei übernehme und zur Herstellung geordneter Zustände einschreite, würde die öffentliche Meinung in England es gewiß nicht zulassen, daß die englische Regierung es versuche, sich Rußland in den Weg zu stellen, um Konstantinopel gegen einen russischen Angriff zu schützen. Die Ereignisse der letzten Jahre hätten die Sachlage gewaltig geändert. „Ein Krieg mit Rußland liege auch heute im Bereiche der Möglichkeit, allein zum Zwecke der Erhaltung des status quo in der Türkei, England mit Rußland in einen Krieg zu verwickeln, würde heute keine englische Regierung zu unternehmen wagen.“ Lord Salisbury betonte mit Wärme, daß er Österreich-Ungarn gegenüber stets offen und loyal vorgegangen sei, weil er die Monarchie für Englands Freund halte und den größten Wert darauf lege, mit ihr im engsten Einvernehmen zu bleiben. Dies aber mache es ihm zur Pflicht, sich, wenn auch streng vertraulich, so doch mit voller Freimütigkeit über die Lage auszusprechen, in welcher er sich befinde. Er würde es mit der Österreich-Ungarn schuldigen Loyalität für unvereinbar halten, Versicherungen zu erteilen, die er dann im gegebenen Falle zu halten möglicherweise nicht in der Lage wäre. Er verstehe vollkommen, daß die Unmöglichkeit, in welcher er sich befinde, Österreich-Ungarns Politik beeinflussen müsse, doch wäre es illoyal, wenn

er Wien im Glauben ließe, daß es unbedingt darauf rechnen könnte, daß England im Falle der Bedrohung Konstantinopels oder der Meerengen, den Kampf für die Verteidigung dieser Position aufnehmen würde. Lord Salisbury setzte dem Grafen Deym auch noch auseinander, daß nach dessen vorjährigen Pourparlers die Frage einer eventuellen Forcierung der Dardanellen im britischen Marineministerium einem eingehenden Studium unterzogen worden sei, welches zu dem Resultat geführt habe, daß man sich darüber keiner Täuschung hingeben dürfte, daß, falls die Fortifikationen unter die Leitung russischer Offiziere gestellt werden würden, die Forcierung der Einfahrt zwar nicht unmöglich aber nicht ohne Verlust mehrerer Kriegsschiffe zu erreichen wäre. Diese Gefahr würde sich allerdings wesentlich vermindern, wenn die Forts unter türkischem Kommando ständen.

Um keine Unklarheiten bestehen zu lassen, fragte Graf Deym bei dieser Unterredung den englischen Premier, ob dieser, da er es nicht in Abrede stelle, daß eine Beherrschung des Bosphorus durch Rußland Englands Interessen empfindlich schädigen würde und er auch die Möglichkeit nicht vollkommen ausschließe, daß England zur Verteidigung der bedrohten Positionen den Kampf aufnehmen werde, seine Absicht etwa dahin gehe, abzuwarten, daß die Gefahr imminent sei und dann erst Verbündete zu suchen. Lord Salisbury allerdings verneinte diese Auslegung und meinte, die Gefahr sei bereits nahe genug herangerückt, um eine Verständigung bezüglich einer Abwehr rätlich erscheinen zu lassen, allein bei der von ihm entwickelten Sachlage genüge es nicht, daß er und andere Staatsmänner die Gefahr sehen, es müsse vielmehr diese auch von der Masse des Volkes anerkannt werden, um sich zu einem energischen Widerstand entschließen zu können. Daraufhin erwiderte Graf Deym, daß er aus all dem den Schluß ziehen müsse, da Osterreich-Ungarn allein Konstantinopel zu schützen nicht in der Lage wäre, Frankreich sich im russischen Schlepptau befinde und England sich zu keinem energischen Widerstand entschließen könne, es einzig und allein von dem Belieben Rußlands abhängig sei, wann es die Erbschaft des Sultans antreten werde. Graf Deym fügte überdies hinzu, „daß es ein wahres Glück sei, daß das Kabinett von St. Petersburg von unserer heutigen Unterredung keine Kenntnis erhalte, da es trotz Friedensliebe des Zaren bei diesen geringen Aussichten auf einen Widerstand seitens Englands der Versuchung wohl kaum widerstehen könnte, diese Sachlage zu seinem Vorteile auszunützen“. Lord Salisbury bemerkte darauf, daß er allerdings die Situation für eine höchst bedenkliche

halte und von größten Besorgnissen erfüllt sei, denn er verkenne keineswegs, daß vitale Interessen Englands in Gefahr stünden. Was Frankreich anbelange, so könne er der Bemerkung, daß es sich im russischen Schlepptau befinde, mit Bezug auf diese Frage nicht unbedingt zustimmen. Er glaube vielmehr, daß auch Frankreichs Interessen durch eine solche Präponderanz Rußlands so ernstlich gefährdet würden, daß die französische Regierung Rußland in dieser Frage nicht nur keine Unterstützung leisten, sondern sogar den russischen Wünschen entgegentreten würde. Lord Salisbury war ganz offensichtlich im Glauben, daß die Rücksicht auf Frankreich und auf die Entente mit Frankreich Rußland abhalten könnte, in dieser Frage rücksichtslos vorzugehen.

Graf Deym benützte diese Gelegenheit, um auch auf die englische Presse zu sprechen zu kommen, die gerade in diesen kritischen Monaten ihre russischen Sympathien wiederholt hervorgekehrt hatte. Lord Salisbury versicherte allerdings Graf Deym, „daß mit Ausnahme des Anhangs des Sir William Harcourt's, welcher aus dem liberalen Mittelstand besteht, selbst in der liberalen Partei trotz des allgemeinen Abscheues vor der türkischen Mißwirtschaft die Sympathien für Rußland sehr gering sind und in den unteren Schichten der Bevölkerung, sowie auch in den obersten Schichten, im Gegenteil, die Antipathie gegen Rußland noch tief eingewurzelt ist.“

Trotz der im Laufe dieses Gespräches wiederholten und besonders betonten Erklärung Lord Salisburys, er wolle nicht gesagt haben, daß er den Kampf für die Verteidigung Konstantinopels und der Meerengen keinesfalls aufnehmen werde, mußte sich Graf Gólu-chowski nach den übrigen Äußerungen des englischen Premiers sagen, daß sich dieser, besonders wenn Rußland durch einen Handstreich ein *fait accompli* schaffen würde, niemals zum Krieg entschließen werde und daß Osterreich-Ungarn deshalb diese Eventualität gar nicht in Rechnung ziehen dürfe. Graf Deym aber faßte seinen Eindruck in den Worten zusammen: Lord Salisbury „wird entschieden Protest erheben und sich umsehen, was die anderen Mächte dazu sagen, auf ein entschiedenes Vorgehen ist nicht zu rechnen. Nicht ausgeschlossen erscheint es mir, daß er dann auch gewisse Forderungen stellen und mit Konzessionen sich abfinden würde.“

Unter diesen Umständen war Osterreich-Ungarn nicht nur allgemein in der Orient-, sondern speziell auch in der Kreta-Frage zu einer überaus vorsichtigen und abwartenden Politik gezwungen. Zu

schwach, um allein Rußland entgegenzutreten zu können, mußte es am Balkan jeden Konflikt zu vermeiden und eine allgemeine Beruhigung durch eine Sanierung der türkischen Verhältnisse zu erreichen versuchen.

Als am 8. Februar der griechische Geschäftsträger in Wien dem k. u. k. Außenminister Graf Goluchowski die Zirkularnote seiner Regierung mitteilte, welche unter Hinweis auf die Vorgänge in Kreta die Mächte bat, die durch die dortige bedrohliche Lage gebotenen Maßnahmen zu treffen, antwortete Graf Goluchowski daher auf diesen griechischen Appell ausweichend, weil er weder Griechenland zu einer selbständigen Aktion auf Kreta ermuntern, noch unbedingt für die Türkei Partei ergreifen, sondern vor allem Zeit gewinnen wollte, um zu sehen, wie die übrigen Mächte sich zu den Vorgängen auf der Insel stellten<sup>54</sup>). Er betonte lediglich, daß die Botschafter in Konstantinopel, welche bisher im Auftrage ihrer Regierungen fortgesetzt bei der Pforte für die Pazifikation der Insel zu wirken bemüht waren, auch zunächst berufen seien, sich über die durch den abermaligen Ausbruch der Unruhen geschaffene Situation zu äußern, indem ihre Informationen den Mächten die nötigen Anhaltspunkte für ein weiteres gemeinsames Vorgehen in der kretensischen Frage bieten würden. Übrigens sei ihm nicht unbekannt, daß nicht nur die zögernde und schwächliche Haltung der türkischen Regierung, sondern auch die geheimen Umtriebe der griechischen Aktionspartei, welche in einer dauernden Beruhigung der Verhältnisse auf der Insel eine Gefahr für die Realisierung ihrer auf die Union mit dem Königreiche gerichteten Pläne erblicke, an der gewaltsamen Unterbrechung des von den Mächten geförderten Pazifikationswerkes die Schuld trage. Ebenso vorsichtig ging Graf Goluchowski vor, als ihm am 10. Februar der türkische Botschafter in Wien, Mahmud Nedim Bey im Namen seiner Regierung mitteilte, alle Bemühungen der Pforte, friedliche und geordnete Zustände in Kreta auf Grund der den Inselbewohnern vom Sultan in weiser Berücksichtigung der Ratschläge der Mächte gewährten Zugeständnisse herbeizuführen, seien durch die revolutionären Umtriebe des griechischen Geheimkomitees vereitelt worden. Die Insel befinde sich abermals im offenen Aufstande, der durch die Anwesenheit der von Athen in die kretensischen Gewässer entsendeten Kriegsschiffe in gefährlicher Weise ermuntert werde. Angesichts dieser Sachlage appelliere die Pforte an

<sup>54</sup>) Telegramm an Baron Calice, gleichlautend an die Missionen in Berlin, Paris, London, Petersburg, Athen.

die Mächte, entweder in Athen die geeigneten Schritte zu unternehmen, um Griechenland von jeder Unterstützung der revolutionären Bewegung in Kreta abzuhalten und die Rückberufung der griechischen Kriegsschiffe zu erwirken, oder aber der Regierung des Sultans bei Unterdrückung des Aufstandes freie Hand zu lassen. Als Mahmud Nedim Bey auftragsgemäß Graf Gołuchowski um dessen Auffassung befragte, bestritt dieser nicht die Umtriebe des griechischen Agitationskomitees, schob jedoch die Hauptschuld an dem Mißlingen der Pazifikation der türkischen Regierung selbst zu. An einen Erfolg der Mächte, in Athen die Rückberufung der Kriegsschiffe zu erreichen, glaubte er nicht. Die griechische Regierung war einfach nicht in der Lage, diesem Verlangen zu entsprechen, da die Entsendung unter dem Drucke der in höchstem Grade aufgebrachtten öffentlichen Meinung geschehen war und deshalb ein Gegenbefehl von verhängnisvollster Wirkung nicht allein für das Ministerium sondern auch für den König sein konnte. Aus diesen Überlegungen heraus erklärte Graf Gołuchowski, es scheine ihm nicht möglich, dem Ansinnen der türkischen Regierung Folge zu leisten. Hinsichtlich des Verlangens, der Türkei freie Hand zu lassen, sei es nicht seine Sache, der Pforte einen Rat zu geben. Selbstverständlich stehe jeder Regierung das Recht zu, mit den zu Gebote stehenden legitimen Mitteln Ruhestörungen innerhalb ihres Gebietes entgegenzutreten. Auf das eine aber müsse er die türkische Regierung aufmerksam machen, daß sie Sorge tragen möge, Ausschreitungen und Grausamkeiten hintanzuhalten, wie sie von einzelnen ihrer Truppen und ihrer Polizeiorgane bei den Vorgängen in Armenien und bei Gelegenheit der Tumulte in Konstantinopel begangen worden seien, da die Wiederholung solcher Greuel die öffentliche Meinung Europas in einem für die Türkei sehr gefährlichen Grade erregen würde<sup>55</sup>). Der erste Teil dieser Antwort bestärkte den Argwohn Rußlands, das Österreich-Ungarn ohnedies vorwarf, gegenüber Griechenland besonders zuvorkommend zu sein, und das aus der dem türkischen Botschafter gegebenen Antwort des Grafen Gołuchowski die Absicht des k. u. k. Kabinettes herauslas, von der bisherigen Politik des status quo abzuschwenken, weshalb Rußland in Berlin anfragen ließ, ob darüber der deutschen Regierung etwas bekannt sei. So war auch die Stimmung im Berliner Auswärtigen Amt gedrückt, das allerdings der russischen Regierung nur wiederum den Rat gab, dem französischen

<sup>55</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 232—325.

Kabinetts neuerdings nahelegen, die Initiative zu einer Aktion der Mächte zu ergreifen, welche mit dem Verlangen nach Rückberufung der griechischen Schiffe eingeleitet werden sollte. „Im ganzen ist man hier besorgt und ratlos“, meldete der k. u. k. Botschafter Szögyény am 14. Februar telegraphisch nach Wien. Mit dem ersten Teil seiner Antwort bewies Graf Gołuchowski jedoch, wie richtig er die Lage in Athen beurteilte. Dabei war das griechische Kabinetts in sich gespalten. Während Ministerpräsident Delyannis zwischen dem Volkswillen und der Einflußnahme der Großmächte hindurchzulavieren versuchte, drängten der Minister des Inneren Mavromichalis und der Marineminister Levidis zu energischem Eingreifen auf Kreta. Die am 10. Februar abgehaltene Sitzung der griechischen Kammer mußte wegen stürmischer Angriffe der Opposition aufgehoben werden. Zu alledem sandte der griechische Generalkonsul auf Kreta laufend übertriebene Meldungen nach Athen, welche die Regierung außer Fassung brachten. Die königliche Familie stand im Gefühl ihrer prekären Lage im Widerspruche mit der Nation und sogar mit ihrer nächsten Umgebung<sup>56)</sup>, und als Prinz Georg im Piräus landete, empfing ihn eine pfeifende Menge mit dem Ruf, was er denn hier suche, sein Platz wäre in Kreta<sup>57)</sup>. Als Ausweg schlug Delyannis dem österreichischen Geschäftsträger Grafen Manó Széchényi vor, die

<sup>56)</sup> Um die ihm und seinem Ministerium im eigenen Lande drohende Gefahr abzuwenden, an eine andere glaubten sie nicht, bestellte der König auf eigene Kosten mehrere 100 000 Patronen. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 337 v.)

<sup>57)</sup> In Patras beispielsweise trat das Kretenser-Komitee wieder in Permanenz. Als bekannt wurde, daß der Höchstkommmandierende Prinz Georg nach Candia abgegangen sei, geriet die „Ethnike-Hetairia“-Propaganda völlig außer Rand und Band. Auch der Namarch und der Bürgermeister rieten in öffentlichen Ansprachen zu raschem Handeln. Später zogen sie sich zurück, doch konnte die grenzenlose Toleranz der Behörden allen Vorkehrungen und Unternehmungen der „Hetairia“ gegenüber nicht weggeleugnet werden. Nach altem Rezept fanden in Patras, Pyrgos, Missolonghi und anderen Städten fast täglich Volksmeetings statt, bei welchen öffentlich Geld, Waffen, und Munition gesammelt, Anmeldungen von Freiwilligen entgegengenommen und Sympathien für Kreta in Wort und Schrift propagiert wurden. Bei diesen Kollekten kamen in Pyrgos an 30 000, in Patras über 12 000 Drachmen im ersten Anlauf zusammen. Eine eigene, von Athen unabhängige Schiffsexpedition mit Mann, Waffen und Geld für Kreta wurde vorbereitet. Die 45 Freiwilligen, zumeist Insulaner von Geburt, konnten jedoch nicht eingeschifft werden, da es ihnen an Waffen und Geld gebrach. Um die Leidenschaften noch mehr zu steigern, berichteten die Athener Zeitungen, König Georg habe selbst Delyannis aufgefordert, entweder die Flotte, wie es das Volk verlange, in Aktion treten zu lassen oder zu demissionieren.

Pazifikation Kretas an Italien zu übertragen, das mit Griechenland stark sympathisierte — ein Vorschlag, der jedoch von den Mächten überhaupt nicht diskutiert wurde. Aber was konnte die von den Vertretern Frankreichs und Englands offiziell, von den Vertretern Rußlands und Österreich-Ungarns<sup>58)</sup> ohne Instruktionen geführte warnende Sprache, die Türkei durch unverantwortliche Maßregeln doch nicht zu provozieren, noch nützen. „Nachdem, wie die Dinge heute stehen“, berichtete am 11. Februar Graf Széchényi nach Wien, „dürften wohlwollende Ratschläge, wenn auch gerne gehört und verstanden, keinerlei praktischen Wert mehr haben, weil momentan die Zufälle und das Volk auf der Straße und nicht die Regierung die Geschicke Griechenlands leiten.“ So teilte denn Delyannis am 11. Februar der Kammer mit, daß Griechenland nie die Ausschiffung auch nur eines türkischen Soldaten in Canea dulden werde, und deutete gleichzeitig an, bereit zu sein, in diesem Falle auch gegen den Willen der Mächte selbständig vorzugehen<sup>59)</sup>.

<sup>58)</sup> Dieser war bemüht, unter Hinweis auf die ihm bekannten wohlwollenden Gesinnungen der k. u. k. Regierung für Griechenland „in schonungsloser Weise die verderbliche Lage zu schildern, in welcher das Land durch politische Mißgriffe in Canea kommen würde, und welche sich unbedingt blutig in Mazedonien rächen dürften. Die Türkei wird nur ihr gutes Recht üben, wenn sie in Mazedonien die durch die Griechen provozierte Bewegung unterdrückt und daß dies nach gemachter Erfahrung viel Blut und Verlust an Hab und Gut zum Opfer fordern würde, liegt außer Zweifel. Dem gegenüber stünde dann Griechenland finanziell bankrott und militärisch schwach da, angewiesen auf die gnädige Intervention der Großmächte. Vielleicht wäre es doch klüger, dieselben heute zu hören und Aspirationen zu entsagen, die vorläufig Hirngespinnste sind!“ In ganz analoger Weise bat Graf Széchényi den Kronprinzen, seinen Einfluß geltend zu machen, daß Griechenland sein verlorenes Gleichgewicht wieder finde, doch erklärte der Kronprinz, daß das National-Komitee bereits die ganze Armee umfasse und daß sich zu dieser nationalen Tätigkeit noch die Wühlereien der Opposition gesellten, die durch Verbreitung falscher Gerüchte die Menge zu fanatisieren bemühe, um den Sturz der Regierung zu beschleunigen. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 332.)

<sup>59)</sup> Noch deutlicher wird diese Absicht in der griechischen Zirkularnote vom 11. Februar ausgesprochen (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 379). — Vgl. auch dazu Das Staatsarchiv 62, Leipzig 1899 Nr. 11727 (Kopie in französischer Sprache des von Skousés an den griechischen Gesandten in London gerichteten Telegramms). Die von Delyannis ausgesprochene Drohung, „daß Entsendung türkischer Truppen nach Kreta Krieg unvermeidlich machen würde“, hielt Graf Gołuchowski „für unverantwortlich“ und er fügte hinzu: „Ich kann griechisches Kabinett nur auf das Eindringlichste vor solchen Auffassungen der Lage warnen.“ (Telegramm vom 11. Februar 1897. Ebda. Schubert 281 f. 392.)

Die Mächte waren zwar entschlossen, bei der griechischen Regierung Vorstellungen zu erheben, um sie von jeder überstürzten Handlung „ohne vorher die Großmächte zu Rate gezogen zu haben“ abzuhalten<sup>60)</sup>, und sie zu hindern, noch weitere Schiffe nach Kreta zu senden, aber keiner wollte die Initiative ergreifen. Lord Salisbury, der einem allgemeinen Aufstand auf Kreta und einem Zusammenstoß zwischen Griechenland und der Türkei vorbeugen wollte, schien — nach dem Urteil des Grafen Deym — „aber über die zu diesem Zwecke anzuwendenden Mittel sich keinen Rat zu wissen“<sup>61)</sup>. Den ersten Schritt wollte Salisbury auf jeden Fall einer anderen Macht überlassen, doch lehnte auch Graf Murawiew, bei dem Lord Salisbury über seinen Botschafter ansuchte, „mit dem Rußland zu Gebote stehenden Einfluß mit aller Energie auf die griechische Regierung zu wirken, daß weitere unbesonnene Schritte verhütet werden“, vorerst die Initiative ab. Dagegen bemühten sich der russische und der französische Botschafter in Berlin, die deutsche Regierung zur Initiative zu bewegen. Der russische Botschafter Graf Osten-Sacken gestand, daß Rücksichten auf die dänische Königsfamilie den Grafen Murawiew davon abzuhalten scheinen<sup>62)</sup>, energische Maßregeln gegen Griechenland zu beantragen. Auch der französische Botschafter wies auf die Schwierigkeiten hin, welchen seine Regierung im

---

<sup>60)</sup> Telegramm vom 9. Februar 1897 an den britischen Botschafter in Athen, mitgeteilt dem k. u. k. Außenministerium durch den britischen Botschafter in Wien. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 320.)

<sup>61)</sup> Telegraphischer Bericht vom 11. Februar 1897 (Ebda. Schuber 281 f. 365).

<sup>62)</sup> Beim diplomatischen Empfang in St. Petersburg am 10. Februar erklärte Graf Murawiew dem türkischen Botschafter Hussni Pascha, daß auch er, wie die türkische Regierung, den Wiederausbruch der Unruhen den griechischen Revolutionskomitees zuschreibe, „aber es mit Rücksicht auf die Dynastie und die Regierung in Griechenland schwer halte, daß die Großmächte die Rückberufung der griechischen Kriegsschiffe fordern“. Er sei jedoch auch der Ansicht, daß die türkische Regierung keine neuen Truppen nach Kreta dirigieren solle. Am nächsten Tag suchte Hussni Pascha Graf Murawiew auf, um ihm zu erklären, daß die Großmächte, wenn sie eine neuerliche Entsendung türkischer Truppen nach Kreta mißbilligten, auch die Offensive Griechenlands gegen die Türken in Kreta hindern müßten, worauf Graf Murawiew ihm erwiderte, daß dies durch Befehle an die Kommandanten der großmächtlichen Schiffe bereits geschehen sei. Auf eine Diskussion über die neuesten Iradés des Sultans ließ sich Graf Murawiew nicht ein, da, wie er betonte, die Pforte das Reformprogramm der Botschafter in Konstantinopel „in seinem ganzen Umfange“ annehmen müsse. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 629.)

eigenen Lande begegnen würde, falls sie der Freiheitsbewegung der christlichen Kretenser schroff entgetreten werde. Doch auch die deutsche Regierung war „ungeachtet ihrer sehr ernsten Beurteilung der Situation“ gesonnen, „in keinem Falle irgendwelche Initiative“ zu ergreifen. Sie war allerdings bereit, sich allen, auch den energischsten Maßnahmen der anderen Mächte anzuschließen. Auch als sich die „besorgte Stimmung“ in Berlin durch die Bemerkung des griechischen Gesandten verschärfte, das Athener Kabinett werde unter dem Drucke der öffentlichen Meinung nichts anderes tun können, als auf die Union Kretas mit dem Königreiche hinzuarbeiten, hoffte Baron Marschall, daß die Einmütigkeit der Kabinette bezüglich der auf die Athener Regierung sofort auszuübenden Pressuren sich bewähren werde, auch ohne daß hiezu eine formelle Initiative seitens einer Macht notwendig wäre<sup>63</sup>). Auch Österreich-Ungarn war nicht bereit, die Initiative zu übernehmen, da es sich verpflichtet hatte, für die Wahrung der griechischen Interessen wohlwollend einzutreten und da sein Vorschlag im Sommer 1896, als die aufständische Bewegung auf Kreta noch im Entstehen war, durch eine gemeinsame Aktion der großmächtlichen Schiffe die Unterstützung der aufständischen Bewegung seitens der griechischen Agitationskomitees durch eine Blockade zu verhindern und gleichzeitig durch die Konsuln in Kreta zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, was die gewünschte Pazifikation der Insel wahrscheinlich herbeigeführt hätte, nicht die Zustimmung aller Mächte gefunden hatte und am Widerstand Englands und Deutschlands, das „marinetechnische Gründe“ vorgegeben hatte, gescheitert war. Gerade hier zeigt es sich, wie ungerecht es ist, dem Grafen Gołuchowski vorzuwerfen, daß er nicht der Mann war, im Konzerte der Mächte ein Solo zu wagen<sup>64</sup>). In den ersten Märztagen 1897 kam die römische Zeitung „Popolo Romano“ zu der späten Erkenntnis: „Wenn die übrigen Mächte damals die Initiative Gołuchowskis angenommen hätten, wäre Europa von den Gefahren verschont geblieben, welche es jetzt bedrohen. Die kretensische Frage würde heute nicht existieren“<sup>65</sup>). Durch die Ablehnung

<sup>63</sup>) Telegramm des Botschafters von Szögyény vom 12. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 401.)

<sup>64</sup>) Th. v. Sosnosky: Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866. Stuttgart 1914, II, S. 116.

<sup>65</sup>) Nach Bericht des Baron Pasetti an Graf Gołuchowski vom 6. März 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XI Italien, Schuber 247.)

des 1896 gemachten Vorschlages<sup>66)</sup> sah das k. u. k. Auswärtige Amt es nicht als seine Sache an, neuerdings die Initiative zu einer gemeinsamen Aktion der Mächte auf sich zu nehmen<sup>67)</sup>.

Um aber den Ernst der Situation zu unterstreichen, hatte Lord Salisbury am 10. Februar erklärt, willens zu sein, im Falle einer weiteren aggressiven Haltung der griechischen Regierung seinen Botschafter in Konstantinopel anzuweisen, daß der Pforte nicht mehr weiter von einer Truppensendung nach Kreta abzuraten sei<sup>68)</sup>. Doch gerade diese wollte Rußland verhindern. Als Graf Murawiew von seinem Botschafter in Konstantinopel, A. J. Nelidow, am 10. Februar telegraphisch die Mitteilung erhielt, daß die Pforte bekanntgegeben habe, sie halte die Entsendung von Truppen nach Kreta zur Niederwerfung des Aufstandes für unerläßlich, beauftragte er, da sich damit die Lage zuspitzte, die russischen Botschafter bei den Großmächten, den Kabinetten die Frage zu stellen, ob diese sich, da eine note collective zur Feststellung des Textes zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde, zu einer *démarche simultanée*, aber ohne Verhandlungen, um keine Zeit zu verlieren, verstehen würden: „1. Bei den Türken zur absoluten Inhibierung neuer Truppensendungen; 2. in Griechenland, um die Rückberufung der griechischen Kriegsschiffe — wenn möglich — zu erreichen und zu energischer Aktion gegen die revolutionären Komitees aufzufordern<sup>69)</sup>; 3. bei den Konsuln in Kreta, um die dortige Lokalregierung zu veranlassen, ihre Pflicht zu erfüllen“<sup>70)</sup>.

<sup>66)</sup> Englisches Blaubuch: Turkey No. 7 (1896). Correspondence respecting the Affairs of Crete. London 1897 Nr. 139, 191, 202, 229, 231, 274, 318, 322, 343, und insbesondere 389, 403, 416, 419, 430, 433, 438, 443, 447, 453, 471—474, 479, ebenso auch 508, 517, 521, 527, 531, 535, 553—557, 606.

<sup>67)</sup> Vertrauliche Note Gołuchowskis an Szögyény vom 14. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 531 v).

<sup>68)</sup> Diese Anweisung wurde jedoch dann nicht erteilt, was Lord Salisbury dem Grafen Deym mitteilte. Lord Salisbury war bereits am 12. Februar der Ansicht, daß die türkische Regierung die Absicht, Truppen nach Kreta zu entsenden, ohnehin aufgegeben habe.

<sup>69)</sup> Graf Murawiew wollte von der griechischen Regierung „freundliche Haltung und Unterdrückung des Revolutionskomités“. Die gemeinsame Aktion der Großmächte sollte nach Murawiew vor allem auch zum „Schutz des Königs von Griechenland gegen die aufgeregte öffentliche Meinung, ja jetzt gegen das Ministerium in Griechenland“ dienen. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 370. Bericht des Prinzen Liechtenstein vom 11. Februar 1897.)

<sup>70)</sup> Die Konsuln der Mächte auf Kreta telegraphierten von sich aus am 11. Februar an ihre Botschaften in Konstantinopel: „Anbetracht der vorherrschenden

V.

Am 10. Februar entschloß sich die griechische Regierung, die wie im Sommer 1896 bald auf die Unterstützung dieser bald jener Großmacht pour patroner ses ambitions rechnete und sich so nicht ganz allein fühlte, zu einem waghalsigen Schritt: zur Absendung ihrer Torpedoflotte nach Canea. Delyannis hatte dem König durch drastische Schilderung seiner gefährlichen Lage die Zustimmung abgepreßt. Bald darauf zogen begeisterte Volksmassen zum königlichen Palais. Als Prinz Georg dieses, begleitet vom König und seinen Brüdern verließ, um nach dem Piräus abzureisen und dort das Kommando der sechs Torpedoschiffe zu übernehmen, jubelte ihm das Volk begeistert zu. Der Metropolit erteilte angesichts der Menschenmenge bei offenen Kirchentoren dem Prinzen den Segen. Der König hatte seinen Sohn mit dem Kommando betraut, um die tiefgesunkene Popularität seines Hauses zu heben und sich den Anschein zu geben, als würde er der nationalen Strömung folgen. Hatte aber bisher die griechische Regierung die Entsendung der Schiffe als eine gleich den übrigen Mächten ohne feindselige Absicht durchgeführte Schutzmaßregel motivieren können, entfiel diese Rechtfertigung bei der erfolg-

---

Anarchie sowie daß die Bevölkerung im Innern vollkommen bewaffnet erscheint, glauben Konsuln, daß Absendung des Militärkommandanten Saadeddin Pascha Signal zu allgemeiner Erhebung und Kämpfen unsomehr wäre, als die Christen seitens der Griechen reichlich mit Waffen und Munition versehen werden.

Um einesteils Mohammedaner zügeln und anderteils Christen zu halten, so wie Herrschaft des Sultans zu festigen, könnten nachstehende Maßnahmen Aufschub erzielen, wenn sie ehebaldigst erfolgen würden:

1. Abberufung griechischer Kriegsschiffe;
2. Zurückhaltung der ottomanischen Truppen;
3. Provisorische Okkupation der drei Hauptstädte Candia, Canea und Rethymo;
4. Sofortige Organisation Gendarmerie und Inkraftsetzung anderer Reformen."

Schon am nächsten Tag berieten sich die Botschafter in Konstantinopel und „anerkannten die Zweckmäßigkeit“ der vier Punkte. Bezüglich der zwei ersten Punkte waren sie der Überzeugung, daß hauptsächlich eine starke Aktion in Athen erforderlich wäre, welche dem König gegen die nationale Strömung einen Rückhalt gewähren würde. „In Konstantinopel aber sei kaum eine Aktion erforderlich, da die Türken ohnehin wenig Lust zeigen, Truppen zu senden.“ Zu Punkt 3 waren die Botschafter der Ansicht, „daß die Landung von gemischten Mannschaften, wenn auch in geringer Zahl, pour faire la police das einfachste und zugleich wirksamste Mittel wäre, um Bombardement zu verhindern und zugleich einen bedeutenden moralischen Eindruck nach allen Seiten hin zu erzielen und für die weitere Regelung Zeit zu gewinnen“. Punkt 4 hänge von dem Vollzuge der anderen ab. (Telegramm des Baron Calice vom 12. Februar 1897. H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 427.)

ten Abkommandierung der Torpedoboote. Diese, so erklärte die griechische Regierung, sei auf die Nachricht hin beschlossen worden, daß die Türkei zwei Kriegsschiffe mit Truppen nach der Insel abgesandt habe, wobei die griechische Regierung selbst diese Falschmeldung in die Welt gesetzt hatte, um einen Vorwand zum Eingreifen auf Kreta zu besitzen. Delyannis, in seiner Ohnmacht der nationalen Strömung entgegenzusteuern, ließ sich unter Aufgabe aller Vernunft von dieser mitreißen, in der Zuversicht, daß die Großmächte trotz gegenteiliger Versicherungen Griechenland doch schließlich aus der Klemme reißen und der Türkei nicht preisgeben würden. Der Kommandant des vor Canea liegenden griechischen Kriegsschiffes aber fragte bei den Kommandanten der vor Anker gegangenen Kriegsschiffe der Mächte an, welches ihre Haltung sein würde, wenn er sich veranlaßt sähe, Canea zu bombardieren. Davon verständigt, erklärte Graf Gołuchowski in einem Telegramm, das gleichlautend nach London, Paris, Berlin, St. Petersburg, Rom, Canea und Konstantinopel ging, er könne nicht glauben, daß der Anfrage des griechischen Kommandanten die ernste Absicht, Canea zu bombardieren, zugrunde liege<sup>71)</sup>. „Es wäre ein Akt offener Feindseligkeiten gegen die Türkei, eine Herausforderung derselben zum Kriege mit Griechenland, welches für dieses Wagnis die schwerste Verantwortung treffen würde. Wir können daher die griechische Regierung nur auf das ernsteste vor einem solchen gefährlichen Unternehmen warnen und ihr eindringlichst raten, die auf die Wiederherstellung der Ordnung und die Schaffung befriedigender Verhältnisse auf Kreta gerichteten Bemühungen der Mächte nicht durch einen offenen Friedensbruch zu stören, der Griechenland die Sympathien Europas entfremdete und dasselbe im Kampfe mit der Türkei der militärischen Übermacht seines Gegners preisgeben würde, ohne daß man dabei in Athen auf die Unterstützung seitens irgend einer europäischen Macht zählen könnte.“ Graf Széchényi schlug daraufhin gegenüber Skousés, den ihm von Graf Gołuchowski „vorgeschriebenen ernsten Ton“ an, doch der griechische Minister des Äußeren erwiderte, „daß Griechenland müde sei, die kretensische Frage mit allen Gefahren für Krone und Regierung alle sechs Monate auftauchen zu sehen. Es werde daher diesmal auch gegen den Willen der Großmächte eine endgültige Solution derselben erzwingen.“ Auf Széchényis Bemerkung, daß die griechische Regierung mit Blindheit geschlagen wäre,

<sup>71)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 291—394.

unter solchen Umständen die Verantwortung eines Krieges gegen eine solche Übermacht auf sich zu nehmen, gab Skousés die unglaubliche Äußerung ab: „Sachez tous que nous n'avons pas peur de la Turquie; tout d'abord jamais elle n'arrivera à transporter ses troupes par mer en Macédoine et des 25 000 soldats qu'elle pourrait y envoyer nous en finirons facilement, la Macédoine se soulèvera comme un seul homme et puis n'oubliez pas que nous avons 300 000 Grecs à Constantinople qui n'attendent que notre ordre pour faire des troubles et mettre le feu aux quatre coins de la ville: et cet ordre leur sera donné aussitôt que la guerre sera déclarée.“ Dieser von Skousés so leidenschaftlich angeschlagene Ton ließ befürchten, daß der griechische Minister des Äußeren von der erregten Volksstimmung in Athen mitgerissen, jegliche Besonnenheit verloren hatte. Die Drohung, Konstantinopel durch die dort lebenden Griechen in Brand stecken zu lassen, war so ungeheuerlich, daß Graf Gołuchowski bereit war, anzunehmen, „Skousés habe diese Äußerung in einem Zustande hochgradiger psychischer Erregung getan.“ Am 14. Februar, zu einem Zeitpunkt also, da die Kriegsvorbereitungen Griechenlands bereits offenkundig waren und die Ereignisse immer schneller zur Entscheidung drängten, gab das Wiener Außenamt dem Athener Kabinett nochmals den dringenden Rat, den Warnungen und Vorstellungen der Mächte Gehör zu schenken, und die Sorge für die Regelung der Situation in Kreta dem einvernehmlichen Vorgehen der Mächte zu überlassen. „Wir tun dies“, heißt es in der Weisung des Grafen Gołuchowski an Graf Széchényi, „als aufrichtige Freunde Griechenlands und weil wir überzeugt sind, daß eine abenteuerliche und waghalsige Politik dem Königreiche zum Verderben gereichen und uns in die Unmöglichkeit versetzen würde, im Rate der Mächte für die Wahrung der griechischen Interessen wohlwollend einzutreten“<sup>72</sup>).

Um aber die Kommandanten der von den Mächten nach Kreta entsandten Schiffe nicht in eine unhaltbare Situation zu bringen, sprach am 10. Februar Baron de Courcel im Auftrage der französischen Regierung bei Lord Salisbury vor, um ihm den Vorschlag zu unterbreiten, jene anzuweisen, nötigenfalls „de se concerter avec les commandants des vaisseaux de guerre des autres Puissances pour prévenir une action agressive de la part des vaisseaux grecs“.

<sup>72</sup>) Weisung Gołuchowskis an Graf Széchényi vom 14. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 527.)

Salisbury stimmte diesem Vorschlag im Hinblick auf die von einem Teile der europäischen Presse gegen England erhobenen Angriffe zu und ließ über die Admiralität an den englischen Admiral vor Kreta die Weisung ergehen, eine „action agressive“ griechischer Schiffe zu verhindern und jede andere Maßnahme zu treffen, welche die Umstände erfordern, eine Formulierung, die sogar über den französischen Vorschlag hinausging<sup>73)</sup>. Lord Salisbury hoffte, „daß diese Instruktion ihre Wirkung in Athen nicht verfehlen werde“<sup>74)</sup> und so die Notwendigkeit nicht eintrete, ein Torpedoboot in den Grund bohren zu müssen. Über seine Anfrage bei Graf Murawiew, ob sich die russischen Schiffskommandanten den englischen und französischen anschließen dürften<sup>75)</sup>, erließ dieser mit Zustimmung des Zaren am 12. Februar eine klare Weisung an den nach Kreta abgesandten russischen Kommandanten, Contre-Admiral Andréeff, die er gleichzeitig seinem Botschafter Nelidow mitteilte: „L'admiral Andréeff a été invité à se rendre en Crète afin de s'entendre avec les commandants des autres forces navales étrangères au sujet des mesures à prendre pour empêcher toute action agressive de la part des Grecs. A notre avis en cas d'urgence tous les vaisseaux pourraient faire descendre des détachements à terre et s'entendre avec les autorités ottomanes au sujet du rétablissement de la tranquillité. L'île serait ainsi gardée par les forces européennes en dépôt jusqu'à ce que par un accord des puissances la question crétoise ne reçoive une solution.“

Den Passus über die Lösung der „kretensischen Frage“ legte

---

<sup>73)</sup> Diese Weisung teilte der britische Botschafter in Wien persönlich und vertraulich Außenminister Graf Gołuchowski schriftlich mit und fügte hinzu: „Die Affaire Kreta ist wahrlich trostlos (vraiment désolante) und wir müssen vor allem befürchten, daß sie die Lage des Königs gefährdet.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 377.)

<sup>74)</sup> Telegramm des Grafen Deym vom 12. Februar 1897. (Ebda. Schubert 281 f. 429.) — In der englischen Instruktion hieß es nicht „de prévenir“, sondern ausdrücklich „d'empêcher une action agressive“. Auf die Frage des Grafen Deym, ob der englische Vertreter in Athen beauftragt worden sei, der griechischen Regierung den Befehl an den englischen Admiral mitzuteilen, antwortete Lord Salisbury ausweichend, er erinnere sich nicht, vermute es jedoch. Der englische Admiral von Kreta setzte Prinz Georg von Griechenland über die erhaltenen Befehle allerdings in Kenntnis.

<sup>75)</sup> Graf Murawiew antwortete, daß er die Willensmeinung seines kaiserlichen Herrn einholen müßte, dessen Zustimmung er nicht bezweifle, was der englische Botschafter in Hinblick auf die Verdächtigungen der russischen, französischen und deutschen Presse gegen England mit Befriedigung aufnahm.

Baron Marschall, der dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles versicherte, daß die deutsche Regierung bereit sei, auch ihrerseits ähnliche Instruktionen, wenn nötig sogar in energischer Fassung, zu erlassen<sup>76)</sup>, dahin aus, „daß man in St. Petersburg offenbar mit Rücksicht auf die Kaiserin-Witwe und deren Verwandtschaft den Wunsch hege, zwar mit den Mächten mitzutun, der Form nach jedoch Griechenland gegenüber schonend vorzugehen“<sup>77)</sup>. Der russischerseits proponierte Vorgang besaß allerdings den Vorteil einer unmittelbar wirksamen Ausführbarkeit, er war geeignet, ein auf die Herabstimmung der Aktions-Velleitäten der Balkanstaaten nützlich Præzedenz zu schaffen, „überhaupt einen günstigen Wendepunkt in der gefahrvollen Situation“ zu bilden und die durch die Niedermetzelung der Mohammedaner in Sitia hervorgerufene Gefahr einer Revanche seitens der Mohammedaner an den Christen in Konstantinopel und Kleinasien zu verhindern.

Trotz aller Warnungen schritt die griechische Regierung den Weg weiter, der zum Krieg mit der Türkei führen mußte. Am 13. Februar führte Kronprinz Konstantin ein Bataillon in den Piräus,

<sup>76)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 405 und f. 455. — Am 7. Februar hatte auch das deutsche Kriegsschiff „Kaiserin Augusta“ den Befehl erhalten, von Wilhelmshafen nach Canea auszulaufen. Kaiser Wilhelm II. hatte sich nur schwer zu dieser Maßregel entschlossen, doch hatte das Auswärtige Amt darauf bestanden, „nicht so sehr zum Schutze der deutschen Interessen, als um hierdurch die Einmütigkeit der Mächte zu dokumentieren“. (Bericht des k. u. k. Botschafters, H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 246.) — Der italienische Kommandant wurde von Rom aus angewiesen „d'éliminer de concert avec ses collègues toute cause de conflict entre les navires grecs et les autorités ottomanes“. (Telegramm des k. u. k. Botschafters in Rom vom 12. Februar 1897. Ebda. Schubert 281 f. 439.) Dagegen erhielt der Kommandant der k. u. k. Kriegsschiffe in den kretensischen Gewässern nur die Instruktion: „Falls die griechischen Kriegsschiffe sich nicht ebenso wie jene der Großmächte auf den Schutz ihrer Staatsangehörigen beschränken, sondern irgend eine weitergehende Aktion unternehmen sollten, wo möglich im Einvernehmen mit den Schiffskommandanten der übrigen Großmächte den griechischen Kommandanten auf die daraus ihm erwachsende schwere Verantwortung aufmerksam zu machen, eventuell energischen Protest einzulegen und hierher telegrafisch zu berichten.“ (Ebda. Schubert 281 f. 451.) Graf Murawiew sprach gegenüber dem k. u. k. Botschafter Prinz Liechtenstein sein Bedauern aus — und das ist in der Diplomatie bereits ein nachhaltiger Ausdruck — „daß die an den k. u. k. Kommandanten erlassene Weisung nicht so bestimmt laute, wie die Formulierung der deutschen Regierung, die jedes Ausschiffen von Kanonen, Gewehren, ja Übergabe von Geld an die Insurgenten seitens der Griechen als zu hindern bezeichnet, analog wie die russische Weisung“. (Telegramm des Prinzen Liechtenstein vom 13. Februar 1897. Ebda. Schubert 281 f. 473 v.)

<sup>77)</sup> Telegramm Szögyénys vom 13. Februar 1897 (Ebda. Schubert 281 f. 455 v).

wo es nach Kreta eingeschifft wurde. Seitens der Regierung wurde gegenüber dem Diplomatischen Corps in dieser Hinsicht strengste Reserve beobachtet. Gleichzeitig wurden zwei Klassen von Reservisten einberufen<sup>78)</sup>. Auf diese alarmierenden Nachrichten hin beschlossen die diplomatischen Vertreter in Athen der griechischen Regierung ein Promemoria zu übergeben<sup>79)</sup>:

„Après l'envoi des bâtiments de guerre helléniques en Crète suivi de l'expédition des torpilleurs nous n'avons pas dissimulé au Gouvernement Royal la désapprobation que rencontreraient, de la part des Puissances des actes aussi contraires à leur commun désir de maintenir la paix de l'Orient.

Nous apprenons aujourd'hui que les choses prennent une tournure autrement grave; que des troupes régulières de la Grèce se disposent, à pénétrer à main armée sur un point du territoire ottoman. Si cette nouvelle est fondée, notre devoir dans de telles conjonctures, en attendant les instructions qui ne peuvent manquer de nous arriver à bref délai, est d'insister sur la désapprobation que des actes semblables rencontrent de la part de tous nos Gouvernements et de déclarer au Gouvernement hellénique que les Puissances ne peuvent que laisser peser sur lui les conséquences d'une action qui éveille à juste titre la vive auxiété des Cabinets européens."

Diese Vorstellung blieb ohne jede Wirkung, da der König, um nicht länger im Widerspruch mit seinem Lande zu bleiben, sich an die Spitze der Bewegung gestellt hatte<sup>80)</sup> und nunmehr alle Dis-

<sup>78)</sup> Als am 13. Februar in Patras der Präsident des dortigen Appellationsgerichtes in arger Irreführung die unwahre Nachricht von der Übergabe Caneas an den Prinzen Georg verbreitete, herrschte unbeschreibbarer Jubel. Die Glocken aller Kirchen wurden geläutet. Der Metropolit, der mit dem gesamten Klerus in der Kathedrale Dankesgebete abhielt, denen der Bürgermeister, Offiziere, Beamte und Notabilitäten beiwohnten, ließ sich im ersten Ansturm zu einer Predigt hinreißen, in welcher er die patriotische Tätigkeit der Nationalkomitees pries und — nachdem Kreta nun griechisch geworden — das gleiche auch für Mazedonien und selbst für Konstantinopel dem Volke prophezeite. Eine ungeheure Volksmenge zog durch die beflaggte Stadt und brachte den englischen, italienischen und österreich-ungarischen Konsulaten Ovationen dar. In der Stadt aber kursierte das von Athen ausgehende Gerücht über bevorstehende Einfälle griechischer Freischaren in Mazedonien.

<sup>79)</sup> Telegraphischer Bericht Széchényis vom 13. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 453). — Wörtlich auch abgedruckt Das Staatsarchiv 62, 1899 Nr. 11731.

<sup>80)</sup> So hatte selbst der ehemalige deutsche Gesandte in Athen, von Radowitz, (1897 deutscher Botschafter in Madrid), einst während seiner dortigen diplomatischen Tätigkeit dem König von Griechenland gesagt: „Das einzige Mittel für Euer Majestät, der Gefahr einer patriotisch tobenden Menge zu begegnen, ist, noch heftiger zu schreien als sie.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 868 v.)

positionen selbst traf. Dementsprechend antwortete denn auch die griechische Regierung auf die gemeinschaftliche Demarche der diplomatischen Vertreter in Athen<sup>81</sup>):

„Les événements, qui ont eu lieu en Crète ont amené une anarchie dans laquelle les familles chrétiennes ont été exposées, ainsi que leur fortune à la merci et au pillage de la populace fanatique et sans frein.

Le Gouvernement Royal ne pouvait plus supporter cet état lamentable, dans lequel se sont trouvés les habitants de l'île, auxquels nous sommes liés par la religion et par des liens sacrés.

Il a pris, par conséquent, la décision d'envoyer des troupes, pour occuper l'île et ramener l'ordre et la paix là-bas.“

Während in Berlin Staatssekretär Marschall dem russischen Botschafter Graf Osten-Sacken gegenüber noch bemerkte, daß er zwar die Lage ihrem ganzen Ernst entsprechend auffasse, jedoch die Vorgänge auf Kreta lediglich als Incidenzfälle beurteilen müsse, deren Erledigung nur in dem Sinne der Aufrechterhaltung des territorialen status quo erfolgen dürfe, wenn überhaupt Europa es vermeiden wolle, die ganze Frage des Zerfalles der Türkei akut werden zu lassen, griffen die griechischen Kriegsschiffe vor Kreta aktiv in die Ereignisse ein. Als am 12. Februar mittags auf Befehl des Generalgouverneurs 200 bewaffnete Baschibozuks und Soldaten mit einem türkischen Kriegsschiff nach Sitia zur Befreiung der dortigen Mohammedaner abgingen, fuhr ein griechisches Kriegsschiff dem türkischen Dampfer nach, eröffnete gegen diesen das Feuer und zwang ihn zur Umkehr. Am Nachmittag des 13. Februar begann der Angriff auf die Canea und Halepa beherrschenden Höhen, die von türkischen Truppen und Baschibozuks verteidigt wurden<sup>82</sup>). Der Kampf blieb ohne

<sup>81</sup>) Beilage zum Bericht der k. u. k. Gesandtschaft in Athen vom 15. Februar 1897. (Ebda. Schubert 281 f. 536.) — Wörtlich auch abgedruckt Das Staatsarchiv 62, 1899 Nr. 11732.

<sup>82</sup>) Die christliche Bevölkerung Halepas hatte die Stadt ausnahmslos verlassen. In Canea aber schiffte sich bei Beginn des Geplänkels der Generalgouverneur, von seinen intimsten Beratern, dem englischen und französischen Konsul, bereits verlassen, nach einem tiefen Griff in die Regierungskasse fluchtartig mit allen Montenegrinern auf ein russisches Kriegsschiff ein, dessen Schutz er in Anspruch nahm, was bei der türkischen Bevölkerung einen „niedergeschlagenen Eindruck“ machte. Am 12. Februar hatte er bereits demissioniert. Er verließ in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar für immer die Insel. Eine staatliche Autorität bestand nicht mehr. Ungeachtet dringender Vorstellungen des Sultans bestand Berovich Pascha auf seiner Demission. Der k. u. k. Botschafter, Freiherr von Calice, sprach bitter, es sei dies „ein würdiger Abschluß seiner mark- und wahrheitslosen Funktion als General-Gouverneur von Kreta“ gewesen „und dazu geeignet, das Spiel

Entscheidung. Nach dem Angriff des griechischen Kriegsschiffes ließ der türkische Außenminister Tefvik Pascha dem k. u. k. Botschafter Baron Calice sagen, daß dies den Kriegsfall begründe, und bei ihm anfragen, ob etwa die Mächte irgendwelche Maßregeln vorhaben, um Griechenland in die Schranken zu weisen, da sonst die Pforte sich nach der gegebenen Sachlage richten müßte. Freiherr von Calice antwortete darauf, als seine persönliche Ansicht, daß die Pforte gut täte, die Dinge nicht zu überstürzen, da es nicht ausgeschlossen sei, daß die Lage sich bessere.

## VI.

In dieser ernsten Situation<sup>83)</sup> lag das Schwergewicht aller diplomatischen Bemühungen nicht in London, Berlin oder Wien sondern in St. Petersburg. Sowohl die Regierung Griechenlands, als auch die der Türkei entfalteten dort ihre Haupttätigkeit. Auf welche Seite sich Rußland neigen werde — das war die große und schicksalschwere Frage. Daß Graf Murawiew jede Veränderung auf dem Balkan mit Rücksicht auf Ostasien vermeiden wollte, stand fest. Wie aber würde sich der Zar verhalten? Auf die türkische Zirkularnote vom 11. Februar hatte Graf Murawiew gegenüber dem türkischen Geschäftsträger Hussny Pascha erklärt, daß durch die an alle Kommandanten der vor Kreta liegenden Schiffe ergangene Weisung eine Hinderung der Offensive Griechenlands gegen die Türkei bereits gegeben sei. Aber auch Griechenland versuchte Rußlands Gunst zu gewinnen. So hatte am 10. Februar der griechische Geschäftsträger dem Grafen Murawiew mitgeteilt, eine Versammlung von 120 Notabeln der Insel habe den Abfall von der Türkei und den Anschluß an Griechenland proklamiert, worauf Graf Murawiew bemerkte, daß diese Notabeln ganz Europa unbekannt seien und kein

---

der Griechen zu erleichtern, welche darauf ausgingen, an Stelle des abziehenden türkischen Statthalters einen solchen im Namen des Königs von Griechenland einzusetzen". (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 167 Bericht vom 18. Februar 1897 No. 7 C.) Am 16. Februar gaben die Botschafter in Konstantinopel ihre Zustimmung zur Ernennung Photiades Beys, des ehemaligen Gouverneurs von Samos, zum Generalgouverneur der Insel. Da jedoch dieser „verhindert“ war, die dornenvolle Stelle anzutreten, ernannte die Pforte am 17. Februar Karatheodory Pascha, doch trat auch dieser wieder zurück, so daß die Wahl am 22. Februar neuerdings auf Photiades Bey fiel.

<sup>83)</sup> Am 13. Februar erging an das k. u. k. Hafenadmiralat Pola der telegraphische Befehl, drei Torpedoboote, ein Torpedofahrzeug und ein Turmschiff in Bereitschaft zu stellen.

Mandat und kein Recht zu ihrer Erklärung gehabt hätten. Als ihm am 13. Februar der griechische Geschäftsträger Tombazis jene Zirkularnote der griechischen Regierung übergab, in welcher diese erklärte, daß bei dem einstimmigen Willen der christlichen Kretenser, lieber alle zu sterben, als unter türkischer Herrschaft zu bleiben, die Annexion der Insel durch ihre Truppen unabweisbar sei, erwiderte Graf Murawiew, daß er die griechische Note sogleich seinem höchsten Herrn unterbreiten werde, dessen Entscheidung er nicht vorgreifen wolle. Als Privatmann aber mache er Tombazis darauf aufmerksam, daß die griechische Regierung endlich ihre allen Großmächten schon längst bekannte Absicht demaskiert und die Entsendung eines türkischen Torpedobootes aus Konstantinopel nach Kreta lediglich erfunden habe, um sich zu rechtfertigen und „indem sie den einzigen vernünftigen Mann in Griechenland, den König, jetzt auch noch gezwungen habe, sich zu engagieren“<sup>84</sup>), den „schonungslosen Krieg“ mit allen Großmächten provoziere, deren einheitlicher Wille es sei, Annexionen nicht zuzugeben. Er betraue die Opfer der griechischen Intrigen, „aber sollten auch 10 000 Kretenser fallen, so ziehe er es einem Europäischen Kriege vor, der 100 000e von Leben kosten würde“<sup>85</sup>). Graf Murawiew ließ jedoch seinen in seiner Anfrage an die Großmächte vom 10. Februar formulierten Vorschlag, in Athen gemeinsam dahin zu wirken, daß die griechische Regierung ihre Kriegsschiffe womöglich zurückberufe, noch vor Ablauf von drei Tagen bereits wieder fallen und zwar einerseits aus dynastischen Gründen, andererseits weil auch Graf Gołuchowski „mit Rücksicht auf die gefährlichen Folgen, die sich aus denselben für König Georg ergeben würden“, ihn nicht für ausführbar hielt<sup>86</sup>), weshalb er den russischen Botschafter in Wien daran erinnert hatte, „daß Graf Lobanow stets bei den Kabinetten entsprechende Rücksichtnahme auf die schwierige Lage König Georgs gegenüber der nationalen Strömung in Griechenland empfohlen hat“<sup>87</sup>). Von London im Stich gelassen und vom Botschafter Heinrich von Calice gedrängt, vollzog Graf Gołuchowski in der Erkenntnis, daß Österreich-Ungarn allein auf sich gestellt Rußland in der Orient-

<sup>84</sup>) Telegramm des Prinzen Liechtenstein vom 13. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 474) und Bericht vom 16. Februar (Ebda. f. 628—649).

<sup>85</sup>) Ebda. f. 633.

<sup>86</sup>) Weisung des Grafen Gołuchowski an den Prinzen Liechtenstein vom 13. Februar 1897. (Ebda. Schubert 281 f. 485.)

<sup>87</sup>) Vertrauliche Mitteilung des Grafen Gołuchowski an Szögyény vom 14. Februar 1897 (Ebda. Schubert 281 f. 530).

frage militärisch nicht mit Erfolg entgegneten könnte, gerade in diesen Tagen die Wendung zu einer friedlichen Verabredung mit St. Petersburg. Deshalb betonte er gegenüber dem russischen Botschafter in Wien, Grafen Kapnist, am 13. Februar 1897, daß er „jeden russischen Vorschlag mit Befriedigung begrüße, der eine praktische Handhabe zur Lösung der kretensischen Verwicklung biete“, daß er dabei immer das einmütige Vorgehen aller Mächte voraussetze, daß er aber — und nun kommt die entscheidende Wendung, die zu einer Annäherung Wiens an St. Petersburg führen sollte — „die Übereinstimmung Rußlands mit Österreich-Ungarn in diesem Falle als besonders wichtig ansehe, weil dadurch der Beweis geliefert werde, daß beide Mächte in ihrem Vorgehen nicht von Sonderinteressen, sondern nur von dem Wunsche der Erhaltung des Friedens geleitet werden, was auf alle Balkanstaaten eine entscheidende Wirkung ausüben werde“<sup>88)</sup>. Aus der gleichen Gesinnung nahm Graf Gołuchowski den Vorschlag des Grafen Murawiew, durch die vor Kreta vereinigten großmächtlichen Kriegsschiffe die Ordnung wieder herstellen zu lassen, „gerne als Basis einer Verständigung an“, wie er ausdrücklich an der Sängerbücke versichern ließ<sup>89)</sup>. Aber da er weder das Mißtrauen gegen England noch das viel stärkere gegen Rußland überwunden hatte, wünschte er nähere

<sup>88)</sup> (Ebda. Schubert 281 f. 483. Sperrung hier.) Telegraphische Weisung des Grafen Gołuchowski an den Prinzen Liechtenstein. Bezeichnenderweise entfiel dieser Passus in der sonst gleichlautenden Information der k. u. k. Botschaften in Berlin, London, Paris, Rom und Konstantinopel.

<sup>89)</sup> Dies geschah jedoch lediglich aus dem Bestreben, Rußland für ein einvernehmliches Vorgehen mit Österreich-Ungarn zu gewinnen. Im Grunde genommen hegte Graf Gołuchowski Bedenken gegen den russischen Vorschlag. So steht im Konzept einer vertraulichen Note an Szögyény vom 16. Februar die bezeichnenderweise allerdings dann gestrichene und in der Ausfertigung weggelassene Stelle: „Vielleicht wäre unsererseits die Frage nicht ganz unberechtigt, ob die Annahme der russischen Vorschläge der Aufrechterhaltung jenes Prinzipes des status quo besonders förderlich wäre. Von der griechischen Regierung Maßnahmen zu verlangen, zu welchen sie nicht die Kraft besitzt, wie z. B. die Verhinderung der Umtriebe der geheimen Agitationskomitees, welche sich ihrer Kontrolle entziehen, und andererseits der türkischen Regierung die Geltendmachung ihrer Autorität durch Anwendung der nötigen Repressionsmittel auf Kreta zu verwehren, ohne dabei andere wirksame Mittel anzugeben, durch welche dem Kampfe der Parteien ein Ende gemacht und die gestörte Ordnung wieder hergestellt werden könnte, diese Methode dürfte sich kaum als eine für die Sanierung der Lage in der Türkei nützliche erweisen, eine Sanierung, welche im Interesse der Erhaltung des status quo unbedingt angetrebt werden muß.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 531.)

Auskunft darüber zu erhalten, wie sich das Petersburger Kabinett die Mitwirkung der auszuschiffenden fremden Mannschaften zur Herstellung der Ordnung in Kreta dachte, um jeder an Ort und Stelle möglicherweise sich ergebenden Schwierigkeit vorzubeugen. Den russischen Vorschlag setzte Gołuchowski geschickt in Zusammenhang mit den Propositionen, welche die Konsuln auf Kreta ausgearbeitet hatten<sup>90</sup>). Diese hatten nämlich zur Erzielung eines bedeutenden moralischen Eindruckes die provisorische Okkupation der drei Hauptstädte Candia, Canea und Rethymo vorgeschlagen. Nun ergab sich aber die heikle Frage, ob dies durch gemischte Besatzungen oder nach einverständlicher Teilung der Aufgabe geschehen sollte. Die Rückfrage des Grafen Gołuchowski bei Murawiew über diese scheinbar unwichtigen Details, löste im deutschen Auswärtigen Amt in Berlin, das auf Grund einer Mitteilung Szögyénys davon Kenntnis erlangt hatte, so starken Unwillen aus, daß Staatssekretär Freiherr von Marschall den deutschen Botschafter in Wien, Grafen von Eulenburg, telegraphisch anwies, er solle, falls Graf Gołuchowski die Angelegenheit ihm gegenüber erwähne, „demselben keinen Zweifel darüber lassen, daß wir im gegenwärtigen Augenblick die Lage zu bedenklich halten, um unter den Mächten irgend etwas anderes zu erörtern, als die Frage, welche allgemeinen Instruktionen den vor Kreta allmählich eintreffenden Seestreitkräften der Mächte zu erteilen sind, damit die kommandierenden Offiziere derselben nach Verständigung über die Einzelfragen in möglichst rascher und wirksamer Weise den vom Königreich Griechenland her unternommenen völkerrechtswidrigen Einbruch abwehren können“<sup>91</sup>). Graf Eulenburg führte am 16. Februar diese Weisung aus, doch war Graf Gołuchowski in keiner Weise gesonnen, diesen „ziemlich wegwerfenden Ton“ hinzunehmen, weshalb er am 17. Februar in einem Privatbrief an Szögyény diesem mitteilte, er sei, wie Szögyény wohl begreifen werde, dem Grafen Eulenburg die Antwort nicht schuldig geblieben und er habe diesem entgegnet, daß er sich gegen die Auffassung des deutschen Staatssekretärs „in entschiedenster Weise aussprechen müßte“. Die Regelung der von ihm aufgeworfenen Frage sei gar nicht von so untergeordneter Bedeutung, wie es Baron

<sup>90</sup>) Am 10. Februar ließ Gołuchowski durch den Botschafter Grafen Deym mitteilen, er lege kein besonderes Gewicht auf die Frage, ob die Verständigung über die Coërcitiv-Maßnahmen durch die Botschafter vorbereitet oder durch direkten Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten herbeigeführt werden solle. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 467.)

<sup>91</sup>) Gr. Politik XII/2 S. 322 Nr. 3146.

Marschall annehmen wolle. Nicht minder, sagte Graf Gołuchowski zum Grafen Eulenburg, halte er noch immer daran fest, daß der von ihm angeregte Gedanke, die Griechen durch die Blockierung ihrer Flotte in den kretensischen Häfen respektive durch Überwachung ihrer Schiffe auf offenem Meere an einem Eingreifen in die Geschehnisse auf der Insel zu hindern, das wirksamste Mittel sei, um die Aktion des Athener Kabinetts lahmzulegen, ohne die Stellung des Königs Georg zu gefährden. Da im Sommer 1896 auf den Vorschlag des Grafen Gołuchowski hin, gemeinsam den Piräus zu blockieren, Deutschland erklärt hatte, aus „marinetechnischen“ Gründen an einer Teilnahme verhindert zu sein, spielte Graf Gołuchowski nunmehr gegenüber Graf Eulenburg darauf an, indem er betonte, daß Österreich-Ungarn „nichtsdestoweniger“ bereit sei, sich dem von Kaiser Wilhelm formulierten Vorschlag — der noch näher und eingehend zu behandeln sein wird — anzuschließen, vorausgesetzt, daß er von allen Großmächten gutgeheißen werde und daß Deutschland aus „marinetechnischen“ Gründen nicht verhindert werde, an der gemeinsamen Aktion teilzunehmen<sup>92)</sup>. Der moralische Druck auf Griechenland war nach Gołuchowskis Ansicht eben nur dadurch zu erreichen, „daß die Schiffe der Großmächte, die bereits in den kretensischen Häfen befindlichen Schiffe blockieren und von jeder aggressiven Aktion zurückhalten, während die Mächte zugleich in Athen die erforderlichen Schritte machen, um die Entsendung weiterer griechischer Kriegsschiffe zu verhindern“. Als Korrelat dieser Pressuren auf Griechenland sollte sodann die Pforte aufgefordert werden, ihrerseits von der Entsendung oder Ausschiffung von Truppen abzu- sehen, eine Aufforderung, die umso leichter Gehör finden konnte, als die Türkei im Hinblick auf Mazedonien wenig Lust zu Truppenentsendungen nach Kreta zeigte. Auf diese Weise, glaubte Graf Gołuchowski, könnte es gelingen, durch die gleichzeitige Einwirkung auf beide Teile einem offenen Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei vorzubeugen und die Kämpfe auf Kreta zum Stillstand zu bringen. „Ein solches Eingreifen der Mächte in dieser Richtung ist, wenn der Frieden erhalten werden soll, umso nötiger, als der griechischen Regierung bereits jede ruhige Überlegung abhanden gekommen zu sein scheint, nachdem Exz. Skousés die sehr ernststen Warnungen, die unser Geschäftsträger im hierortigen Auftrage an die griechische Regierung richtete, in sehr übermütigem Tone mit

<sup>92)</sup> Vgl. Anhang 3. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 695—698.)

der Erklärung beantwortete, Griechenland werde auch gegen den Willen der Mächte eine endgültige Lösung der kretensischen Frage erzwingen<sup>93</sup>).

Inzwischen hatte Lord Salisbury an den englischen Botschafter in Konstantinopel telegraphiert: „Vous êtes autorisé à prendre part à toute, action diplomatique concernant la Crète à laquelle vos collègues seraient disposés à s'associer. S'ils proposent une pression matérielle sur la Grèce, assurez-vous de quelle manière on voudrait l'appliquer et quelles puissances seraient prêtes à y prendre part.“ Bei der am 14. Februar in Konstantinopel abgehaltenen Reunion der Botschafter der Großmächte waren diese, da die griechischen Truppen an den für die fremden Kriegsschiffe weniger zugänglichen Punkten der Insel Kreta landen oder sich in Freiwillige transformieren konnten, der Ansicht „de devoir appuyer auprès de leurs gouvernements la proposition de débarquer immédiatement dans les villes et sur les points de l'île que les commandants des forces navales étrangères jugeront à propos d'occuper des détachements qui mettraient l'île de Crète à l'abri de toute action contraire au droit des gens. Cette occupation temporaire constituerait une sorte de dépôt de l'île entre les mains des grandes puissances et donnerait le temps de chercher une solution à la crise actuelle. Elle serait portée ensuite à la connaissance de la Porte en réponse à sa circulaire demandant l'intervention des puissances“. Die Details der Ausführung sollten der Verständigung unter den Schiffskommandanten überlassen bleiben. Der k. u. k. Botschafter Baron Calice fand es bei dieser Reunion für geboten, „jenem gewissen Mißtrauen als ob Griechenland seit dem Königsbesuch in Wien im geheimen Einverständnis mit Österreich-Ungarn stünde“ durch Aufwerfen von Fragen oder Bedenken keine Nahrung zu geben, zumal die Ansicht bestand, daß nur mehr „in der Entfaltung der europäischen Flaggen“ auf Kreta selbst „das einzige Mittel einer erfolgreichen Intervention zu finden“ wäre und keine Zeit mehr verloren werden dürfte. Baron Calice aber wurde nicht müde, gegenüber Graf Gołuchowski immer wieder, so auch bei der Berichterstattung über diese Reunion, darauf hinzuweisen, daß es ihm „nicht ohne Nutzen schiene, Rußland in eine gemeinsame Aktion für die Erhaltung der Integrität der Türkei zu engagieren“<sup>94</sup>). Graf Murawiew allerdings hielt am

<sup>93</sup>) Weisung Gołuchowskis an den Prinzen Liechtenstein vom 13. Februar 1897. (Ebda. Schubert 281 f. 485 v.)

<sup>94</sup>) Telegramm Baron Calices vom 14. Februar 1897 (Ebda. Schubert 281 f. 509).

17. Februar die Besetzung der drei Hauptstädte Kretas als „ultima ratio“. Nach seiner Ansicht sollte ohne zu zögern je ein Detachement je einer Großmacht je eine Stadt besetzen, so daß nur Truppen einer Großmacht an einem Punkte vereinigt wären. Das Ende der Okkupation sollte stattfinden, sobald die Gendarmerie organisiert wäre und Kreta der türkischen Verwaltung zurückgegeben werden könnte. Er selbst hatte Zar Nikolaus II. zwei Entwürfe zu einer Zirkularnote vorgelegt, von der eine alle Großmächte auffordern sollte, von der griechischen Regierung die Rückberufung ihrer Schiffe zu verlangen, die aber nicht, damit ihr Erscheinen keine Revolution provoziere, nach Athen, sondern auf die griechischen Inseln zurückkehren sollten. Aber Zar Nikolaus II. konnte sich, wie der französische Gesandte in St. Petersburg, Comte Montebello, dem Prinzen Liechtenstein mitteilte, nicht entschließen, die ihm vom Grafen Murawiew vorgelegten Fragen zu beantworten, da auch er nicht wußte, was dann zu tun wäre, wenn Griechenland, stark in seiner Schwäche, sich den Ratschlägen der Großmächte nicht fügen wollte. Dabei war Comte Montebello sehr erstaunt, daß das auf das türkische Kriegsschiff vor Candia eröffnete Feuer in den Augen Murawiews keinen casus belli bedeutete. Jedoch setzte sich gerade in diesen Tagen die Vorstellung von der Unvermeidbarkeit eines Krieges allgemein durch. So wurde erklärt, daß die Mächte, wenn die Druck- und Einschüchterungsmittel (les moyens de pression et d'intimidation) bei Griechenland ohne Erfolg blieben, zulassen müßten, daß die Türkei und Griechenland sich bekriegten. Doch bangten viele nicht so sehr um die Türkei, sondern um Griechenland, dessen Vernichtung vielfach befürchtet wurde<sup>95</sup>). Eine solche mußte die übelsten Folgen nach sich ziehen, vor allem in Frankreich, wo die Sorge berechtigt war, daß die öffentliche Meinung zu Gunsten Griechenlands umschlug, was wiederum den Sturz von Hanotaux bedeuten mußte<sup>96</sup>). Die Türkei aber scheute sich vorerst noch, zum Schlag gegen Griechenland auszuholen. Sie war bereit, sich den Ratschlägen der Mächte zu fügen und die ihrer Würde entsprechenden Maßnahmen nicht zu ergreifen. Die Untätigkeit, in der die Mächte verharrten, brachte die Pforte jedoch in eine

---

<sup>95</sup>) So war Comte Montebello überzeugt, „qu'en cas de guerre la Turquie écraserait la Grèce“. (Ebda. Schubert 281 f. 517 v.)

<sup>96</sup>) So sagte am 14. Februar Comte Montebello zum Prinzen Liechtenstein, „il craint un changement de l'opinion publique en France en faveur de la Grèce et la chute de M. Hanotaux“. (Ebda. f. 517 v.)

Situation, in der sie handeln mußte, sollte sie nicht lebenswichtige Interessen aufs Spiel setzen, zumal bei der Abfahrt der griechischen Artillerie aus Volo Türken beschimpft und geschlagen, die Feze der türkischen Untertanen Griechenlands zerrissen und in ganz Griechenland feindliche Kundgebungen und militärische Vorbereitungen mit solchem Eifer weitergingen, daß die Pforte mit einer sehr baldigen Eröffnung der Feindseligkeiten, zumindest sogleich nach der Schneeschmelze, rechnen mußte. Was die Mächte eigentlich wollten, das mußte die Pforte endlich wissen, weshalb sie in einer Zirkularnote die Außenminister der Mächte bat, unverzüglich ihre Entschlüsse mitzuteilen<sup>97)</sup>).

Die Lage wurde noch undurchsichtiger, als am 14. Februar in diplomatischen Kreisen das Gerücht auftauchte, die russische Politik habe infolge persönlichen Zusammenwirkens des Zaren und des Kronprinzen Konstantin, seines einstigen Lebensretters, eine plötzliche Wendung vollzogen, ein Gerücht, das dadurch bestärkt wurde, daß der russische Gesandte in Athen, gerade so wie im Sommer 1896 im Augenblicke des Ausbruches der Unruhen, nunmehr auch in dieser prekären Situation auf Urlaub ging und die Geschäfte dem durch seine philhellene Haltung hinlänglich bekannten Bakhmétiew übertrug, der ganz unter dem Einfluß der Königin Olga stand. Die tiefere Ursache zu diesem Gerücht bildete offensichtlich ein Telegramm, das Zar Nikolaus II. am 14. Februar direkt an Georg von Griechenland gerichtet hatte, um diesen mit größtem Nachdruck auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welchen er sich und sein Land aussetze. Zur gleichen Zeit war jedoch von St. Petersburg ein Auftrag an den russischen Gesandten in Athen ergangen, dessen Sprache an Bündigkeit und Klarheit wenig zu wünschen übrig ließ<sup>98)</sup>, der aber erst allmählich den anderen Kabinetten bekannt wurde. Dabei war die griechische Regierung trotz des zuversichtlichen nationalen Jubels ohnehin tief beunruhigt, da die Kommandanten der fremden Kriegsschiffe vor Kreta den griechischen aufgefordert hatten, sich den Regeln des Völkerrechts zu unterwerfen, und ihn benachrichtigten, daß sie angewiesen seien, sich feindlichen Akten der griechischen Schiffe ge-

---

<sup>97)</sup> Telegramm Tefvik Paschas an Mahmud Nedim Bey vom 14. Februar 1897 mitgeteilt dem Grafen Goluchowski. (Ebda. 281 f. 521.) Vgl. Anhang 4.

<sup>98)</sup> Vgl. Anhang 5. Nach einer Abschrift des k. u. k. Botschafters in Konstantinopel der an den dortigen russischen Botschafter zugegangenen Benachrichtigung seitens seiner Regierung.

gen die Insel und gegen türkische Fahrzeuge nötigenfalls mit Gewalt zu widersetzen<sup>99)</sup>.

## VII.

Am 14. Februar traf in den Hauptstädten der Großmächte die alarmierende Nachricht ein, daß am Tage zuvor unter dem Kommando des königlichen Adjutanten Vassos starke Infanterie- und Artillerie-Einheiten von Griechenland nach Kreta abgegangen wären und Oberst Vassos den Auftrag habe, „Truppen vor Canea zu landen, von der Insel im Namen des Königs Besitz zu ergreifen, die Forts zu besetzen und die griechischen Gesetze einzuführen<sup>100)</sup>. In Berlin wirkten diese Meldungen wie eine Bombe. Die Auffassungen hatten dort manche Wandlungen durchgemacht. Schon vor der Absendung der griechischen Kriegsschiffe war das Berliner Auswärtige Amt „sehr betroffen“ gewesen und da es befürchtet hatte, daß das Einvernehmen der Mächte in Brüche gehen könnte, war mit einer gewissen Hast und Unruhe nach den besten Mitteln gesucht worden, um jeder noch ernsteren Wendung vorzubeugen. Dabei spielte in erster Linie das große Mißtrauen gegenüber der englischen Politik mit<sup>101)</sup>, wozu sich die Furcht gesellte, daß sich das russische Kabinett unter dem maßgebenden Einfluß der Zarin-Witwe, aus Rücksichten

---

<sup>99)</sup> Im Gegensatz zum französischen, englischen, russischen, italienischen und deutschen Kommandanten hatte der österreichisch-ungarische am 15. Februar noch immer keine ähnliche Ermächtigung, weshalb Baron Marschall über den k. u. k. Botschafter in Berlin an den Grafen Gołuchowski die dringende Bitte richtete, den k. u. k. Kommandanten ehestens mit den gleichen Weisungen zu versehen, da er die größte Gefahr im Verzuge sehe und befürchte, es würde „als Beginn einer Erschütterung der Einigkeit der Mächte gedeutet werden, falls die Instruktionen derselben bezüglich ihres Vorgehens nicht gleich lautend“ wären. Im Gegensatz dazu erneuerte am 14. Februar von sich aus Rom die Instruktionen für den italienischen Kommandanten, jeden Akt der Aggression zu verhindern. Dem Ernst der Situation entsprechend wurden die Flotteneinheiten von Admirälen befehligt.

<sup>100)</sup> Mitteilung des griechischen Geschäftsträgers in Rom an den k. u. k. Botschafter, Baron Pasetti, der „mit Ausdruck ernster Warnung und Bedauerns“ erwiderte. Telegramm Pasettis vom 14. Februar 1897. — Im griechischen Generalkonsulat in Canea wurden am 12. Februar Gewehre und Munition verteilt, die jedermann erhalten konnte, der sich darum bewarb. (Bericht des Generalkonsuls Pinter vom 19. Februar. Ebda. Schuber 281 f. 825.)

<sup>101)</sup> Am 15. Februar berichtete Graf von Hohenwart, k. u. k. Generalkonsul in Tanger, der dortige französische Gesandte sei der Ansicht, „daß Englands Einfluß Griechenland ermutigt habe und wie in Armenien so auch in Kreta unablässig im türkenfeindlichen Sinne tätig sei“. (Ebda. Schuber 281 f. 570.)

auf die griechische Königsfamilie sowie auf den dänischen Hof, zu einer energischen Stellungnahme gegen den von Griechenland drohenden Friedensbruch nicht werde aufrufen können. Außerdem hatte Berlin gezweifelt, ob sich nicht in Frankreich die öffentliche Meinung gegen Zwangsmittel aussprechen würde, welche gegen die freiheitliche Bewegung der christlichen Kretenser gerichtet wären, und demnach das Pariser Kabinett ein energisches Auftreten vermeiden mußte. Auch Italien gegenüber war Berlin mißtrauisch, „als man bei der herkömmlichen Ländergier dieser Macht befürchten mußte, daß es den italienischen Politikern ganz gelegen käme, bei Gelegenheit der etwa bevorstehenden Territorialveränderungen im türkischen Orient auch für Italien einen Zuwachs an Gebietsteilen zu erlangen“<sup>102</sup>). Gleichzeitig erhob Rußland in Berlin neuerdings gegen Österreich-Ungarn verschiedene Verdächtigungen, die darin gipfelten, daß dieses als Protektor der freien Entwicklung der Balkanvölker sich Griechenland gegenüber zu einem entgegenkommenden Wohlwollen veranlaßt sehen könnte. Seit dem Besuch König Georgs in Wien bestand in dieser Hinsicht in St. Petersburg höchstes Mißtrauen gegen die Wiener Politik<sup>103</sup>). Deutschland selbst hatte, wie bei den vorausgegangenen Orientkrisen, vorerst den Standpunkt vertreten, daß seine eigenen Interessen nur in zweiter Linie durch

<sup>102</sup>) Vertraulicher Bericht Szögyénys vom 14. Februar 1897 (Ebda. Schubert 281 f. 491).

<sup>103</sup>) In seiner vertraulichen Note an Szögyény vom 14. Februar verwahrte sich Gołuchowski ganz energisch gegen „die russische Ausstreuung“, daß k. u. k. Kabinett wolle von der bisherigen Politik des status quo abschwenken, da dieses vom Standpunkt, im Einvernehmen mit den Mächten für die Erhaltung des Friedens in der Türkei zu wirken, nicht um eine Haarbreite abgewichen sei. Die Kommandanten der k. u. k. Kriegsschiffe seien angewiesen, einer über den Schutz der griechischen Staatsbürger hinausgehende Aktion der hellenischen Kriegsschiffe „mit Entschiedenheit entgegenzutreten“ und der k. u. k. Geschäftsträger in Athen hätte den Auftrag, sich eventuellen Schritten der übrigen Vertreter anzuschließen, welche den Zweck haben, „die griechische Regierung von jeglicher Unterstützung des Aufstandes abzuhalten“. Was aber seine Sprache der türkischen Regierung gegenüber betreffe, so habe er derselben weder angeraten neue Truppen nach Kreta zu schicken, noch sie davon abzuhalten versucht, weil es ihm untunlich erscheine, der legitimen Regierung die Mittel zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung in ihrem Lande zu verwehren, ohne gleichzeitig andere wirksame Mittel anzugeben, durch welche die Pazifikation der Insel erreicht werden könnte. Wohl aber habe er vor Ausschreitungen und Grausamkeiten gewarnt. „So ist unsere Haltung und Sprache nach allen Seiten eine korrekte und ich wüßte nicht, was daran als eine Abschwenkung von den Prinzipien der Erhaltung des status quo gedeutet werden könnte.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 529.)

die kretensischen Komplikationen tangiert seien, doch war es noch vor dem 14. Februar weit mehr aus seiner Reserve herausgetreten als bei früheren Anlässen, indem es sich zwar einer eigenen Initiative enthalten, jedoch jeden Anlaß benützt hatte, um bei den Mächten auf einmütige energische Maßregeln gegen Griechenland zu drängen. Vor allem Staatssekretär Baron Marschall beurteilte „die Eventualität der Annexion Kretas durch Griechenland als den Beginn von sodann unvermeidlichen schweren europäischen Komplikationen“. Der Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, hatte die Situation ruhiger als Baron Marschall aufgefaßt, doch war er der Meinung gewesen, „daß die Mächte nicht zögern dürften, den Griechen gegenüber mit gehörigem Nachdrucke aufzutreten und ihnen bei Zeiten die Illusion zu nehmen, daß es gelingen könnte, die jetzigen Verwicklungen dazu zu benützen, dem Sultan Kreta zu entreißen“<sup>104</sup>). An und für sich betrachtete er eine Annexion der Insel durch Griechenland für kein Unglück, doch fürchtete auch er, daß in diesem Falle die übrigen Balkanstaaten durch kriegerische Unternehmungen ihre Grenzen auf Kosten der Türkei zu erweitern versuchen würden. Dafür bestanden genug Anzeichen, sowohl in Bulgarien, wo eine solche Tendenz ja längst vorhanden war, als auch in Serbien, wo die Regierung fest entschlossen war, im Falle einer Besetzung Kretas durch Griechenland an Europa zu appellieren, um ebenfalls für Serbien einen territorialen Zuwachs zu erlangen. Erst als Berlin die Nachricht von den energischen Weisungen an die englischen und russischen Schiffskommandanten vor Kreta erhalten hatte, war eine sichtliche Beruhigung eingetreten. Noch am Vormittag des 14. Februar äußerte sich Baron Marschall dem k. u. k. Botschafter gegenüber, er hoffe nunmehr, daß sich Griechenland vor dem einmütigen Willen Europas beugen werde und dieser dazu beitrage, daß die befürchtete antidynastische Bewegung abklinge und die griechische öffentliche Meinung trotz ihrer hochgradigen Erregung sich darüber klar werde, daß Griechenland gegen den Willen der Mächte seine nationalen Aspirationen „dermalen“ nicht durchsetzen könnte.

Nach dem Eintreffen der alarmierenden Nachrichten am 14. Februar trat allerdings Berlin in geradezu überraschender Weise aus seiner Reserve heraus. Noch am gleichen Tag besuchte Kaiser Wilhelm höchst persönlich den englischen, den russischen und den österreichisch-ungarischen und nach diesem auch den französischen

---

<sup>104</sup>) Ebda. Schubert 281 f. 493.

Botschafter, denen er, ohne vom Inhalt seiner Mitteilungen das eigene Auswärtige Amt zu verständigen<sup>105</sup>), jeweils eröffnete, daß er auf Grund der eingezogenen Berichte „nicht mehr mit derselben Ruhe der Entwicklung der Ereignisse entgegensehen“ könne, wie noch am Tage zuvor. „Es müsse von Seiten der Mächte augenblicklich in Athen gehandelt werden, wenn verhindert werden soll, daß aus der Friedensstörung ein europäischer Brand entstehe. Es dürfe den Griechen nicht gestattet werden, Europa vor ein *fait accompli* zu stellen.“ Der Kaiser erklärte, seines Erachtens „sei das einzige wirksame Mittel, die Griechen zum Rückzug zu zwingen, wenn die vor Kreta befindlichen Flotten der Mächte sogleich insgesamt vor Piräus erschienen. Der König müsse dann aufgefordert werden, seine Truppen und Kriegsschiffe augenblicklich aus Kreta zurückzuberufen und die Reserve zu entlassen. Sollte der König sich nicht fügen, müsse der Piräus blockiert werden“. Europa habe feierlich proklamiert, den *status quo* aufrecht erhalten zu wollen und könne sich nicht durch das kleine Griechenland terrorisieren lassen<sup>106</sup>). Sollten sich die Großmächte gegenüber dem griechischen Übermut nicht einig zeigen und sich nicht zu energischer Abwehr aufraffen, würde er sich genötigt sehen, das deutsche Kriegsschiff zurückzuberufen<sup>107</sup>).

Die europäischen Mächte freuten sich, teils heimlich, teils offen, daß Kaiser Wilhelm die Initiative ergriffen hatte, da sie nun des ersten Schrittes enthoben waren und nun nicht mehr sie, sondern das Deutsche Reich allein der Vorwurf der Unterdrückung freier und nationaler Bestrebungen traf. So telegraphierte Graf Gołuchowski am 15. Februar an Szögyény, die Initiative Kaiser Wilhelms werde mit umso größerer Befriedigung aufgenommen, „als uns eine entschiedene Stellungnahme Deutschlands in allen den europäischen Frieden berührenden Fragen für die Erhaltung desselben stets als in hohem Grade wichtig erscheine“. Griechenland müsse „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ gehindert werden, ein *fait accompli* zu schaffen, den Mächten seinen Willen aufzudrängen und die Befriedigung seiner Aspirationen von Europa zu erzwingen. Österreich-Ungarn dürfe „unter keinen Umständen“ zu-

<sup>105</sup>) Streng vertrauliche Mitteilung Baron Marschalls an Szögyény. (Ebda. Schuber 281 f. 602 v.)

<sup>106</sup>) Botschafter Sir Frank Lascelles versicherte dem Kaiser, daß er längst schon energische Maßnahmen gewünscht hätte.

<sup>107</sup>) Telegramm Szögyénys vom 14. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 499).

geben, daß durch irgend eine Verschiebung im Territorialbesitz der Türkei ein Präzedenz geschaffen werde, das auf die Balkanstaaten ermunternd wirken und von den gefährlichsten Folgen für den europäischen Frieden begleitet sein würde. Gołuchowski schloß sich, wenn auch mit inneren Vorbehalten und Reserven, nur um die Einmütigkeit der Signatarmächte zu erreichen, dem Vorschlage, durch eine Flottendemonstration vor dem Piräus, Griechenland zum Rückzuge zu zwingen, „bereitwilligst“ an, „allerdings wiederum nur unter der Voraussetzung, daß sich alle Großmächte daran beteiligten“. Da ein Abziehen der großmächtlichen Schiffe aus den kretensischen Gewässern wegen der dadurch ermöglichten Landung griechischer Truppen nicht opportun sei, werde die in Pola bereitgestellte Flottille zur Verwendung gelangen. Sollte die griechische Regierung zur Rückberufung ihrer Schiffe aus den kretensischen Gewässern gezwungen werden müssen, so könne dies nur geschehen, wenn alle Mächte dem deutschen Vorschlag beistimmten und gleichzeitig in Kreta selbst „die nötigen Maßnahmen“ getroffen würden, um den Kämpfen Einhalt zu tun. Um den Eindruck der Flottendemonstration in Griechenland zu verstärken, wäre es „vielleicht zweckmäßig“, daß alle dazu bestimmten Schiffe sich an einem Punkte vereinigten, um gleichzeitig vor dem Piräus zu erscheinen<sup>108)</sup> — ein Vorschlag, der wiederum von der Furcht diktiert war, aktiver als die anderen Mächte zu erscheinen, deren Zusammenhalt, wenn auch mühsam, gewahrt bleiben sollte. Das Berliner Auswärtige Amt aber schwächte sehr rasch die Initiative Kaiser Wilhelms II. ab, indem es darauf hinwies, daß die Einmütigkeit der Mächte zuerst hergestellt werden müsse, wobei Baron Marschall, wie er im strengsten Vertrauen dem k. u. k. Botschafter sagte, befürchtete, daß auf der von Kaiser Wilhelm vorgeschlagenen Basis „eine Verständigung der Mächte nicht erzielbar sein werde“<sup>109)</sup>.

Mit seiner Zustimmung zu den Vorschlägen Kaiser Wilhelms hatte Graf Gołuchowski bewußt vermeiden wollen, „dem Verdacht Nahrung zu geben“ Österreich-Ungarn verfolge eine „Sondersprache“ und stünde einem einmütigen Vorgehen hindernd im Wege. „Jede eklatante Manifestation des europäischen Konzerts“, schrieb Gołuchowski am 17. Februar 1897 an Szögyény, halte er „gerade in

<sup>108)</sup> Telegramm Gołuchowski an Szögyény vom 15. Februar 1897. (Ebda. Schuber 281 f. 585—588.)

<sup>109)</sup> Telegramm Szögyénys an den Grafen Gołuchowski vom 16. Februar 1897 (Ebda. f. 602).

einem Augenblick wie der jetzige, für so wichtig, daß man alle Bemühungen, die geeignet erscheinen, dazu zu führen, nicht genug unterstützen kann<sup>110</sup>). Dies hinderte jedoch den Grafen Gołuchowski nicht, am deutschen Vorschlag Kritik zu üben. Er hielt ihn "zum Mindesten für sehr ungenügend: um nicht herzlich schlecht zu sagen", denn die Situation konnte sich, nach seiner Meinung, sehr leicht verschärfen. Entweder gab König Georg angesichts der imposanten Flottendemonstration nach und berief seine Schiffe zurück, was die Gefahr einer inneren griechischen Revolution erhöhte, durch welche die allgemeine Lage sich noch weit bedenklicher gestalten konnte, oder er gab nicht nach, indem er sich ohnmächtig erklärte und es den Mächten überließ, nach ihrem Gutdünken zu walten. Was aber sollten diese dann beginnen? An ein Bombardement oder eine Ausschiffung konnte selbstverständlich nicht gedacht werden „und was“ — fügte Graf Gołuchowski seinen Überlegungen hinzu — „kann die Blockade eines einzigen Hafens ausrichten, aus dem alle Kriegsschiffe bereits ausgelaufen sind? Darüber soll sich nunmehr der hohe Antragsteller den Kopf zerbrechen, aber wie ich aus gewissen Äußerungen Eulenburgs zu entnehmen glaube, scheint mir das Berliner Auswärtige Amt über die fragliche Anregung wenig entzückt zu sein. Hier hat sie sehr überrascht angesichts der Haltung Deutschlands gegenüber unserem vorjährigen Vorschlag. Sie beweist uns, daß man ‚marinetechnische Schwierigkeiten‘ beheben kann, wenn man dazu den Willen hat. Grafen Eulenburg wird diese Bemerkung bei Gelegenheit nicht vorenthalten werden“.

### VIII.

Die Gefährlichkeit der Situation aber lag darin, daß es durch die Vorgänge auf Kreta auf dem ganzen Balkan unruhig zu werden und zu brodeln begann<sup>111</sup>). So bat der bulgarische diplomatische Agent

<sup>110</sup>) Privatbrief des Grafen Gołuchowski an Szögyény vom 17. Februar 1897 (Ebda. f. 695).

<sup>111</sup>) Die Abfahrt der Torpedoflotte wurde gerade in Belgrad „mit einiger Beunruhigung verfolgt“. Der serbische diplomatische Vertreter in Sofia, Danić, wurde von seiner Regierung telegraphisch beauftragt, über die Rückwirkung des griechischen Vorgehens in Sofia eingehend Bericht zu erstatten. Danić war der Ansicht, Athen hätte sich nicht zu einem solchen Vorgehen entschlossen, wenn es nicht eines Rückhaltes, voraussichtlich an England, sicher wäre. Dem k. u. k. Gesandten Freiherrn von Call gegenüber erwähnte Danić eine bulgarischerseits in Belgrad gemachte Eröffnung in Bezug auf eine gemeinsame Reformaktion in Mazedonien,

in St. Petersburg, Stanciow, den dortigen k. u. k. Botschafter, Franz Prinzen von und zu Liechtenstein, bei Graf Gołuchowski dahin zu wirken, „daß der griechischen Regierung ihr Standpunkt energisch klargemacht“ werde. Bulgarien werde stets aufgefordert, sich der Zufriedenheit der Großmächte würdig zu zeigen — wenn aber Griechenland durch seine Disziplinlosigkeit zur Annexion Kretas gelange, so würde es der bulgarischen Regierung schwer fallen, dem Volke gegenüber auf die Dauer ihr désintéressement in Mazedonien aufrecht zu erhalten<sup>112)</sup>. Wenn in Kreta über alle europäischen Bemühungen, den status quo des Besitzstandes der Pforte zu erhalten, ein erster Sieg davongetragen würde und sich die Ohnmacht der Diplomatie solchen Eingriffen zu parieren, damit dokumentierte, müßte dieses Beispiel in gefährlicher Weise auf das Festland zurückwirken. Die vielfach nach außen abgegebenen Friedensbeteuerungen der bulgarischen Regierung waren aber keineswegs sehr aufrichtig. Mitte Jänner 1897 hatte der neu ernannte bulgarische Agent in Athen dem griechischen König den Wunsch der bulgarischen Regierung ausgesprochen, mit Griechenland und Serbien zu einer Verständigung über die Abgrenzung ihrer Interessensphären in Mazedonien zu gelangen und zwar zur Beschränkung ihrer dortigen Aktion innerhalb vereinzubarender Grenzen. Als König Georg auf dieses Ansinnen mit dem Hinweis auf die Schwierigkeit einer sol-

---

doch habe Simić entschieden abgelehnt. Ob und mit welchem Erfolg der bulgarische Ministerpräsident Stoiloff einen analogen Schritt in Athen habe unternehmen lassen, war Danić allerdings unbekannt.

<sup>112)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 442v — Nach den persönlichen Neigungen des Fürsten von Bulgarien durfte angenommen werden, daß ihn die Aussicht, gegebenenfalls durch Verhandlungen die Anerkennung seiner Unabhängigkeit oder gar die Königswürde zu erlangen, weit eher locken könnte, als etwa eine durch Krieg erreichte Gebietsvergrößerung. Die Frage war nur, ob das unkriegerische Naturell des Fürsten oder die nationalen Bestrebungen im Lande auf die Dauer sich als stärker erwiesen. Die bulgarische Zeitung „Swoboda“ hatte am 31. Jänner (a. St.) beispielsweise in einem „Gerüchte“ überschriebenen Artikel gefordert, der Fürst möge Stoilow entlassen, denn die Interessen und nationalen Bestrebungen Bulgariens, dessen Freund nur Rußland sei, gebieten „den günstigen Augenblick nicht zu versäumen, da jetzt die Zeit eingetreten ist, wo auch Bulgarien seinen Anteil von dem verfallenen türkischen Reiche erlangen muß“. Es sei aber kaum anzunehmen, daß die heutigen bulgarischen Machthaber die Interessen Bulgariens wahren würden, sollten die Ereignisse eine gebieterische Beteiligung Bulgariens bei der Zerstückelung der Türkei verlangen. Deshalb habe der Fürst Stoilow durch einen zu ersetzen, der die bulgarischen Interessen besser schütze.

chen Abgrenzung nicht einging, teilte der bulgarische diplomatische Agent dem König weiters mit, daß ja — nach Vorschlag seiner Regierung — die drei genannten Balkanstaaten sich an die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel mit dem Ersuchen wenden könnten und sollten, von der türkischen Regierung für Mazedonien die Gewährung einer privilegierten Verwaltung zu erlangen. Wenn die Botschafter darauf nicht eingingen, sei das Begehren direkt an die Pforte zu richten und wenn diese eine abschlägige Antwort erteile, hätten die Vertreter der drei Balkanstaaten zu erklären, daß ihre Regierungen die Regelung der mazedonischen Verhältnisse selbst in die Hand nehmen würden. In diesem Fall hätten sich Griechenland, Bulgarien und Serbien gegenseitig zu einer gleichzeitigen Aktion in Mazedonien zu verpflichten. König Georg, sich der Schwierigkeit einer Abgrenzung der drei Interessensphären bewußt, hatte ausweichend geantwortet. Da er jedoch wissen wollte, wie weit er auf eine Unterstützung durch Wien rechnen durfte, ließ er bei Graf Gołuchowski anfragen, ob der bulgarische Vorschlag Aussichten auf Realisierung habe. Graf Gołuchowski aber warnte sogleich vor der Gefährlichkeit dieses Projektes. Die Botschafter in Konstantinopel müßten ein solches Ansinnen ohne Zweifel zurückweisen, ein Schritt der Balkanstaaten bei der Pforte mit der Drohung eigenmächtigen Einschreitens in Mazedonien aber müßte vom Sultan als eine Ankündigung offener Feindseligkeiten angesehen werden und ihn zu Repressionsmaßregeln veranlassen, welche für die drei betroffenen Länder die verderblichsten Folgen haben würden, ohne daß die europäischen Mächte sie dagegen schützen könnten, da die Türkei das Recht der Verteidigung für sich hätte. Eine gemeinsame Aktion der drei Balkanstaaten wäre für Griechenland „unter allen Verhältnissen mißlich, da Bulgarien, das allein unter ihnen über eine gut geschulte und starke Armee verfüge, in der Lage sei, die Kombination für seine Interessen auf Kosten jener seiner Partner auszunützen“. Deshalb gab Graf Gołuchowski der griechischen Regierung „den freundschaftlichen und ernstesten Rat, sich auf derlei Insinuationen nicht einzulassen“<sup>113)</sup>. Sogleich nach Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges hat dann der bulgarische Agent in Konstantinopel bei seiner Audienz beim Sultan am 19. April 1897 gedroht, daß Bulgarien mobilisieren werde, falls die Pforte nicht innerhalb

<sup>113)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XVI Griechenland, Schubert 50, Weisung vom 28. Jänner 1897 No. 2.

weniger Tage fünf Berate schaffe. Diesem Beispiel einer ungeheuerlichen Erpressung folgte sodann der serbische Gesandte, der, mit seiner Abberufung drohend, ebenfalls Zugeständnisse auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens für die Bewohner Mazedoniens serbischer Nationalität begehrte.

Noch beunruhigender war, daß Serbien schlecht verhüllte Kriegsvorbereitungen zu treffen begann, indem Vorräte an Uniformen angeschafft, der Patronenvorrat ergänzt und Unmengen Pferde angekauft wurden. Die Reserveoffiziere wurden für die Dauer eines Monats einberufen und dies alles angeblich nur, um manches seit langem arg Versäumte nachzuholen. Am 14. Februar erklärte König Alexander von Serbien dem k. u. k. Gesandten in Belgrad, Franz Ritter Schiessl v. Perstorff, sehr unmißverständlich, daß Serbien eine Annexion Kretas durch Griechenland nicht gleichgültig hinnehmen werde. Er könne nicht zugeben, daß sein Land, weil es korrekt bleibe, schlechter behandelt würde als Griechenland, das auf seine eigene Faust den Frieden verletze. König Alexander rechnete damit, daß die Großmächte im gegebenen Falle auch für Serbien etwas unternehmen würden, und er zählte auf die Unterstützung durch Österreich-Ungarn, das damals noch im Rufe stand, ein warmer Anwalt der nationalen Interessen der Balkanvölker zu sein, ein Ruf, den es innerhalb weniger Jahre dann gründlich verwirtschaftete. Für Serbien war 1897 der status quo ein unerquicklicher Zustand. Wäre es aber nicht auch im Interesse Österreich-Ungarns gewesen, wenn Serbien die zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung unbedingt notwendige Ausdehnung nach Süden erlangt hätte? König Alexander war überzeugt, daß mit Griechenland, wenn es auf der ganzen Linie zurückgedrängt wäre, eine Verständigung über die künftigen serbisch-griechischen Interessensphären möglich sein werde. Viel drängender erschien ihm die für Serbien so wichtige Auseinandersetzung mit Bulgarien, da er für sein Land ein peinliches Resultat für den Fall befürchtete, daß dieses sich mit Bulgarien selbst messen müßte. Das Heil Serbiens lag 1897 nicht in seiner eigenen Kraft, sondern im Wohlwollen, das es bei einzelnen der Großmächte zu finden hoffte. So herrschte zwar in der breiten Öffentlichkeit Serbiens freudige Stimmung über die Ereignisse in Kreta, da diese hoffte, daß auch ihr Land nunmehr einen Anteil am türkischen Territorium erhalten werde, aber die ernsteren Kreise waren eher bestürzt, da sie sich sagten, daß Serbien ohne Geld mit einer in jeder Beziehung inferioren Armee und bei dem gegenüber Bulgarien so ungünstigen Kräfte-

verhältnis keinen Angriff und keinen Krieg mit Aussicht auf Erfolg werde durchführen können — eine Ansicht, die jedoch als unpatriotisch nicht laut ausgesprochen werden durfte. Das Glück für die serbische Regierung war weiters, daß eine oppositionelle Presse kaum existierte und die radikalen Blätter das aus ihrer Partei hervorgegangene Kabinett nach Möglichkeit schonte und die politische Situation daher in einer für Belgrader Verhältnisse gemäßigten Weise behandelten. Wäre Novaković noch Chef der Regierung gewesen, so wäre diese, da es nicht an hochtönenden Phrasen in den Zeitungen gefehlt hätte, zu einer nationalen Expansionspolitik getrieben worden. Die Finanzlage Serbiens erlaubte aber auch keine langandauernde, allgemeine Mobilisierung. Diese war im Jahre 1885 durch einen Vorschuß von 2 Millionen Francs ermöglicht worden. 1897 fanden sich nicht mehr jene Geldgeber, die Serbien benötigt hätte. So brauchten vor allem Österreich-Ungarn, aber auch die anderen Mächte ein Losschlagen Serbiens so lange nicht zu befürchten, so lange Bulgarien untätig blieb. Sobald Bulgarien seine Armee mobilisieren würde, war die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß Serbien sofort das gleiche veranlasse, auch ohne geldliche Hilfe vom Ausland. Da aber der serbischen Regierung auch ein Gebietszuwachs Griechenlands durch die Okkupation der Insel Kreta nicht gleichgültig sein konnte, versuchte sie durch ihren Botschafter in London, Mijatović<sup>114)</sup>, in Erfahrung zu bringen, ob Griechenland Aussicht habe, seine Absichten zu effektuieren, wobei Belgrad von der Überlegung ausging, daß eine der Mächte Griechenland im geheimen unterstützen müsse, da sonst die griechische Regierung nicht gewagt hätte, so herausfordernd aufzutreten. Ähnlich wie in Serbien lagen die Verhältnisse auch in Montenegro. Fürst Nikolaus ließ am 15. Februar den österreichischen Vertreter in Cetinje, Eugen Ritter v. Kuczyński, zu sich kommen, um diesem mitzuteilen, daß sich der Bevölkerung durch die alarmierenden Nachrichten bereits eine gewisse Aufregung bemächtigt habe, daß er aber kalmierend einwirken werde. Er habe aus diesem Grunde das Projekt, die arbeitslose Sai-

<sup>114)</sup> Mijatović war einige Jahre in freiwilliger Verbannung gewesen und hatte ohne Gehalt und ohne Pension durch literarische Arbeiten seinen Lebensunterhalt in London notdürftig bestritten. Wien hatte damals den k. u. k. Botschafter in London beauftragt, Mijatović durch den Grafen Wydenbruck in streng vertraulicher Weise die Mittel zur Verbesserung seiner Existenz anzubieten, doch Mijatović hatte jede Unterstützung mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

son für Manöver zu benützen, wieder fallen gelassen. Jedenfalls bemühte sich Fürst Nikolaus, den Eindruck zu erwecken, er lasse sich durch Kreta nicht beunruhigen. Die Betonung, die montenegrinische Regierung werde „ihre bisherige friedliche Haltung“ nicht verlassen, entsprang einzig und allein der Sorge, umwälzenden Vorgängen auf dem Balkan nicht gewachsen zu sein. So hatte schon im Dezember 1896 Fürst Nikolaus über Kuczyński anlässlich der Errichtung eines ständigen militärischen Lagers der Griechen an der Nordgrenze ihres Landes in Wien die Besorgnis äußern lassen, „daß die gespannte Situation auf der Balkanhalbinsel Ereignisse in Mazedonien zur Folge haben könne, von welchen sich Montenegro nicht überraschen lassen dürfe“. Denn ebenso wenig wie in Athen war man letzten Endes auch in Belgrad, Sofia und Cetinje bereit, den territorialen status quo hinzunehmen, weshalb auch nichts getan wurde, um die gegen den jeweiligen Nachbarstaat gerichtete nationale Agitation zu unterbinden<sup>115)</sup>. Fürst Nikolaus scheute sich nicht einmal, selbst Österreich-Ungarn zu verstimmen, indem er unter Mißachtung der „freundnachbarlichen Beziehungen“ zwischen Österreich und dem Okkupationsgebiet unterschied, um daraus ein Recht zur Kritik an der österreichischen Verwaltung in Bosnien und in der Herzegowina abzuleiten. Rußland jedoch, das im eigensten Interesse für Ruhe auf dem Balkan sorgen mußte, um nicht in Ostasien gestört zu werden, strich gegenüber den Balkanstaaten seine Mißbilligung der griechischen Aktion heraus und ließ immer wieder erklären, die Annexion Kretas werde nicht gelingen. Aber selbst im Fall einer Annexion der Insel war Bulgarien unter dem Einfluß Rußlands bereit, keine Kompensationen zu fordern. Nur im Falle des Ausbruches eines griechisch-türkischen Krieges, der in greifbare Nähe rückte, werde die bulgarische Regierung, wie der bulgarische Ministerpräsident Stoilow dem österreichischen Bevollmächtigten in Sofia, Guido Freiherr Call-Rosenburg, am 16. Februar erklärte, dazu gedrängt werden, sich zur „Solidarität des christlichen Elementes in Mazedonien gegenüber dem Islam zu bekennen“<sup>116)</sup>. Ganz anders lag die Situation in Buka-

---

<sup>115)</sup> Zur weiteren Entwicklung am Balkan vgl. H. Wendel: a.a.O. S. 509—755, doch ist dieses Buch nur mit äußerster Vorsicht zu benützen. Mit klaren Strichen zeichnet dagegen die russische Politik am Balkan bis zum Ersten Weltkrieg A. Redlich: a.a.O. S. 15—49.

<sup>116)</sup> Telegraphischer Bericht Baron Calls vom 14. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 650.)

rest<sup>117)</sup>. Eine, allerdings schon längst vorbereitete Einbringung eines Kredites von 3 Millionen Lei zur Kompletierung der Patronenvorräte war zwar mit der Beantwortung einer Kreta betreffenden Interpellation zusammen gefallen, was in der ausländischen Presse einiges Aufsehen erregte, aber die rumänische Regierung war allen deshalb irrtümlich entstandenen Auffassungen offiziell entgegengetreten. Doch wie Serbien war auch Rumänien von einer „gewissen Besorgnis“ hinsichtlich der Haltung Bulgariens und seines Fürsten nicht frei und der rumänische König mißtraute den zwischen Sofia und Athen gesponnenen Fäden. Dieses „stärkstens“ vorhandene Mißtrauen gegenüber Bulgarien, das sich schon im Herbst 1895 gezeigt hatte, deutete Baron Alois Lexa von Aehrenthal, damals k. u. k. Gesandter in Bukarest, als Eifersucht gegenüber Bulgarien, „weil dieses schon infolge der geographischen Lage viel leichter als Rumänien seine nationalen Aspirationen wird erreichen können“<sup>118)</sup>. Dazu kam, daß das Mißtrauen der beiden Länder durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte und die bulgarische Zeitung „Mir“ ganz offen Ansprüche auf die Dobrudscha geltend machte. Auch den Griechen wurden im allgemeinen wenig Sympathien entgegengebracht, da die Kaufleute etwa in Galatz und Braila, die einen großen Teil des rumänischen Außenhandels in ihren Händen hatten, griechischer Nationalität waren und hier also zum nationalen auch der wirtschaftliche Faktor hinzutrat. Andererseits aber waren die in den rumänischen Häfen lebenden Hafendarbeiter griechischer Nationalität gerne bereit, aus Mangel an anderweitiger Beschäftigung sich von Griechenland für Kreta zum Kriegsdienst anwerben zu lassen<sup>119)</sup>.

## IX.

Auf Kreta hatten am 14. Februar bei dem Kampf um die Höhen von Halepa die türkischen Truppen — ihre Geschütze hatten sie mangels Zünder nur mit Glut abschießen können — den Rückzug antreten müssen. In der Nacht auf den 15. Februar landeten „unbe-

<sup>117)</sup> Vgl. dazu E. Ebel: Rumänien und die Mittelmeermächte von der russisch-türkischen Krise 1877/78 bis zum Bukarester Frieden vom 10. August 1913. Berlin 1939 (Historische Studien. 351).

<sup>118)</sup> Bericht des Baron Aehrenthal vom 24. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 1091—1098).

<sup>119)</sup> Zur damaligen wirtschaftlichen Situation Rumäniens H. Grothe: Zur Landeskunde von Rumänien. Kulturgeschichtliches und Wirtschaftliches. Halle a. d. S. 1907.

merkt“<sup>120)</sup> reguläre griechische Truppen mit Artillerie bei Sitia. Am 15. Februar steigerte sich, nicht zuletzt durch die Flucht des Vali, die Anarchie derart, daß sich die Gendarmerie-Kommission genötigt sah, ihre Arbeiten vorerst zu suspendieren und die Rekrutierung einzustellen<sup>121)</sup>. Um wenigstens in der Hauptstadt halbwegs geordnete Zustände zu erhalten, beschlossen der englische, französische, italienische und russische Flaggenoffizier, auf Grund erhaltener Instruktionen und nach eingeholter Zustimmung bei der Lokalbehörde, Canea durch Landung von Detachements aller Großmächte gemeinsam unter deren Schutz zu stellen<sup>122)</sup>. Am Morgen des 16. Februar wurden auf den Wällen Caneas die Flaggen der Großmächte neben der osmanischen gehißt, während drei Stunden westlich der Stadt drei Bataillone regulärer griechischer Truppen mit ihren Geschützen Stellungen bezogen. In Rom fürchtete die Regierung zur selben Stunde, daß es bereits zu einem Konflikt mit den griechischen Schiffen gekommen sei und die europäischen Schiffe dem griechischen

---

<sup>120)</sup> Telegramm des Grafen Deym vom 16. Februar 1897: „Unterstaatssekretär sagte mir, daß Landung der griechischen Truppen unbemerkt erfolgt sei.“ Dazu Randbemerkung Kaiser Franz Josephs: „oho!!“ Nach einem Telegramm an den deutschen Geschäftsträger in Konstantinopel hatte Kaiser Wilhelm II. die Unterlassung der Verhinderung der griechischen Truppenlandung auf Kreta „sehr lebhaft getadelt“. Baron Calice zog am 18. Februar 1897 auch die Möglichkeit in Erwägung, daß diese Unterlassung vielleicht dadurch zu erklären sei, daß die Schiffskommandanten noch nicht im Besitze ihrer, sie zum Handeln ermächtigenden Instruktionen waren.

<sup>121)</sup> Die einheimische Gendarmerie war vielfach desertiert, der türkische Delegierte unter Mitnahme der Kommissionsakten abgereist. Über Reklamation des Gendarmeriekommandanten erklärte der russische Admiral, die mit dem Vali eingeschifften Montenegriner nicht mehr herausgeben zu wollen, höchstens über spezielle Erlaubnis des Fürsten von Montenegro, die erst nach langen Verhandlungen über den russischen Botschafter in Konstantinopel erteilt wurde. Da die auch nur provisorische Auflösung der Kommission als ein Aufgeben des Arrangement interpretiert wurde, erteilten die Botschafter an die Delegierten die Weisung, die Arbeit wieder aufzunehmen.

<sup>122)</sup> Der Kommandant des k. u. k. Kriegsschiffes mußte diesem Beschluß beistimmen und landete einen Offizier und 30 Mann, während die anderen Mächte je einen Offizier und 100 Mann an Land setzten. Erst auf Grund eines in der Nacht auf den 15. Februar in Wien vom Kommandanten des k. u. k. Kriegsschiffes „Maria Theresia“ eingelangten Telegrammes verfügte Kaiser Franz Joseph eigenhändig: „Kommandant Maria Theresia sogleich Befehl schicken, daß er an allen zwischen den Kommandanten der anderen Nationen verabredeten Aktionen, respective nach Weisung des Rangältesten teilzunehmen hat, eventuell auch Ausschiffung von Mannschaft. Franz Joseph.“

Expeditionskorps ein „umgekehrtes Navarin“ bereiten würden. Marquis Visconti-Venosta beklagte am 14. Februar abends deshalb gegenüber Baron Pasetti lebhaft, daß die Mächte durch Verhandlungen „über Formeln“ so viel Zeit verloren hätten. Jetzt seien sie dafür in eine schwierige Situation versetzt. Griechenland, vor Kreta gedemütigt, werde durch Anzettelung von Unruhen in Mazedonien Revanche nehmen. Die italienische Regierung schloß sich daher dem russischen Vorschlag einer etwaigen europäischen Okkupation der Insel oder der drei Städte ohne weitere Rücksprachen an. Die Bedenken Oesterreichs und Rußlands hinsichtlich der Gefährlichkeit einer Rückberufung der griechischen Kriegsschiffe teilte Visconti-Venosta, gegen ihre Blockierung erhob er dagegen keine Einwendung. Tefvik Pascha aber wies am 15. Februar neuerdings Mahmud Nedim Bey in Wien an, er solle trachten, endlich zu erfahren, „welche Maßnahmen die Mächte ergreifen, damit die Erregung sich legt und neue und ernstere Verwicklungen verhindert werden“. Da dieses Ergebnis auf keinen Fall erreicht werden könne, solange Kriegsschiffe und griechische Truppen sich auf Kreta befänden, sei es unerläßlich, in erster Linie darauf zu dringen, daß sie die Insel verließen. „Ich erwarte ungeduldig das Ergebnis ihrer Schritte“, telegraphierte Tefvik Pascha<sup>123)</sup>, der einfach nicht mehr länger auf irgendeine Vereinbarung unter den Mächten warten konnte, wollte er nicht die Insel endgültig an Griechenland verlieren. Die Antwort, die Gołuchowski dem türkischen Botschafter gab, ist für die von Graf Gołuchowski eingeschlagene Politik sehr aufschlußreich. Diese wiederholten Anfragen der türkischen Regierung, erklärte Gołuchowski, seien ihm unverständlich. Er hätte schon einmal erklärt, daß es Sache der Pforte sei, zu wissen, was sie unter solchen Umständen zu tun habe. Er hätte „wohl vor eventuellen Ausschreitungen und Grausamkeiten gewarnt, welche gegen die auch im Kampfe zu beobachtenden Rücksichten der Menschlichkeit“ verstoßen würden, sich „niemals aber gegen Maßnahmen ausgesprochen, welche zur Verteidigung ihres Territoriums und Hintanhaltung gewaltsamer Friedensstörungen innerhalb desselben nötig sind“. Solche Maßnahmen zu treffen sei nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der türkischen Regierung — ein Satz der nichts an Deutlichkeit mehr übrig ließ. Ja, Gołuchowski wies nachdrücklich auf die gefährliche Situation an der thessalischen Grenze hin und die Notwendigkeit, dort „besondere

<sup>123)</sup> Telegramm vom 15. Februar an Mahmud Nedim Bey (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 583v).

Wachsamkeit“ zu üben<sup>124</sup>). Nunmehr der wohlwollenden Haltung Österreich-Ungarns sicher, konzentrierte sich die Türkei auf Thesalien, wo sie, nach Einberufung entsprechender Reservisten, die beiden vorhandenen Divisionen um vier weitere verstärkte, und zum Oberkommandanten in diesem Grenzabschnitt den Muschir Edhem Pascha ernannte, während sie, um nicht ihre Kräfte zersplittern zu müssen, den Standpunkt der Botschafter, daß die Intervention der Mächte auf der Insel das Entfallen der Nachsendung türkischer Truppen zur Bedingung habe, respektierte und den Schutz Kretas in Delegation ihrer souveränen Macht im wesentlichen den Mächten überließ<sup>125</sup>). Die Finanzkalamitäten der Pforte, welche zur Ermutigung der Griechen beigetragen hatten, waren ja so groß, daß es den europäischen Mächten ein Rätsel war, aus welchen Mitteln Konstantinopel seine Rüstung bestreiten werde, da die Lieferanten schon beim normalen Truppenbestand mangels Zahlungen die Beschaffung von Lebensmitteln verweigert hatten. Wie aber — und das war die Frage, die sich vor allem der britische Unterstaatssekretär stellte<sup>126</sup>) — konnten die Mächte die regulären griechischen Truppen von Kreta wieder wegbringen oder dort ihre Anwesenheit unschäd-

---

<sup>124</sup>) Der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel wurde angewiesen, sich in gleichem Sinne auszusprechen. Telegramm des Grafen Goluchowski vom 15. Februar 1897 an Baron Calice. (Ebda Schubert 281 f. 589.)

<sup>125</sup>) Telegramm Baron Calices vom 16. Februar mit dem eigenhändigen Vermerk Kaiser Franz Josephs: „Der Wunsch der Pforte wegen verschärfter Instruktion der Eskadre Commandanten scheint mir sehr begründet.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 615.)

<sup>126</sup>) Nach dem telegraphischen Bericht des Grafen Deym vom 15. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 564) hatte ihm Graf Hatzfeld streng vertraulich mitgeteilt, daß er Lord Salisbury, den er an diesem Tag gesehen habe, „etwas zaghaft und unentschieden gefunden, und er führte dies auf Einflüsse der Prinzessin von Wales zurück, welche diese bei der Königin geltend machte. Letzteres hat er einer Äußerung Lord Salisburys entnommen“. Doch schon am 16. Februar telegraphierte Graf Deym (Ebda. f. 618v), er halte den Eindruck des Grafen Hatzfeld, daß Lord Salisbury zaghaft geworden sei, für unbegründet. Lord Kimberley sagte am 15. Februar, nach der Interpellation im Oberhaus, zum Grafen Deym: „Pour éviter une guerre européenne, les Puissances ne doivent pas se borner à des conseils, il faut qu'elles agissent.“ Kaiser Franz Joseph bemerkte zu dieser telegraphisch mitgeteilten Äußerung am Rand „sehr richtig“. Lord Salisbury wurde in seiner entschiedenen Haltung von der konservativen Presse und von der öffentlichen Meinung unterstützt. Die Opposition allerdings war der Ansicht, daß das Ende der türkischen Herrschaft in Europa unaufhaltsam sei und, da die englischen Interessen am Bosphorus nur mehr in dritter Linie stehen, Rußland demgemäß überlassen werden könnte, in Konstantinopel Ordnung zu machen.

lich machen. Während die Gesandten von Frankreich und Rußland in Athen am 15. Februar abends den Befehl ihrer Regierung erhielten, mit den dortigen Vertretern eine „*démarche pour le rappel des bateaux grecs de la Canée dans les eaux grecques*“ zu unternehmen<sup>127)</sup>, übermittelte die deutsche Regierung ihrem Vertreter in Athen ein Telegramm in claris, daß sie es — infolge der den Vertretern zugekommenen Antworten auf ihre Ratschläge — unter ihrer Würde ansehe, weitere Vorstellungen bei der griechischen Regierung zu veranlassen<sup>128)</sup>. Daß solche auch gar keinen Sinn mehr hatten,

<sup>127)</sup> Der englische Vertreter in Athen schloß sich der Demarche der Vertreter Rußlands und Frankreichs an. (Telegramm des Grafen Deym vom 16. Februar 1897. H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 619.) Der österreichische Vertreter wurde am 16. Februar ermächtigt, sich nur in dem Falle der Demarche anzuschließen, wenn diese „gleichzeitig und identisch von den Vertretern sämtlicher Großmächte unternommen werden soll“. (Ebda. f. 659.) Da der deutsche Vertreter, Baron Plessen, sich auf Grund des Telegrammes in claris jeden Schrittes enthielt, und der italienische und französische Vertreter ebenfalls wie der österreichische nur zu einer gemeinsamen Demarche ermächtigt waren, so wurde von diesen dem griechischen Außenminister vorerst „rein persönlich“ bestätigt, daß ihre Regierungen den „rappel des bateaux“ betreffend gleicher Ansicht seien, und ihm mitgeteilt, daß sie um Ermächtigung bäten, wenn auch einzeln, so doch im Auftrage ihrer Regierungen den „rappel“ verlangen zu dürfen — ein Modus, der notwendig war, um der in Athen vorherrschenden Ansicht „d'un désaccord“ der Großmächte vorzubeugen und nicht durch ein passives Verhalten tollkühne Kombinationen zu provozieren. Am 18. Februar erhielt daraufhin Graf Széchényi neuerlich die telegraphische Anweisung, er wolle sich vorläufig jedweder Demarche bei der griechischen Regierung betreffs Rückberufung der griechischen Kriegsschiffe, welche nicht eine gemeinschaftliche und identische sämtlicher Vertreter der Großmächte wäre, enthalten. (Ebda. f. 805.)

<sup>128)</sup> „Nach der beispiellosen Abfertigung, welche die Vorstellung der vereinigten Großmächte soeben durch Griechenland erfahren haben, erachtet die Deutsche Regierung es unter ihrer Würde, für jetzt noch weitere diplomatische Schritte in Athen zu tun, außer etwa in unmittelbarer Verbindung mit dem materiellen Eingreifen der deutschen Seestreitkräfte.“

Folgende Instruktion hat der Kommandant des deutschen Schiffes ‚Kaiserin Augusta‘ erhalten: ‚Verständigung mit den kommandierenden Offizieren der Seestreitkräfte der übrigen Großmächte in den kretensischen Gewässern über diejenigen Maßnahmen, welche geeignet sein würden, jedem aggressiven Akt seitens der griechischen Schiffe entgegenzutreten oder vorzubeugen. Als aggressiver Akt würde nach Auffassung der deutschen Regierung alles anzusehen sein, was geeignet ist, den Aufstand zu fördern oder zu ermutigen, also Landung von Munition oder Mannschaft sowie jeder Akt der Bedrohung oder Feindseligkeit durch griechische Kriegsschiffe gegenüber türkischen Fahrzeugen oder Stellungen. Die Verständigung wird sich auch

bewies die am 16. Februar erfolgte Publizierung des Erlasses des Kriegsministeriums, welche Oberst Vassos befahl, Kreta im Namen des Königs zu okkupieren<sup>129</sup>), bewies die durch das griechische Kabinett veranlaßte Verstümmelung und Zurückhaltung der Telegramme zwischen den diplomatischen Vertretern in Athen und ihren Regierungen bis zu vierundzwanzig, ja sogar achtundvierzig Stunden, ein Manöver, das den Zweck hatte, rasche Entschlüsse der Großmächte gegen einzelne griechische Vorhaben zu verhindern<sup>130</sup>). Als am 17. Februar der österreichisch-ungarische Geschäftsträger, Graf Széchényi dem griechischen Außenminister Skousés die Möglichkeit des Zustandekommens einer gemeinsamen *démarche* nach Rückberufung der griechischen Truppen vorhielt, betonte dieser, die griechische Regierung würde sich bemüßigt sehen, „de refuser le rappel de ses bateaux et de ne céder qu'à la force“. Es war ganz offenbar, daß die griechische Regierung sich in ihrer waghalsigen Politik auf die Zuversicht stützte, daß keine Großmacht den Entschluß fassen werde, in der kretensischen Frage den ersten Schuß auf ein helenisches Schiff abzufeuern. Skousés sagte daher zu Graf Széchényi, die Regierungen von Frankreich und Italien stünden in diesem Punkt in so offenem Widerspruch mit der öffentlichen Meinung, daß es keine von beiden wagen würde, für die Türkei gegen die Christen das Schwert zu ziehen. „Und, wie gesagt, Griechenland verlegt den Brand nach Europa, das aber ist dann der Weltkrieg!“<sup>131</sup>). Das ist

darauf erstrecken, daß im Notfall Mannschaften gelandet werden, um die Ordnung wiederherzustellen und Blutvergießen zu verhindern.“ (Sperrung gemäß Unterstreichung in der schriftlichen Mitteilung des deutschen Botschafters an das k. u. k. Auswärtige Amt. H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 652.)

<sup>129</sup>) Zur gleichen Zeit erließ Oberst Vassos eine Proklamation an das kretensische Volk, in welcher er verkündete, daß durch die anarchischen Zustände auf der Insel „die nationalen Gefühle der ganzen griechischen Rasse“ geweckt worden seien und sich deshalb der König von Griechenland, um der Insel eine feste Regierung und den Frieden zu geben, entschlossen habe, durch eine militärische Okkupation dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten. Im Namen des Königs, erklärte Vassos, werde er die Insel okkupieren. Er verspreche, daß Religion, Freiheit, Eigentum und die politischen Rechte respektiert werden würden. Nach Bekanntgabe dieser Proklamation erklärten viele Beys, sie würden sofort die Insel verlassen, wenn sie tatsächlich von Griechenland okkupiert werden würde.

<sup>130</sup>) Den griechischen Vertretern in Berlin und Paris wurde die strenge Mahnung zuteil, daß die Regierungen Mittel finden würden, die Berner Konvention in Athen zur Geltung zu bringen. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 707.)

<sup>131</sup>) Bericht des Grafen Széchényi an Gołuchowski vom 18. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 715—720.)

nicht mehr die Sprache eines Staatsmannes, der bereit ist, einzulenken. Das war offene Drohung, und zwar mit dem Krieg, den alle Großmächte in diesem Augenblick fürchteten und dem sie ausweichen wollten. In Kreta, erklärte Skousés weiter, hätten die Mächte die Städte besetzt. Im Inneren des Landes aber würden die Hellenen Ordnung schaffen. Mit Kreta vereinigt und durch dieses auch finanziell gestärkt, könnte Griechenland dann mit aller Energie für die Ruhe in Mazedonien eintreten und somit den Weltfrieden schützen — eine Versicherung, die Skousés wohl selbst nicht glaubte. Als Graf Széchényi vor der finanziellen Seite eines Krieges warnte, meinte Skousés gelassen, Griechenland würde dann „einfach seine Gläubiger nicht mehr zahlen“ — eine Auffassung, die in Athen „jedermann in stolzem Selbstbewußtsein mit abgeworfener Maske hören läßt“<sup>132)</sup>, welche den Griechen jedoch vor allem das Wohlwollen des Deutschen Reiches kostete, das Athen große Kredite gewährt hatte<sup>133)</sup>.

Angesichts der immer offeneren griechischen Kriegsabsichten setzte sich bei den europäischen Kabinetten die Erkenntnis durch<sup>134)</sup>, daß die Lokalisierung eines griechisch-türkischen Krieges nur durch Aufrechterhaltung des europäischen Konzertes ermöglicht werden könnte. Konnte die griechische Regierung anfänglich mit der Uneinigkeit der Mächte rechnen und auf die Unterstützung und das Wohlwollen zumindest der einen oder anderen Großmacht zählen, verscherzte sie sich nun durch ihre Kopflösigkeit die vorhandenen Sympathien<sup>135)</sup>. Hanotaux, der selbst einst Sekretär der französischen

<sup>132)</sup> Ebda. f. 718.

<sup>133)</sup> So drängte nach dem Waffenstillstand zwischen Griechenland und der Türkei am 4. Dezember 1897 die deutsche Regierung, damit die Lage der ohnehin schon schwer geschädigten deutschen Gläubiger nicht noch mehr verschlechtert würde, darauf, daß den alten Gläubigern die Priorität gesichert und für die zum Dienste der alten und der neuen Schuld bestimmten griechischen Staatseinnahmen eine Kontrolle durch Delegierte der Mächte eingeführt werde. England widerstrebt diesem Verlangen, stimmte jedoch schließlich dem deutschen Vorschlag zu.

<sup>134)</sup> Spanien nahm durch die Aufstände in Kuba und auf den Philippinen, und von dieser großen Sorge fast erdrückt, dem griechisch-türkischen Konflikt gegenüber eine streng zuwartende Stellung ein, die es nur in der nicht wahrscheinlichen Eventualität eines Übergreifens der Ereignisse auf das westliche Mittelmeer zu verlassen bereit war, so gerne es auch die spanische Flagge in Candia neben jenen der übrigen europäischen Mächte entfaltet hätte.

<sup>135)</sup> So berichtete der österreichische Geschäftsträger aus Paris am 16. Februar 1897: „Baron Mohrenheim's Wut gegen Griechenland kennt keine Grenzen. Er möchte Sultan freie Hand lassen, damit letzterer die Griechen als Friedensstörer exemplarisch züchtige.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 622v.)

Botschaft in Konstantinopel gewesen, zeigte sich über ihr „freches Auftreten“ sehr aufgebracht. Von energischen Maßnahmen gegen Griechenland in Kreta hielt ihn jedoch die Sorge ab, der Sultan könnte in diesen eine Ermutigung zu rücksichtslosem Eingreifen sehen, weshalb er wollte, daß die Mächte gleichzeitig in Kreta durchgriffen und auf die Türkei mäßigend einwirkten, und daß sie bezüglich der Reformen auf den Sultan wirksame Pressionen ausübten. Die Situation war ja für Frankreich doppelt schwierig. Die Hauptbefürchtung bestand darin, daß ein endgültiges Aufrollen der orientalischen Frage den mit so viel Mühe verschleierte[n] Zwiespalt zwischen den europäischen und den spezifisch russischen Interessen aufdecken und Frankreich, das soeben erst Rußland als Bündnispartner gefunden hatte, vor eine äußerst heikle Alternative stellen könnte. Im Hinblick auf das Deutsche Reich und in Erinnerung an die bittere Niederlage von 1870/71 durfte es Rußland nicht vergrämen oder gar abstoßen, doch hätte es einem russischen Vordringen auf dem Balkan ebenso wenig zustimmen können. Nur die Bewahrung des status quo konnte der französischen Außenpolitik willkommen sein, die insofern eine innere Stärkung erfahren hatte, als am 15. Februar die Kammer der Regierung Méline einen gewichtigen Vertrauensbeweis gab, indem sie dem Minister des Äußeren mit sehr großer Majorität das „Recht des Schweigens“ zuerkannte. Trotz verschiedener Manifestationen in der französischen öffentlichen Meinung, in der Presse, im Quartier latin, glaubte Hanotaux für seine konservative Politik das Land hinter sich zu haben, da nach seiner Meinung der größere und vernünftige Teil der Franzosen für den status quo am Balkan und für den Frieden war. Aber Hanotaux fürchtete die innerpolitische Entwicklung, fürchtete die in der öffentlichen Meinung vorhandenen starken Strömungen zugunsten der griechisch-kretensischen Befreiungstendenzen. Dem österreichischen Botschafter Graf Wolkenstein erklärte er am 18. Februar, „man müsse selbstverständlich das Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens höher stellen, als die Bestrebungen des hellenischen Volkes“. Er klammerte sich an das Reformwerk der Botschafter, das zwar keineswegs über jede Kritik erhaben war, das aber einen unbestrittenen Vorzug hatte: es war einfach bereits vorhanden. Eine Diskussion der Kabinette über Details der Reformen lehnte Hanotaux ab, weil dies eine Verschleppung der kretensischen Frage bedeutet hätte, die er sich innerpolitisch nicht erlauben durfte. Im Interesse des Sultans setzten sich die Mächte teilweise in Wider-

spruch mit der öffentlichen Meinung Europas, erklärte Hanotaux, jene hätten daher „unbedingt ein Recht auf eine genügende Kompensation“, die zunächst darin zu bestehen hätte, daß der Sultan „ohne weiteres Zögern seine volle Guttheißung des Reformwerkes ausspräche“. Es waren jedoch keineswegs nur parteipolitische Motive, welche die öffentliche Meinung Frankreichs in Gegensatz zu Hanotaux brachten, dem sogar Turkophilie vorgeworfen wurde<sup>136</sup>). Dies war ein bitterer Vorwurf, der folgenschwer sein konnte, denn die Begeisterung galt den bedrückten Christen im Orient. Die Gemüther waren zuerst für die Armenier, dann für die Griechen und aus beiden Anlässen gegen die Türkei wachgerufen worden<sup>137</sup>). Dabei nahm die Agitation stark religiösen und allgemein freiheitlichen

<sup>136</sup>) Die französische Regierung wagte beispielsweise nicht, die Abfahrt zweier mit Waffen und Munition beladener griechischer Fregatten aus Toulon nach Griechenland zu verhindern. Die italienische Regierung bewilligte den Transit von 40 Gewehren aus Belgien nach Griechenland, „da man mit 40 Gewehren nicht Krieg machen könne“. (Telegramm des k. u. k. Botschafters in Rom vom 19. Februar 1897 — H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 fol. 889.)

<sup>137</sup>) In einem öffentlichen Vortrag hatte Graf Albert Vandal, damals noch ein junger, aber bereits berühmter Historiker und Mitglied der Académie française, am beredtesten die patriotischen Postulate dargestellt. Der moralische Einfluß Frankreichs war nach seiner Ansicht im Orient unbedingt geltend zu machen. (Albert Vandal: „Les Arméniens et la réforme de la Turquie“. Le Correspondant 69, 1897 S. 575—595.) — Während des sonst so begeistert aufgenommenen Staatsbesuches Zar Nikolaus' II. in Frankreich vom 5. bis 9. Oktober 1896 hatten die Sozialisten, die dem Getriebe „kühl bis ans Herz hinan“ zusahen, von den politischen Konsequenzen des franco-russischen Bündnisses gewarnt und durch ihren Wortführer, den Abgeordneten zur Deputiertenkammer Jaurès erklären lassen, daß Frankreich eine klägliche Rolle in diesem Bunde spiele. Die Teilnahme Frankreichs an den Kieler Flottenmanövern sei eine von Rußland diktierte Erniedrigung der französischen Flagge vor dem deutschen Erbfeinde gewesen. In Ostasien sei Frankreich zur Sklavin der russischen Politik herabgesunken; in Armenien habe Frankreich mit verschränkten Armen zusehen müssen, wie Tausende von Christen niedergemetzelt wurden, nur um Rußlands Orientpolitik nicht zu stören. Jüngst in Kreta endlich sei Rußland es gewesen, das Frankreich ins Schlepptau genommen habe, um den gerechten Aufstand eines bedrückten Volkes im Keime zu ersticken. Der einzige Gegendienst Rußlands für diese Freundschaftsbeweise sei der gewesen, Frankreich in Ägypten im Stich zu lassen. Als Außenminister Hanotaux am 3. November 1896 in der Deputiertenkammer auf eine Anfrage hin eine Erklärung über die armenische Frage abgab, erwiderte Jaurès, diese sei ungenügend. Der wirklich Verantwortliche für die Massaker sei der Sultan unter Mitschuld von ganz Europa, besonders aber von England, Rußland und Frankreich, denn England und Rußland lassen sich von politischer Begehrlichkeit leiten, Frankreich aber überlasse Rußland die politische Leitung im Orient.

Charakter an. Der französische Katholikenführer, Comte Albert de Mun<sup>138)</sup>, suchte für seine im Parlament begonnene Aktion durch eine persönliche Audienz in Rom bei Papst Leo XIII. eine Stütze. Das französische Prestige im Orient basierte ja hauptsächlich auf dem traditionellen Protektorat, das Frankreich über die lateinische Kirche hier zustand<sup>139)</sup>. Die Radikalen übernahmen das religiöse Argument willig in ihrem Oppositionsbedürfnis, um die impulsiven Massen für sich zu gewinnen<sup>140)</sup>. Die sonst so disziplinierte französische Presse ging beinahe bis zur Meuterei. In der Deputiertenkammer wurden am 22. Februar 1897 die Angriffe gegen Hanotaux vom ersten Denker unter den Sozialisten, Millerand, und vom konservativen Denys Cochin geschickt und mit Wucht geführt.

Genau ein Jahr später, bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Äußeren in der Deputiertenkammer vom 5. bis 8. Februar 1898, erhielt innerpolitisch Hanotaux die Rechnung für seine Orientpolitik serviert. Die konservative Rechte schickte ihre besten Redner ins Feuer, so wiederum Denys Cochin, der in der armenischen Debatte am 22. Februar 1897 seinen großen oratorischen Triumph gefeiert hatte und sich nun zum Anwalt des romantischen Philhellenismus aufwarf. Er beschuldigte Hanotaux der Preisgebung Griechenlands, dieses Elementes des Fortschrittes und der Zivilisation, der Parteinahme für den Sultan und die barbarische Türkei. Hanotaux habe das Werk von 1820 verleugnet, an Stelle der humanen, desinteressierten, großherzigen Politik, welche Griechenland geschaffen, eine kleine, selbstsüchtige Interessenpolitik zu Gunsten der griechischen Gläubiger im Schlepptau der deutschen Regierung inauguriert. Frankreich hätte trotz der russischen Allianz auf seine heiligsten Traditionen, die Sache der Freiheit und des Fortschrittes verzichtet

<sup>138)</sup> J. Piou: Albert de Mun. Paris 1928. — M. Sangnier: Albert de Mun. Paris 1932.

<sup>139)</sup> Hier lag aber auch die Gefahr eines Konfliktes mit den orthodoxen russischen Tendenzen, die nur durch Takt und Zurückhaltung gebannt werden konnte und die andernfalls die Harmonie der franco-russischen Allianz ernsthaft bedrohen konnte. — Zur sogenannten „Protektoratsfrage“ vgl. Große Politik XII/2 Nr. 3357.

<sup>140)</sup> Die ersten Anzeichen einer Philhellenenströmung hatten sich bereits am 18. Februar gezeigt, als griechische Studenten, unterstützt von ihren rumänischen und serbischen Commilitonen im Quartier latin zu Demonstrationen aufforderten. 300 junge Leute zogen im Gänsemarsch zum Redaktionslokal der „Libre Parole“, die Gift und Feuer gegen die Türken speite. Die Ansammlung, die von antisemitischer Seite vorbereitet und zu Parteizwecken ausgenützt wurde, konnte allerdings rasch wieder zerstreut werden.

und die gerechte Sache Kretas preisgegeben. Unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung des europäischen Konzertes habe es die Türkei und den Sultan unterstützt, anstatt ihn wegen der armenischen Greuel zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Angriffe Denys Cochins wurden von zwei Rednern der radikalen und äußersten Linken, Goblet und Millerand, wiederholt, die, wenn auch vergeblich, den Wortlaut der französisch-russischen Allianz zu erfahren begehrten. Zwar konnte Hanotaux replizieren, daß Frankreich fortwährend seinen Einfluß zu Gunsten Griechenlands im Rahmen des europäischen Konzertes geltend gemacht habe und Griechenland seine Existenz nur der wohlwollenden Intervention verdanke, aber diese Debatte hatte keineswegs zur Festigung des Kabinettes Méline beigetragen, das am 14. Juni 1898 zurücktreten mußte<sup>141)</sup>.

Die diplomatische Situation der Großmächte hatte sich allerdings durch die Besetzung Caneas insoferne gebessert, als diese in Delegation der souveränen Macht des Sultans erfolgt war und die Mächte demnach auf einen Rechtstitel hinweisen konnten. Lord Salisbury dagegen war längst der Überzeugung, daß nichts anderes übrig bliebe, als die Türkei und Griechenland ihre Fehde ausfechten zu lassen, obwohl kein Zweifel bestand, daß nicht zur See, aber zu Land die Türkei Griechenland vernichtend schlagen werde. Und doch mußte sich Österreich-Ungarn für den Fall eines Zusammenbruches der Türkei vorsehen, denn die Möglichkeit einer isolierten Intervention Rußlands im türkischen Reiche, speziell einer Okkupation Konstantinopels, war nicht von der Hand zu weisen. Nelidow, aber noch mehr der russische Kriegsminister Wannowsky, neigten zu einem solchen Schritt bei einer Niederlage des türkischen Reiches. Dabei herrschte in Rußland die Sorge, England könne ihm darin zuvorkommen, obwohl O'Connor dem russischen Finanzminister Witte nachdrücklichst erklärt hatte, „daß man doch trotz aller Idiosynkrasie Englands Politik nicht als so unsinnig betrachten könne, durch eine isolierte Okkupation Konstantinopels einen Krieg zugleich mit Österreich-Ungarn, Rußland und Frankreich zu provozieren“<sup>142)</sup>. Österreich-Ungarn fürchtete weiters, daß auch schon dann, wenn in Konstantinopel eine Revolution ausbrach, Rußland — zum Schutze

<sup>141)</sup> Journal officiel du 6, 8 Février 1898, 23<sup>e</sup>, 24<sup>e</sup>, 25<sup>e</sup> séance. — Vgl. dazu auch H.H.St.A. Wien, PA IX Frankreich, Schuber 139 Bericht des k. u. k. Botschafters Graf Wolkenstein vom 9. Februar 1898 Nr. 9.

<sup>142)</sup> Streng vertraulicher Bericht des Prinzen Liechtenstein vom 16. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 643).

des Sultans und des ihm im Augenblick genehmen Zustandes auf dem Balkan und in der Türkei — sich zu einer isolierten Aktion hinreißen lassen werde. Warum, so mußte sich Wien fragen, standen alle russischen Truppen des Bezirkes Odessa in Bereitschaft, warum wurde dort die Einberufung zweier Jahrgänge der Reserve vorbereitet und warum waren starke Militäreinheiten vollkommen marschbereit und kriegsmäßig zu einem Expeditionskorps zusammengefaßt und Transportschiffe bereitgestellt worden? Warum wurden die Verpflegsanstalten im Kiewer Militärbezirk auf Kriegsbereitschaft inspiziert und die Rekruten beschleunigt ausgebildet? Warum wurden täglich größere Partien Gewehre mit Post- und Passagierzügen von Petersburg und Moskau nach Odessa gebracht? Großfürst Nikolaus Michailowitsch sprach gegenüber dem k. u. k. Botschafter Prinz Liechtenstein von einem „Okkupationskorps für den Bosphorus“, bestimmt für eine „eventuell notwendig werdende Intervention der Großmächte in der Türkei“<sup>143</sup>). Schrieb nicht auch die „Nowoje Wremja“, der unter allen russischen Zeitungen weitaus die größte Bedeutung zukam, in einem „Rußland und Europa“ betitelten Artikel, daß die Okkupation des Bosphorus durch Rußland im Einvernehmen mit der Türkei die günstigste Lösung der orientalischen Frage wäre. Wußte nicht der k. u. k. Militär-Bevollmächtigte Generalmajor Eduard Klepsch aus Petersburg zu berichten, daß sich die höchsten Militärstellen Rußlands mit der Besetzung des Bosphorus beschäftigten und bei dieser Gelegenheit der russische Generalstabschef Obrucheff die Meinung vertreten habe, Rußland könnte sich eventuell mit der Besetzung des Bosphorus begnügen; ihm jedoch entgegengetreten und die Ansicht verfochten worden sei, daß Rußland nicht allein den Bosphorus, sondern auch die Dardanellen beherrschen müsse<sup>144</sup>). Mußte da Graf Gołuchowski nicht trachten, mit Rußland unter allen Umständen zu einer Vereinbarung zu kommen und schon jetzt gegenüber dem russischen Botschafter in Wien die Notwendigkeit einer gemeinsamen Besetzung Konstantinopels durch die

<sup>143</sup>) Bericht des Prinzen Liechtenstein vom 16. und 24. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 643v und Schubert 282 f. 1115v—1117). — Schon Tage zuvor (10. Februar) hatte Prinz Liechtenstein berichtet, daß in Sebastopol und Odessa die 13. und 14. Infanterie-Truppen-Division, eine Schützenbrigade und technische Truppen zur eventuellen Einschiffung bestimmt seien. Das Okkupationskorps sollte 40 000 aktive Mann und 30 000 Reservisten umfassen. (Ebda. PA X Rußland, Schubert 108 Bericht vom 10. Februar 1897 Nr. 5 A—D.)

<sup>144</sup>) H.H.St.A. Wien, PA X Rußland, Schubert 108 Bericht vom 21./9. Februar 1897.

europäischen Mächte im Falle einer Katastrophe in der türkischen Residenz gesprächsweise betonen, zumal ja auch Rußland zu einem Einvernehmen bereit schien. Als Fürst Radolin um den 22. Februar nach dem Grund der Zusammenziehung schlagfertiger Truppen in Odessa und Sebastopol forschte, antwortete Graf Murawiew, es sei natürlich, daß man sich vorsehe, wenn es in des Nachbarn Haus brenne. Am 24. Februar berührte Prinz Liechtenstein in seinem Bericht an Graf Gołuchowski neuerdings „streng vertraulich“ die Frage einer isolierten Besetzung Konstantinopels durch Rußland. Er war überzeugt, daß bei der Friedensliebe des Zaren Nikolaus und der höchsten Kreise, Rußland Konstantinopel „bestimmt dann nicht isoliert“ besetzen würde, „wenn es bestimmt aus autorisiertem Munde erführe, daß jede isolierte Okkupation, sei's durch England, sei's durch Rußland, einen casus belli gegen die okkupierende Macht für Osterreich-Ungarn und Deutschland bilden würde“. Allerdings — diese Erklärung war nicht zu erreichen, denn während der englische Botschafter in St. Petersburg ganz allgemein zu verstehen gab und davon sprach, daß die englische Regierung nicht bereit wäre, eine isolierte Okkupation Konstantinopels durch die Russen zuzugeben, wurde durch die Sprache der deutschen Presse und der deutschen Botschaft in St. Petersburg dort der Glaube verbreitet, daß Deutschland keinen Einspruch erhebe und daher auch die k. u. k. Regierung eine derartige Aktion Rußlands werde dulden müssen.

## X.

In England stieß der Vorschlag Kaiser Wilhelms II. auf kühle Ablehnung. Während Graf Gołuchowski nach außen trotz aller inneren Vorbehalte den Schein völliger Übereinstimmung wahrte, erhob England am 17. Februar eine neue Forderung. Schon im Jänner 1896 hatte Lord Salisbury, als Osterreich-Ungarn den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, den orientalischen Dreibund vom November 1887 zu einem Bündnis zum Schutze der Türkei unter genauer Festlegung der Pflichten der Partner umzuwandeln, aus innerpolitischen Gründen und unter besonderem Hinweis auf die Christen-Massaker in der Türkei abgelehnt<sup>145)</sup>. Nun — ein Jahr später, war aus dem gleichen Grunde Lord Salisbury in seinem eigenen Kabinett

<sup>145)</sup> Brit. Doc. VIII, Nr. 1 f. — Große Politik XI Nr. 2659 und 2663. — Vgl. dazu auch L. Israël: England und der Orientalische Dreibund. Eine Studie zur europäischen Außenpolitik, 1887—1896. Stuttgart 1937.

mit seiner Kreta-Politik auf Widerspruch gestoßen. Er wurde im Ministerrat versichert, er müsse sich die Garantie verschaffen, daß Kreta nicht mehr unter die türkische Verwaltung käme, da sich sonst fünfzig Prozent des House of Commons gegen eine Unterstützung seiner Politik im Orient erklären würden. Zwar — da die Angst vorherrschte, die Einmütigkeit der Mächte könne in Brüche gehen und daraus ein europäischer Krieg entstehen, und da England in der armenischen Frage in eine so gefährliche Sackgasse geraten war<sup>146</sup>), daß niemand Lust hatte, wieder in eine solche hineinzugelangen — war es zu einem Umschwung der öffentlichen Meinung gekommen. So stimmten die tonangebende Presse und die Öffentlichkeit, trotz der bei den Liberalen und bei den Konservativen vorhandenen lebhaften griechischen Sympathien, der Haltung des englischen Kabinetts rückhaltlos zu. Gleichwohl fehlte es von allem Anfang an nicht an einzelnen warnenden Stimmen, die Lord Salisbury zuriefen, daß in der öffentlichen Meinung sofort ein neuer Umschwung eintreten würde, wenn er aus Rücksicht auf die Erhaltung des Akkords der Mächte gegen Griechenland zu weit ginge<sup>147</sup>). Während sich in diesem Sinne der „Observer“ und der „Spectator“ aussprachen, unterzog die liberale „Daily News“ das Vorgehen der Regierung einer schärferen Kritik, griff der „Daily Chronicle“ am 16. Februar Lord Salisbury mit großer Heftigkeit an. Dieser hatte sich offensichtlich

---

<sup>146</sup>) H. Krausnick: Holstein, Österreich-Ungarn und die Meerengenfrage im Herbst 1895. Persönliches Regiment oder Regierungspolitik. In: Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung. Berlin 1958 S. 485—520, hier 488 f.

<sup>147</sup>) Bei der Instruktionerteilung an den Kommandanten der englischen Kriegsschiffe war Lord Salisbury wohl nur durch ein Mißverständnis seinerseits weitergegangen als von ihm verlangt worden war. Da aber seine Instruktionen in Paris und Petersburg großen Anklang fanden, so konnte er sie nicht wieder einschränken. Salisbury aber hatte sich sogleich zum k. u. k. Botschafter geäußert, daß er kein Verlangen nach einer neuen Auflage der Schlacht von Navarin habe. Der Gedanke, welchen Eindruck in England die Versenkung eines griechischen Torpedobootes hervorrufen würde, erfülle ihn mit einigem Unbehagen. Um aber die Wandlung seiner Haltung gegenüber dem Sommer 1896 und der damals von Goluchowski vorgeschlagenen Blockade zu rechtfertigen, verwies er in spontaner Weise auf die veränderte Situation hin, die nach seiner Ansicht dadurch gegeben war, daß sich nunmehr die Türken keiner Greuelthaten schuldig gemacht und die Handlungen der türkischen Truppen zu keiner Klage Anlaß gegeben hätten. In diesem Sinne lautete auch die Erklärung des britischen Parlaments-Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Lord George Curzon, die er in Beantwortung einer Interpellation im Unterhaus abgab. Aber solche Rücksichten haben wohl kaum das Vorgehen Lord Salisburys beeinflusst.

der Täuschung hingegeben, daß die griechische Regierung durch ernste Vorstellungen zu einer Umkehr zu bewegen sein müßte und der Erfolg der Demarchen sich zeigen würde, ehe die öffentliche Meinung sich beunruhigt fühlte. Durch die warnenden Stimmen sah sich Lord Salisbury genötigt, die Folgen zu überlegen, die sich aus der Annahme der Vorschläge des deutschen Kaisers ergeben konnten. Wenn er mittat und die Annexion dieser Insel durch Griechenland mitverhinderte, so mußte er dem englischen Volk zuvor die Sicherheit geben, daß die Christen auf Kreta nicht wieder der türkischen Herrschaft unterworfen würden. Am 16. Februar hatte Lord Salisbury — er war den ganzen Tag nicht ins Auswärtige Amt gekommen, um die ausländischen Vertreter nicht empfangen zu müssen — am Abend eine Audienz bei Königin Viktoria<sup>148)</sup>. Am Tage hernach erklärte er mit vielen höflichen Wendungen dem deutschen Botschafter, daß es ihm vorerst unmöglich sei, sich auf die von Kaiser Wilhelm II. vorgeschlagene Aktion einzulassen, da er bei einem derartigen Vorgehen nicht auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung zählen könnte. Die griechische Regierung zuerst zur Nachgiebigkeit zu zwingen, um dann Kreta wieder dem türkischen Joche zu überliefern, würde in England einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Seiner Ansicht nach müßten die Mächte sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß Kreta, ohne Lostrennung vom türkischen Reich, die Stellung einer privilegierten Provinz (*province privilégiée*) eingeräumt werde. Nur wenn sich die Mächte vorher über eine solche Lösung einigen könnten, wäre es ihm möglich, sich energischen Maßnahmen gegen Griechenland anzuschließen. Dem k. u. k. Botschafter Grafen Deym gegenüber äußerte sich Lord Salisbury, daß die von Kaiser Wilhelm II. vorgeschlagenen Maßnahmen ihm „*prématurées*“ erschienen. Rußlands Auffassung sei ihm noch unbekannt. Österreich-Ungarn, Frankreich und, allerdings nicht ohne gewisse Bedenken, auch Italien<sup>149)</sup> hätten sich mit des Kaisers Vor-

<sup>148)</sup> In seinem vertraulichen Bericht an den Grafen Goluchowski vom 18. Februar beklagte sich Graf Deym, „daß es nicht leicht sei, von Lord Salisbury eine etwas ausführlichere Mitteilung zu erlangen, wobei er sehr gern Unsicherheit seines Gedächtnisses vorschützt.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 774.)

<sup>149)</sup> In Italien wurde die öffentliche Meinung stark zugunsten Griechenlands bearbeitet. Ein Korrektivakt gegen Athen war höchst unpopulär. Noch am 18. Februar teilte der italienische Außenminister dem k. u. k. Botschafter Baron Pasetti mit, daß hinsichtlich der Vorschläge Kaiser Wilhelms noch kein Beschluß von Seite Italiens gefaßt sei. Dieses wartete mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung die Antwort der übrigen Kabinette ab.

schlagen einverstanden erklärt. Er aber könne keinesfalls auf diese eingehen, ehe nicht festgelegt sei, daß Kreta nach Herstellung der Ruhe und Ordnung eine selbständige Stellung nach dem Muster der Autonomie von Samos erhalte, mit einem christlichen Vali „point de prince et non pas nécessairement turc“, welchen, weil die Einstimmigkeit aller Mächte erfahrungsgemäß zuweilen schwer zu erzielen sei, etwa Österreich-Ungarn und Rußland gemeinschaftlich, nicht aber alle Mächte zusammen zu designieren hätten. Weiters forderte Lord Salisbury — der über Einzelheiten seines Projektes sich selbst noch nicht im klaren war, weshalb die von ihm gegenüber dem deutschen Botschafter gemachten Andeutungen nicht vollkommen mit jenen gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter übereinstimmten —, daß Kreta an die Türkei nur einen Tribut zu zahlen hätte. Erst nach Einigung der Mächte in diesem Sinne würde er keine Bedenken tragen, den griechischen Annexionsversuchen mit den anderen Mächten entgegenzutreten. Er könne zwar ohne Kabinettsbeschluß keine Verpflichtung eingehen, allein, er glaube, die Zustimmung des englischen Kabinetts zu einer eventuellen Blockade des Piräus unter den erwähnten Voraussetzungen mit Sicherheit in Aussicht stellen zu können. Als daraufhin Graf Deym an Lord Salisbury die Frage richtete, ob er sich der Einsicht verschließe, daß eine solche Lösung der kretensischen Frage sich auf Mazedonien schädlich auswirken müsse und dieses durch das Beispiel Kretas zum Aufstand aufgemuntert würde, entgegnete Lord Salisbury, daß die Türkei stark genug sei, um einen Aufstand in Mazedonien zu unterdrücken. Am 18. Februar vertraten die Leitartikel der „Times“ und des „Standard“ bereits die nunmehrige Ansicht Lord Salisburys, die in der Öffentlichkeit mit großer Befriedigung aufgenommen wurde<sup>150</sup>). Am 20. Februar brachte der „Daily News“ einen Leitartikel, der den

---

<sup>150</sup>) Lord Kimberley richtete an den Liverpooler Reform Club ein Telegramm, in welchem er es für ganz ausgeschlossen hielt, daß England sich einer Aktion gegen Griechenland ohne entsprechende Garantien für Kreta anschließen könnte. So berichteten die englischen Zeitungen unter dem Titel: Views of Sir W. Harcourt and Lord Kimberley. „In reply to a resolution passed at the annual meeting of the Liverpool Reform Club, and forwarded to Sir William Harcourt and Lord Kimberley, the following replies were telegraphed last night by the Liberal leaders: 'I earnestly trust that her Majesty's Government will be no party to any arrangement, or permit the employment of the forces of the Crown, in order to prevent the liberation of the people of Crete from the Turkish yoke. Any such proceeding would in my judgement be universally repudiated and condemned by the nation. — Harcourt.' 'I should deeply regret that her Majesty's Government

Meinungsumschwung der liberalen Partei Englands ankündete, die, obwohl sie bisher eine Annexion Kretas durch Griechenland warm befürwortet hatte, die Politik Lord Salisburys auf der Basis der Zusicherung einer autonomen Verwaltung für die Insel zu unterstützen bereit schien<sup>151</sup>).

Die ablehnende Haltung Lord Salisburys gegenüber den Vorschlägen Kaiser Wilhelms II. verstärkten im Berliner Auswärtigen Amt die Meinung, daß — im Gegensatz zu Rußland, dessen Haltung als korrekt angesehen wurde<sup>152</sup>) — England die griechische Aktion begünstige<sup>153</sup>). So besuchte am 17. Februar Kaiser Wilhelm II. neuerdings den österreichisch-ungarischen Botschafter, um diesem zu erzählen, daß Belgrad die Offiziere der serbischen Reserve zu einer dreißigtägigen Übung einberufen habe und daß trotz der beruhigenden Erklärung des Königs dem dortigen k. u. k. Gesandten gegenüber eine Mobilisierung vorbereitet werde. Der deutsche Gesandte habe gemeldet, daß einer der bekannten Brüder Iwanow in Belgrad aufgetaucht sei, mit sehr viel Geld, wahrscheinlich aus englischer und griechischer Quelle<sup>154</sup>). Iwanow habe den Auftrag, nach Sofia weiter-

---

should be a party to any arrangement for replacing Crete under Turkish rule, or that the British forces should be used for that purpose. Any such proceedings would, I am confident, be reprobated by the people of this country. — Kimberley, Lowndessquare."

<sup>151</sup>) Vgl. Anhang 6.

<sup>152</sup>) Am 17. Februar wurde ein Telegramm der Zarin-Witwe publiziert, dessen Authentizität übrigens vorerst noch nicht feststand. Nach Bericht Szögyénys äußerte ihm gegenüber Kaiser Wilhelm: „Das offizielle Rußland sei hingegen bisher sehr korrekt, ein Verdacht nach dieser Seite hin kaum begründet.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 281 f. 668v.)

<sup>153</sup>) Äußerung Kaiser Wilhelms und dann auch des Fürsten Hohenlohe gegenüber Szögyény am 17. Februar 1897. (Ebda. f. 670.)

<sup>154</sup>) Tatsächlich stand beispielsweise die Byron Society in London in regstem Verkehr nicht nur mit den geheimen nationalen Gesellschaften in Griechenland, sondern auch mit der griechischen Regierung, mit jener Bulgariens und Serbiens, doch war ihr Versuch, ein Einvernehmen zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland herzustellen, vollkommen mißglückt. Entgegen dem Bericht der „Neuen Freien Presse“ vom 12. Februar 1897 ließ die englische Regierung in Wahrheit der Byron Society, die mit dem Herzog von Westminster, den Abgeordneten Stevenson, mit Bryce, Herbert Gladstone und dem Bischof von Aberdeen liiert war, keine Unterstützung zukommen. Der serbische Gesandte in London, Mijatović, welcher der Byron Society als Vermittler bei ihrem serbisch-bulgarisch-griechischen Verständigungsversuch gedient hatte, betonte gegenüber Graf Deym, daß Lord Salisbury ihr jede Hoffnung nahm, daß ihr Wunsch nach Vereinigung Kretas mit Griechenland in Erfüllung gehe.

zureisen, um einen gleichzeitigen Einfall der Serben und Bulgaren nach Mazedonien vorzubereiten. Kaiser Wilhelm, von diesen Nachrichten sehr beeindruckt, versprach sich wiederum einen Erfolg nur von einer Blockade der griechischen Häfen durch Kriegsschiffe aller Mächte. Lord Salisbury aber habe sich nach vertraulicher Information aus London kürzlich erst geäußert, daß die Union Kretas mit Griechenland kaum aufzuhalten sein werde. Durch „die sodann voraussehbaren Verwicklungen aber würde Österreich-Ungarn, nach dieser angeblichen Äußerung des englischen Premiers, sich genötigt sehen, bis Saloniki vorzudringen“. Falls diese Sprache Lord Salisburys sich bewahrheiten sollte, betonte Kaiser Wilhelm, müßte er hierin „einen neuen Beweis der absoluten Unverläßlichkeit der englischen Politik erblicken“<sup>155</sup>). Am gleichen Tage erließ Berlin an die deutschen Botschafter eine telegraphische Zirkularanweisung: Angesichts der griechischen Proklamation der Besitznahme Kretas seien die bisherigen Maßnahmen der Mächte nicht mehr genügend. Es werde deshalb den Kabinetten vorgeschlagen, der Kriegsgefahr in deren Herd selbst entgegenzutreten und durch Blockierung der griechischen Häfen Griechenland zum Rückzug zu zwingen. Als *conditio sine qua non* der Teilnahme Deutschlands an der Aktion forderte Kaiser Wilhelm den ferneren Verbleib Kretas im türkischen Staatsverband<sup>156</sup>).

Aber nicht nur Lord Salisbury, auch Graf Murawiew war gegen die Vorschläge Kaiser Wilhelms II. und zwar nicht zuletzt aus Rücksicht auf Frankreich, den Partner Rußlands. Die französische Regierung konnte, ganz abgesehen von der durch die unglückliche Publikation des Gelbbuches, durch Presse und zahlreiche Meetings geförderten philhellenischen Strömung den Vorschlag Kaiser Wilhelms, den Piräus zu blockieren, einfach schon deshalb nicht annehmen, weil er vom Kaiser des gehaßten Deutschlands kam. Ließ sich das Pariser Kabinett zu einer Zustimmung herbei, dann mußte es mit seinem Sturze rechnen. Ein Sturz des französischen Kabinettes hätte das Ende der Ministerschaft Hanotaux bedeutet, dessen Sturz wie-

---

<sup>155</sup>) Telegraphischer Bericht von Szögyény vom 17. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 669).

<sup>156</sup>) „Wenn die dem Sir F. Lascelles erteilte Antwort tatsächlich so scharf lautete, so muß ich befürchten, daß die Gefahr sehr nahe ist, daß die Einmütigkeit der Mächte in die Brüche geht.“ Vertrauliches Schreiben des Grafen Deym an Graf Gołuchowski vom 19. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 849.)

derum die französisch-russische Entente gefährden konnte<sup>157</sup>). Um dies zu verhindern und die wankende Einheit der Großmächte aufrecht zu erhalten, wollte Graf Murawiew alle Energie ausschließlich auf Kreta konzentriert wissen. Dabei war er vorerst über die Besetzung Caneas als ersten Erfolg der festgehaltenen Einheit der Großmächte befriedigt und wollte die Entscheidung, was zu geschehen habe, wenn die griechischen Truppen trotz Aufforderung die Insel nicht verlassen würden, den Kommandanten vor Kreta überlassen. Den Vorschlag einer Blockade des Piräus zu diskutieren, hielt er nicht für notwendig<sup>158</sup>), da er seit dem 16. Februar angeblich

<sup>157</sup>) In Athen standen sich die russische und die französische Vertretung mit wachsender Spannung gegenüber. In aller Deutlichkeit sprachen sie sich „über die stark abnehmende Sympathie der beiden Nationen zueinander aus — deren eine die andere bloß zur finanziellen Ausbeutung mißbrauchte, ohne ihre Politik zu unterstützen, was Rußland kürzlich erst bei der Finanzfrage in Konstantinopel deutlich bewiesen habe.“ Der russische Botschafter griff in jede von Frankreich angeregte D  marche mildernd ein, sofern er sich ihr nicht überhaupt entzog. (Bericht des Grafen Széchényi vom 22. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 999.)

<sup>158</sup>) Das Gespräch zwischen Kaiser Wilhelm und dem russischen Botschafter Osten-Sacken wurde zudem so hingestellt, daß der Kaiser nur seine Ideen, nicht aber formelle, eine Antwort erheischende Vorschläge ausgesprochen habe. Auch der französische Botschafter, Marquis de Noailles, wollte wie Osten-Sacken im Gegensatz zu Szögyény und seinem englischen Kollegen Sir Frank Cavendish Lascelles den Vorschlag Kaiser Wilhelms II. nur als Anregung verstanden wissen. Nach einem telegraphischen Bericht des Fürsten Radolin nach Berlin bezeichnete Murawiew diesem gegenüber, „sogar die Auffassung des Grafen Go  uchowski und des Herrn von Szögyény, es liege ein direkter Vorschlag der deutschen Regierung vor, als unangebracht und ihren Charakteren entsprechend als übereifrig“. (Gr. Politik XII/2 Nr. 3165 S. 342.) Dazu berichtete am 21. Februar Prinz Liechtenstein nach Wien: „Radolin gegenüber wurde zwar der Standpunkt festgehalten, daß es sich um eine Anregung, nicht um einen förmlichen Vorschlag handle, denn die Note sei von Marschall unterschrieben und derselbe spreche darin von seiner und nicht der deutschen Regierung Auffassung, mir gegenüber räumte aber Murawiew heute ein, daß Szögyény und Lascelles den deutschen Kaiser richtig aufgefaßt hätten.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 951v.) Die russische Regierung hatte an den Grafen Osten-Sacken telegraphiert: „Man hat uns offiziell keine Mitteilung gemacht von dem Vorschlag Kaiser Wilhelms, die Blockierung Griechenlands betreffend. Die Gegenwart der bewaffneten griechischen Armee auf der Insel Kreta und die Erklärung, die vom Kommandanten der Truppen im Namen des Königs Georg gemacht wurde, können sicherlich als ein Angriff auf die Integrität der Türkei angesehen werden und die Großmächte sollten solche Tatsachen nicht dulden. Wenn die Mächte sich auf den Vorschlag des deutschen Kaisers hin zu einem energischen Vorgehen der Flotten entschließen, werden wir uns sicherlich aktiv daran beteiligen.“

Beweise dafür hatte, daß König Georg die Annexion der Insel Kreta, im Falle diese eine autonome Stellung erhalte, nicht oder nicht mehr wünsche<sup>159)</sup>, und nur das Ende der Unruhen auf Kreta, sowie das Aufhören des Zuzuges von Flüchtlingen als eines revolutionären Elementes verlange. An eine Bedrohung der Dynastie glaube er nicht mehr. Eine Annexion Kretas durch Griechenland lehnte Murawiew, damit nicht ein unheilvoller Präzedenzfall geschaffen werde, weiterhin unbedingt ab<sup>160)</sup>. Um aber den Balkanstaaten jede Hoffnung zu nehmen, die Krise werde auch für sie einen territorialen Zuwachs bringen, beauftragte er den russischen Gesandten in Belgrad, sehr ernste Mahnungen an die serbische Regierung zu richten, in keiner Weise einen Aufstand in Mazedonien zu fördern oder die Bildung von Freischarverbänden zuzulassen, Ratschläge, welche die serbische Regierung schwankend machten, da sie sah, daß ihr allenfalls mächtigster Bundesgenosse nicht gesonnen war, ihre Wünsche zu unterstützen.

Am 19. Februar übergab Graf von Osten-Sacken in Berlin auf den Blockadevorschlag Deutschlands die Antwort Rußlands, das sich bereit erklärte, der Proposition Kaiser Wilhelms entsprechend „de prendre part à une action énergique des escadres, si les Puissances s'y décident d'un commun accord“.

Auf den Vorschlag Lord Salisburys, vorerst das künftige Schicksal Kretas einvernehmlich zu regeln, ging nun wiederum Gólu-chowski<sup>161)</sup>, nicht aber Berlin und St. Petersburg ein. Das deutsche Auswärtige Amt erklärte sich zwar bereit, mit den Mächten darüber zu diskutieren, aber erst nach Beendigung der griechischen Aktion. Solange Athen fortfahre, die ernsten Ratschläge der Mächte, sowie das Völkerrecht in flagranter Weise zu mißachten, sei es unmöglich, sich mit der Lösung der kretensischen Frage zu beschäftigen, ohne

---

<sup>159)</sup> Dagegen teilte am 20. Februar der englische Gesandte in Athen dem Grafen Széchényi streng vertraulich mit, „daß der König entschlossen ist, d'aller jusqu'au bout en Crète, daß Oberst Vassos Befehl erhalten hat, jeden Zusammenstoß zu vermeiden und das Feuer nicht zu erwidern, falls auf die griechischen Truppen geschossen würde, sich gegen die force majeure in die Berge zurückziehen et de s'y maintenir, um somit den Zustand der Okkupation aufrecht zu erhalten.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert f. 902.)

<sup>160)</sup> Am 17. Februar 1897 sagte Murawiew zum Prinzen Liechtenstein, er habe „das Versprechen der Türkei, daß die an der griechischen Grenze zusammengezogenen Truppen dieselbe nicht überschreiten werden.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 689.)

<sup>161)</sup> Weisung an den Grafen Deym vom 20. Februar 1897. (Ebda. f. 925.)

ein bedenkliches Präzedenz zu schaffen. Die Blockade aber hätte die deutsche Regierung vor allem angestrebt, um der militärischen Aktion Griechenlands rasch ein Ende zu bereiten<sup>162)</sup> und eine Lage zu schaffen, welche eine ruhige Diskussion über das Schicksal Kretas ermöglichte. Trotz der ablehnenden Haltung Englands hielt so Berlin an der Notwendigkeit eines energischen Vorgehens gegen Griechenland fest, war jedoch entschlossen, vorerst die Antwort der übrigen Kabinette abzuwarten. Aber gerade die Raschheit des Eingreifens und die Bewahrung der europäischen Entente vor jedem störenden Mißton waren die unerläßlichen Bedingungen eines Erfolges bei einer Aktion der Mächte, denn es war ganz offensichtlich das Bestreben der Griechen, durch ihre eigene Raschheit den Regierungen zuvorzukommen und eine Situation zu schaffen, welche ihr Zusammenwirken auf die härtesten Proben zu stellen geeignet war. Den Fortbestand der europäischen Entente dokumentierten nach außen ohnehin nur mehr die täglichen Reunionen der Botschafter in Konstantinopel, die versuchten, zu einer Beschleunigung der Beschlüsse der Regierungen beizutragen. An dem Einvernehmen der Botschafter hatten die Bemühungen der Pforte, Zwietracht unter den Mächten zu säen, ein mächtiges Hindernis gefunden, nun, für den Augenblick war das gute Einvernehmen der Botschafter für sie von großem und auch anerkanntem Nutzen.

Jedoch auch Rußland sprach sich gegen die Vorschläge Lord Salisburys aus. Graf Murawiew ließ London wissen, daß er nichts dagegen habe, mit den Kabinetten über günstigere Existenzbedingungen für Kreta zu verhandeln, sobald die Insel befriedet sein werde. Solange aber die griechischen Streitkräfte und Kriegsschiffe von Kreta noch nicht entfernt seien, müsse man „*appliquer en vue du maintien de l'autorité des Puissances à Constantinople ainsi que sur le terrain brûlant de la presqu'île balcanique des mesures immédiates les plus énergiques*“<sup>163)</sup>. Gleichzeitig ließ Graf Murawiew dem österreichisch-ungarischen Außenminister „versichern, welchen Wert er darauf lege, in engstem Einvernehmen mit dem Wiener

<sup>162)</sup> Nach Ansicht Baron Marschalls war erforderlich, „daß die ganze militärische Aktion Griechenlands coupiert werde und zu diesem Zwecke seitens der Schiffskommandanten in den cretensischen Gewässern jedwede weitere Zufuhr von Truppen, Kriegsbedarf und Lebensmitteln den Griechen — wenn nötig durch Anwendung von Waffengewalt — unmöglich gemacht werde“. (Meldung des Botschafters von Szögyény vom 20. Februar 1897. H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 906.)

<sup>163)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 904.

Cabinet zu bleiben. Die Ziele der k. u. k. und der russischen Politik seien dieselben, die Gefahren, die das Frühjahr am Balkan zu zeitigen drohe“, für Österreich „dieselben wie für Rußland. Er würde für jede von Wien kommende Anregung dankbar sein“<sup>164</sup>). Hier einzuhacken, war für den k. u. k. Außenminister das Gebot der Stunde, zumal König Georg von Griechenland die vertrauliche Äußerung gegenüber dem russischen Gesandten in Athen hinsichtlich eines Verzichtes auf eine Okkupation der Insel in aller Form widerrief. Diese Äußerung hatte in den diplomatischen Kreisen so sehr die Runde gemacht, daß König Georg befürchtete, ihr Bekanntwerden würde ihn in eine sehr kritische Lage bringen. In einer Aussprache am 20. Februar, deren Ton überaus scharf war, erklärte der König dem russischen Gesandten, Graf Murawiew müsse sich geirrt haben. Von einem Verzicht auf die Annexion Kretas habe er nie gesprochen, er habe vielmehr betont, daß er sich seit Jahren bei den fremden Höfen bemühe, um etwas für die griechischen Wünsche zu erreichen und daß er seit Jahren geduldig auf die Beschlüsse Europas warte, weil er den Frieden nicht stören wollte. In den seit dem 12. Mai 1896 verflissenen Monaten hätten die Großmächte nur die Einführung der Gendarmerie zustande gebracht, die jedoch nicht dem Zwecke entspreche. Jede Geduld, auch die seine, habe ihre Grenzen, er erwarte nichts mehr von den Großmächten und habe beschlossen, Kreta zu annektieren. Dieser sein Entschluß, der unerschütterlich sei und von dem er kein Haarbreit weichen werde, würde die Großmächte vielleicht zu Maßregeln gegen ihn veranlassen. Er aber habe die Hellenen hinter sich und das sei ihm die Hauptsache. Die griechische Armee werde Kreta nicht verlassen und habe entsprechende Ordre erhalten. Diese Worte des Königs wurden nicht nur vom russischen Geschäftsträger über Wunsch des Königs den übrigen diplomatischen Vertretern mitgeteilt, sondern auch über Wunsch des Hofes in sämtlichen Blättern Athens wie ein Manifest des Königs dem Volke mitgeteilt<sup>165</sup>), das ihm dafür begeisterte Ovationen darbrachte<sup>166</sup>).

<sup>164</sup>) Prinz Liechtenstein bemerkte in seinem Bericht vom 21. Februar 1897 dazu: „Obwohl ich die Friedensliebe des Kaisers und der höchsten Kreise hierzulande oft betont habe, glaube ich die oben erwähnten Beteuerungen auch auf die Hilflosigkeit Murawiew's, der entschieden kein Lobanow ist, zurückführen zu sollen.“

<sup>165</sup>) Übersetzung aus dem „Asty“ vom 21. Februar 1897 vgl. Anhang 7. Publiziert auch in der Wiener Tageszeitung „Neue Freie Presse“ vom 28. Februar 1897.

<sup>166</sup>) Die griechische „Nation“ beabsichtigte, den König bei dieser Ovation zu bitten, der Dolmetsch ihres Dankes bei den Völkern von England, Frankreich und

Inzwischen hatte Rußland neuerdings die griechische Regierung aufgefordert, ihre Truppen von Kreta zurückzuziehen. Doch antwortete am 21. Februar der griechische Geschäftsträger offiziell im Auftrage seiner Regierung, daß Griechenland die Annexion aufrecht erhalte. Als Graf Murawiew auf das Unsinnige der griechischen Politik aufmerksam machte, bemerkte der griechische Geschäftsträger, Griechenland würde sich dem ausdrücklichen Willen Europas fügen. Auf des Grafen Murawiews Antwort, dieser Wille sei doch oft und klar genug ausgesprochen worden<sup>167</sup>), lächelte jener nur, wohl deshalb, weil Griechenland nach wie vor an der Einigkeit der Großmächte zweifelte. Mit ihrer Uneinigkeit fest rechnend, blockierten die griechischen Kriegsschiffe ohne Hemmungen die Küste Kretas für die türkischen Schiffe und durchsuchten alle Schiffe unter türkischer Flagge, weshalb die Pforte in einer Zirkularnote die Mächte bat, wirksame Mittel zu ergreifen. Sie stützte sich dabei auf einen Beschluß der Botschafter in Konstantinopel, die telegraphisch bei ihren Regierungen angeregt hatten, den Schiffskommandanten den Befehl zu erteilen, Feindseligkeiten griechischer Schiffe zu unterbinden und die freie Entfaltung türkischer Schiffe zu sichern. Der türkische Botschafter in Wien wurde gleichzeitig angewiesen, die Sendung der Befehle an den k. u. k. Schiffskommandanten zu beschleunigen<sup>168</sup>).

---

Italien zu sein für deren wohlwollende Haltung, doch hatten die letzten in Athen publizierten Nachrichten offenbar abkühlend gewirkt, weshalb die Demonstration „dem nationalen König“ allein galt.

<sup>167</sup>) Am 21. Februar wußte Prinz Liechtenstein aus St. Petersburg zu berichten, daß der Kaiser von Rußland auf ein um Hilfe flehendes Telegramm der Königin Olga geantwortet habe, „Seine verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gefühle seien unverändert, Er könne aber das Wohl Rußlands nicht Familienrücksichten unterordnen“. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 958.) Über diese Stellungnahme führte nun wieder König Christian von Dänemark bittere Klage. Die Sache seines Sohnes Georg von Griechenland fände bei dem so nahe verwandten russischen Hofe keine Unterstützung, obwohl Georgs Sohn dem Zaren einst das Leben gerettet hätte. In Dänemark selbst gehörten die Sympathien des Volkes dem griechischen König, zumal dieser als Prinz in seiner dänischen Heimat sehr beliebt gewesen war. Der dänische Minister des Äußeren, Baron Reedtz-Thott, der die Besetzung Kretas durch die Griechen einen „Akt der Humanität“ nannte, äußerte sich schon zu dieser Zeit, daß die Großmächte nach Herstellung der Ordnung auf Kreta „den nationalen Aspirationen der dort lebenden Griechen Rechnung tragen und eine Vereinigung mit ihrem Stammlande schließlich zugeben würden“. (Bericht des k. u. k. Gesandten in Kopenhagen, Freiherrn von Hammerstein, vom 25. Februar 1897. — H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 1176—1179.)

<sup>168</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 281 f. 693.

Auf diesen Schritt der Botschafter und der türkischen Regierung hin erhielt am 18. Februar der russische Admiral vor Kreta die Instruktion, sich mit den anderen Chefkommandanten über jene Maßnahmen zu verständigen, durch welche die griechischen Kriegsschiffe verhindert würden, die Bewegung der türkischen Truppen zu unterbinden. Außerdem erhielt er den Befehl zur einvernehmlichen Landung von Matrosen-Detachements in Candia, Kissana, Sitia und Selino, was angesichts der Lage eigentlich fast schon zu spät war<sup>169)</sup>.

Im Inneren der Insel tobte der Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken, die Städte, aus denen die Christen geflüchtet waren, standen zum Teil öde und leer. Kreta, das einem Trümmerhaufen glich, bot ein trauriges Bild. In Rethymo war den Christen von den Mohammedanern zwar endlich die Abfahrt nach Griechenland gestattet worden, doch begannen dafür am 15. Februar Plünderungen in solchem Ausmaße, daß selbst die mohammedanischen Notabeln die Landung europäischer Truppen anstrebten. In Candia sah der Mutessarif der systematischen Plünderung griechischer Häuser und Magazine durch 30 000 bewaffnete mohammedanische Flüchtlinge aus dem Inneren der Insel rat- und tatlos zu. Dafür standen die mohammedanischen Ortschaften im Inneren des Landes in Flammen. Bei der Vernichtung türkischer Ortschaften wurden selbst Frauen und Kinder verwundet. Hunderte Türken kamen bei einem Massaker im Distrikt Selino ums Leben<sup>170)</sup>. Die christliche Bevölkerung der Insel war nur mehr vom Wunsche nach Vereinigung mit Griechenland beseelt. Die Mohammedaner Candias dagegen gaben, obwohl eine geschickte Propaganda in Thessalien die unter griechischer Herrschaft lebenden Mohammedaner veranlaßte, ihren Glaubensgenossen auf Kreta ihre Zufriedenheit mit den griechischen Gesetzen in Manifesten zu bekunden, gegenüber den Konsuln die feierliche Erklärung ab, daß sie bereit seien, jeder von den Großmächten beschlossenen Lösung der Kretensischen Frage, selbst einer Lostrennung vom

---

<sup>169)</sup> Bezeichnender Weise erhielt der italienische Vizeadmiral die Weisung aus Rom, an der eventuellen Aktion zur Entfernung der griechischen Flotte aus den kretensischen Gewässern teilzunehmen, — soferne alle seine Kollegen gleichfalls hiezu autorisiert werden würden. Der italienische Gesandte in Athen wurde beauftragt, der griechischen Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu raten, sich dem Willen der Mächte zu unterwerfen, bis auf weiteres sich aber jeden offiziellen Schrittes zu enthalten.

<sup>170)</sup> Vgl. zur Illustration die telegraphischen Berichte Tevfik Paschas nach Wien. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber f. 796/797.)

osmanischen Reich beizustimmen. Die Annexion durch Griechenland müßten sie jederzeit zurückweisen. Die Furcht der Türken auf Kreta vor einer Annexion schien durchaus berechtigt, da am 19. Februar die Athener Regierung die gesamte griechische Armee mobilisiert<sup>171)</sup> und am Tag hernach die Kammer, um damit der Union sichtbaren Ausdruck zu verleihen, in erster Lesung die Aufhebung der griechischen Konsulate in Kreta votiert hatte. Gleichzeitig veröffentlichten offiziöse Athener Zeitungen die Neuorganisation der Insel. Der bisherige griechische Generalkonsul, von König Georg zum königlichen Kommissär ernannt, begab sich in aller Form in das griechische Lager bei Platinia.

## XI.

Die politische Situation war reichlich verfahren. Lord Salisbury erklärte, daß er sich an keiner Pression gegenüber Griechenland beteiligen wolle, ehe die Mächte sich nicht dahin einigten, daß Kreta eine autonome Verwaltung erhalte. Kaiser Wilhelm II. erklärte, er wolle über die Autonomie nicht eher diskutieren, ehe Griechenland klein beigegeben habe. War der deutsch-englische Gegensatz wirklich stärker als der Friedenswille der übrigen europäischen Mächte? Das deutsche Kabinett war durch die Ablehnung seines Vorschlages in London „sehr verstimmt“ und Graf Hatzfeld gestand ein, „daß er nicht sehe, wie man den Gegensatz zwischen dem deutschen und dem englischen Standpunkt ausgleichen könnte“. Dabei ging es gar nicht darum, daß sich Berlin mit einer Autonomie Kretas nicht befreunden hätte können. Berlin wollte einfach nicht, daß Lord Salisbury seinen Willen in allem durchzusetzen versuchte. „Wenn Lord Salisbury sich nur etwas entgegenkommend zeigen und eine kleine Konzession machen, überdies sich über seine weiteren Intentionen etwas klarer aussprechen würde“, äußerte sich Graf Hatzfeld zu seinem österreichisch-ungarischen Kollegen in London, „ließe

---

<sup>171)</sup> Die scheidenden Mannschaften wurden unter „unbeschreiblichem Enthusiasmus“ von der Bevölkerung verabschiedet. In Patras zog die „ungeheure Volksmenge“ zur Wohnung des Metropolitens, der die Abgehenden segnete und ihnen „triumphierende Rückkehr“ wünschte. Die Truppen wurden fast ausnahmslos an die griechisch-türkische Grenze dirigiert. Die Kretenser-Komitees traten völlig in den Hintergrund. Ihre Agenden wurden ganz offiziell, „fast ab aerario besorgt“. In Patras übernahm der Bürgermeister selbst den Vorsitz der Hilfsaktion. (Bericht des k. u. k. Konsuls in Patras vom 19. Februar 1897. H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 881.)

sich eine Meinungsübereinstimmung anbahnen". So aber schien dies dem Grafen Hatzfeld vergeblich, weshalb er auch gar nicht Lord Salisbury aufsuchte, um ja nicht den Anschein zu erwecken, er wolle ihn zum Einlenken bewegen. Doch war es für Lord Salisbury schwer, von sich aus einen entgegenkommenden Schritt zu tun, da ihm ja seitens des deutschen Kabinetts eine schroffe ablehnende Antwort zuteil geworden war, während er den deutschen Vorschlag nicht direkt abgelehnt, sondern bloß seine Erwägung von der vorherigen Annahme seines Vorschlages einer Autonomie in Kreta abhängig gemacht hatte. Gerade gegenüber dem k. u. k. Botschafter Grafen Deym äußerte Lord Salisbury sein Bedauern, daß durch das deutsche Kabinett das Zusammenwirken sehr erschwert worden sei, unter gleichzeitigem Hinweis, „daß er aber auch fernerhin auf die Einmütigkeit der Mächte den größten Wert lege und namentlich die regere Teilnahme des deutschen Kabinetts an diesen orientalischen Fragen mit Befriedigung begrüßen müsse“<sup>172)</sup>.

Um zwischen den Vorschlägen Kaiser Wilhelms und jenen Lord Salisburys zu vermitteln und um die zwischen Berlin und London bestehenden Gegensätze auszugleichen und das Einverständnis der Mächte zu erhalten, ergriff am 18. Februar Graf Gołuchowski doch wieder die Initiative, indem er den k. u. k. Botschafter beauftragte, Kaiser Wilhelm einige „Ideen“ vorzutragen, nach welchen der Sultan auf seine absoluten Herrscherrechte in Kreta zugunsten der europäischen Mächte verzichten und diesen die Regelung der staatsrechtlichen Stellung der Insel zur Türkei mit der Reserve der Wahrung seiner Oberhoheit überlassen sollte. Die Mächte sollten es übernehmen, durch eine gemeinsame provisorische Okkupation die Ordnung auf Kreta herzustellen und die Schaffung einer selbständigen Verwaltung Kretas unter einem zum Sultan im Vasallenverhältnis stehenden Fürsten einzuleiten. Die Insel müßte zur Leistung eines jährlichen Tributes an die Türkei verpflichtet werden, die Mächte aber hätten der Türkei eine Garantie gegen eine weitere Beeinträchtigung ihres europäischen Besitzstandes zu bieten und zur Erhaltung des status quo auf dem Balkan in jeder Weise mitzuwirken, daß durch ihre gemeinsame Einflußnahme Bulgarien, Serbien und Montenegro im Zaum gehalten und die griechischen Häfen blockiert würden, falls Griechenland einen Streich in Thessalien wagen sollte. Diese Verpflichtung sollte jedoch zur Voraussetzung haben, daß die

---

<sup>172)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 1054—1059.

Türkei die von der Botschafterkonferenz empfohlenen Reformen loyal und aufrichtig durchführe<sup>173</sup>). Die Hauptvorteile dieser „Ideen“ Gołuchowskis, die er mit Absicht vorerst nicht als „Vorschläge“ deklarierte, und für die er sich zunächst der deutschen Zustimmung versichern wollte, waren darin gegeben, daß sie auch den der Türkei ungünstigen Strömungen Rechnung trugen, die ja nicht nur in England, sondern auch in Italien und Frankreich „die öffentliche Meinung in der kretensischen Angelegenheit beeinflussen und die Stellungnahme der betreffenden Regierung erschweren, wenn es sich darum handelt, bei der Löschung des kretensischen Brandes mitzuwirken“<sup>174</sup>). Gołuchowskis Ideen konnten aber auch bei Rußland Anklang finden, das ebenfalls ein schärferes Vorgehen vermeiden wollte. Ihr Vorteil lag weiters darin, daß „die Autorität Europas“ gewahrt, Griechenland „für sein tollkühnes und unverantwortliches Auftreten“ nicht noch belohnt, das Gleichgewicht unter den Balkanstaaten erhalten und — was nicht weniger wesentlich für Österreich-Ungarn war — die Türkei zur Durchführung der Reformen gezwungen werden konnte, wobei ein Widerstand des Sultans nicht zu befürchten war, weil bei einem Vorgehen nach Gołuchowskis Plan er der Sorge der Pazifizierung der Insel enthoben und ihm zugleich eine Garantie seines europäischen Besitzstandes geboten wurde<sup>175</sup>). Die von England vorgeschlagene Gestaltung der Autonomie Kretas nach dem Muster von Samos lehnte zwar Graf Gołuchowski aus der Befürchtung ab, daß die Geschicke Kretas sich bald in ähnlicher Weise wie jene Ostrumeliens entwickeln würden, weshalb ihm ein selbständiges Verwaltungsgebiet unter einem zur Türkei im Vasallenverhältnis stehenden Fürsten die Bürgschaft für eine längere Dauer zu bieten schien. Diesen Ideen Gołuchowskis war wenig Erfolg be-

<sup>173</sup>) Nach Konzept im H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 811—815. Vgl. Anhang 8.

<sup>174</sup>) Weisung Gołuchowskis an Szögyény vom 20. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 919—924.)

<sup>175</sup>) Baron Calice konnte am 22. Februar melden, daß die Pforte, welche sehr energisch die militärische Aufstellung an der thessalischen Grenze betreibe, angesichts der griechenlandfreundlichen Demonstrationen in England, Frankreich und Italien nicht abgeneigt sei, „dans l'intérêt de la conservation de la paix générale à accepter un arrangement pour le gouvernement de la Crète dont les principes et les détails seraient élaborés par les Grandes Puissances en réservant seulement la souveraineté au Sultan et la sécurité de la vie et de la propriété des musulmans.“ In diesem Sinne sprach sich Tefvik Pascha gegenüber dem englischen und russischen Botschafter aus.

schieden. Kaiser Wilhelm war am 18. Februar für mehrere Tage nach Hubertusstock abgereist, so daß sich Szögyény an den Fürsten Hohenlohe wenden mußte, damit dieser Kaiser Wilhelm die Anregungen vortrage. Reichskanzler Hohenlohe meldete sogleich Bedenken an, und zwar allein deshalb schon, weil das Berliner Kabinett am Tage zuvor der englischen Regierung hatte erklären lassen, daß es jede Diskussion über die zukünftige Gestaltung Kretas mit den Mächten ebenso lange für unmöglich halte, „als die völkerrechtswidrige militärische Aktion Griechenlands auf Kreta nicht beseitigt sei“<sup>176</sup>). Dieser prinzipiellen Stellungnahme zuwiderzuhandeln würde der deutschen Regierung nicht gut möglich sein. Im übrigen verwies Fürst Hohenlohe den k. u. k. Botschafter an Baron Marschall, der vor Erteilung einer Antwort auf „solch' wichtige und einschneidende Vorschläge des mit Deutschland eng verbündeten k. u. k. Kabinettes“ die Befehle des Kaisers einholen wollte. Persönlich gab er zu verstehen, daß er an die Verwirklichung der Ideen des Grafen Gołuchowski nicht glaube. Die Beratungen der Mächte würden, so erklärte er, geraume Zeit in Anspruch nehmen, „bevor auch nur eine prinzipielle Verständigung erhofft werden könne“. Sollten während dieser Zeit „wirksame Verhinderungs-Maßregeln gegen die militärische Aktion Griechenlands“ unterbleiben, so würde es ein gefährliches *fait accomplis* schaffen. Auch erscheine es zweifelhaft, ob der Sultan in so weit gehende Modifikationen der staatsrechtlichen Stellung Kretas einwilligen werde, umso mehr, als es den Mächten nicht leicht werde gelingen können, die Balkanstaaten von der Nachahmung des griechischen Beispiels abzuhalten. Durch die Beratung der österreichisch-ungarischen Vorschläge würde überdies „die ohnehin wenig energische Aktion der Großmächte in Kreta noch erlahmen, was schließlich Kaiser Wilhelm dazu bewegen könnte, das deutsche Kriegsschiff zurückzubeordern. Auf die Frage des k. u. k. Botschafters, wie denn Baron Marschall die notwendige energische Aktion der Mächte sich denke, erwiderte dieser, „daß er angesichts der direkt gegen den Willen der Kabinette fortgeführten kriegerischen Aktionen Griechenlands es für nötig halte, die Kommandanten der großmächtlichen Schiffe sofort anzuweisen, daß sie jede Landung von griechischen Truppen und Kriegsmaterial sowie jede Belästigung der türkischen Behörden und Schiffe unbedingt — und wenn es sein

<sup>176</sup>) Telegraphischer Bericht Szögyénys vom 19. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 820.)

muß mit Waffengewalt — zu verhindern haben“<sup>177</sup>). Gegen den Vorwurf, daß eine Beratung der österreichisch-ungarischen Vorschläge zu einer Erlahmung der Aktion der Mächte führen würde, verwahrte sich allerdings Graf Gołuchowski. Er sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Aktion der Mächte keineswegs unterbrochen werden dürfe. Im Gegenteil: Griechenland würde, wenn es fortfahre, sich Europa zu widersetzen, durch eine vollkommene Absperrung Kretas zur Einstellung seines eigenmächtigen Vorgehens auf der Insel gezwungen werden. Dem englischen, französischen und italienischen Kabinett würde die unerläßliche Beruhigung über das zukünftige Schicksal Kretas gewährt, wenn die Mächte sich im Prinzipie darüber einigen, daß die Insel nicht mehr unter die direkte Herrschaft des Sultans zurückkehre. Damit hatte Graf Gołuchowski die Regelung der staatsrechtlichen Stellung Kretas einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Entscheidend und wesentlich an den Vorschlägen des Grafen Gołuchowskis war, daß er die Lösung der kretensischen Frage mit der Durchführung der allgemeinen Reformen in den europäischen Provinzen der Türkei verband, weil sich dadurch die Möglichkeit bot, eine Beruhigung auf der ganzen Linie der türkischen Wirren zu erzielen. Gegen Baron Marschalls weitere Einwände verteidigte sich Graf Gołuchowski, daß die autonome Gestaltung Kretas viel weniger „revolutionäre Bestrebungen bei den Balkanvölkern zur Folge haben könnte“, als der Schiffbruch der Einigkeit der Mächte in der kretensischen Frage. Bezüglich der von Baron Marschall ausgesprochenen Drohung einer Rückberufung des deutschen Kriegsschiffes wollte Graf Gołuchowski annehmen, daß sie nicht so ernst gemeint gewesen sei. „Ein solcher Schritt würde die Sprengung des europäischen Konzertes bedeuten, wahrscheinlich die Rückberufung der großmächtlichen Flotten aus den kretensischen Gewässern zur Folge haben und Verwicklungen herbeiführen, welche den euro-

<sup>177</sup>) Telegraphischer Bericht Szögyénys vom 19. Februar 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 822). — Dem Sinne gleichlautend die Aufzeichnung des deutschen Staatssekretärs Freiherrn von Marschall Gr. Politik XII/2 Nr. 3162 S. 338—340, doch fehlte hier die Erörterung über die „energische Aktion“. Interessant die einzelnen, insbesondere die abschließende Bemerkung Kaiser Wilhelms II.: „Richtig. Das ist alles zu spät! Die Weisheit hätte vor 1½ Jahren erwogen werden sollen anstatt die Jagd nach dem Glück von Englands Gunst seitens Wiens. Jetzt sind die Vorschläge todgeboren, da sie stets zur Voraussetzung haben daß alle Mächte einig, währendem es nicht mehr so ist. Es fragt sich blos ob man nicht Prinz Georg als Geisel aufgreift und ihn behält bis Vassos eingeschifft und das Geschwader abgefahren ist. W.“

päischen Frieden in der bedenklichsten Weise gefährden könnten“<sup>178)</sup>).

Die offizielle Antwort auf die Vorschläge des Grafen Gołuchowski wurde dem österreichischen Botschafter in Berlin am 21. Februar erteilt. Dabei ist die Abweichung zwischen dem telegraphischen Bericht Szögyénys nach Wien<sup>179)</sup> und den amtlichen Aufzeichnungen Baron Marschalls<sup>180)</sup> über die Unterredung mit diesem sehr interessant. Während Szögyény meldete: „Deutsche Regierung ist bereit, die Verhandlungen auf Grund Euer Exzellenz Vorschläge aufzunehmen und insbesondere Punkt 4 — betreffend die dem Sultan zu bietenden Friedensgarantien — wärmstens zu unterstützen; jedoch stellt sie als Bedingung wie schon wiederholt telegraphisch berichtet, daß vorerst die militärische Aktion Griechenlands zum Halt gebracht beziehungsweise beseitigt werde“, verklausulierte Baron Marschall seine amtlichen Aufzeichnungen so sehr, daß ihnen jeder bindende Wert genommen war. So vermerkte Baron Marschall: „Die Vorschläge des österreichisch-ungarischen Ministers über die zukünftige Gestaltung Kretas sowie einer festen Ordnung der Dinge auf der Balkanhalbinsel seien nach unserem Dafürhalten durchaus der Beachtung wert und werde die Kaiserliche Regierung seinerzeit sehr gerne bereit sein, nach näherer Verständigung mit dem Wiener Kabinett auf der Grundlage jener Vorschläge zu verhandeln und diejenigen Wünsche, bei denen es sich um speziell österreichisches Interesse handle, wie beispielsweise IV bei den anderen Mächten unterstützen. Die Zeit zum Verhandeln sei aber noch nicht gekommen, im Gegenteil, es sei in diesem Augenblick die höchste Zeit zu handeln.“ In Baron Marschalls Niederschrift ist weiters die Bemerkung zu finden, daß zwischen Griechenland und der Türkei der faktische Kriegszustand eingetreten sei. „Wenn nicht sofort mit aller Energie . . . eingeschritten werde, so könne sich die orientalische Frage in wenigen Tagen in der für Österreich-Ungarns Interessen gefährlichsten Weise aufrollen.“ Der Blockadevorschlag Kaiser Wilhelms habe den Erfolg gehabt, die englische Politik zu demaskieren<sup>181)</sup>. England mache kaum

<sup>178)</sup> Graf Gołuchowski an v. Szögyény am 20. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 919—924.)

<sup>179)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 930.

<sup>180)</sup> Gr. Politik XII/2 Nr. 3166 S. 342—344.

<sup>181)</sup> Ähnliche Ansicht auch im Telegramm des Vortragenden Rates im Berliner Auswärtigen Amte, Friedrich von Holstein, an den Grafen Hatzfeld vom 19. Februar 1897: „Der Hauptzweck unseres Blockadevorschlages, die einzelnen Kabinette zur Demaskierung ihrer wirklichen Stellung zu nötigen, ist erreicht.“ (Gr. Politik XII/2 Nr. 3164 S. 340.)

mehr ein Hehl daraus, daß es den alsbaldigen Zusammenbruch des türkischen Reiches gerne sähe und daraus Vorteile für seine Sonderzwecke erwarte. Die Haltung der italienischen Regierung sei der englischen zugeneigt. Vermutlich hoffe das römische Kabinett, daß bei der bevorstehenden Teilung der Türkei auch ihm ein Teil der Beute zufalle. Szögyénys Einwand, daß durch Englands und Italiens Haltung für eine Aktion gegen Griechenland eine Einigung aller Kabinette nicht zu erreichen sein werde, überging Baron Marschall mit dem Hinweis, daß nach deutscher Ansicht eben zuerst gehandelt und dann erst verhandelt werden könne und müsse. Gerade hier, aber auch in verschiedenen Weisungen an die deutschen Geschäftsträger im Ausland zeigt sich die starre Haltung des deutschen Auswärtigen Amtes, die selbst gegenüber Österreich-Ungarn in verletzender Weise vorgebracht wurde, sobald es den Anschein hatte, als würde dieses zugunsten Englands sprechen. Die Antwort des deutschen Kaisers und die Berichte aus London ließen Graf Gołuchowski den Gegensatz zwischen der Stellungnahme Deutschlands und jener Englands, aber auch die Gefährlichkeit der Lage klar erkennen, denn zog sich England zurück, so war „dies gleichbedeutend mit der Sprengung des europäischen Konzertes“. Italien hätte sich England angeschlossen<sup>182)</sup>, Griechenland so die Annexion Kretas vollziehen können, was nun die Balkanstaaten wiederum zu „Wagnissen“ ihrerseits ermuntert hätte. Bei den „tiefgehenden Interessen“, die Österreich-Ungarn an einer friedlichen Entwicklung in den Balkanländern hatte, mußte diesem alles daran gelegen sein, die zwischen Deutschland und England in der kretensischen Frage bestehenden Differenzen auszugleichen, die, „falls sie sich weiter zuspitzten, von den gefährlichsten Folgen für die Erhaltung des europäischen Friedens begleitet sein würden“. Um aber der deutschen Regierung das Entgegenkommen gegenüber dem englischen Standpunkt zu erleichtern, suchte Gołuchowski nach einem Ausweg, der den Suszeptibilitäten der öffentlichen Meinung in beiden Staaten Rechnung trug. Er glaubte diesen in einer dahingehenden Modifizierung seines Vorschlages zu finden, daß die Mächte — unter Hinweis auf die von ihnen bereits begonnene Pazifikation der Insel — der Pforte ihren Entschluß notifizierten, die Pazifikationsaktion bis zur gänzlichen Regelung der Verhältnisse Kretas fortzusetzen. Ein solcher Schritt

<sup>182)</sup> R. Dietrich: England und Italien 1887—1902. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Tripoliskrieges. HVjschr. 29, 1935 S. 768—800.

in Konstantinopel würde — und davon war Graf Gołuchowski überzeugt — die bestehenden Schwierigkeiten wesentlich erleichtern. Vollzogen die Mächte die Okkupation der Insel, mußte Griechenland sich trotz aller hochtönenden Phrasen zurückziehen, hatte England die Garantie, daß Kreta die gewünschte Autonomie erhalten und es selbst bei den künftigen Verhandlungen über das Schicksal der Insel ein gewichtiges Wort mitzureden haben werde, konnte schließlich die Aktion der Mächte auf Kreta energisch vorangetrieben werden. So schloß Graf Gołuchowskis Vorschlag die besten Chancen des Gelingens in sich und es wäre nach seiner Ansicht unverantwortlich gewesen, „wenn der Mangel an Entgegenkommen seitens Deutschlands eine Situation kompromittieren würde, die mit Rücksicht auf die friedliche Disposition aller Mächte heute noch auf eine friedliche Lösung hoffen läßt“. Graf Gołuchowski gab Szögyény daher am 22. Februar die Weisung, sowohl gegenüber dem Fürsten Hohenlohe, als auch gegenüber Baron Marschall unter Appellierung an die freundschaftlichen Beziehungen alles aufzubieten, „damit der Standpunkt schroffer Negation, den man jetzt in Berlin gegenüber dem englischen Vorschlage einnimmt, im Interesse der für Deutschland ebenso wie für uns hochwichtigen Erhaltung des Friedens aufgegeben werde“<sup>183</sup>). Um zu beweisen, daß Österreich-Ungarn die Aktion der Mächte nicht verzögern, sondern intensivieren wolle, erwirkte Graf Gołuchowski den Befehl an den Kommandanten der k. u. k. Kriegsschiffe vor Kreta, „jedem aggressiven Akt in Übereinstimmung mit den Flaggenoffizieren der fremden Kriegsschiffe entgegenzutreten, alles zu verhindern, was geeignet ist, den Aufstand zu fördern, und bei Beratungen über notwendige Maßnahmen sich der schärferen Richtung anzuschließen“<sup>184</sup>).

## XII.

Die vielfach in den diplomatischen Verhandlungen dieser für den europäischen Frieden so entscheidenden Tage mitspielende Sorge, Italien könnte eigene Wege gehen und die Verwicklung für sich aus-

---

<sup>183</sup>) Weisung Gołuchowskis an Szögyény vom 22. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 1027—1032.)

<sup>184</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 1034. — Die k. u. k. Geschäftsträger in Berlin, London, Paris, St. Petersburg, Rom und Konstantinopel erhielten den Auftrag, dies vertraulich den betreffenden Regierungen mitzuteilen.

zunützen trachten, schien sich plötzlich zu rechtfertigen<sup>185</sup>). „Es rächte sich nun, daß man Italiens Kolonialpläne in keiner Weise gefördert hatte. Aus den afrikanischen Problemen in einer Form ausgeschaltet, die man in Italien als demütigend empfunden hatte, suchte sich das nationale Prestige Italiens“ nun, kaum ein Jahr nach der Niederlage bei Adua ein neues Betätigungsfeld „und wandte sich so einer aktiven Balkanpolitik zu“, wobei es Rom zunächst noch weniger darum ging, „die Balkanhalbinsel selbst zum Ziel einer Expansion zu machen, als vielmehr jede Ausdehnung einer anderen Macht, vor allem Österreich-Ungarns dort zu verhindern. Man verfolgte jeden Schritt der Doppelmonarchie in diesem Gebiet mit schärfstem Mißtrauen und versuchte zu verhindern, daß Rußland und Österreich-Ungarn sich unter Ausschluß Italiens verständigen würden“<sup>186</sup>). Deshalb erklärte der italienische Botschafter in Wien, Conte Nigra, am 2. Februar gegenüber seinem deutschen Kollegen, es sei seine Überzeugung, „daß ein gemeinsames Eingreifen Italiens mit Österreich-Ungarn in der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel kaum zu vermeiden sein werde“, eine Äußerung, über die Berlin sehr betroffen war und dies umso mehr, als am Tage hernach aus Rom gemeldet wurde, daß dort in aller Stille Vorbereitungen getroffen würden, um gegebenenfalls Truppen in der Stärke von zwei Armeekorps

<sup>185</sup>) Zur Haltung Italiens in der Kreta-Krise die sehr wichtige und aufschlußreiche Aktenpublikationen *I documenti diplomatici italiani*. Terza Serie 1896—1907 Vol. 1, 2 Rom 1963: Bd 1 No: 328, 334, 336, 339, 340, 342, 346, 355, 360, 361, 363—381, 383, 384, 387—398, 402, 403, 405, 406, 411, 413—415; Bd 2 No 1, 3, 8, 11, 13, 17—19, 22—24, 27. — Vgl. dazu Claude-Alexandre Cailler: *La politique balkanique de l'Italie entre 1875 et 1914*. Thèse présentée à la Faculté des Lettres de l'Université de Fribourg. Stalder-Vodoz 1951. — L. Bisolatti: *La politica estera dell'Italia dal 1897 al 1920*. Milano 1923. — L. v. Chlumecky: *Österreich-Ungarn und Italien: das westbalkanische Problem und Italiens Kampf um die Vorherrschaft in der Adria*. Leipzig 1907. — G. Gallavresi: *Italia e Austria (1859—1914)*. Milano 1922. — H. Hauser: *Historie diplomatique de l'Europe (1871—1914)*. Paris 1929. — Landemont: *L'Europe et la politique orientale (1878—1912)*. Paris 1912. — W. Schinner: *Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria von seinen Anfängen bis zur Dreibundkrise 1875—1896*. Stuttgart 1936. (Beitr. z. Gesch. d. nachbismarckschen Zeit und des Weltkrieges. 31 = NF 11.) — F. Siebert: *Adua, eine Wende italienischer und europäischer Politik*. HZ 181, 1956 S. 533—579. — R. Hoernigk: *Italien zwischen Frankreich und dem Dreibund. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien 1890 bis 1906*. Leipziger phil. Diss. Halle (Saale) 1931.

<sup>186</sup>) F. Fellner: *Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg*. München 1960 S. 47.

einschiffen zu können<sup>187</sup>). Am 22. Februar ließ Lord Salisbury den k. u. k. Botschafter Graf Deym ebenfalls wissen, er habe Nachricht, daß Italien im Falle einer Annexion Kretas durch Griechenland und der Einrückung griechischer Truppen bei einem Aufstand in Mazedonien die Absicht habe, Albanien zu besetzen. Rom hatte zum Vorschlag Kaiser Wilhelms eine vorsichtige und zuwartende Stellung bezogen, indem die Zustimmung aller Mächte ohne Ausnahme als Voraussetzung für die eigene verlangt wurde. Mit Erleichterung hatte das römische Kabinett die Gegenvorschläge Lord Salisburys begrüßt. Der Frage, wie dem aggressiven Vorgehen Griechenlands ein Ende zu setzen sei, wurde ausgewichen, und zwar mit ganz allgemeinen Ausdrücken, daß zu hoffen sei, Griechenland im gütlichen Wege zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Der griechenfreundlichen Strömung in Italien, die von den Radikalen, den Republikanern, Sozialisten, von Studenten und ehemaligen Garibaldinern getragen wurde, suchte zwar die römische Regierung in der Presse entgegenzutreten, doch wurde jedes harte Wort gegen Griechenland sorgfältig vermieden. Sie suchte sich vielmehr von dem Vorwurfe reinzuwaschen, Italien leiste für die Türkei Gendarmerie-Dienste, indem sie die notwendige Einmütigkeit der Mächte um des Friedens willen betonte. Mit dieser Erklärung war sie über die Klippe der gemeinsamen Okkupation Caneas hinweggekommen — eine direkte Coërcitivaktion gegen Griechenland hätte sie niemals dem Lande annehmbar machen können<sup>188</sup>). Das Auftauchen dieser ganzen Frage kam der italienischen Regierung, da Neuwahlen vor der Tür standen, höchst ungelegen. In Hinblick auf die Wahlen hatten sich die Sozialisten und Republikaner der Bewegung bemächtigt und von diesem Umstande her sind auch die Telegramme so vieler oppositioneller italienischer Deputierter an die griechische Kammer zu verstehen, insbesondere die Telegramme des ehemaligen Schatz- und Finanzministers Baron Sidney di Soninio und des ehemaligen Ministerpräsidenten und Minister des Äußeren Francesco Crispi, der für die Nicht-Intervention eintrat und eine Analogie mit der Expedition der Tausend nach Marsala im J. 1860 zog, an der er selbst teilgenommen hatte und welche unter dem Schutze der englischen Schiffe

<sup>187</sup>) Telegraphische Berichte Szögyénys vom 21. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 932 und 934.)

<sup>188</sup>) Am 20. Februar gab Rom ein offizielles Bulletin aus, welches die Haltung der Regierung den Angriffen der radikalen Blätter gegenüber verteidigte.

hatte landen können<sup>189</sup>). Die Straßendemonstrationen in Rom und Italien überhaupt klangen seit der Rede des französischen Ministers des Äußeren Hanotaux und der Abstimmung in Paris, sowie seit den Erklärungen Lord Salisburys im Oberhaus ab, wozu nach dem Urteil des k. u. k. Botschafters Pasetti „mehr als diese politischen Elemente“ in der Hauptstadt „der Straßen-Carneval dazu beigetragen“ hatte. Aber immerhin kam es in Rom noch vor der Wohnung des k. u. k. Botschafters zu Rufen, wie „abasso l’Austria, viva Trieste!“ Nur wenige wagten die Frage: „che c’entra Austria?“ (Was hat Österreich-Ungarn damit zu tun?), während der griechische Geschäftsträger in Rom fast jeden Abend die Huldigung kleinerer Gruppen von Demonstranten entgegennehmen konnte. Als ein italienisches Schiff vor Kreta am 27. Februar ein griechisches Transportschiff mit Truppen und Munition aufbrachte, wurde dies von der italienischen Regierung zwar den ausländischen Vertretern mitgeteilt, doch hütete sie sich, diese Nachricht zu veröffentlichen. Marquis Visconti-Venosta betonte zudem bei jeder Gelegenheit, daß die Mächte den Griechen das Nachgeben erleichtern müßten — um Europa eine neue Schwierigkeit zu ersparen. Unter diesen Umständen wirkte sich in Rom das später noch zu erwähnende unglückliche Kommuniqué des Wolffschen Bureaux’ aus St. Petersburg doppelt unangenehm aus. In diesem wurde nämlich behauptet, daß ein internes Einverständnis in der Kretafrage zwischen Rußland, Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn mit Ausschluß also von England und Italien bestehe. Die römischen Zeitungen warfen daher mit scharfen Bemerkungen der Regierung vor, daß sie einerseits gegen die Aspirationen der Griechen und der Candioten auftrete und andererseits Italiens Stellung im europäischen Konzerte nicht zu behaupten gewußt habe. So kam es, daß „der sonst so gemessene“ Marquis Visconti-Venosta „aus seiner Ruhe gebracht“, den deutschen Botschafter aufsuchte, um ihn über die Quelle und die Bedeutung der Wolffschen Publikation zu befragen, da diese den Eindruck hervorrufe, daß es innerhalb des europäischen Konzertes eine Abstufung gäbe. Italien habe alle Vorschläge angenommen und sich von den Zwangsmaßregeln nicht ausgeschlossen. Nur mit Mühe konnte der deutsche Botschafter von Bülow den italienischen Minister des Äußeren beruhigen, doch blieb auch nach einem telegraphischen Dementi des angeblichen Kommuniqués ein gewisses Mißtrauen zurück.

---

<sup>189</sup>) Wortlaut des Telegramms „Popolo Romano“ vom 27. Februar 1897.

XIII.

Die Untätigkeit der Mächte versuchten die griechischen Truppen und die Insurgenten für sich auszunützen. Die Befehlshaber der europäischen Kriegsschiffe hatten zwar die Insurgenten wiederholt ermahnt, sich jedes Angriffes auf die unter europäischen Schutz gestellten Küstenorte zu enthalten, da sonst Repressalien erfolgen würden, aber diese Mahnungen waren in den Wind gesprochen, um so mehr, als die europäischen Kriegsschiffe in keiner Weise noch eine eigene Tätigkeit entfaltet hatten. Als sich am 20. Februar die griechischen Truppen und die Insurgenten immer enger um Canea zusammenzogen, befahl die britische Admiralität ihrem Flaggenoffizier vor Kreta, sich mit den übrigen Kommandanten ins Einvernehmen zu setzen, um einen Angriff auf die Stadt mit Gewalt zu verhindern<sup>190)</sup>. Als in der Nacht auf den 21. Februar ein griechischer Dampfer in der Nähe Caneas versuchte, Waffen und Munition auszuschießen, wurde er durch ein englisches Schiff sequestriert. Französische, russische und italienische Panzerschiffe legten sich westlich von Canea vor Anker, um im Falle einer Vorrückung auf die Stadt jene beschießen zu können<sup>191)</sup>. Da im Inneren der Insel die Anarchie herrschte<sup>192)</sup> und der durch die griechische Streitmacht gestärkte Fanatismus der christlichen Kretenser die Aktionen und die mühsame Arbeit der europäischen Flotten paralyisierte, baten — aus der unhaltbaren militärischen Zwangslage heraus — die ranghöchsten Befehlshaber in vollster Übereinstimmung identisch von ihren Regierungen, unverzüglich Schritte zu tun, um die sofortige Entfer-

<sup>190)</sup> Der britische Unterstaatssekretär Sanderson meinte gegenüber dem Grafen Deym, daß ein Angriff auf Canea „seine gute Seite haben könnte, denn es würde genügen, daß ein einziger englischer Soldat dabei ums Leben käme, um einen gewaltigen Umschwung in der hiesigen öffentlichen Meinung hervorzurufen“. (Telegramm vom 20. Februar 1897 — H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 910.)

<sup>191)</sup> Der Kommandant der „Miaulis“, der den englischen Contre-Admiral ersuchte, die griechische Truppenabteilung bei Plantania verproviantieren zu dürfen, wurde eingeladen, dem griechischen Truppenkommandanten zu eröffnen, daß die Verproviantierung nur dann — und unter Aufsicht — gestattet werde, wenn dieser sich verpflichte, nicht weiter vorzurücken, was übrigens sofort durch Feuer der Panzerschiffe verhindert würde. (Meldung des Kommandos S. M. Schiffes „Maria Theresia“ vom 20. Februar 1897.)

<sup>192)</sup> Rethymo wurde von den Muselmanen, die durch falsche Nachrichten aufgebracht wurden, geplündert und zwar unter Beteiligung von Soldaten und Gendarmen. Andererseits griff die Erhebung der christlichen Kretenser um sich, die allerorts die Union mit Griechenland proklamierten.

nung der griechischen Schiffe und Truppen zu veranlassen, da „die Lage immer kritischer“ werde<sup>193</sup>). Im Angesicht der europäischen Kriegsschiffe bezogen die Aufständischen trotz aller Vorstellungen der Admiräle eine Position oberhalb Halepa auf der Halbinsel Akrotiri, hißten dort die griechische Flagge, während sie gleichzeitig den Ort zu beschießen begannen. Wollten die Befehlshaber das Gesicht und die militärische Ehre wahren, mußten sie ihren Worten nun durch Kanonen entsprechenden Nachdruck verleihen. Der Höchstkommmandierende, der königlich italienische Vizeadmiral Conte Canevaro gab den Befehl zur Eröffnung des Feuers, an dem sich ein österreichisch-ungarisches, ein deutsches, drei englische Kriegsschiffe und das russische Admiralsschiff beteiligten. Dies war das erstemal, daß die großmächtlichen Flotten zu Gewaltmitteln griffen, deren Erfolg nicht ausblieb. Die Insurgenten holten die aufgepflanzte griechische Fahne ein, worauf die Kriegsschiffe das Feuer einstellten, so daß die Aufständischen unbehelligt ihren Rückzug antreten konnten. 15 Insurgenten und drei Frauen waren verwundet worden<sup>194</sup>). Nennenswerter Schaden war nicht verursacht worden. Die ausführlichen Berichte der griechischen Zeitungen über angeblich schwere Verluste auf Seite der Insurgenten und über arge Verwüstungen durch dieses Bombardement waren absichtlich entstellt worden, um — wie der Chef der Insurgenten auf Akrotiri, Fumis, in einer späteren Verhandlung mit den Admirälen Canevaro und Hinke selbst zugab — die öffentliche Meinung Europas zu einem Protest zu veranlassen und für Griechenland zu gewinnen<sup>195</sup>).

Aber nicht nur die Kommandierenden vor Kreta, auch die Botschafter in Konstantinopel drängten immer energischer zu entscheidenden und durchgreifenden Maßnahmen. Der russische Botschafter in Konstantinopel Nelidow regte, angesichts der Bereitschaft der Pforte, die Insel dem Schutze der Großmächte zu überlassen, bei seinen Kollegen und bei seiner Regierung die Heranziehung von Landtruppen zur Wiederherstellung der Ordnung an, doch wollte er nur einer und zwar dort weniger interessierten Macht das europäische Mandat zur provisorischen Okkupation der Insel übertragen wissen.

<sup>193</sup>) Zum Befehl an den k. u. k. Kommandanten von Kreta „stets für schärfsten der zu ergreifenden Maßregeln zu stimmen“ s. oben S. 317.

<sup>194</sup>) Telegraphischer Bericht des Generalkonsuls Pinter vom 22. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282, f. 1007.)

<sup>195</sup>) Die k. u. k. Streitkräfte auf und vor Kreta 1897/1898. Wien 1901 S. 25. — Insgesamt waren 34 Kanonenschüsse abgefeuert worden.

Nelidow dachte zuerst an Deutschland, bezeichnete jedoch dann mit Rücksicht auf die Suszeptibilitäten Frankreichs überraschenderweise nicht nur gegenüber seiner Regierung, sondern auch gegenüber der Pforte Österreich-Ungarn als erwünschtesten Mandatar. Wien allerdings konnte an diesem Mandat nicht das geringste Interesse haben, denn die Operationen auf der Insel drohten überaus blutig zu werden. Auch wäre das Unternehmen keinesfalls finanziell gesichert gewesen. Ganz abgesehen davon konnte ein solches an sich ehrenvolles Mandat zur Quelle ernster Verlegenheiten militärischer und politischer Art werden und dazu in einem Zeitpunkte, da die k. u. k. Monarchie in die Lage kommen konnte, daß sie alle ihre Truppen für sich selbst brauchte. Eine Schwächung der für die eigenen Zwecke der Monarchie verfügbaren militärischen und finanziellen Kräfte wäre in einem Augenblick, da alle Kabinette davon sprachen, daß „doch möglicherweise der gegenwärtige Akkord der Mächte in die Brüche gehen könnte“, höchst unverantwortlich gewesen. Auch wäre es schwierig gewesen, die Annahme des Mandates vor den beiden Parlamenten in Wien und Budapest und vor der Delegation zu rechtfertigen. Graf Gołuchowski lehnte daher entschieden ab<sup>196)</sup>, obwohl von Seite Rußlands hervorgehoben wurde, Österreich-Ungarn würde durch die Übernahme des Mandates dem europäischen Akkord einen großen Dienst erweisen. Eine andere Macht kam nicht in Frage. England, Frankreich, Rußland und Italien galten als mehr oder weniger interessiert und keiner von ihnen hätte die Zustimmung aller anderen für sich erlangt. Außerdem war sehr fraglich, ob England dem Mandat einer einzelnen Macht überhaupt zugestimmt hätte, wofür die gemeinsam erfolgte Okkupation spricht.

Am 21. Februar, also am gleichen Tage, an welchem von Berlin der Vorschlag des Grafen Gołuchowski praktisch abgelehnt worden war, ließ Graf Murawiew durch den russischen Geschäftsträger in Berlin mitteilen<sup>197)</sup>, „quel'Empereur trouvant indispensable de mettre fin aux provocation de la Grèce en Crète, il est urgent que les ami-

---

<sup>196)</sup> H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 1015, 1085 und 1160.

<sup>197)</sup> Kaiser Wilhelm II. vermerkte dazu: „wörtlich beinahe mein Vorschlag vom 14tem, welch kostbare Zeit ist dadurch verloren gegangen!“ Am Rande verfügte der Kaiser: „Dementsprechend würde Commandant der Kaiserin Augusta dahin zu instruieren sein, vor allem in Gemeinschaft mit dem Russischen und Österreichischen Admiral zu handeln, und die schärfsten Mittel — inclusive Scharfschießens — nicht zu scheuen, wenn dem Drohen seitens Griechenland nicht Gehör geschenkt wird.“ Gr. Politik XII/2 Nr. 3166 S. 343 f. und Anm.

raux s'entendent sans le moindre retard pour intervenir afin d'empêcher tout débarquement et éloigner troupes et bâtiments grecs". Baron Marschall sagte dem russischen Geschäftsträger eine entsprechende Weisung an den deutschen Schiffskommandanten zu und richtete im Namen der deutschen Regierung nach Wien „die freundschaftliche und dringende Bitte, ein gleiches zu tun und dies in Petersburg wissen zu lassen“<sup>198</sup>). Gegenüber dem österreichischen Botschafter äußerte sich Baron Marschall, daß er überzeugt sei, daß Frankreich jedenfalls mittun, daß nur durch Annahme dieses Vorschlages die Einigkeit der Kabinette zu retten sein werde, da Italien und England doch mitgehen würden, sobald gleichlautende energische Befehle von Petersburg, Berlin, Wien und Paris ergingen<sup>199</sup>). Am Tage zuvor hatte der russische Botschafter in Wien dem Grafen Gołuchowski eröffnet, daß seine Regierung es als dringend ansehe, den Willen Europas auf Kreta zur Geltung zu bringen, gleichzeitig aber geneigt sei, dem Vorschlage Salisburys im Prinzip unter dem Vorbehalt beizutreten, daß die staatsrechtliche Regelung erst nach Pazifizierung der Insel erfolge und zwar dies offensichtlich, um England keinen Grund zu geben, sich der Teilnahme an eventuellen Maßregeln gegen Griechenland zu entziehen. Da der französische Botschafter Lozé ähnlich sprach, erklärte Gołuchowski den beiden, daß Österreich-Ungarn keine Bedenken trüge, dem englischen Vorschlage zuzustimmen, wenn alle Mächte mit diesem einverstanden wären. Es erschien ihm aber zweckmäßig, von der Türkei, die bereits in die Besetzung der kretischen Städte durch die Mächte eingewilligt hatte, zu verlangen, daß sie diesen die Insel zur Regelung der künftigen staatsrechtlichen Stellung mit dem Vorbehalte der Oberhoheit des Sultans überantworte. Damit wäre Griechenland auf Kreta nicht mehr den Türken, sondern den Mächten gegenübergestanden, jeder Hoffnung auf Gelingen seines Unternehmens beraubt. Gołuchowski betonte gegenüber beiden Botschaftern, daß er mit dieser Meinung „keineswegs die Absicht eines Vorschlages verbinde“. Auf die Frage des russischen Botschafters, was zu tun sei, wenn England sich unter keiner Bedingung Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland anschließen wolle, ließ sich Gołuchowski unter dem Hinweis, daß zu dieser

<sup>198</sup>) Telegraphischer Bericht Szögyénys vom 21. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 930.)

<sup>199</sup>) Szögyény erhielt vom italienischen Botschafter in Berlin, Graf Lanza, die streng vertrauliche Mitteilung, daß dieser seiner Regierung angeraten habe, mitzutun, da nur dadurch die europäische Entente erhalten werden könnte.

Annahme kein Grund vorläufig vorliege, nicht ein, während bezeichnender Weise in Berlin Baron Marschall dem k. u. k. Botschafter gegenüber die Situation in der Frage zuspitzte, „ob Österreich-Ungarn, Rußland, Frankreich und Deutschland zusammen stark genug seien, ihren Willen, den europäischen Frieden zu wahren, auch gegen den Widerstand Englands durchzusetzen, oder nicht“<sup>200</sup>). Aus dieser Gesinnung heraus herrschte in Berlin auch helle Freude, als der russische Geschäftsträger Baron Budberg im Auftrag seiner Regierung die Mitteilung machte, daß sich, falls England sich weigern würde, an einer Aktion gegen Griechenland teilzunehmen, die Kontinentalmächte darüber einigen sollten: 1. die Ausschreitung Griechenlands darf nicht die Annexion Kretas zur Folge haben, 2. da die Türkei die Einführung der ihr vorgeschlagenen Reformen verzögert hat, sind diese nicht mehr zeitgemäß. Die Mächte werden daher Kreta eine weitgehende Autonomie verschaffen, jedoch unter Aufrechterhaltung der Integrität des Osmanischen Reiches.

Nach diesem Vorschlag, den Rußland als einziges Mittel zur Sicherung des allgemeinen Friedens und des europäischen Konzertes bezeichnete, sollten beide Punkte solidarisch von den Kontinentalmächten simultan notifiziert und gleichzeitig die griechische Regierung in einem Ultimatum aufgefordert werden, unverzüglich ihre Truppen und Schiffe zurückzuziehen. Im Falle der Weigerung sollte mit

---

<sup>200</sup>) Gr. Politik XII/2 Nr. 3166 S. 344. — Noch schärfer dieser Standpunkt in der vom Fürsten Hohenlohe unterfertigten telegraphischen Weisung an den deutschen Botschafter in Wien, Grafen zu Eulenburg, vom gleichen Tage: „Der politische Nihilismus Englands und die garibaldinische Legende in Italien veranlassen diese beiden Länder, die kretensische Frage mit anderen Augen anzusehen, als die vier übrigen Großmächte es tun, welche trotz mancher politischer Divergenzen doch in dem Wunsche einig sind, den Frieden zu erhalten. Von der mehr oder weniger energischen Betätigung dieses Wunsches wird es abhängen, ob der Friede wirklich erhalten bleibt oder nicht. Es wird davon abhängen, ob die vier Kabinette von Berlin, Wien, Petersburg und Paris sich für genügend stark halten, um die kretensische Frage unter sich und in Frieden zu lösen, oder ob sie glauben, dazu der Genehmigung Londons zu bedürfen, welche in diesem Falle die Genehmigung Roms mit einschließt. Falls die vier Kabinette oder einige derselben letzterer Anschauung zuneigen sollten, dann würde also der Friede Europas von der Entscheidung Englands abhängen, derjenigen Macht, deren friedlichen Absichten alle Welt mißtraut. Es steht zu hoffen, daß die vier Kabinette zielbewußt und energisch genug sein werden, um die Politik Europas nicht auf diese Bahn zu lenken. Der österreichisch-ungarische Botschafter ist heute hier in diesem Sinne verständigt worden.“ (Gr. Politik XII/2 Nr. 3167 S. 346.)

energischen Maßnahmen vorgegangen werden<sup>201</sup>). Haltung und Geist der deutschen Außenpolitik läßt sich auch hier am besten aus den Bemerkungen und der Randverfügung Kaiser Wilhelms II. erkennen: „Bin völlig einverstanden. Es geht auch ohne England. Der Kontinent muß endlich mal den Briten zeigen, daß sie denselben nicht zum besten haben. Ich nehme als selbstverständlich an, daß Rußland dafür sorgt, daß Frankreich unbedingt mitgeht“<sup>202</sup>). Die Feindschaft gegen England und der Wunsch in keinen Gegensatz zum russischen Kabinett zu gelangen, haben demnach die sofortige Annahme der russischen Demarche entschieden. Graf Murawiew hat übrigens die Zirkularnote modifiziert und die gegen England gerichtete Einbegleitung, als inzwischen „zwecklos“ geworden, gestrichen<sup>203</sup>).

#### XIV.

Die rasche Annahme des russischen Vorschlages in Berlin zeigt wie groß die Abschätzigkeit und wie gering die dem österreichisch-ungarischen Bündnispartner entgegenkommende Gesinnung des Berliner Auswärtigen Amtes war, zumal der russische Vorschlag, der vielfach als Konsequenz der durch die Haltung König Georgs von Griechenland in St. Petersburg hervorgerufenen Mißstimmung gedeutet wurde, mit jenem Gołuchowskis im wesentlichen gleichlautend war. Die Verstimmung in Wien blieb demnach bei der naturgegebenen Empfindlichkeit Österreichs gegenüber den deutschen Beziehungen zu Rußland auch nicht aus. Am 6. März schrieb Graf Eulenburg an den deutschen Reichskanzler und an Kaiser Wilhelm II. ohne Schonung, daß die glatte Annahme der letzten russischen Vorschläge „wie eine Ohrfeige für Gołuchowski“ gewirkt habe. „Diese Ohrfeige für Gołuchowski war“ — schrieb Eulenburg an Kaiser Wilhelm — „wie ich die Verhältnisse kenne, vom Auswärtigen Amt beabsichtigt. Ein gewisses Wetterleuchten gegenüber allem, was Gołuchowski sagte oder tat, hatte ich längst bemerkt.“ Er habe sich bemüht, „Ol auf die Backe zu gießen, aber sie blieb geschwollen und schmerzhaft. Eine Auseinandersetzung mit dem Grafen hatte nur das Resultat“

<sup>201</sup>) Gr. Politik XII/2 Nr. 3168 S. 346 f. — Vgl. auch den Bericht des Prinzen Liechtenstein vom 22. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 1019.) — Weisung Gołuchowskis an die betroffenen k. u. k. Vertretungen. Ebda. f. 1039.

<sup>202</sup>) Gr. Politik XII/2 Nr. 3168 S. 347.

<sup>203</sup>) Endgültiger Wortlaut H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 111—113.

tat zu konstatieren, daß seine Lust und Freude an dem Verkehr mit unserer Regierung stark gelitten.“ Die Verstimmung übertrug sich auf Kaiser Franz Joseph, der gekränkt über die Behandlung und verletzt durch das deutsche „Nachlaufen hinter Rußland“ war. Diese starke Verstimmung Kaiser Franz Josephs hielt Graf Eulenburg für „bedenklich“. Der Kaiser habe diese Behandlung Österreichs sehr unangenehm empfunden — „und das habe eine ernstere Bedeutung als alles andere“. In seinem Brief an Kaiser Wilhelm warf Graf Eulenburg die entscheidende Frage auf, ob Deutschland das Bündnis mit Österreich und den Dreibund aufrechterhalten wolle oder nicht. Habe es die Absicht, „so muß die Rücksicht walten“ sonst verletzte „man eines schönen Tages die Eitelkeit Österreichs bis zum Bruch“. Man brauche sich durchaus nicht immer in den Armen zu liegen, „aber eine chevalereske Behandlung des Bundesgenossen ist notwendig“. Wolle Deutschland sich langsam von Österreich lösen — nun gut. „Dann kann man so und noch stärker verfahren. Sonst aber nicht“<sup>204</sup>). Der deutsche Reichskanzler Fürst Hohenlohe rechtfertigte sich damit, „daß auch aus naheliegenden diplomatischen Opportunitätsrücksichten“ ihm ein russischer Vorschlag „aussichtsvoller zu sein schien, als ein österreichischer oder deutscher, weil Frankreich, Regierung und Volk, sich zu einer russischen Anregung ganz anders stellt, als zu einer Anregung, die von einem Dreibundstaat ausgeht“<sup>205</sup>). Hohenlohe bekannte ganz offen: „Die russische Etikette

<sup>204</sup>) J. Haller: Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. Berlin 1926<sup>2</sup> S. 148—150. Beide Briefe sind wörtlich abgedruckt. — Vgl. auch F. v. Holstein: Die geheimen Papiere IV, Göttingen 1963, Nr. 606 S. 17 f. (Brief des Grafen Philipp zu Eulenburg an Friedrich von Holstein vom 25. Februar 1897.) — F. v. Holstein hatte am 15. Februar 1897 an Eulenburg geschrieben: „Ihr Gołuchowski, der ist ein Schaf“ und am gleichen Tage in einem Ziffertelegramm die Frage gestellt: „Könnten Sie nicht Ihren Freund G[ołuchowski] in der Merinostammschäferei in Liebenberg verwenden?“ Eulenburg notierte dazu: „Nein! Aber Holstein in einer leeren Boxe, die für bissige und keilende Gäule reserviert ist.“ (J. Haller: a.a.O. S. 226 f.) — Am 22. Februar schrieb Graf Eulenburg an Kaiser Wilhelm II.: „Ich habe manchen Ärger mit dem Auswärtigen Amte, weil man Gołuchowski mit Mißtrauen verfolgt, das er nicht verdient. Wenn er kein großer Geist ist, so ist er dafür ein ehrlicher Mann, und das wiegt nach den Erfahrungen meines Lebens schwerer.“

<sup>205</sup>) Wortlaut Ch. zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Hrsg. v. K. A. Müller, Stuttgart 1931, S. 315. — Gr. Politik XII/2 Nr. 3171 S. 350, Anm. — Auf die Vorstellungen des k. u. k. Botschafters von Szögyény hin, verwahrte sich Baron Marschall „in eindringlichster Weise gegen die Annahme, daß die deutsche Regierung die österreichischen Vorschläge weniger entgegennommend als die russischen aufgenommen hätte“. Nur weil Graf

erschien uns günstig“<sup>206</sup>). Als sich der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland wegen einiger Pressemeldungen noch verschärfte<sup>207</sup>), mahnte Graf Eulenburg am 12. März 1897 in einem Schreiben an Kaiser Wilhelm, daß „nichts neues“ zur alten Verstimmung, an der allein das Berliner Auswärtige Amt schuld sei und die er durch seinen intimen Verkehr mit Graf Gołuchowski möglichst reduziert habe, hinzutrete, denn alles komme darauf an. Er bitte Kaiser Wilhelm, bei Behandlung von Fragen, die Österreich berühren, „recht schonend zu Werke zu gehen und beim Bemerkten einer schlechten Laune des Amtes die Hand darüber zu halten“. Wenige Tage zuvor am 8. März schrieb Graf Eulenburg an seinen Freund und späteren Reichskanzler, Bernhard v. Bülow, es sei Gołuchowski „vollständig verprellt, und zwar durch das Auswärtige Amt, — er nennt direkt Holstein. Er erklärt mir nur mit Seiner Majestät selbst sei es noch möglich, sich zu verständigen. Das Mißtrauen, die Nervosität des Auswärtigen Amtes und die Pressefehde, die dazu organisiert sei, müsse den Verkehr unmöglich machen“. Und wieder stellte Graf Eulenburg die Frage: „Ja, wollen wir noch den Dreibund oder nicht? Das zu fragen, habe ich unter solchen Umständen wirklich ein Recht! Der Rückschluß aber ist, daß es so nicht mehr lange gehen kann“<sup>208</sup>). Johannes Haller hat als „die letzten Ursachen all dieser Reibungen“ zwei zu erkennen geglaubt. Die eine Ursache war der alte und eingewurzelte Haß des Vortragenden Rates im deutschen Auswärtigen Amt, Friedrich von Holstein, gegen Graf Gołuchowski. Beide waren zur gleichen Zeit Legationssekretäre in Paris gewesen und Graf Gołuchowski habe damals Holstein seine Geringschätzung fühlen lassen. „So etwas verzieh und vergaß Holstein nie, und als sein Gegner österreichischer Minister des Äußeren geworden war, ersah er die Gelegenheit, sich zu rächen.“ Die zweite Ursache war die Uneinigkeit zwischen Kaiser Wilhelm II. und seinem eigenen Auswärtigen Amt, die gerade damals ungeahnte Formen annahm<sup>209</sup>). So beschied Wilhelm II. auf Grund der an ihn gerichteten Mitteilungen des Grafen Philipp Eulenburg am 15. März 1897 den k. u. k. Bot-

---

Murawiew's Vorschlag „eine raschere Durchführung“ erhoffen ließ, habe sich die deutsche Regierung demselben mit Hinblick auf die Dringlichkeit der Sache angeschlossen. (Telegr. Bericht v. Szögyénys vom 24. Februar 1897 H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 1087.)

<sup>206</sup>) Ch. zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten a.a.O. S. 315.

<sup>207</sup>) Siehe unten S. 335.

<sup>208</sup>) J. Haller: a.a.O. S. 229.

<sup>209</sup>) Ebda. S. 150 f.

schafter zu sich, um das enge Bundesverhältnis wieder herzustellen, doch bat er, den Brief des Grafen Eulenburg, da das Auswärtige Amt diesem feindlich gesinnt sei und ihn verdrängen wolle, in Berlin nicht zu erwähnen und seine Versicherung, daß er sich bei jeder politischen Aktion die Interessen Oesterreich-Ungarns in erster Linie vor Augen halte, nur zur Kenntnis Kaiser Franz Josephs und des Grafen Gołuchowski zu bringen. Dem Fürsten Hohenlohe könne er die Entlassung nicht bewilligen, doch werde er „im Auswärtigen Amte ehestens aufräumen“. Die dortigen „zerfahrenen Verhältnisse“ seien an der Verstimmung zwischen Wien und Berlin alleine schuld<sup>210)</sup>.

## XV.

Die Politik Berlins hatte seit Beginn der kretensischen Verwicklungen die Furcht beherrscht, England werde die Gelegenheit benützen, um den Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in Europa zu beschleunigen. Diese Befürchtung bezeichnete der k. u. k. Bot-

---

<sup>210)</sup> Die Erklärung Kaiser Wilhelms II. nahm Kaiser Franz Joseph mit Befriedigung zur Kenntnis. Graf Gołuchowski fügte hinzu, daß er die „aufrichtigen und loyalen Gesinnungen“ Kaiser Wilhelms „niemals in Zweifel gezogen“ habe. In seinem geheimen Telegramm vom 17. März 1897 an Szögyény aber betonte er darüber hinaus noch einmal: „Meine offene Aussprache mit Grafen Eulenburg, der das unbedingte Vertrauen des deutschen Kaisers, ebenso wie das Vertrauen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät und der k. u. k. Regierung genießt, hatte den Zweck, den Herrn deutschen Botschafter auf gewisse Vorkommnisse im Berliner Auswärtigen Amte aufmerksam zu machen, die geeignet waren, arge Mißverständnisse hervorzurufen und einen Zustand der Verstimmung zu schaffen, deren Aufkommen wir und auch das Deutsche Reich allen Grund haben, zu verhindern.“

Gleichen Rechten müssen gleiche Pflichten gegenüberstehen und dieses Prinzip aufs Genaueste zu wahren, liege im beiderseitigen, wohlverstandenen Interesse. Nur unter solcher Voraussetzung können wahrhaft vertrauensvolle Beziehungen gepflegt werden, und eben weil ich überzeugt bin, daß Letzteres nicht allein den Intentionen meines kaiserlichen Herrn, sondern auch und im gleichen Maße den intimsten Absichten Kaiser Wilhelms entspricht, hielt ich es für angezeigt, nichts zu unterlassen, was mir für geboten schien, um die Gefahr unerquicklicher Zustände gleich im Keime zu ersticken.

Wir sind und verbleiben unentwegt die Freunde unserer Freunde, die treuen Bundesgenossen unserer Bundesgenossen, beanspruchen aber von ihnen eine gleichwertige Behandlung in Wort und Tat.

Die jüngsten Eröffnungen Kaiser Wilhelms bezeugen sein volles Verständnis für diesen Standpunkt...“ (H.H.St.A. Wien, PA I, Schuber 476 rot Geheim XXXIII/10.)

schafter in Berlin „geradezu“ als „den roten Faden in allen Erwägungen“, von welchen sich die deutsche Regierung in allen Phasen der Krise habe leiten lassen und zwar in Erinnerung „der so bedrohlichen Stellungnahme Salisburys anlässlich der letzten armenischen Wirren, als der englische Premier dem Grafen Hatzfeld gegenüber eine Teilung der Türkei als eine Aufgabe der allernächsten Zukunft bezeichnet hatte“<sup>211</sup>). Hugo Preller<sup>212</sup>) hat 1930 gegen Friedrich Meinecke<sup>213</sup>) den Nachweis zu erbringen versucht, daß der türkische Teilungsplan Lord Salisburys gar nie ernsthaft existiert und der deutsche Botschafter Graf Hatzfeld das „Spielen mit der Möglichkeit der Liquidation der Türkei für bare Münze“ genommen habe<sup>214</sup>). Welch Ironie der Geschichte wäre darin gelegen, da dieser Teilungsplan Lord Salisburys aus den Argumenten des deutschen Auswärtigen Amtes nicht mehr verschwand. Hugo Preller hat nur einen Fehler begangen: er hat seinen Kopf zu wenig in die Archive gesteckt. Lord Salisbury hat mit der Teilung nicht nur gedanklich gespielt, er hat sie sehr ernsthaft erwogen und gleichzeitig auch deshalb in Rußland angeklopft. Das Auswärtige Amt am Ballhausplatz war ganz offensichtlich in diesem Falle besser orientiert als das in der Wilhelmstraße. Der Aktenbefund ist zu eindeutig, um das, was Lord Salisbury tat, noch ein „Spielen“ nennen zu können. Das Heranziehen lediglich der Aktenpublikationen genügte hier ebenso wenig, wie dies bei allen anderen Problemen dieser Art nicht genügt. Nun — im Jahre 1897 waren Reichskanzler Fürst Hohenlohe und Staatssekretär Baron Marschall davon überzeugt, daß die englischen Staatsmänner die Kreta-Krise benützen würden, um die ganze orientalische Frage in ihrem Sinne aufzurollen. Da in diesem Falle das aktive Eingreifen Österreich-Ungarns unvermeidlich schien, war von Tag zu Tag in

<sup>211</sup>) Vertraulicher Bericht Szögyénys vom 27. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber f. 1257.)

<sup>212</sup>) H. Preller: Salisbury und die türkische Frage im Jahre 1895. Stuttgart 1930. (Beitr. zur Gesch. d. nachbismarckschen Zeit und des Weltkrieges. 9.)

<sup>213</sup>) F. Meinecke: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems (1890—1901). S. 32—54 — Vgl. zum deutsch-englischen Gegensatz E. Marcks: Entwicklung und Hauptziele der britischen Machtpolitik. In: E. Marcks: Englands Machtpolitik. Vorträge und Studien. Neu hrsg. v. Willy Andreas. Stuttgart 1944 S. 154—190.

<sup>214</sup>) Eine endgültige Klärung, wie weit Salisbury diesen Gedanken, der ein Produkt und Erbe des Kabinettes Roseberry war, ausgesponnen hatte und zu verfolgen bereit war, wird erst aus dem Aktenbefund in Wien und Rom gewonnen werden können. Vgl. H. Krausnick: a.a.O. S. 486.

Berlin die Angst gewachsen, daß mit Österreich auch Deutschland in einen Krieg hineingerissen werde. Ebenso beunruhigte Berlin die unsichere Haltung Italiens. Das ganze Bestreben ging auf Grund dieser Anschauungsweise dahin, England zu isolieren. Es hoffte, dies am besten dadurch zu erreichen, daß Rußland sich an die Spitze einer gegen Griechenland gerichteten Aktion der Kontinentalmächte stelle. Es schien ihm für diesen Fall ohne jeden Zweifel, daß auch Österreich-Ungarn, da ja dieses zu allererst die Wahrung des status quo in der Türkei als Programm aufgestellt hatte, sich an einer solchen Aktion beteiligen würde. Zwar war bei Anfang der Krise bei Kaiser Wilhelm II. und bei Reichskanzler Hohenlohe das Mißtrauen gegen England nicht so stark ausgeprägt wie bei Baron Marschall und Friedrich von Holstein, ja jene befürchteten anfänglich eine Gefährdung des status quo im Orient eher dadurch, daß Zar Nikolaus unter dem Einfluß seiner Mutter sich nicht zu einer energischen Politik würde aufrufen können. Als aber England die Vorschläge Kaiser Wilhelms ablehnte, wurde dies als ein neuer Beweis dafür angesehen, daß die britische Politik Sonderwege verfolge und insgeheim die griechische Bewegung begünstige. Unter diesem Verdacht betrieb das Berliner Auswärtige Amt das Projekt, daß die Kontinentalmächte zur Aufrechterhaltung des status quo unter sich zusammenwirken und auf dieses Ziel auch ohne England, ja nötigenfalls gegen England hinstreben hätten. Von österreichischer Seite wurde keine Gelegenheit versäumt, auf die Gefährlichkeit einer derartigen Politik hinzuweisen, welche Rußland eine Vermehrung seines Prestiges verschaffen und auf der anderen Seite einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen England und den Kontinentalmächten herbeiführen mußte. Doch die deutsche Antwort lautete konsequent, daß England eben nur durch solche Mittel gezwungen werden könnte, seine Sonderziele aufzugeben und sich den europäischen Mächten nolens volens anzuschließen. Ein solches Vorgehen hätte wohl momentan sein Ziel erreicht, aber Österreich-Ungarn erkannte die große Gefahr, die sich daraus ergeben mußte, wenn Rußland gegenüber seinem größten Rivalen, England, in Fragen des türkischen Orients und des Mittelmeers, wenn auch nur vorübergehend, auf die Unterstützung und die Gefolgschaft der anderen Mächte hätte rechnen können.

Wie falsch in Berlin die englische Politik beurteilt wurde, sollte sich bald herausstellen. Die Antwort Deutschlands auf Lord Salisburys Vorschläge hatte zwar eine Verständigung erschwert und das Konzert der Mächte gefährdet, trotzdem erklärte sich Lord Salisbury

bereits gegenüber dem k. u. k. Botschafter Graf Deym am 22. Februar — wenn auch noch ohne Bindung und lediglich im Prinzip — bereit, sich an einer Zwangsmaßregel gegen Griechenland auch dann zu beteiligen, wenn die Regelung der Autonomie Kretas bis zu dem Zeitpunkt verschoben würde, da die Griechen die Insel geräumt hätten, sofern grundsätzlich die türkische Oberhoheit und die autonome Verwaltung von den Mächten akzeptiert würden — ein Zugeständnis das größtenteils den ausgleichenden und mäßigenden Bemühungen des Wiener Kabinetts bei den englischen Staatsmännern zuzuschreiben war. Gleichzeitig erläuterte Lord Salisbury seine unklare Bemerkung über den künftigen Gouverneur von Kreta dahin, er habe gemeint, daß dessen Titel nicht Fürst sein solle, er auch nicht jeden Prinzen von der Kandidatur ausgeschlossen wissen wolle, es aber keineswegs seinen Wünschen entspräche, wenn ein griechischer Prinz zum Vali ernannt würde. Um gerade dies zu verhindern, hätte er daran gedacht, die Designierung des nach seiner Meinung auf fünf Jahre zu ernennenden Vali jenen Mächten zu übertragen, von welchen vorausgesetzt werden könnte, daß sie keinen griechischen Prinzen vorschlagen würden. Damit ist zum ersten Mal jener später so entscheidende Punkt berührt, über den die Einigkeit der europäischen Mächte in der Kreta-Frage zerbrach. Salisbury aber wollte den Vali deshalb nur auf fünf Jahre ernannt wissen, weil sich nach Ablauf dieser Frist zeigen würde, ob die Kretenser mit der autonomen Verwaltung der Insel zufriedengestellt wären oder ob sie weiter nach Vereinigung mit Griechenland streben würden, deren Fähigkeit, eine sowohl die Christen als auch die Mohammedaner befriedigende Verwaltung einzuführen, er bezweifelte.

Zu dem deutsch-englischen Gegensatz kam in London noch das Mißtrauen gegenüber Rußland hinzu. Es gab in England viele, die sich nicht nehmen ließen, daß Rußland ein Doppelspiel treibe, indem es offiziell in Athen drohe und im Geheimen zum Widerstand gegen die Türken aufmuntere — wobei Salisbury selbst an ein solches russisches Doppelspiel nicht glaubte. Interessant ist jedenfalls, daß Rußland den englischen Vorschlag einer Autonomie für Kreta — sehr im Gegensatz zur schroffen deutschen Ablehnung — annahm und zwar lediglich mit dem Vorbehalt, daß Kreta staatsrechtlich mit der Türkei verbunden bleiben und vor Erteilung der Autonomie die Insel pazifiziert sein müsse, und daß Graf Murawiew die ursprünglich nur an die kontinentalen Mächte gerichtete Zirkularnote, deren beide Hauptgedanken die Integrität der Türkei und die Autonomie

Kretas waren, nun auch dem englischen Botschafter im modifizierten Wortlaut mitteilte, nicht aber an die englische Regierung richtete, da er deren Idee ja bereits akzeptiert hätte.

#### XVI.

Graf Gołuchowski hatte, als Graf Kapnist ihm den Vorschlag des Grafen Murawiew, unter Konstatierung der Übereinstimmung der österreichisch-ungarischen mit den russischen Auffassungen, unterbreitete, die nach Konstantinopel zu richtende Notifikation als seiner eigenen Überzeugung vollkommen entsprechend gut geheißen. Die in Athen abzugebende Erklärung, die auch die Versicherung enthalten sollte, daß die Mächte dafür Sorge tragen werden, der Insel die weitgehendste Autonomie zu sichern, hatte der k. u. k. Außenminister, Graf Gołuchowski, mit Rücksicht auf die frühere Stellungnahme Deutschlands jedoch als nicht zweckmäßig bezeichnet und zwar „1. weil dadurch gewissermaßen gleichsam eine Prämie für ihr unverantwortliches Vorgehen gegeben und der Effekt der europäischen Aktion wesentlich abgeschwächt würde und 2. weil ein solches Zugeständnis an Griechenland ein weitergehendes wäre als das, was England verlangt und dadurch der deutschen Regierung das Abgehen von ihrem bisherigen intransigenten Standpunkt wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde“<sup>215</sup>). Da Graf Gołuchowski sich zur Aufgabe gestellt hatte, nach allen Seiten mäßigend zu wirken und die Gegensätze auszugleichen, ersuchte er den Grafen Murawiew dringend, auf den, die Notifikation in Athen betreffenden Punkt seines Vorschlages nicht zu bestehen. Zwar — ein Ultimatum sollte auch nach Gołuchowskis Ansicht an Athen gerichtet, von der Mitteilung des Beschlusses der Mächte über die der Insel zu gewährende Autonomie allerdings im Interesse der Erhaltung der Einigkeit der Mächte abgesehen werden. Es ist nun geradezu ein Hohn, daß jenes Deutschland, das dem Wunsche Lord Salisburys ein so kaltes und unnachgiebiges Nein entgegengesetzt hatte, sich nun über die Einwände des Grafen Gołuchowski aufregte und ihm den Vorwurf machte, er würde unnötige Schwierigkeiten bereiten. Die Notifizierung nach Athen bedeute keinesfalls eine Konzession, da mit ihr ja gleichzeitig ein Ultimatum ergehen solle, erklärte Baron Marschall, der sich ängstlich bemühte, die Annahme der russischen Proposition ohne jede Reserve durch

<sup>215</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 1039.

Berlin in Wien verständlich zu machen. Lord Salisbury habe die Verhandlungen über das Schicksal Kretas als eine Vorbedingung der gemeinsamen Aktion der Mächte hingestellt. Deutschland habe darauf nicht eingehen können, da es den Grundsatz „zuerst handeln, dann verhandeln“ zuvor schon proklamiert habe. Der russische Vorschlag spräche das Prinzip der Autonomie Kretas aus und mache doch die Diskussion darüber vorläufig entbehrlich. Was aber hatte denn der Vorschlag des Grafen Gołuchowski anderes gewollt? Waren denn nicht all diese Vorschläge im Grunde genommen sehr ähnlich. Aber es ging ja auch gar nicht mehr darum, sondern um eine möglichst günstige Konstellation der Machtgruppen im Falle einer ernsthaften, kriegerischen Auseinandersetzung. Andererseits hatte die deutsche Regierung ohne Zweifel die russischen Propositionen mit Freude akzeptiert, weil jene einen willkommenen Ausweg aus dem bisherigen Engpaß boten. So bat Baron Marschall am 23. Februar namens der deutschen Regierung den Grafen Gołuchowski eindringlich, vorbehaltlos dem russischen Vorschlag zuzustimmen und den gefaßten Beschluß ehestens Rußland mitzuteilen, da Gefahr in Verzug wäre. Die Zustimmung Wiens erfolgte noch am 24. Februar, da ja Graf Gołuchowski in erster Linie mit Rücksicht auf Deutschland seine Bedenken angemeldet hatte. Da somit des Grafen Murawiew's Vorschlag von allen Mächten angenommen war, proponierte als *modus procedendi* zur Durchführung ihres Vorschlages die russische Regierung 1. die Beauftragung der Botschafter in Konstantinopel mit der Notifizierung der beiden Punkte des russischen Zirkulars vom 22. Februar und 2. „de faire connaître ces mêmes deux points au gouvernement Grec par les Représentants à Athènes qui le sommeraient par ultimatum de retirer ses troupes et ses vaisseaux de la Crète dans un délai de trois à quatre jours. Après l'expiration de ce terme, si la Grèce n'obtempérait pas à cette sommation, les Puissances useraient immédiatement des mesures d'extrême rigueur, soit d'un blocus du Pirée conformément à la proposition allemande, soit d'une attaque directe en Crète contre les navires et les troupes grecques qui s'y trouvent“<sup>216)</sup>. Österreich-Ungarn und

<sup>216)</sup> Nach dem vom russischen dem österreichischen Botschafter in Konstantinopel „à titre de confidence personnelle“ mitgeteilten Wortlaut (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 1156). — Dem Prinzen Liechtenstein erklärte Murawiew am 24. Februar 1897, die Blockade des Piräus habe er nach Deutschlands Vorschlag, die Vertreibung der griechischen Truppen mit bewaffneter Hand über Wunsch Hanotaux' in seine Formulierung aufgenommen. Die Absicht seiner ersten

Deutschland stimmten sogleich dem vorgeschlagenen Modus procedendi zu. Aber selbst zwischen diesen beiden Staaten drohte sich nunmehr neuerdings eine Verstimmung breit zu machen. Die Berliner Abendblätter vom 25. Februar brachten aus Wien Telegrammnachrichten, denen zufolge Deutschland sich in der kretensischen Frage einem vom Grafen Gołuchowski angeregten und von Murawiew formulierten Vorschlag akkommodiert hätte. Darüber war Baron Marschall so gereizt, daß er drohte, auf derartige „abfällige Bemerkungen“ werde jedenfalls die deutsche Presse mit unangenehmen und unliebsamen Entgegnungen reagieren, denen er schwer würde entgegentreten können. Gegen diese übergroße und völlig ungerechtfertigte Empfindlichkeit des Deutschen Auswärtigen Amtes nahm der k. u. k. Botschafter Szögyény scharf und entschieden Stellung. Er erklärte, daß nach seiner Überzeugung eine Pressekampagne zwischen Berlin und Wien über derartige Nachrichten nicht nur höchst überflüssig, sondern auch schädlich wäre<sup>217</sup>).

In Übereinstimmung mit dem ersten russischen Vorschlag hatte Lord Salisbury den englischen Botschaftern und Gesandten seine Politik in zwei Punkten bekannt gegeben: 1. Integrität der Türkei und 2. autonome Verwaltung für Kreta. Doch sprach er nur von einer an die griechische Regierung zu richtenden Sommatio, die Feindseligkeiten einzustellen und Truppen und Schiffe zurückzuziehen. Die Zustimmung des russischen und des deutschen Kabinetts zur englischen Fassung schien gesichert, doch hatte Graf Hatzfeld im Namen der deutschen Regierung in London zu erklären, daß sich diese an einer derartigen Notifikation allerdings nicht beteiligen würde, wenn England vorschlagen sollte, sich mit Griechenland in Unterhandlungen einzulassen. Graf Murawiew gab sich jedenfalls

---

Note begründete Murawiew, der den Philhellenismus wiederholt als „eine Form des revolutionären Geistes“ bezeichnete, der Europa bedrohe, ebenfalls auch damit, daß er der französischen Regierung eine Waffe gegen die Opposition in der Kammer geben wollte.

<sup>217</sup>) Graf Gołuchowski dankte Szögyény sogleich telegraphisch „für die entschiedene Art“ mit der er der „Zumutung“ entgegentreten war, daß Wien für die Stilisierung der Korrespondenzen durch Wiener Berichtersteller der Berliner Blätter verantwortlich erscheinen solle. „E. E. hatten vollkommen recht, auf die Schädlichkeit einer Presse-Campagne über derlei Futilitäten, in der auch die hiesigen Blätter nicht stumm bleiben könnten, hinzuweisen.“ (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 1282.) — Die Haltung der maßgebenden Wiener Blätter, auch jener, die schwer beeinflußt werden konnten, war eine so korrekte und objektive, wie kaum die irgend einer Presse.

am 24. Februar der trügerischen Hoffnung hin, daß „im Laufe einer Woche die kretensischen Wirren ihr Ende gefunden haben werden“. Dies schien um so notwendiger, als das griechische Nationalkomitee in Athen drohte, es würde, wenn die Großmächte das von Griechenland Geforderte nicht geben würden, den Brand an die europäischen Provinzen der Türkei stecken. Die Signatarmächte müßten diese Mahnung also beherzigen, wenn sie den Weltkrieg verhüten wollten. Die Schüsse der internationalen Flotten auf die Höhen von Halepa hatten in Griechenland keineswegs ernüchternd gewirkt. Im Gegenteil — Volksmengen durchzogen Athen und forderten den Krieg. Aber selbst der Hof und die Athener Gesellschaft ließen sich in ihrer Verstimmung gegen die Mächte soweit hinreißen, daß sie das diplomatische Korps kaum oder gar nicht mehr grüßten. König Georg hatte sich de facto derartig weit engagiert, daß ihm eine Umkehr kaum mehr möglich war, was er auch am 25. Februar in claris an den Prince of Wales telegraphierte: „Ich kann auf dem eingeschlagenen Weg weder stehen bleiben, noch umkehren!“ In der „Ephemeris“ erschienen weitere vom Hof inspirierte Artikel, daß die Nation erst am Beginn der großen Ereignisse stehe und daß der König, auf seine Offiziere und das Hellenentum gestützt, die Hilfe keiner Großmacht brauche. Dabei stand der König mit seiner kriegslustigen Militärumgebung, die zugleich die Spitze des Nationalkomitees geworden war, nicht mehr in Übereinstimmung mit Ministerpräsident Delyannis, der sehr besorgt vor der Zukunft warnte, wenn fortgefahren werde, die Dinge kopfüber auf die Spitze zu treiben. Die Demissionsabsichten des alten Delyannis stießen jedoch auf den Widerstand des Königs, der eine Ministerkrise in diesen für ihn und für sein Land entscheidenden Wochen vermeiden mußte. Am 27. Februar meldete Graf Széchényi nach Wien: „Wir müssen gegenwärtig nur mit dem Willen einer kulturell tiefstehenden Menge rechnen, die seit einem Jahre, und noch länger, systematisch fanatisiert wird und einem logischen Gedanken unzugänglich ist — der Hellenismus hat sie berauscht.“ Am gleichen Tage schrieben die Athener Journale, daß die Regierung sich mit den Großmächten lediglich in Unterhandlungen betreffend die Union Kretas mit dem Mutterlande einlassen dürfe. Diese Parolen hatten die Aufgabe, die innere Unsicherheit zu übertönen, denn wohl wußte das griechische Auswärtige Amt, daß gegen Griechenland ein Schlag geplant worden war. Da aber seitens der diplomatischen Vertreter der sechs Mächte Schweigen herrschte, kombinierte es, daß eine Großmacht

den Arm der übrigen aufgehalten habe. Es wußte, daß der englische Gesandte aus persönlicher Verehrung für König Georg sich nach Kräften bemühte, seine Regierung von allen Schritten abzuhalten, die nach seiner Ansicht für den Thron gefährlich und für Griechenland demütigend wären. Es war weiters überzeugt, daß Frankreich „auf die Befehle Rußlands warte“ und es rechnete damit, daß diese gerade so wie im Sommer 1896 stets nur prinzipiell angedeutet, nie aber zu einer praktischen Durchführung kommen würden. Die Entwicklung schien diese Überlegungen zu bestätigen. Am 25. Februar hatten erst der österreichisch-ungarische und der deutsche Geschäftsträger in Athen Instruktionen in ihren Händen, der russische und französische nur ganz allgemeine Apprektionen und der englische ein telegraphisches Exposé von Lord Salisbury, das lediglich davon sprach, daß im Falle einer Weigerung Griechenlands Truppen und Schiffe zurückzuberufen, „de procéder par des mesures coercitives“. Der Akkord war demnach noch keineswegs gesichert, denn was auf der einen Seite als unerläßlich angesehen wurde, galt auf der anderen Seite als unannehmbar. Hanotaux war bereit, mit den Mächten nur soweit mitzugehen, wie notwendig, aber nicht einen Schritt weiter. Ein Bombardement des Parthenon, erklärte er drastisch, wäre mit Rücksicht auf die gesamte Kulturwelt unmöglich. Die Basis für eine Verständigung der Mächte sei geschaffen, doch würde durch Fragen der Priorität und der Prozedur kostbare Zeit verloren. Die individuellen Empfindlichkeiten müßten zurücktreten, das sei unbedingt geboten<sup>218</sup>). Die Mächte aber, die auf England einwirken könnten, wären berufen, dort ihren Einfluß geltend zu machen, damit rascher gehandelt werden könnte. Auch forderte Hanotaux, daß die militärischen Maßnahmen unbedingt den Admirälen, die sich bewährt hatten, überlassen blieben. Sollten diese Schiffe verlangen, so müßten diese ohne finanzielle Bedenken ihnen sofort zugesandt werden<sup>219</sup>). Ähnlich sprach sich auch Marquis Visconti-Venosta gegenüber dem russischen Botschafter aus. Italien würde sich von den Coërcitiv-Maßregeln gegen Griechenland nicht ausschließen, wenn sie von allen Mächten einmütig beschlossen würden, aber es wäre in deren eigenem Interesse, wenn sie selbst der Eventualität von Gewaltmaßnahmen vorbeugen würden, indem sie Griechenland den

<sup>218</sup>) Privatbrief des Grafen Gołuchowski an den Grafen Wolkenstein vom 27. Februar 1897. (H.H.St.A. Wien, PA IX Frankreich, Schubert 138.) — Vgl. Anhang 9.

<sup>219</sup>) Ähnlich der Leitartikel der „Temps“ vom 24. Februar 1897.

Rückzug aus der Sackgasse erleichtern würden. Ein Ultimatum an Griechenland war in der Tat ein zweischneidiges Schwert. Eingedenk des königlichen Befehles „de céder à la force majeure, de se retirer dans les montagnes et de s'y maintenir“, war zu erwarten, daß es auf Ablehnung stoße und damit der Widerspruch zwischen Delyanis und König Georg nicht mehr zu verdecken war. Hatte aber das Ultimatum Erfolg, dann war zu befürchten, daß die griechischen Offiziere in Canea den Gehorsam verweigern und der König, trotz aller nationalen Zugeständnisse, die er seiner Dynastie zu Liebe gemacht hatte, gestürzt und so der Weg für die bedingungslos radikalen, nationalistischen Elemente frei würde. Von den „mesures d'extrême rigueur“ konnte übrigens allein ein Angriff auf die griechische Flotte als ausführbar gelten, da ein Vorhaben gegen die griechischen Truppen im Inneren der Insel ohne starke Landungseinheiten nicht möglich war. Im Bezirk Sitia waren 2000 Muselmanen der Erhebung bereits zum Opfer gefallen<sup>220</sup>). Die Türken der Festung Pera-Petra wurden von den Insurgenten so bedrängt, daß der Stadtmufti von Candia, Ali Schükri, den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel „im Namen der Menschlichkeit“ anflehte, durch eine provisorische Okkupation von Pera-Petra und der Festung Sparlonga 8000 Mohammedaner vor dem Untergang zu retten<sup>221</sup>). In der Nacht auf den 25. Februar lief von Canea ein italienisches Kriegsschiff nach Selino aus, um die dort von den Insurgenten umschlossenen Muselmanen und türkischen Truppen mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Anregung der Botschafterkonferenz in Konstantinopel, durch eine internationale Landungsmannschaft Selino zu entsetzen, wurde vom Admiralrat mit Rücksicht auf die geringe Zahl der vorhandenen Landungstruppen als untunlich abgelehnt, zumal, da Unruhen in Canea selbst befürchtet wurden, von den italienischen, französischen, englischen und russischen Kriegsschiffen ohnehin je 30 Mann zur Verstärkung der dortigen Detachements ausgeschifft

<sup>220</sup>) Die an ihre Gesandtschaften in Konstantinopel gerichteten Telegramme der Konsuln von Rußland, England und Italien, welche die Mission hatten, die Verproviantierung der dem Verhungern nahen Bevölkerung von Kadano und Kastelli zu vermitteln, geben ein objektives, dafür umso erschreckenderes Bild der Zustände im Innern der Insel. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schuber 282 f. 1667—1170.) Vgl. auch den Bericht Tevfik Paschas nach Wien vom 21. Februar 1897.

<sup>221</sup>) Ebda. f. 1171. — Umfassender Bericht des Generalkonsuls Pinter ebda. f. 1212—1221. Vgl. auch das vom osmanischen Botschafter mitgeteilte Telegramm vom 25. Februar ebda. fol. 1192.

werden mußten. Gleichzeitig beschloß der Admiralrat, die internationalen Flotten nach Suda zu verlegen und vor Canea nur mehr drei schwere Schiffe und je ein österreichisches und russisches Torpedoboot kreuzen zu lassen, um einer Besetzung der Sudabay durch griechische Kriegsschiffe vorzubeugen. Die Schiffskommandanten hatten insgesamt vom Admiralrat den Befehl erhalten, jede Kommunikation griechischer Schiffe mit dem Lande hintanzuhalten. Um die Einmütigkeit zu dokumentieren, sollten alle Schiffe feuern und jene, die durch ihre Position daran gehindert wären, diese wechseln. Der Versuch am 28. Februar seitens der großmächtlichen Schiffe, ein Blockhaus nächst Suda zu verproviantieren, gelang erst nach einem heftigen Gefecht mit den Aufständischen. In Candia gingen ebenfalls die Lebensmittel aus und allenthalben drohte auf der Insel eine furchtbare Hungersnot.

## XVII.

Die Schüsse von Halepa hatten zwar nicht in Griechenland, wohl aber auf dem Balkan ernüchternd gewirkt. Hatte bisher Griechenland mit dem Hinweis auf die Uneinigkeit der Mächte bei den anderen Balkanstaaten ein williges Ohr für seine Aspirationen gefunden, war nunmehr der materielle Beweis des Zusammenhaltens der Mächte erbracht und jeder Abenteuerpolitik der Boden entzogen. Einzig und allein das Bombardement von Halepa gab dem bulgarischen Ministerpräsidenten Stoiloff die Kraft, auf eine in der Kammer eingebrachte Interpellation über die Stellung der Regierung zu den Ereignissen in Kreta, mit aller Deutlichkeit, wenn auch mit entsprechendem rhetorischen und durch das Milieu bedingtem Beiwerk, zu konstatieren, daß es Sache der Mächte und nicht der direkt Interessierten sei, auf die Durchführung der türkischen Reformen zu dringen und daß sich die bulgarische Regierung jedem Abenteuer zu enthalten habe<sup>222</sup>). Auf eine weitere an ihn gestellte Anfrage über die Bedrückung, welche das bulgarische Element in der Dobrudscha und in der Türkei zu erleiden habe, erklärte Ministerpräsident Stoiloff, daß die rumänische Regierung sicherlich nicht die Absicht habe, ihre Untertanen bulgarischer Nationalität zu verfolgen und daß für die bulgarische Bevölkerung in Mazedonien manche Erleichterung

---

<sup>222</sup>) Zur Geschichte Bulgariens in den Jahren nach dem Berliner Kongreß vgl. noch immer C. Jireček: Das Fürstentum Bulgarien. Seine Bodengestaltung, ... Staatsverfassung, Staatsverwaltung und neueste Geschichte. Wien 1891 S. 301—357.

gewährt worden sei. Diese beiden, so zahmen Interpellationsbeantwortungen, die von der Kammer mit zustimmendem Beifall aufgenommen worden waren, zeigten, daß die bulgarische Regierung, durch die Schüsse von Halepa erschreckt, ihre nationale Expansionspolitik zurückzustellen bereit war, allerdings nur für den Augenblick und mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die äußersten Maßregeln stets in ihrer Hand blieben<sup>223</sup>).

Mit bemerkenswerter Raschheit vollzog sich während dessen die Mobilisierung der türkischen Truppen in Asien und in Europa. Die europäischen Mächte staunten über die unerwartete Leistung der türkischen Kriegsverwaltung und vor allem Wien nahm mit Befriedigung diese Nachricht auf, denn der militärische Zusammenbruch des osmanischen Reiches in Europa mußte die österreichisch-ungarische Monarchie vor die gefährlichsten Entscheidungen stellen, mußte sie in Gegensatz zu Rußland bringen, ohne für seine Balkanpolitik Deutschland hinter sich zu haben. So hatte Graf Goluchowski am 23. Februar 1897 in Kenntnis der griechischen Truppentransporte telegraphisch seinem Botschafter in Konstantinopel erklärt, die Pforte tue gut daran, wenn sie „Maßnahmen gegen einen eventuellen griechischen, bulgarischen oder serbischen Angriff trifft“, doch hatte er die Pforte zugleich „ernstlich vor einer Initiative zum Kampf durch Überschreitung ihrer Grenzen so wie vor der Anwendung von irregulären Truppen“ warnen lassen, „deren Disziplinlosigkeit ihre Sache kompromitieren könnte“<sup>224</sup>). Gleichzeitig hatte Rußland dem Sultan „die Aufwendung einer großen Truppenmacht zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Vorstädten der türkischen Residenz anempfohlen“ da ein Ausbruch des mohammedanischen Fanatismus in Konstantinopel im Bereich der Möglichkeit stand. Durch die Bedrängnis der Mohammedaner in Kreta, deren Hilferufe sich ständig und zwar mit Recht mehrten, wuchs die Erbitterung gegen die 250 000 in Konstantinopel lebenden Griechen. Aber dem Sultan, dessen Lage gegenüber seinen eigenen muselmanischen Untertanen durch die Schüsse von Halepa erleichtert worden war und dessen Autorität sich zu heben begann, mußte selbst alles daran gelegen

<sup>223</sup>) Im gleichen Sinne schrieb am 9. Februar (a. St.) der in Sofia erscheinende „Progreß“. Vgl. Anhang 10.

<sup>224</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 1085. — Trotz des Bevölkerungsaustausches zwischen Griechenland und der Türkei im J. 1922 leben zur Zeit in Konstantinopel noch rund 100 000 Griechen.

sein, Unruhen zu vermeiden, und zwar nicht so sehr deswegen, weil die Griechen bewaffnet und überhaupt viel mutiger und widerstandsfähiger als die Armenier waren und daher ein Angriff auf jene viel gefährlicher gewesen wäre, sondern in erster Linie wegen der militärischen Bereitschaft der Russen am Schwarzen Meer, welche nur darauf warteten, im Falle von Ausschreitungen und blutigen Kämpfen unter humanen Vorwänden in Konstantinopel einzumarschieren und die Meerengenfrage so in ihrem Sinne für immer zu lösen. Die Konzentration einer so starken türkischen Heeresmacht auf der Balkanhalbinsel bedeutete zwar zugleich eine Deckung Konstantinopels, welche der russischen Truppenzusammenziehung Einiges von ihrer Gefährlichkeit nahm.

Die Frage, woher die Pforte in ihrer finanziellen Bedrängnis die Geldmittel für die kostspielige Mobilisierung und für eine zusätzliche Bestellung von 150 000 Mauser-Gewehren aufbrachte, war einzelnen Mächten rätselhaft<sup>225)</sup> und ist es auch für uns heute noch. Sie verfügte über so große Mittel, daß sie effektive Barzahlungen leistete, obwohl sie kurz zuvor nicht einmal die Beamtengehälter auszahlen konnte. Rußland, Frankreich und England haben wohl kaum durch geheime Anleihen geholfen, ebensowenig auch Österreich-Ungarn. War es deutsches Geld, das die Mobilisierung ermöglichte? Ist dies aber vor der Orientreise Kaiser Wilhelms 1898 wahrscheinlich? Da Rußland fürchtete, daß die nun einmal zusammengezogene türkische Armee darauf drängen werde, die Grenze gegen Griechenland nach der Schmelze der Schneemassen zu überschreiten, sofern Griechenland nicht einlenkte, und daß in diesem Falle auch andere Mächte ihren Nutzen ziehen könnten, wies es in seinen Propositionen die Griechen kräftig zurück. Andererseits versuchte der russische Botschafter Nelidow, indem er die Pforte von den Demarchen seiner eigenen Regierung bei den anderen Kabinetten laufend in Kenntnis setzte, das Vertrauen der Pforte zu gewinnen und ihre Dankbarkeit zu erwerben, wodurch aber Rußland sich mehr und mehr für die Erhaltung der Integrität des türkischen

---

<sup>225)</sup> Wie schwierig die Frage ist, welche Macht die Türkei und welche Griechenland unterstützte, beweist die Mitteilung des k. u. k. Generalkonsuls in Canea, der am 26. Februar nach Wien meldete, daß der englische Konsul Sir Bilotti im Verein mit dem englischen Militärattaché Oberst Herbert Chermiside, den Pinter als „Generalstabschef der türkischen Militärleitung“ ansah, „sich stets befließt, wo es nur angeht, für die türkische Regierung oder für die Mohammedaner in der parteiischsten Weise einzutreten“. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 282 f. 1219.)

Reiches engagierte. Da es mit seiner Politik bei seinem französischen Bundesgenossen und bei den starken griechenlandfreundlichen Strömungen in Frankreich anstieß, die weder eine Aktion der Türkei noch der Mächte, sondern die Vereinigung Kretas mit Griechenland wünschten, eröffneten sich für Österreich-Ungarn gewisse Vorteile, doch auch neue Gefahren, da es den Einfluß Rußlands in Konstantinopel unbedingt paralisieren mußte. Aus diesem Grunde war ja von Österreich-Ungarn und Italien mit England 1887 der orientalische Dreibund geschlossen worden, ein Bündnis, das Jahre hindurch seine Wirkung behalten hatte und das, deutlich erkennbar, infolge der Wandlung der deutsch-englischen Beziehungen schließlich zerfiel. Wenn auch England in Hinblick auf die Dardanellen nach wie vor der stärkste Gegner Rußlands blieb, so mußte doch die Habsburger Monarchie trachten, das Gewicht Rußlands bei der Pforte von sich aus so weit als nur irgendwie möglich einzudämmen.

Ehe der russische Vorschlag über den *modus procedendi* in London mitgeteilt worden war, hatte Lord Salisbury bereits eine Zirkulardepesche an die englischen Vertreter bei den Mächten gerichtet, mit welcher er die Kabinette der Großmächte in Kenntnis von jener Erklärung setzte, die er im House of Lords abzugeben beabsichtigte<sup>226</sup>). Der vierte Punkt dieser Erklärung verlangte nun, daß die Mächte, falls die Türkei oder Griechenland sich weigern sollten, ihre Land- und Seestreitkräfte von der Insel zurückzuziehen, ihren Beschluß durch Anwendung von Gewalt gegen den sich weigernden Staat zur Geltung bringen sollten. Dieser Passus erregte Widerspruch, da plötzlich nun auch die Zurückziehung der türkischen Truppen verlangt werden sollte. Vor allem Rußland war unangenehm berührt. Graf Murawiew war nicht gesonnen, die Aktion der Mächte aufzuhalten, selbst wenn England sich erst später den anderen Mächten anschließen sollte, zumal dem englischen Verlangen nur eine formelle Bedeutung beizumessen war, da die Türkei ihre Truppen nach Gewährung der Autonomie ohnehin von der Insel zurückziehen mußte. Auch Deutschland war im ersten Augenblick über den Punkt vier erstaunt, doch nahm Baron Marschall die Mitteilung mit Dank entgegen und bat nur, daß Lord Salisbury zur Klarstellung der Situation seine Erklärung im House of Lords dahin erläutern möchte, daß die Mächte von der Türkei die sofortige Zurückziehung

---

<sup>226</sup>) Vgl. Anhang 11.

ihrer Truppen nicht verlangen würden<sup>227</sup>). Am 26. Februar nahm die englische Regierung die russischen Vorschläge an, mit Ausnahme der Worte „immédiatement“ und „extrême“, bei denen sie auf das Entgegenkommen der Mächte rechnete. Gleichzeitig bevollmächtigte Lord Salisbury den englischen Gesandten in Athen zu Verhandlungen, doch verlangte er, daß ihm der Text der vereinbarten identischen Note zur Genehmigung unterbreitet werde. Tags hernach konnten die diplomatischen Vertreter in Athen allerdings noch immer nicht in gemeinsamer Konferenz die Form-Differenz hinsichtlich der an die griechische Regierung zu richtenden Note beseitigen, da die Instruktion des italienischen Gesandten auch jetzt noch ausstand. Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel kam hinsichtlich der Empfehlungen an die Admiräle über die im Renitenzfall anzuwendenden Aktionsmittel ebenfalls vorerst zu keinem Ergebnis, da der englische, französische und italienische Botschafter die Aktion gegen Griechenland möglichst hinauszuschieben trachteten. Die Einmütigkeit war zudem durch ein Telegramm des Wolffschen Korrespondenzbureaux neuerdings getrübt, da in diesem behauptet worden war, daß die Aktion auf Kreta sich auf Rußland, Frankreich und Deutschland beschränke und die anderen Mächte ausgeschlossen seien. Graf Kapnist beteuerte zwar gegenüber Graf Gołuchowski, daß ein separater Schritt der russischen Regierung in Athen nicht erfolgt und das Petersburger Kabinett nicht gesonnen sei, bei der in Aussicht genommenen Aktion anders als gemeinsam mit den anderen Mächten vorzugehen, doch lautete die Erklärung des russischen Botschafters in Berlin schon ganz anders als jene des Grafen Kapnist. Graf Osten-Sacken beteuerte, daß er die Provenienz jenes Kommuniqués nicht kenne, daß jedoch dessen Inhalt nach seiner Ansicht die Auffassung der russischen Regierung wiedergäbe, was durch ein Telegramm des Fürsten Radolin bestätigt schien, demzufolge das Kommuniqué vom Oberzensor in St. Petersburg gutgeheißen und für die Veröffentlichung in Berlin und Wien bestimmt worden war<sup>228</sup>).

---

<sup>227</sup>) Lord Salisbury entsprach dem Wunsche Berlins. Seine Erklärung, die er hinzufügte, vgl. Anhang 12.

<sup>228</sup>) H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 283 f. 1. — Am 26. Februar 1897 veröffentlichte die „Neue Freie Presse“ das Telegramm des Wolffschen Korrespondenzbureaux: „Durchdrungen von der Überzeugung, daß nur durch ein festes, zielbewußtes Vorgehen der Großmächte gegenüber der revolutionären Bewegung auf Kreta ein Umsichgreifen derselben auf andere Gebietsteile der Türkei

Bei der Abfassung der an die griechische Regierung zu richtenden Note offenbarte sich die ganze Skala der Instruktionen, die von der schärfsten bis zur mildesten, von der deutschen bis zur italienischen durchverhandelt werden mußten. Trotzdem konnten sich die diplomatischen Bevollmächtigten der Mächte in Athen über die Bekanntgabe der beiden prinzipiellen Punkte, nämlich Verbot der Annexion der Insel durch Griechenland und Gewährung der Autonomie, über die Forderung nach Abzug der griechischen Truppen und Schiffe und über die Sommation einigen, welche der griechischen Regierung ankündigte, „daß im Falle einer Weigerung die Mächte unwiderlich entschlossen sind, vor keinem Zwangsmittel zurückzuschrecken“. Indes wurden noch zwei Fragen aufgeworfen: ob erstens die Sommation in die Note aufzunehmen, oder erst, wie es der russische Geschäftsträger forderte, nach abschlägiger Antwort der griechischen

---

und damit eine Gefährdung des europäischen Friedens vermieden werden kann, beseelt von dem Wunsche, seinerseits alles aufzubieten, um Europa vor dem Ausbruche eines möglicherweise aus so frivolen Ursachen hervorgehenden Krieges zu bewahren, endlich in der Erkenntnis von der Richtigkeit der Stellungnahme Deutschlands — sowohl in der kretensischen Frage wie auch Griechenland gegenüber — erachtete es Rußland für notwendig, Griechenland durch seinen Gesandten in Athen auffordern zu lassen, seine Flotte und seine gesamte auf Kreta befindliche Truppenmacht innerhalb dreier Tage zurückzuberufen. Sollte Griechenland in blinder Verkennung seines eigenen Vorteiles dennoch den wohlgemeinten Ratschlägen Rußlands und der mit ihm verbündeten Mächte ferneren Widerstand entgegensetzen oder Schwierigkeiten bereiten, oder sich durch selbstsüchtige Freunde in seinem bisherigen Verhalten aufmuntern lassen, vielleicht in der falschen Voraussetzung von einer Uneinigkeit unter den Großmächten, weil eine oder die andere Macht nicht von vornherein den Vorschlägen Rußlands, welches sich mit Deutschland und Frankreich eins weiß, beitrug, so ist Rußland entschlossen, die Konsequenzen aus diesem, den Frieden Europas im höchsten Maße bedrohenden Widerstande Griechenlands zu ziehen und mit schärferen Repressalien gegen dasselbe vorzugehen, als deren erste es die bereits von ihm akzeptierte Blockade der Häfen ansieht. Im Bewußtsein von der Einigkeit mit Frankreich und dem absoluten Einverständnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn wird Rußland, selbst wenn einzelne Mächte sich den Schritten nicht anschließen sollten, in der Lage sein, den Frieden Europas durch die Vorgänge auf Kreta jedenfalls nicht gefährden zu lassen. Mit den übrigen Großmächten ist Rußland der Ansicht, daß eine Annexion Kretas durch Griechenland außer Betracht bleibe und daß vor Eintritt in die Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung Kretas der völkerrechtswidrigen Aktion Griechenlands ein Ende zu machen sei. Dementsprechend verständigte sich Rußland mit den Mächten dahin, nach der Räumung Kretas durch die griechische Militärmacht zunächst wieder Ruhe und Ordnung auf der Insel herzustellen und sodann dort unter dem Schutze der Großmächte und der Suzeränität des Sultans die Autonomie einzuführen.“

Regierung zu erlassen wäre und ob zweitens in der Sommation der zur Rückberufung der griechischen Schiffe und Truppen ausgesetzte Termin, den letzten Instruktionen des englischen Vertreters zufolge, mit sechs, statt drei oder vier Tagen fixiert werden könnte. Während Graf Gołuchowski die Aufnahme der Sommation in die Note befürwortete, da ihm dies dem Charakter der in Aussicht genommenen Aktion besser zu entsprechen schien, doch im Falle, daß kein Einverständnis zu erzielen wäre, „im Interesse der Einmütigkeit der Mächte auch nichts gegen die zweite Alternative einzuwenden“ hatte, bestand im Gegensatz dazu die deutsche Regierung unbedingt darauf, daß die Sommation in der Kollektivnote enthalten sein müsse. Da der russische Vertreter die Weisung erhielt, sich der Majorität anzuschließen, sah Gołuchowski, dem vor allem darum zu tun war, daß die Note abgegeben werde, in einer eventuellen Enthaltung Deutschlands „noch das kleinere Übel“, als wenn wegen einer Formfrage die ganze Aktion verzögert würde<sup>229</sup>). Da Lord Salisbury dem vereinbarten Text mit Genehmigung der Königin Viktoria ohne Modifikation zustimmte, wurde die Sommation in der Kollektivnote belassen und diese noch am 2. März zuerst vom englischen, dann vom österreichisch-ungarischen Vertreter Außenminister Skousés übergeben.

Noch größere Schwierigkeiten gab es in Konstantinopel. Der englische Botschafter hatte die Instruktion erhalten, entweder im Vereine mit seinen Kollegen oder — da dies die hochgehende Aufregung im Parlament erheischte — eventuell auch allein der Pforte bekanntzugeben, daß die Autonomie auf Kreta die Zurückziehung der türkischen Truppen impliziere, die zunächst in den von den europäischen Mannschaften besetzten Punkten der Insel zu konzentrieren wären<sup>230</sup>), damit Konflikte mit den Eingeborenen vermieden würden. Um eine Einzeldemarche in dieser Frage zu vermeiden, wurde folgende kurze Mitteilung an die Hohe Pforte vorgeschlagen: „Se référant à leur communication du 2 mois courant les ambassadeurs croient devoir y ajouter que l'autonomie prévue pour la

---

<sup>229</sup>) Bericht Gołuchowskis an Kaiser Franz Joseph in Cap Martin vom 2. März 1897 (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 283 f. 62) und die Weisung an den Grafen Széchényi vom 1. März 1897. (Ebda. f. 34.) — Vgl. Anhang 13.

<sup>230</sup>) Dieser Vorschlag war nicht ungefährlich, wie das Beispiel der Festung von Belgrad lehren konnte. Durch die dortige Belassung einer türkischen Garnison war die europäische Diplomatie eine Reihe von Jahren mit recht mißlichen Fragen beschäftigt gewesen.

Crète impliquant une réduction progressive des forces ottomanes, il conviendra dès l'évacuation de l' île par les troupes helléniques de prendre des mesures pour la concentration des troupes Impériales dans les places fortes actuellement occupées par des détachements européens."

Doch auch in dieser Frage wurde die Einmütigkeit der Mächte hergestellt, so daß ebenfalls noch am 2. März die Kollektivnote der Pforte übergeben werden konnte<sup>231</sup>), wobei „die Note im Palais einen ziemlich günstigen Eindruck gemacht“ hat<sup>232</sup>), ihre Beantwortung allerdings durch das Bairam-Fest verzögert wurde. Während aber die Pforte die Kollektivnote positiv beantwortete, ließen im Gegensatz dazu die Athener Journale keinen Zweifel, daß sich die griechische Regierung dem Ultimatum nicht fügen werde, weshalb die russische Regierung noch am 2. März den anderen Mächten vorschlug, daß die Admirale vor Kreta eingeladen werden sollten, gemeinsam die nötig erscheinenden Maßnahmen zu vereinbaren, um, wenn nötig, erstens alsogleich (immédiatement) zur Blockade der griechischen Häfen zu schreiten und zweitens jede Aktion der griechischen Flotte und Truppen lahmzulegen<sup>233</sup>). Nach einem umgehenden Meinungsaustausch mit England, der mit Sonderkurieren durchgeführt wurde, beantwortete am 8. März der griechische Minister des Äußeren die identische Note der Großmächte. Griechenland sei durchdrungen von der Sorge um den allgemeinen Frieden und von dem Wunsche, die so hart geprüfte und so viele Male dezimierte Bevölkerung Kretas vor dem Untergang zu bewahren. Es sei nicht das erste Mal, daß Kreta sich in diesem Zustande der Erhebung befinde. Trotz des neuen Regimes der Autonomie, mit dem Kreta bedacht werden solle, werde die Anarchie weiterhin das Land verheeren. Durch die Anwesenheit der vereinigten Geschwader der Großmächte werde auch griechischerseits die gleichzeitige Anwesenheit aller Schiffe der griechischen Flotte nicht mehr für notwendig erachtet, das Verbleiben der griechischen Armee auf der Insel aber sei durch das Gefühl der Humanität geboten. So reihte sich Phrase an Phrase in dieser

<sup>231</sup>) Text bei Schulthess: Europ. Geschichtskalender 38 = NF 13, 1897, München 1898 S. 303.

<sup>232</sup>) Bericht Baron Calices vom 4. März 1897. (H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 283 f. 110—114.)

<sup>233</sup>) Wortlaut H.H.St.A. Wien, PA XII Türkei, Schubert 283 f. 45 und f. 119. Vgl. auch (ebda. f. 66 und f. 78) die Weisung Admirals Baron Sterneck an Vice-Admiral Hinke.

griechischen Antwortnote, die in der Forderung nach einer Volksabstimmung auf Kreta endete<sup>234</sup>). Obwohl England nunmehr offen mit Griechenland sympathisierte und energische Maßnahmen zu verhindern trachtete, kam es nach langen Verhandlungen zwischen den Großmächten zwar nicht zu der so vielfach geforderten Blockade Griechenlands, wohl aber zu der Kretas, die am 18. März der griechischen Regierung von den Gesandten der Mächte notifiziert wurde. Am Tag hernach wurde von den Admirälen vor Kreta die Autonomie der Insel unter der Souveränität des Sultans proklamiert und an den griechischen Schiffskommandanten das Ultimatum gerichtet, innerhalb 48 Stunden mit allen seinem Kommando unterstellten Schiffen und Torpedobooten Kreta zu verlassen, widrigenfalls zur gewaltsamen Entfernung geschritten werden würde. Da der Befehl der Admiräle an alle Schiffskommandanten, ab 21. März 8 Uhr morgens jedes griechische Kriegsschiff wie ein feindliches zu behandeln, erkennen ließ, daß die Admiräle der internationalen Flotte nicht bereit waren, ihre militärische Ehre weiter aufs Spiel zu setzen, zogen sich die griechischen Schiffseinheiten noch vor Ablauf der gestellten Frist aus den kretischen Gewässern zurück. Mit der Blockade von Kreta war zwar die Entfernung der griechischen Flotte, aber nicht die der griechischen Truppen von der Insel, noch deren Befriedigung erreicht, weshalb die Admiräle die Entsendung von Landtruppen erbaten. Dieser Forderung kamen alle Großmächte, mit Ausnahme Deutschlands, nach<sup>235</sup>). Die Insel selbst wurde in zwei internationale und fünf nationale Rayons eingeteilt.

### XVIII.

Die Demütigung vor Kreta versuchte Griechenland auf anderer Seite wettzumachen. In Athen demonstrierte das Volk für den Krieg. Als am 6. April italienische und englische Freiwillige eintrafen, wurden sie begeistert empfangen. Wenige Tage später wurden in der Armee gegen den Kronprinzen Vorwürfe laut, weil er die Überschreitung der türkischen Grenze verzögere. Am 17. April begann Griechenland durch den Angriff der vom Kronprinzen Konstantin

<sup>234</sup>) Schulthess: Geschichtskalender 1897 a.a.O. S. 315—317.

<sup>235</sup>) Am 24. März 1897 erhielt das 2. Bataillon des in Triest garnisonierenden k. u. k. Infanterieregiments Nr. 87 den Befehl zur Einschiffung nach Kreta. Am 12. April 1897 wurde das k. u. k. Bataillon von Kreta abgezogen. Das am 1. Jänner 1883 formierte Steierische Infanterieregiment Nr. 87 hatte sein Ergänzungs-Bezirks-Kommando in Cilli.

befehligen Armee bei Nezero den Kampf. Am 18. April 1897 erklärte die Pforte an Griechenland den Krieg<sup>236</sup>), der nach der Schlacht bei Pharsala (5. und 6. Mai) und der Besetzung der Hafenstadt Volo durch die siegreiche türkische Armee unter Marschall Edhem Pascha, der fast bis an die Thermopylen vorgedrungen war, ein rasches Ende fand. In Athen brachen, als die Nachrichten von den ersten Niederlagen eintrafen, schwere Tumulte aus. Die Schande der Flucht von 12000 Mann vor 300 eigenen Kavalleristen, das feige, grundlose Imstichlassen von Larissa, die Flucht und die Haltung der Prinzen, hatten tiefe Wurzeln des Hasses geschlagen. Alle Schuld wurde nun wieder auf den König gehäuft, dem vorgeworfen wurde, er habe alle Posten mit seinen Söhnen und unfähigen Adjutanten besetzt. In den Athener Zeitungen erschienen Brandartikel über „die Verräter, welche sich im Lande bereichern und durch ihre Feigheit das Blut und die großen Opfer des Landes vergeuden“. Deserteure seien kriegsgerichtlich zu behandeln, unter diesen — ein deutlicher Hinweis auf die Söhne des Königs — sei aber keiner zu vergessen und deren persönlicher Rang dürfe nicht berücksichtigt werden. Als am 7. April bewaffnetes Volk gegen das Palais zog, mit dem Ruf „Nieder mit dem König“, weigerten sich die eingezogenen Reservisten in den Kasernen Athens, den Schutz des königlichen Palastes zu übernehmen. Es war dem Mut eines oppositionellen Deputierten zu verdanken, daß sich die erregte Menge, ehe sie das Palais gestürmt hatte, wieder zerstreute. Ernüchert wurde das fanatisierte Volk erst durch den Beschluß des diplomatischen Korps, bei Beginn von Ausschreitungen die Matrosen der internationalen Eskadres, die im Piräus<sup>237</sup>) lagen, auszuschießen und Athen zu besetzen. Die königliche Familie sollte in diesem Falle von einem französischen Panzerschiff aufgenommen werden. Die Führer der Opposition wollten jedoch auf jeden Fall eine Flucht des königlichen Hauses verhindern, da dieses nach einem Worte des Chefs der Opposition, Ralli, „das höchste Atout in den Händen der Griechen“ gegenüber den er-

<sup>236</sup>) C. Frh. v. der Goltz: Der Thessalische Krieg und die türkische Armee. Eine kriegsgeschichtliche Studie. Berlin 1898. — Kloer: Der Türkisch-griechische Krieg im Jahre 1897. Berlin 1897. — Anton Tuma v. Waldkampf: Kreta und die neueste Phase der orientalischen Frage. Leipzig 1897. — K. Imhoff: Die türkische Heeresmacht und ihre Entwicklung. Halle a. d. S. 1916. (Der neue Orient. 10.) — J. Graf Salis-Seewis: Der türkisch-griechische Krieg 1897. Wien 1898.

<sup>237</sup>) Diese bestand aus einem deutschen Kreuzer, aus je einem englischen, französischen und drei italienischen Panzerschiffen.

zürnten europäischen Mächten war. Das Volk, das wenige Wochen zuvor den König zum Krieg gedrängt und ihm bei der Einschiffung des Prinzen Georg nach Kreta zugejubelt hatte, verließ nun pfeifend die Kathedralkirche, als der Metropolit während eines Festtags-gottesdienstes die üblichen Gebete für den König und seine Familie anstimmte.

König Georg mußte Delyannis entlassen und an seiner Stelle den Führer der Opposition, Ralli, mit der Neubildung des Kabinetts betrauen. Bereits am 10. Mai mußte Griechenland, das sein Schicksal in die Hände der Großmächte legte, diese um Hilfe und Vermittlung und am 18. Mai die Türkei auf dem epirotischen und am 20. Mai auf dem thessalischen Kriegsschauplatz um Waffenstillstand bitten<sup>238</sup>). Durch die ersten Niederlagen gezwungen, hatte König Georg am 4. Mai dem Obersten Vassos den Befehl zur Rückkehr nach Griechenland erteilt. Unter Kontrolle der internationalen Flotte wurden die griechischen Truppen repatriert. Das Zwischenspiel Kreta war damit für Griechenland für kurze Zeit wieder beendet.

Wichtiger als diese kriegerischen Vorgänge sind für uns die Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland und der Besuch Kaiser Franz Josephs in St. Petersburg vom 27. bis 29. April 1897, da es bei dieser Gelegenheit zu einer Abstimmung der Balkan-Politik der beiden Kaiserreiche kam<sup>239</sup>). Am 29. April richteten Graf Gołuchowski, der Kaiser Franz Joseph nach St. Petersburg begleitete, und Graf Murawiew aus St. Petersburg identische Noten an die russischen beziehungsweise österreichisch-ungarischen Vertretungen in Belgrad, Sofia, Bukarest und Cetinje: der Kaiser von Rußland und der Kaiser von Österreich hätten bei ihrem Gedankenaustausch mit Befriedigung die korrekte Haltung der Regierungen Serbiens, Bulgariens, Rumäniens und Montenegros in dieser Phase der Unruhe in der europäischen Türkei festgestellt. Und nun kam die eigentliche, die entscheidende Wendung: diese Haltung entspräche „umsomehr

---

<sup>238</sup>) Zeitläufte. *Histor.-polit. Blätter für das kath. Deutschland* 119, 1897, S. 445—456 (Von dem „russisch-deutschen Ultimatum“ bis zur türkisch-griechischen Kriegsdrohung) und S. 605—615 (Griechenland-Türkei: fragliche Entscheidung); 120, 1897 S. 205—219 (Vom Friedensschluß in Konstantinopel trübe Aussichten).

<sup>239</sup>) Vgl. dazu W. Tscherne: *Die Wende in der Großmachtspolitik Österreich-Ungarns. Die europ. Mächte vom Amtsantritt des Grafen Gołuchowski bis zum Besuche Kaiser Franz Josephs in Petersburg.* Ungedr. Grazer phil. Diss. Graz 1948. — Elfriede Hecht: *Graf Gołuchowski als Außenminister von 1895—1900 in Bezug auf Rußland und den Balkan.* Ungedr. Wiener phil. Diss. Wien 1951. — D. Slijep-čević: *The Macedonien Question.* Chicago 1958.

den Wünschen beider Souveräne, als diese entschlossen sind, den allgemeinen Frieden, das Prinzip der Ordnung und den status quo aufrecht zu halten“. Das war eine deutliche Sprache — eine Sprache, die ihre Wirkung auch nicht verfehlte. Der griechisch-türkische Krieg weitete sich nicht zu einem Balkankrieg, nicht zu einem Weltkrieg aus. Fritz Fellner hat die Frage für müßig erklärt, „ob es wirklich im Interesse der Donaumonarchie lag, sich gerade in dem Augenblick, als Rußland sich vom Balkan abwandte, dort die Hände binden zu lassen“<sup>240</sup>). Im Vordergrund seiner Bemühungen stand für den Grafen Gołuchowski 1897 — von England im Stich gelassen — zwangsweise die Erhaltung des Friedens. Auf eine Unterstützung durch Deutschland in der orientalischen Frage konnte er nicht rechnen. Italien war ein unsicherer Bundesgenosse und das Verhältnis zu England durch den deutsch-englischen Gegensatz getrübt. Gefährlich war für Österreich-Ungarn auf dem Balkan eigentlich nur Rußland. In der Einigung zwischen dem Grafen Murawiew und dem Grafen Gołuchowski kam dies auch zum Ausdruck, da nur für die Frage der Meerengen und Konstantinopels der allgemeine europäische Charakter, aber dieser schon nicht mehr für Albanien anerkannt wurde. Ja, es wurde sogar betont, daß es sich hier am Balkan ausschließlich um österreichisch-ungarische und russische Interessen handle<sup>241</sup>). Graf Gołuchowski hatte aber nicht nur an die augenblickliche Friedenserhaltung sondern auch an den Fall einer staatsrechtlichen Umgestaltung des Balkans gedacht und ein Rahmenprogramm aufgestellt, das von Murawiew jedoch zurückgewiesen wurde, ohne daß Graf Gołuchowski allerdings auf einem Gedankenaustausch über diesen Punkt bestanden hätte, der umso notwendiger gewesen wäre, als Murawiew die Ansicht vertrat, daß nur die Okkupation, nicht aber auch die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch den Berliner Vertrag bereits geregelt sei. „Es war damit der Gedankenaustausch völlig auf das Maß einer konservativen Balkanentente zurückgeführt“<sup>242</sup>). Die Verständigung mit Rußland war zudem ja auch gar nicht etwa eine plötzliche Wendung des Grafen Gołuchowski, denn schon als Nikolaj von Giers und Gustav Graf

<sup>240</sup>) F. Fellner: a.a.O. S. 46.

<sup>241</sup>) H.H.St.A. Wien, PA I Schuber 474 rot Geheim XXXII/b. — A. F. Pribram: Die polit. Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Wien 1920 I. S. 78—82. — A. Raab: Die Politik Deutschlands im nahen Orient von 1878—1908. Wien 1936 S. 48.

<sup>242</sup>) F. Fellner: a.a.O. S. 46.

Kálnoky 1895 die Außenministerien an der Sangerbrucke und am Ballhausplatz verließen, existierte faktisch ein russisch-sterreichisches Einvernehmen auf dem Balkan mit dem Nichtinterventionsprinzip als Fundament. Die sogenannte Entente zwischen Österreich-Ungarn und Rußland von 1897 war immerhin über zehn Jahre für beide Großmächte das Fundament ihrer Balkanpolitik und die Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg nach 1897 so fest, daß sie ohne den geringsten Sprung eine solche Belastung wie den serbischen Königsmord von 1903 überdauerten<sup>243</sup>).

Während der Kreta-Krise von 1897 standen die Mächte mehrmals am Rande eines ganz Europa bedrohenden Krieges. Daß dieser vermieden wurde und der griechisch-türkische Gegensatz lokalisiert blieb und sich nicht zu einem allgemeinen Kriegsbrand ausweitete, war das Verdienst aller Mächte, da sie um der „Einmütigkeit“, des europäischen „Konzertes“, des „Akkordes“, der „europäischen Entente“ willen, und wie all diese so oft gebrauchten Wendungen heißen<sup>244</sup>), einen Ausweg suchten, weil sie bereit waren, untereinander zu verhandeln. Gewiß — keine Macht hatte die Initiative ergreifen wollen, bis Kaiser Wilhelm II. mit seinem Vorschlag vorprellte, der viel zu wenig auf die tatsächlichen, innerpolitischen Verhältnisse in England, Frankreich und Italien Rücksicht nahm, so daß London die zusätzliche Forderung der Autonomie für Kreta erhob. Die Verhandlungen aber waren damit in Schwung gebracht und die einlenkenden Vorschläge Österreich-Ungarns überbrückten die Gegensätze zwischen London und Berlin, so daß die russischen Vorschläge schließlich die Basis für eine Einigung abgeben konnten. Zur Einmütigkeit hatte jedoch mehr noch als die Botschafterkonferenz in Konstantinopel der Admiralrat vor Kreta beigetragen, der in diesen Wochen Europa repräsentierte und der auf der Basis ritterlicher Ehrenhaftigkeit ohne Reibung funktionierte. Jede Macht hatte, wenn auch vielleicht nur aus dem Gefühl der eigenen Schwäche heraus, die eigenen egoistischen Ziele dem europäischen Frieden geopfert. Saloniki ist ebenso wenig Österreich-ungarisch, wie Konstantinopel russisch, Albanien italienisch und Kreta englisch geworden. Mit die-

---

<sup>243</sup>) H. Hantsch: Leopold Graf Berchtold. Bd. 1, 2. Graz 1963. — W. M. Carl-gren: Iswolsky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und sterr.-ung. Balkanpolitik 1906—1908. Uppsala 1955 S. 1—67.

<sup>244</sup>) F. B. Traude: Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung des Verstandigungsgedankens der Kontinentalmachte 1897 im Lichte der Presse. Kölner phil. Diss. Köln 1933.

sen vier Hauptzielrichtungen hatten die Kabinette zu rechnen gehabt. Noch erwuchs ein übermächtiges Griechenland, das für Serbien und Bulgarien gefährlich werden konnte, noch erhielt Griechenland die heißersehnte Insel Kreta, die einen ins Gewicht fallenden Machtzuwachs bedeutet hätte.

Es ist Österreich oft vorgeworfen worden, daß es am Balkan 1897 und später keine aktive Politik betrieb, sondern am status quo unbedingt festhielt. Dieses Festhalten entsprang jedoch nicht dem Wunsche der Konservierung der selbst als unhaltbar erkannten territorialen Gestaltung des Balkans. Durch die eigene Enthaltensamkeit gedachte Österreich-Ungarn die russische Balkanpolitik zum Stillstand zu bringen. Es beraubte sich dadurch selbst mancher Chancen, ohne die Fortschritte Rußlands unterbinden zu können<sup>245</sup>).

Die Kreta-Krise vom Frühjahr 1897 kann als Muster der Bemühungen um die Erhaltung des europäischen Friedens gelten. Die ernsthaften Verstimmungen sind erst in der zweiten Phase nicht überbrückt worden, in der Frage des Gouverneurs für Kreta<sup>246</sup>). Aber auch dann hätte sich weder Deutschland und noch viel weniger Österreich-Ungarn von Kreta zurückziehen dürfen. Beide Mächte hätten sich nicht außerhalb des europäischen Konzertes stellen dürfen. War doch gerade Österreich-Ungarn, dem in den kommenden Jahren die Aufgabe einer Vermittlerrolle zwischen Berlin und London immer entscheidender zugefallen wäre, kurz zuvor noch im Interesse des Friedens auf dem Balkan und des Friedens in Europa so warm für den Akkord der europäischen Mächte eingetreten<sup>247</sup>).

<sup>245</sup>) „Österreich-Ungarn hat es durchaus vermieden, weitere Erwerbungen auf der Balkanhalbinsel anzustreben, und es hat aus dieser seiner eigenen Haltung das Recht für sich abgeleitet, auch die weitere Entwicklung Rußlands nach jener Richtung zu verbieten.“ (A. Redlich: a.a.O. S. 14.)

<sup>246</sup>) J. Bachmann: Von Kiautschou bis Kreta. Teildruck: Vom fernen Osten zum nahen Orient. Die kretische Gouverneursfrage als Erisapfel Englands. Kölner phil. Diss. Berlin 1929. — E. Neef: Die europ. Politik vom Sommer 1897 bis zum Sommer 1898 im Spiegel des „Temps“. Kölner phil. Diss. Solingen-Ohligs 1934.

<sup>247</sup>) Das Verhalten der Großmächte in der Frage des Gouverneurs für Kreta wird gesondert vorgelegt werden. Die Mehrzahl hatte sich bereits für den ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Droz ausgesprochen, als im Jänner 1898 Rußland den griechischen Prinzen Georg kandidierte, worauf sich Deutschland und Österreich-Ungarn zurückzogen. Der Prinz wurde am 26. November von England, Rußland, Frankreich und Italien als Generalkommissionär proklamiert und auf der Insel mit Jubel empfangen. Der Protest der Pforte blieb unbeantwortet. 1913 wurde der unhaltbare Zustand durch den Londoner Präliminarfrieden beendet und Kreta endgültig von der Türkei abgetreten.